

JAHRESRÜCKBLICK 2011

EIN ÜBERBLICK ¹

Das Jahr 2011 war sehr stark von den Turbulenzen um die gemeinsame Währung bestimmt. Dieses Thema wurde auch in der Europäischen Akademie Berlin schwerpunktmäßig aufgegriffen, gleichzeitig war es uns jedoch wichtig, die anderen Aspekte der europäischen Integration nicht zu vernachlässigen.

Im Jahr 2011 hat die Europäische Akademie Berlin rund 140 Veranstaltungen durchgeführt. Dabei wurden vor allem folgende Schwerpunkte adressiert:

1. EUROPAS WÄHRUNG IN DER KRISE

Zu diesem Thema hat die Europäische Akademie Berlin eine Reihe von **Unterrichtsmodulen** erarbeitet, die es Lehrerinnen und Lehrern möglich machen, das Thema aktuell und kompetent im Schulunterricht zu behandeln. Diese Unterrichtsmodule stehen auf der Internetseite der Akademie zum Herunterladen zur Verfügung und werden gut nachgefragt.

Darüber hinaus war die Währungskrise das Thema von zwei **Veranstaltungen für Berliner Lehrerinnen und Lehrer**, einer **Radio-diskussion** in Zusammenarbeit mit Inforadio Berlin und dem Auswärtigen Amt, eines **Seminars für Schülerinnen und Schüler** und Studenten sowie mehrerer **Informationsreisen von Journalisten** aus Griechenland einerseits und verschiedenen Staaten Mittel- und Osteuropas andererseits.

2. EUROPAS NUTZEN FÜR DIE BÜRGER

Gerade in Zeiten, in denen Europa stark als in der Krise befindlich wahrgenommen wird, ist es wichtig, auch auf den konkreten und alltäglichen Nutzen der europäischen Integration hinzuweisen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die in den Jahren 2009 und 2011 vorgelegten makroregionalen **Strategien für den Ostsee- und den Donaauraum**. Zu beiden Themen hat die Europäische Akademie Berlin **wissenschaftliche Konferenzen** durchgeführt, aus denen jeweils eine **Buch-Publikation** entstanden ist. Darüber hinaus hat die Europäische Akademie Berlin die Entwicklung und den Beschluss der Donaauraum-Strategie durch eine **Vortragsreihe** begleitet („Lebensader Donau“), die zusammen mit der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt wurde. In dieser Reihe wurden die unterschiedlichen Standpunkte und Interessen der Anrainerstaaten der Donau vorgestellt.

3. PARTIZIPATION

Die Akzeptanz der Bevölkerung für die europäische Integration kann nur erhalten und verstärkt werden, wenn es gelingt, die Bürgerinnen und Bürger der EU stärker in den europäischen Entscheidungsprozess einzubinden. Diesem Ziel dienten mehrere Veranstaltungen der Europäischen Akademie Berlin. Die Akademie hat im Jahr 2011 ihre Reihe der **Europäischen Bürgerforen** weitergeführt, in denen jeweils 70 bis 80 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in einer einhalbtägigen Veranstaltung gebeten werden, ihre Vorstellungen und Wünsche an die europäische Politik in einer Bürgererklärung zu formulieren. Im Anschluss an diese Diskussionen werden die in der Bürgererklärung zusammengefassten Ergebnisse in einer Podiumsdiskussion den mit europäischen Fragen befassten Politikern vorgestellt. Diese Veranstaltungsreihe wird in Kooperation mit der Senatskanzlei Berlin durchgeführt und auch im kommenden Jahr fortgeführt werden.

Auch das internationale Projekt zur **europäischen Laienrichterbewegung** wurde weitergeführt und wird 2012 mit einem Europäischen Laienrichtertag abgeschlossen werden.

4. GLEICHSTELLUNG

Die Gleichheit zwischen Mann und Frau ist ein wichtiger Gegenstand europäischer Politik und oftmals in der beruflichen Realität trotz entsprechender gesetzlicher Bestimmungen noch nicht gegeben. Die Europäische Akademie Berlin organisiert daher in einer Reihe mit dem Titel „Brüsseler Spitzen“ **Kompetenztrainings für weibliche Führungskräfte** im europäischen Kontext. Mehrere Veranstaltungen dieser Reihe haben 2011 stattgefunden.

5. EUROPAS WERTE

Die gemeinsamen Werte, auf denen Europa basiert, sind keine abstrakte Angelegenheit sondern ergeben sich aus der europäischen Geschichte und werden in der gesellschaftlichen Verantwortung umgesetzt. In einer Reihe von **Seminaren mit Offizieren und Unteroffizieren der Bundeswehr** werden diese Aspekte immer wieder herausgearbeitet, weil nur so das Engagement in einer demokratischen, in den europäischen Zusammenhang eingebundenen Armee erklärt werden kann.

2011 hat die Akademie den **Grunewalder Gesprächskreis** ins Leben gerufen, in dem in einem kleinen Kreis von Experten aus Politik und Verwaltung Fragen der Verteidigungspolitik im 21. Jahrhundert thematisiert werden.

6. EUROPA VERMITTELN

Die Europäische Union ist ein komplexes Gebilde, das entsprechend schwer zu vermitteln ist. Andererseits hat die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zur Voraussetzung, dass sie die Union in ihrem Grundstrukturen verstehen. Die Europäische Akademie Berlin konzentriert sich daher sehr stark darauf, Unterstützung für die Vermittlung Europas in Schule, Erwachsenenbildung und Universität zu leisten. In diesem Zusammenhang ist das **Berliner Europahandbuch** zu nennen, das eine Weiterführung des Berliner Europakoffers darstellt. Das Handbuch enthält, orientiert an den Berliner Rahmenlehrplänen, Vorschläge, Arbeits- und Informationsblätter, Dokumente, Unterrichtsmodule und weitere Hinweise, die einen interessanten Europa-Unterricht ermöglichen.

Darüber hinaus hat die Akademie auch 2011 mehrere **Lehrerseminare** durchgeführt und zusätzlich den „**Berliner Europaclub**“ ins Leben gerufen. Mit diesem Format sollen Lehrerinnen und Lehrer aus Berlin mehrmals jährlich mit aktuellen Entwicklungen aus der Europäischen Union vertraut gemacht werden. Die Nachfrage ist auch deshalb erfreulich hoch, weil ansonsten im Land Berlin eine europapolitische Fortbildung von Lehrkräften nicht stattfindet.

7. EUROPA ERKLÄREN

Nicht nur für Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch für die allgemeine Öffentlichkeit ist es wichtig, die europäischen Zusammenhänge zu verstehen. Die Europäische Akademie Berlin hat daher auch 2011 eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, die sich an eine **generelle Öffentlichkeit** richten und mit den aktuellen Fragen der Europäischen Union befasst haben. Hierzu gehört auch eine Konferenz mit deutschen und niederländischen Schülern, die im Rahmen des **Staatsbesuchs der niederländischen Königin Beatrix** durchgeführt wurde und deren Ergebnisse der Königin vorgestellt wurden.

8. EUROPA UND SEINEN NACHBARN

Auch 2011 hat sich die Europäische Akademie Berlin in einer Reihe von Veranstaltungen im In- und Ausland mit dem Verhältnis der Europäischen Union zu ihren Nachbarn beschäftigt. Dabei wurden einerseits **Fragen der Erweiterung** thematisiert (u.a. auch in Veranstaltungen in Bulgarien, Kroatien, Serbien, Mazedonien und Albanien). Partner waren hierbei die Diplomatischen Institute Bulgariens und Kroatiens, die Universitäten Zadar und Dubrovnik sowie die Hanns-Seidel-Stiftung.

Andererseits wurden Fragen der **Östlichen Partnerschaft** und des Zusammenwirkens der Europäischen Union mit den Partnerstaaten in Osteuropa diskutiert. Als besonders erfolgreich hat sich die Fortsetzung der Reihe „**Europa im Koffer**“ erwiesen, in deren Rahmen kleine Expertengruppen aus Deutschland und Polen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft mit Multiplikatoren vor Ort Gespräche führen. Diese Veranstaltungsreihe wurde 2011 in der Ukraine mit einem Seniorteam sowie vier Juniorteam fortgesetzt und mit einem Seniorteam erstmals auch auf Belarus ausgeweitet. Diese Reihe wird von der Robert-Bosch-Stiftung sowie verschiedenen Parteistiftungen unterstützt. Im Jahr 2012 sollen auch die Republik Moldau sowie Armenien einbezogen werden.

In der Reihe „**likeminds**“, die von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert wird, wurden Nachwuchsführungskräfte aus Deutschland und der Türkei in mehreren Veranstaltungen in Berlin, Istanbul und Ankara zusammengeführt, um die gemeinsamen und unterschiedlichen Perspektiven ihrer Länder im europäischen Kontext zu erarbeiten.

9. DIE EUROPÄISCHE AKADEMIE FÜR STÄDTISCHE UMWELT

Weniger kann mehr sein -

Europäische Kommunen und demographischer Wandel

Der demographische Wandel stellt Städte in ganz Europa vor ganz neue Aufgaben. Vor allem kleine und mittelgroße Städte werden durch sinkende Geburtenraten, eine bedeutend höhere Lebenserwartung und durch Abwanderung vor große Herausforderungen gestellt. Junge Menschen wandern in die Ballungszentren ab. Es bleiben die Alten. Sinkende Einwohnerzahlen und eine veränderte Bevölkerungsstruktur sind die Folge. Das stellt Kommunen nicht nur vor neue Aufgaben bei der Daseinsvorsorge. Schrumpfung bedeutet auch leerere kommunale Kassen. Und das bei gestiegenen Pro-Kopf-Ausgaben z.B. für Schulen, die Wasserversorgung oder auch den kommunalen Nahverkehr. Der Teufelskreis "weniger Bewohner - weniger Einnahmen - weniger Lebensqualität - weniger Investitionen - weniger Beschäftigung - Abwanderung und weitere Schrumpfung ..." kann in eine Abwärtsspirale führen, an deren Ende die Existenz der betroffenen Gemeinden bedroht ist.

Das von der EA.UE **wissenschaftlich begleitete Projekt Op-Act** (Options of actions for the strategic positioning of small and medium sized cities) unterstützt elf Partnerstädte aus zehn EU-Mitgliedsstaaten dabei, zukunftsfähige Perspektiven zu entwickeln und umzusetzen. Das fängt bei neuen Finanzierungsstrategien an und endet längst nicht bei Marketing-Maßnahmen. Es geht um die Anpassung und die Verbesserung aller Lebensbereiche - des Wohnumfeldes bis hin zur besseren Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt.

2011 fanden **vier Konferenzen** der Projektpartner mit unterschiedlichen Themensetzungen statt. Die bisherigen Projektergebnisse und eine **Analyse guter Praxis** wurden Ende des Berichtsjahres im Internet veröffentlicht (<http://urbact.eu/en/projects/active-inclusion/op-act/our-outputs/>).

Ganzheitliches Denken und integriertes Handeln - Gutes Regieren in Metropolen

Weltweit wird kommunales Handeln immer stärker von globalen Entwicklungen bestimmt. Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, sinkende Steuereinnahmen, überbordendes Städtewachstum in den Entwicklungsschwellenländern, globale Standortkonkurrenzen, zunehmende sozial-räumliche Disparitäten, Klimawandel, kaum noch beherrschbarer Verkehr... Die Liste der Herausforderungen ist lang. Die sich daraus ergebenden Folgen für die Kommunen können von ihnen nicht mehr allein und meist auch nicht mit hergebrachten Lösungsansätzen bewältigt werden. Bei der Wahrnehmung solcher Aufgaben werden zunehmend integrierte Managementansätze verfolgt. Zu verschränkt sind die Bereiche, die dabei bedacht und behandelt werden müssen, als dass sie noch im hergebrachten Ressortdenken zu bewältigen wären.

Das weltweite Netzwerk METROPOLIS, in dem 130 Haupt- und Millionenstädte zusammengeschlossen sind, hat vor diesem Hintergrund die **Kommission "Integrated Urban Governance"** gebildet. Die Kommission hat unter der Federführung Berlins Ende 2011 ihre dreijährige Arbeit abgeschlossen. Diese Arbeit wurde von der EA.UE wissenschaftlich begleitet. Das wichtigste Ergebnis ist das **Handbuch "Integrated Urban Governance - The Way forward"**, das in drei Sprachen vorliegt. Ergänzt wird es durch eine **Broschüre** zum Thema, die sich vor allem an politische Entscheidungsträger richtet. Handbuch und Broschüre wurden 2011 in Brüssel und während des **Metropolis-Weltkongresses** in Porto Alegre vorgestellt. Sie sind u.a. über das Internet zugänglich

(<http://metropolis.org/publications/commissions> und:
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/internationales_eu/staedte_regionen/de/metropolis/2011.shtml)

Daneben wurde die Europäische Akademie Berlin auch im Jahr 2011 von verschiedenen Institutionen und Organisationen, wie zum Beispiel der Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Europa-Union Deutschland oder dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) für die Durchführung eigener Veranstaltungen und Schulungen genutzt.



'Europe for Citizens' Programme

Co-financed by the European Union within the programme "Europe for Citizens" 2007 - 2013.

DIE VERANSTALTUNGEN DER EUROPÄISCHEN AKADEMIE BERLIN IM JAHR 2011

17. – 19. 01.	Die Donaustrategie der Europäischen Union Konferenz für Politiker, Wissenschaftler, Praktiker und Studierende aus verschiedenen Ländern der Donauregion in Kooperation mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg und dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V.
19. – 22.01.	Von der Selbstversorgung zum Weltmarkt – Die EU und die Schwellenländer in der gemeinsamen Verantwortung für die Welternährung Internationale Agrartagung für Landwirte, Verwaltungsfachleute, Studierende und interessierte BürgerInnen in Kooperation mit dem Bundesverband landwirtschaftliche Fachbildung e.V. und der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein
20. – 21.01.	Pluses and minuses of 20 years of European affairs and the perspective for another years Fachtagung in Kooperation mit der Robert-Schuman-Foundation in Warschau
30.01. – 03.02.	Berlin-Moskau: Metropolen der Kulturwirtschaft Informations- und Begegnungsseminar für deutsche und russische Journalisten in Kooperation mit der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung
31.01. – 01.02.	Erfolgreich Interessen vertreten Seminar für weibliche Führungskräfte und aktive Mitarbeiterinnen von Migrantenselbstorganisationen in Kooperation mit dem imss und der Friedrich-Ebert-Stiftung
02.02.	Diskussion des ersten Entwurfs einer „Europäischen Charta ehrenamtlicher Richter und Schiedspersonen“ Videokonferenz für Laienrichter in Kooperation mit dem Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V.
04. – 05.02.	Brüsseler Spitzen – Erfolgreich verhandeln Kompetenztraining für Frauen
07. – 11.02.	„Lernort Berlin“ – Praxis der politischen und historischen Bildung Seminar für angehende Kommandeure der Luftwaffe in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung
09.02.	Europa-Schlagzeilen in den Boulevardmedien – Problem oder Chance? Dialogforum für Akteure der europapolitischen Kommunikation im Auftrag der Aktion Europa
10.02.	1. Berliner Europaclub: Die europäische Staatschuldnekrise Halbtagesveranstaltung für Berliner Lehrkräfte
14. – 16.02.	Strategic Positioning of small and medium sized Cities 1. Workshop zur Implementationsphase Options of Actions (OP-Act) im Rahmen des EU-Programms Urbact II
20. – 22.02.	Peer Review Method Training für Mitarbeiter und Berater von Großstädten des Metropolis-Netzwerks im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
21. – 23.02.	Arbeitskreis Europäische Integration (Gastveranstaltung der Stiftung Wissenschaft und Politik)
23.02.	Die Donau – Lebensader Europas: Serbien Vortragsveranstaltung für interessierte BürgerInnen in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Auswärtigen Amt
23.02.	Wird aus der Eurokrise eine Europakrise? Diskussion und Aufzeichnung einer Radiosendung in Zusammenarbeit mit Inforadio (RBB)

25. – 26.02.	3. Berliner Europa-Forum für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf Bürgerforum zu Europa in Kooperation mit der Senatskanzlei Berlin
03. – 07.03.	Faszination Amerika – Faszination Europa Workshop und internationale Konferenz in Kooperation mit dem Goethe-Institut Prag
06. – 09.03.	Faszination Amerika – Faszination Europa: Die Deutsch-Amerikanische und Euro-Atlantische Perspektive im Kulturtransfer Informationsreise für Journalisten in Kooperation mit dem Goethe-Institut Prag
07. – 09.03.	Nachgefragt: Finanzen. Währung. Europa – alles in der Krise? Seminar zur Wirtschafts- und Finanzkrise für Schülerinnen und Schüler und Studierende
13. – 16.03.	International factors guaranteeing the security in Southeastern Europe and the Black Sea region Winterakademie für junge Diplomaten in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und der Diplomatischen Akademie Sofia
14. – 18.03.	Germany's way out of the crisis Informationsreise für Journalisten der Zeitung „The Guardian“ auf Einladung des Auswärtigen Amts
18. – 20.03.	Likeminds – Außenpolitisches Handeln in einer vernetzten Welt Vorbereitungsworkshops in Berlin und Istanbul für deutsche und türkische Juniorexperten in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung, dem Istanbul Policy Center und der Sabanci-Universität Istanbul
20. – 23.03.	„Lernort Berlin“ – Politik und Geschichte von der Reichshauptstadt zur Bundeshauptstadt Seminar für Angehörige der Bundeswehr in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung
20. – 23.03.	Die Wirtschafts- und Finanzkrise – Aufarbeitung der Folgen Themenreise für internationale Journalisten auf Einladung des Auswärtigen Amts
23. – 26.03.	Serbia and the Western Balkans in multinational fora – the European Union and the United Nations Tagung für Studierende in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Auswärtigen Amt
27. – 31.03.	Studienaufenthalt von Stadtplanungsstudenten der Queen's University Belfast (Gastveranstaltung)
30.03.	Grundlagen der Europäischen Union 34. Internationaler Diplomatenlehrgang für internationale, junge Diplomaten in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
01. – 03.04.	Clichy-sous-Bois trifft Berlin-Neukölln – Europäische Herausforderungen und lokale Strategien Deutsch-französischer Austausch von Abgeordneten und Fachkräften in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
06.04.	EU-Wissen in der Lehrerbildung Konferenz zur Zukunft der Lehrerfortbildung in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
06.04.	Transatlantic Travellers: Das 18. Jahrhundert Abendveranstaltung in Kooperation mit der Checkpoint Charlie Stiftung
07. – 08.04.	Brüsseler Spitzen – Reden schreiben Kompetenztraining für Frauen

10. – 12.04.	Junge Europäer partizipieren Seminar und Podiumsdiskussion für Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Staatsbesuchs von Königin Beatrix der Niederlande in Kooperation mit der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen und der Botschaft des Königreichs der Niederlande
11.04.	EU in Focus : Presenting a number of aspects of the European Union Basisseminar für angehende Diplomaten in Zadar in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Außen- und Europaministerium Kroatiens
12.04.	Grunewalder Gesprächskreis – Bundeswehrreform: Beschleuniger für vernetzte Sicherheitsstrukturen? Veranstaltungsreihe für Fachleute aus der Bundeswehr, der Polizei, der Politik, der Wissenschaft, der Bildung und den Medien
12.04.	Ungarn in der Präsidentschaft – eine Zwischenbilanz Diskussionsveranstaltung für Journalisten und interessierte Bürgerinnen und Bürger in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
13. – 15.04.	Strategic Positioning of small and medium sized Cities 2. Workshop zur Implementationsphase Options of Actions (OP-Act) im Rahmen des EU-Programms Urbact II
15.04.	Real Estate and Construction in the Baltics 2011: Markets, Development, Forecasts Seminar für Fachleute für den Immobilienmarkt und die Baubranche in Kooperation mit der Riga Manager School
15.04.	“Variety in Citizenship Education” – Exchange of experiences with colleagues in the field of civic education in Germany and presentation of activities of organizations participating in the study tour Studienreise und Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, MitOst und der Robert-Bosch-Stiftung
15. – 17.04.	(Un)Erwünschte Freizügigkeit an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze. Ein Anstieg der „Grenzkriminalität“ in Folge von „Schengen“? Seminar für interessierte BürgerInnen in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, der TU Chemnitz, dem deutsch-polnischen Jugendwerk, der sächsisch-tschechischen Hochschulinitiative und der Bundeszentrale für politische Bildung
17. – 20.04.	Nordafrika – Europas neuer Nachbar? Tagung für interessierte BürgerInnen in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der Bundeszentrale für politische Bildung
28.04	Energy and the budget as priorities of the Polish EU Presidency. The prospect of the Visegrad countries and Germany Podiumsdiskussion in Warschau in Kooperation mit dem Institut für öffentliche Angelegenheiten von Polen, dem EUROPEUM – Institut for European Policy und dem Center for EU Enlargement Studies
02. – 04.05.	Sicherheit in Zukunft – die Zukunft der Sicherheit Workshop für RedakteurInnen, AutorInnen und JournalistInnen. Hochkarätige Hintergrundgespräche und Expertentalks hinter den Kulissen des Berliner Politbetriebs in Kooperation mit der ARD ZDF Medienakademie und dem Auswärtigen Amt
08. – 14.05.	Informationsreise für Parlamentarier aus Kirgisistan auf Einladung des Auswärtigen Amts
08. – 11.05.	Nordlicht Europa – Der Ostseeraum vor Beginn der deutschen Ostseeratspräsidentschaft Konferenz für die interessierte Öffentlichkeit in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, EurActiv.de, der Bundeszentrale für politische Bildung, der Academia Baltica und dem Baltic Sea Forum

09.05.	Der Senatsbeschluss zur Europakompetenz der Berliner Verwaltung Arbeitsfrühstück für Mitarbeiter der Berliner Senatsverwaltung in Kooperation mit dem dbb – beamtenbund
09. – 12.05	Informationsreise des Umweltministers aus Äthiopien auf Einladung des Auswärtigen Amtes
10.05.	Die Donau – Lebensader Europas: Neuerungen in Bulgarien Vortragsveranstaltung in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung
10. – 12.05.	Perspektiven der deutschen Europapolitik Informationsreise für Brüsseler Korrespondenten auf Einladung des Auswärtigen Amtes
11. – 13.05.	In geheimer Mission: Nachrichtendienste und nationale Sicherheit in Europa Seminar für die interessierte Öffentlichkeit in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der Bundeszentrale für politische Bildung
13. – 14.05.	4. Berliner Europa-Forum für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf Bürgerforum zu Europa in Kooperation mit der Senatskanzlei Berlin
13. – 16.05	Mission EU: Deutsche und polnische Europapolitik auf dem Prüfstand Tagung für die interessierte Öffentlichkeit in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Konrad-Adenauer-Stiftung
15. – 18.05.	Informationsreise für Vertreter des Verbandes der Kommunalbediensteten in Bulgarien auf Einladung des Auswärtigen Amtes
15. – 18.05.	Mid-Term Diplomats Training Vorträge im Rahmen des Ausbildungsprogramms in Bulgarien in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung
16.05.	Der Südkaukasus – eine Region von politischer und wirtschaftlicher Relevanz für die EU und Deutschland? Vortragsveranstaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
16. – 18.05.	Fukushima und Nordafrika – Ist Energie eine Frage von Krieg und Frieden? Tagung für die interessierte Öffentlichkeit über Energieprobleme und politische Lösungen aus der EU und ihren Mitgliedstaaten in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der Bundeszentrale für politische Bildung
18.05.	Bulgarien und die aktuelle Tagesordnung der EU Vortragsveranstaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
18. – 21.05.	Europa im Koffer Bildungsreise für Seniorexperten nach Belarus in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Robert-Bosch-Stiftung
20.05.	Belarus, Deutschland und die EU – Wie weiter nach dem 19. Dezember? Diskussionsveranstaltung für Experten in Kooperation mit dem Minsk Forum, der deutsch-belarussischen Gesellschaft e.V., der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und der Robert-Bosch-Stiftung
20. – 22.06.	Strategic Positioning of small and medium sized Cities 3. Workshop zur Implementationsphase Options of Actions (OP-Act) im Rahmen des EU-Programms Urbact II
20. – 23.05	Europäische Regionen im Wandel – Demokratieentwicklung in Polen und in den neuen Bundesländern Deutsch-polnische Fachtagung für AkademikerInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der polnisch-deutschen Gesellschaft Krakau

23. – 27.05.	Praxis der Politischen und Historischen Bildung Seminar der Offiziersschule der Luftwaffe in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung
24. 05.	20 Jahre deutsch-polnische Beziehungen Diskussion und Aufnahme einer Radiosendung in Kooperation mit Inforadio (RBB) und der HUMBOLDT-VIADRINA School of Gouvernance
26. – 28.05.	Vorträge und Gespräche im Rahmen des Wissenschaftsfestivals in Bydgoszcz (Bromberg) In Kooperation mit der Kasimir-der-Große-Universität, der Landwirtschaftsuniversität, und der Fachhochschule für Wirtschaft
27. – 30.05.	Russkij Berlin – Das Russische Berlin Tagung für Studierende in Kooperation mit der Ruhr Universität Bochum
01. – 05.06.	Nahaufnahme Europa Seminar für die interessierte Öffentlichkeit in Kooperation mit der Europa-Union, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Auswärtigen Amt
05 – 08.06.	The Financial and Economic Crisis: Coming to terms with the consequences Informationsreise für Journalisten aus Athen auf Einladung des Auswärtigen Amtes
06.06.	Die Donau – Lebensader Europas: Das Potential der kritischen Infrastrukturen Vortragsveranstaltung in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung
06. – 10.06.	The Financial and Economic Crisis affecting the regions Informationsreise für griechische Regionaljournalisten auf Einladung des Auswärtigen Amtes
08.06.	Georgia's state strategy on occupied territories: Bridging communities through engagement Vortragsveranstaltung zu aktuellen Entwicklungen in Georgien in Kooperation mit der georgischen Botschaft in Berlin und dem Auswärtigen Amt
08.06.	Projekt Europa 2030 – Herausforderungen und Chancen Diskussionsveranstaltung für Fachleute mit dem Oberbürgermeister von Stuttgart
09. – 10.06.	Brüsseler Spitzen – Das Löwinnenprinzip Kompetenztraining für Frauen
13. – 17.06.	Deutschland in Europa, Deutschland für Europa Landeskundliches und europapolitisches Seminar für junge Erwachsene in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung
14.06.	Transatlantic Travellers: Das 19. Jahrhundert Abendveranstaltung in Kooperation mit der Checkpoint Charlie Stiftung
14. – 17.07.	The Euro-Atlantic Integration of the Western Balkans 2015-2020 Transatlantischer Dialog in Ohrid, Mazedonien in Kooperation mit The Aspen Institute
16.06.	Serbiens Weg in Richtung EU Vortragsveranstaltung in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und der serbischen Botschaft in Berlin
18.06.	Agrarrechtsprechung in Ostdeutschland Informationsveranstaltung für ehrenamtliche Richter in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Agrarrecht und der Landwirtschaftlichen Rentenbank
19. – 24.06.	Kommunikation in Europa Seminar für angehende Übersetzer und Dolmetscher in Zusammenarbeit mit der Universität des Saarlandes und der Heriot-Watt University Edinburgh

20. – 25.06.	Efficient Membership and successful preparation for EU Accession Seminar für junge Beamte in Varna in Kooperation mit dem Economic Policy Institute, der Hanns-Seidel-Stiftung und der Vertretung der Europäischen Kommission in Bulgarien
20. – 22.06.	Strategic Positioning of small and medium sized Cities 3. Workshop zur Implementationsphase Options of Actions (OP-Act) im Rahmen des EU-Programms Urbact II
24.06.	Jahreshauptversammlung der Europa-Union (Gastveranstaltung)
24. – 26.06.	How the EU Danube Strategy will support visions for our Danube Vorträge in Belgrad, Drobeta Turnu Severin und Vidin in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
26.06. – 01.07.	„Lernort Berlin“ – Politik und Geschichte von der Reichshauptstadt zur Bundeshauptstadt Seminar zur Politischen Bildung für Angehörige der Bundeswehr in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung
27. – 28.06.	Steuerzentrale Europa? Europapolitische Bildungsreise für auszubildende Steuerfachkräfte auf Einladung des Auswärtigen Amts
28. – 30.06	Belarus im Kontext der europäischen Integration Deutsch-belarussische Fachtagung in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, der deutsch-belarussischen Gesellschaft e.V., dem Verein Menschenrechte in Belarus e.V. und dem German Marshall Fund of the United States
28.06.	Deutsch-Krimtatarischer Dialog Vortragsveranstaltung in Kooperation mit der Osteuropa Förderung e.V., dem Trialog Netzwerk junger Ideen e.V., dem Auswärtigen Amt, der Initiative Mittel- und Osteuroa, dem Interkulturellen Integrationsverein TAMGA e.V., der Robert-Bosch-Stiftung und der Gesellschaft für bedrohte Völker
05.07.	Die Republik Moldau zwischen Europäischer Integration und politischer Krise Vortragsveranstaltung in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Deutsch-Moldauischen Forum e.V.
06. – 07.07.	Europa für Juristen – “Train the trainers“ Europarechtsseminar für LeiterInnen der Arbeitsgemeinschaften für Rechtsreferendare in Kooperation dem Justizministerium des Freistaats Thüringen
06.07.	Strukturen und Strategien einer globalisierten Welt: Supranationale Institutionen als internationale Akteure Vorträge im Rahmen eines Seminars für angehende Diplomaten in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
09. – 14.07.	Likeminds – Tour d’horizon Deutschland Studienreise nach Deutschland für deutsche und türkische Juniorexperten in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung, dem Istanbul Policy Center und der Sabanci-Universität Istanbul
14. - 17.07.	The Cold War – History, Memory, Representation Fachkonferenz zum Kalten Krieg in Kooperation mit der Stadt Berlin, dem Alliierten Museum, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt, der Stiftung Luftbrückendank, der Stiftung Berliner Mauer, dem German Historical Institute London, dem Deutschen historischen Institut Moskau, der Freien Universität Berlin, dem Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam, dem German Historical Institute Washington D.C., dem Museum Berlin Karlshorst und dem Cold War International History Project
16. –19.07.	Ohne Sonderzug nach Pankow Berlin-Seminar für Jugendliche in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

18. – 22.07.	Lernort Berlin: Von der Reichshauptstadt zur Bundeshauptstadt Seminar zur politischen Bildung für Angehörige der Bundeswehr in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung
19. – 24.07.	Jung-Königswinter-Konferenz der Deutsch-Britischen Gesellschaft (Gastveranstaltung)
22. – 24.07.	Third European Lay Judge Forum in London Informationsveranstaltung für Laienrichter in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Schöffinnen und Schöffen
15. – 19.08.	Aktuelle Fragen der Internationalen Beziehungen Aufbauseminar für Angehörige des höheren und gehobenen Dienstes in Kooperation mit dem Bundesministerium des Inneren und der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
02.09	Die Wege zur Demokratie Diskussionsveranstaltung für die interessierte Öffentlichkeit in Kooperation mit dem Deutsch-Polnischen Verein Integration und dem Europäischen Solidarnosc-Zentrum in Danzig
05.09.	Fördermöglichkeiten für Senioren auf europäischer, nationaler und bezirklicher Ebene unter besonderer Berücksichtigung des Programms Grundtvig der EU Empfang des Seniorenclubs Charlottenburg
05.09.	Der Berliner Anteil am EU-Budget Grunewalder Gespräche mit dem dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin
05. – 09.09.	Berlin 1989 – Eine literarisch-historische Spurensuche Seminar für Lehramtskandidaten der Universität Karlsruhe in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung
05. – 09.09	Lernort Berlin – Politik und Geschichte von der Reichshauptstadt zur Bundeshauptstadt Seminar zur Politischen Bildung für Angehörige der Bundeswehr in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung
08. – 09.09.	Brüsseler Spitzen – Erfolgsfaktor Stimme Kompetenztraining für Frauen
11. – 23.09.	Tagung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und des Zentrums für Mittel- und Osteuropa der Robert-Bosch-Stiftung (Gastveranstaltung)
23.09.	Introduction to „Europe“ Seminar für Diplomaten aus Lateinamerika und der Karibik im Rahmen der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amts
22. – 23.09.	Brüsseler Spitzen – Rhetorik und Auftreten Kompetenztraining für Frauen
25. – 27.09.	Wirtschaft und Finanzen in Deutschland Seminar für junge Erwachsene in Kooperation mit der Fachoberschule Hamburg und der Bundeszentrale für politische Bildung
26.09.	Die Donaustrategie der EU – Ein europäisches Jahrhundertprojekt: Vom Grenzfluss zum Strom der europäischen Einheit Vortrag für die interessierte Öffentlichkeit in Kooperation mit der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft e.V.

26.09.	Deutschsein Diskussionsveranstaltung zur Aufklärungsschrift von Zafer Şenocak moderiert von Dr. Andrea Despot
26. – 28.09.	Strategic Positioning of small and medium sized Cities 4. Workshop zur Implementationsphase Options of Actions (OP-Act) im Rahmen des EU-Programms Urbact II
29.09.	Berliner Europaclub – Aktuelles zum Euro und Vorstellung des neuen Berliner Europahandbuchs Informationsveranstaltung für LehrerInnen in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt
30.09. – 01.10.	Tagung des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Gastveranstaltung)
30.09. – 03.10.	Euro Currency as a factor of integration and political identity in a growing EU Vortrag im Rahmen des Euro Symposiums in Tirana in Kooperation mit der Nehemia Universität und der Akademie der Wissenschaften Tirana
03.10. – 07.10.	Open Society Foundation: Scholarship Programs (Gastveranstaltung)
10. – 11.10.	Reihe Brüsseler Spitzen – Business-Etikette: mit gutem Benehmen erfolgreich Kompetenztraining für Frauen
11.10.	13th Joint Seminar on European Integration Processes Vorträge und Planspiel im Rahmen eines Seminars in Dubrovnik in Kooperation mit der Hanns-Seidl-Stiftung
12. – 14.10.	Die Donaustrategie – Politische, rechtliche und ökonomische Aspekte Vortrag im Rahmen des Deutsch-Ungarischen Forums in Budapest
16. – 21.10.	Likeminds - Tour d'horizon Türkei Studienreise in die Türkei für deutsche und türkische Juniorexperten in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung, dem Istanbul Policy Center und der Sabanci-Universität Istanbul
18. – 19.10.	Projektmanagement und Rhetorik Seminar für weibliche Führungskräfte und aktive Mitarbeiterinnen von Migrantenselbstorganisationen in Kooperation mit dem imss und der Friedrich-Ebert-Stiftung
20.10.	What has Europe learned from the Financial Crisis Vortragsveranstaltung in Kooperation mit der Botschaft der Republik Bulgarien in Berlin und dem Deutsch-Bulgarischen Forum
21. – 22.10.	5. Berliner Europa Forum für den Bezirk Pankow Bürgerforum zu Europa in Kooperation mit der Senatskanzlei Berlin
23. – 29.10.	Deutsch-Chinesischer Mediendialog und Informationsreise für Regierungs- und Medienvertreter aus China auf Einladung des Auswärtigen Amts
24 – 28.10.	Informationsreise für Geschichtslehrer aus Großbritannien auf Einladung des Auswärtigen Amts
26.10.	Between democratic renewal and political crisis: What prospects for the Republic of Moldova? Vortragsveranstaltung in Kooperation mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und dem Deutsch-Moldauischen Forum

27. – 30.10.	Europa im Koffer Bildungsreise für Seniorexperten nach Belarus in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Ukraine, der Robert Schuman Stiftung Polska und der Robert-Bosch-Stiftung
28. – 29.10.	Brüsseler Spitzen: Schlagfertig argumentieren Kompetenztraining für Frauen
28. – 30.10.	Centre international de Formation européenne (Gastveranstaltung)
31.10. – 01.11.	Finalising the European Charter of Lay Judges and Arbitrators Treffen und Workshop des Charta-Komitees für Laienrichter
01.11.	Transatlantic Travellers: Das 20. Jahrhundert Abendveranstaltung in Kooperation mit der Checkpoint Charlie Stiftung
01.11. – 03.11	EU enlargement: The end of the one strategy – Turkey and the Western Balkans - differing needs and speeds Internationale Konferenz in Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik, der Stiftung Mercator und dem Auswärtigen Amt
02.11.	Querschnitt Europa: „Wenn's ums Geld geht...“ Seminar zur Lehrerfortbildung
03.11. – 06.11.	Verstehen, Erleben, Gestalten Kongress für polnische und deutsche Jugendliche in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk und dem Auswärtigen Amt

Das Team der Europäischen Akademie Berlin

Dr. Mechthild Baumann arbeitet als Wissenschaftlerin und Studienleiterin für die Europäische Akademie Berlin. Sie konzipiert und leitet Seminare zu verschiedenen Aspekten der europäischen Integration sowie zu europäischer innerer Sicherheit und Migration. Sie schloss ihr Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und dem Institut d'Etudes Politiques de Paris (Sciences Po) jeweils mit einem Diplom ab und promovierte im Herbst 2005 zum Dr. phil. an der Humboldt-Universität zu Berlin (Berlin Graduate School of Social Sciences BGSS).

**Dr. Mechthild
Baumann**

Im Jahr 2007 gründete Frau Baumann das Institut für Migrations- und Sicherheitsstudien (www.imss-berlin.de), welches Analyse, Bildung und Beratung zu Fragen der inneren Sicherheit und Migration anbietet. Das imss arbeitet eng mit der Europäischen Akademie Berlin zusammen. Dadurch werden zahlreiche Synergieeffekte erzielt, denn die Europäische Akademie Berlin steuert die Infrastruktur, ihre Reputation als anerkannte Weiterbildungsinstitution und ihre Erfahrung im Projektmanagement bei, während das imss durch seine fachliche Spezialisierung und seinen wissenschaftlichen Hintergrund neue Akzente in der Weiterbildung zu europäischer Migration und Sicherheit setzt.

In ihrem Fachgebiet publiziert Dr. Baumann regelmäßig. Im Jahr 2011 verantwortete sie die Herausgabe der transatlantischen Studie „Crossing and Controlling Borders. Immigration Policies and their Impact on Migrants' Journeys“ über die Konsequenzen von Einwanderungskontrolle im Budrich-Verlag.

Daneben ist Dr. Mechthild Baumann seit mehreren Jahren in der Lehre tätig. Sie unterrichtet im Masterstudiengang MEGA „Master of European Governance and Administration“ junge europäische Führungskräfte auf deutsch und französisch. Dieser Studiengang wird auf deutscher Seite von der Humboldt-Universität Berlin und der Universität Potsdam sowie dem Bundesministerium des Innern und auf französischer Seite von der École National d'Administration (ENA) und dem Institut d'Etudes Politiques de Paris (Sciences Po) durchgeführt. Dr. Baumann lehrt darüber hinaus im englischsprachigen Programm "Executive Master of Public Management" der Hertie-School of Governance. Beide postgradualen Programme bereiten ihre Absolventen auf eine Karriere in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Diplomatie oder auch in der Wissenschaft vor.

Sie ist stark in verschiedene Netzwerke involviert (Universität, Studienstiftung des deutschen Volkes, berufstätige Mütter, Europafrauen, Frankreich), in denen sie die Europäische Akademie Berlin auf informelle Weise bekannt macht und vertritt.

Als Projektleiterin ist Ute Böhr seit Mai 2008 in der Europäischen Akademie Berlin zuständig für die Koordination und Organisation von Seminaren und Konferenzen, insbesondere der Deutsch-Tunesischen Akademie für gute Regierungsführung im Rahmen der Transformationspartnerschaft der Bundesregierung mit der Republik Tunesien. Außerdem bereitet sie das binationale Begegnungsprogramm "likeminds- german-turkish junior expert initiative" vor und organisiert die Berliner Europa-Foren im Auftrag der Senatskanzlei Berlin.

Ute Böhr

Davor arbeitete sie als freie Projekt- & PR-Managerin für internationale Einrichtungen, Verlage und Agenturen in den Bereichen Projektmanagement, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marketing, Sponsoring und Strategisches Networking. Sie studierte Germanistik, Romanistik und Politikwissenschaften in Köln und Berlin.

Dr. Elisabeth Botsch ist Studienleiterin und für die Konzeption und Planung von Seminaren und Diskussionsveranstaltungen in der Europäischen Akademie Berlin verantwortlich. Sie befasst sich mit den Schwerpunkten Erweiterung der EU, Governance, Zivilgesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit und Antidiskriminierung und leitet derzeit ein internationales Projekt zum Thema EU-Erweiterung, das von der Europäischen Union gefördert wird. Sie ist zugleich Expertin im Antidiskriminierungsnetzwerk SEN der EU-Kommission und Vorstandsmitglied des Deutschen Frauenrates. Daneben arbeitet sie als Dozentin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Sie war bis vor kurzem Leiterin der Bundesgeschäftsstelle Deutscher Frauenring e.V.

Dr. Elisabeth Botsch

Dr. Elisabeth Botsch studierte Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Freiburg, Freie Universität Berlin, Paris I - Panthéon-Sorbonne. Neun Jahre lang arbeitete sie als Referentin im Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und als Dozentin an Sciences Po Paris. In Berlin war sie u.a. an der Botschaft des Königreichs Marokko als Referentin für Pressearbeit tätig und leitete Forschungsprojekte bei FIA Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt.

Dr. Andrea Despot, M.A., ist stellvertretende Akademieleiterin an der Europäischen Akademie Berlin. Sie ist verantwortlich für die Konzeption, Planung und Durchführung von Seminaren, Tagungen und internationalen Projekten. Ihren Schwerpunkt bilden die Außenbeziehungen der Europäischen Union.

Dr. Andrea Despot, M.A., M.A.

Sie erwarb ihre Abschlüsse in Politikwissenschaft und Regionalwissenschaften Osteuropa/Europa an der Harvard University (M.A.) und der Freien Universität Berlin (Dr. phil.). Bevor sie zum Studienteam der Europäischen Akademie wechselte, war Andrea Despot wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin.

Neben ihren Tätigkeiten als stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin ist sie Lehrbeauftragte am John-F.-Kennedy Institut der Freien Universität Berlin. Sie lehrt dort zu Themen der euroatlantischen Beziehungen, der US-amerikanischen Zeitgeschichte sowie der Außen- und Sicherheitspolitik. Als Dozentin am John-F.-Kennedy Institut und Alumna der Harvard University ist sie mit US-amerikanischen und deutschen Bildungs- und Forschungseinrichtungen sehr gut vernetzt. Sie ist Mitglied des Harvard Club Berlin, der Südosteuropa-Gesellschaft sowie des Arbeitskreises Europäische Integration. Dr. Despot ist Vorstandsmitglied von Women in International Security (WIIS), deutsche Sektion, und fungiert als Mentorin im Rahmen des Programms „Talente sichern – Zukunft gestalten“ für hochbegabte junge Frauen.

Dr. Despot wird für Fachvorträge angefragt, darunter von politischen Stiftungen, der Bundesakademie für Öffentliche Verwaltung sowie von einschlägigen Bildungsträgern. Darüber hinaus moderiert sie regelmäßig Podiumsdiskussionen, Werkstattgespräche und Fachkonferenzen. Dr. Despot hat zu europäischen Themen bei der Bundeszentrale für politische Bildung und in der Fachzeitschrift OSTEUROPA publiziert. Darüber hinaus hat sie ihr Buch „Amerikas Weg auf den Balkan“ vorgelegt.

Jenny Johnson arbeitet als Mehrsprachensekretärin für Englisch und Französisch. Sie hat einen Bachelor of Arts Honours in Deutsch und Französisch. Seit 1995 ist sie bei der Europäischen Akademie für städtische Umwelt EA.UE als Fremdsprachen/ Mehrsprachensekretärin tätig. Ihr Aufgabengebiet umfasst unter anderem Unterstützung bei der Projekt- und Verwaltungsarbeit, Textredaktion, Übersetzen und Dolmetschen.

Jenny Johnson

Carolyn Krauss ist seit 1996 zuständig für das Veranstaltungsmanagement von Seminaren und Präsentationen, die den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch in Europa fördern sollen. Ein Teil dieser Veranstaltungen wird vor Ort in den jeweiligen Gastländern durchgeführt und betreut. Sie plant und organisiert thematische Informationsreisen im Rahmen des Besucherprogramms der Bundesregierung und steht Medienpartnern als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Carolyn Krauss ist ausgebildete Übersetzerin und Dolmetscherin mit Fachgebiet Technik.

Carolyn Krauss

Gerhard Liepe ist Haustechniker und wartet und betreut die Tagungstechnik (Saalbeschallung, Dolmetschanlage, Medientechnik: Videoschnittplatz, Aufnahmetechnik, LCD-Beamer, PC-Arbeitsplätze) und gestaltet die Vortragsräume. Des weiteren nimmt er Reparatur- und Wartungsarbeiten im Gebäude sowie an den Außenanlagen vor.

Gerhard Liepe

Vor seiner Beschäftigung bei der Europäischen Akademie war er als Hausverwalter und -techniker beim Verlag der Nation tätig. Gerhard Liepe ist ausgebildeter Instandhaltungsmechaniker und studierte Maschinenbau.

Tina Lißner leitet die Rezeption der Europäischen Akademie Berlin. Sie ist gelernte Restaurant- und Hotelfachfrau und Hotelbetriebswirtin. Nach Abschluss ihrer Ausbildung 1999 im Radisson SAS Hotel Berlin arbeitete sie in der Schweiz für Häuser der Gruppe "Leading Hotels of the World." Anschließend zog sie ein halbes Jahr auf dem Schiff durch Europa und reiste 10 Monate durch Australien, um die Welt kennen zu lernen, bevor sie in Berlin ihr Studium zur Hotelbetriebswirtin absolvierte.

Tina Lißner

Seit Juni 2007 ist sie als Front Office Manager in der Europäischen Akademie Berlin tätig.

Als Projektassistentin ist Bettine Marissen seit Oktober 2011 an der Europäischen Akademie zuständig für die Organisation von verschiedenen Seminaren, Konferenzen, Abendveranstaltungen und Jugendaustauschprogrammen, insbesondere im Rahmen des Projektes "Europe in a Suitcase".

Bettine Marissen

Bettine Marissen studierte von 2004 bis 2007 Politikwissenschaften an der Freien Universität Amsterdam. Nach dem Bachelorabschluss reiste sie ein halbes Jahr durch Südamerika und arbeitete anschließend ein halbes Jahr Vollzeit bei einem internationalen Unternehmen in den Niederlanden. 2009 schloss sie ihren ersten Master in Politikwissenschaften an der Universität von Amsterdam ab. Anschließend kam sie nach Berlin für ihren zweiten Master in Osteuropastudien an der Freien Universität Berlin, den sie im November 2011 erfolgreich abschloss.

Margarete Neckerauer ist für die Bereiche Rechnungswesen/Finanzbuchhaltung sowie für die Personalbuchhaltung verantwortlich. Neben ihrer Aus- und Fortbildung als Kauffrau und als Bilanzbuchhalterin hat sie ihr Kompetenzspektrum durch die Tätigkeit als Verwaltungskoordinatorin, als selbständige Buchhalterin für nationale und internationale Unternehmen sowie für öffentlich geförderte Projekte und nicht zuletzt durch ihr Grundstudium in Mathematik, Geschichte und Englisch wesentlich erweitert.

**Margarete
Neckerauer**

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz ist Studienleiterin an der Europäischen Akademie Berlin, wo sie Seminare, Recherchen und Informationsveranstaltungen plant und durchführt. Ihren Schwerpunkt bilden die Integrationsprozesse mittel- und osteuropäischer Länder, die Europäische Nachbarschaftspolitik sowie die deutsch-polnischen Beziehungen. Sie hat das Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität Wrocław (Polen) und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin absolviert und dort auch promoviert.

**Dr. Weronika
Priesmeyer-Tkocz**

Zusammen mit Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte führt sie am Osteuropa-Institut der FU-Berlin Universitätsseminare durch, die sich mit Europas Politik nach Osten befassen und die verschiedenen Ansätze von der Europäischen Nachbarschaftspolitik/Östlichen Partnerschaft, über die Schwarzmeersynergie und Ostseestrategie bis zur Zentralasienstrategie analysieren.

Weronika Priesmeyer-Tkocz hält regelmäßig Vorträge zu deutsch-polnischen und europapolitischen Themen, nimmt an multinationalen Experten-Workshops und Konferenzen (z.B. Eastern Partnership Civil Society Forum) teil. Sie ist erfahren in Moderations- und Tagungsleitung in unterschiedlichen Institutionen. Sie publiziert in deutsch- und polnischsprachigen Zeitschriften und wissenschaftlichen Sammelbänden.

Ilona Rathert beantragt als Projektleiterin die Seminare der Europäischen Akademie Berlin bei öffentlichen Zuwendungsgebern, sie plant und koordiniert die Finanzierung sowie die Durchführung der Projekte. Sie organisiert Konferenzen, die dem Austausch und der Begegnung unterschiedlicher nationaler und internationaler Gruppen dienen, was auch die thematische Absprache mit Partnern, Referenten und Teilnehmenden impliziert.

Ilona Rathert

Ilona Rathert studierte Romanistik und Lateinamerikanistik in Marburg, Nantes (Frankreich) und Berlin. Sie ist Fremdsprachenkorrespondentin und arbeitet seit 1995 in der Europäischen Akademie Berlin.

Claudia Rehms organisiert seit September 2010 als Projektassistentin Seminare und Konferenzen der Europäischen Akademie Berlin. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Vernetzung und Weiterbildung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern in Europa sowie die Vorbereitung von Seminaren für Angehörige der Bundeswehr. Claudia Rehms studierte Kulturwissenschaften in Frankfurt an der Oder, Prag, Göttingen, Olomouc (Tschechien) und Pune (Indien).

Claudia Rehms

Stefanie Roemer leitet die Verwaltung der Europäischen Akademie Berlin und ist für alle darunter fallenden Aufgaben und Bereiche verantwortlich. Zusammen mit Tina Lißner bildet sie das Team: „Koordination Hausmanagement“. Nach Abschluss ihrer kaufmännischen Ausbildung verbrachte sie zwei Jahre in den USA als AuPair bei Gastfamilien um Land, Leute und Kultur kennenzulernen. Nach ihrer Rückkehr absolvierte sie in Berlin ihr Studium und schloss dieses erfolgreich mit dem Bachelor of Arts in Business Administration ab. Seit November 2009 ist Stefanie Roemer in der Europäischen Akademie in den Bereichen Verwaltung sowie der Personalsbuchhaltung tätig.

Stefanie Roemer

Von Oktober 2010 bis Dezember 2011 befindet sich Stefanie Roemer im Mutterschafts- / Erziehungsurlaub.

Prof. Dr. Hanns-Uve Schwedler hat Geographie, Politikwissenschaften, Physik und Biologie studiert und hat über Stadtentwicklung und Arbeitsmigration in der arabischen Golf- Region promoviert. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin und Referatsleiter / amtierender Direktor der Gossner Mission. Beruflich hat er sich einige Jahre in Kuwait und Nepal aufgehalten. Seit 1993 ist er geschäftsführender Leiter der Europäischen Akademie für städtische Umwelt, einem Institut der EAB. Er hat Lehraufträge an der Universität Kuwait und der Freien Universität Berlin wahrgenommen und wurde Anfang 2007 zum Honorarprofessor an der Universität Aberdeen berufen.

**Prof. Dr.
Hanns-Uve
Schwedler**

Dort lehrt er zu Fragen der Migrations- und Integrationsforschung sowie zur europäischen Stadt- und Regionalentwicklung. Darüber hinaus hielt Prof. Schwedler eine Reihe von Vorträgen zu Migrationsfragen, Bürgerbeteiligung und "gutem Regieren" und moderierte mehrere Veranstaltungen Dritter. Er ist/war Mitglied verschiedener Beratungs- und Expertengruppen Berlins und der Europäischen Kommission. Im Berichtsjahr hat er eine Reihe von Veröffentlichungen über demographischen Wandel in europäischen Klein- und Mittelstädten und über integrierte Stadtentwicklung vorgelegt - darunter das in drei Sprachen erschienene Handbuch "Integrated urban development - The way forward".

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte studierte Soziologie, Politische Wissenschaft, Germanistik und Pädagogik in Marburg. 1978 kam er nach Berlin, wo er anfangs als Dozent und später als Leiter des Instituts für intereuropäische Studien tätig war, bevor er 1989 als Referatsleiter für Film, Funk und Fernsehen in die Senatskanzlei Berlin wechselte.

Seit 1993 ist Prof. Stratenschulte Leiter der Europäischen Akademie Berlin, seit 1999 zusätzlich Lehrbeauftragter im Fach Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, die ihn 2005 zum Honorarprofessor bestellte. Prof. Stratenschulte hat zahlreiche Artikel und mehrere Bücher zu historischen, wirtschaftlichen und europäischen Fragen vorgelegt.

Er ist Ehrendoktor der Kiewer Universität und Träger von Verdienstorden Rumäniens, der Republik Litauen sowie des bulgarischen Außenministeriums.

2011 führte Prof. Stratenschulte am Osteuropa-Institut der FU Berlin zwei Universitätsseminare durch, die sich mit der Donaustrategie sowie Europas Politik nach Osten befassten und die verschiedene Ansätze von den Gemeinsamen Räumen mit Russland über die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Schwarzmeersynergie bis zur Zentralasienstrategie analysierten. Ein weiteres von ihm gegebenes Seminar im Rahmen des Masterstudiengangs Europawissenschaften der drei Universitäten FU, Humboldt-Universität und TU Berlin beschäftigte sich ebenfalls mit diesem Thema.

Prof. Stratenschulte ist Autor des Internet-Europaglossars der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de). Er ist zudem externer Redakteur der Diskussionsreihe „Europa Kontrovers“, die ebenfalls von der Bundeszentrale für politische Bildung im Internet angeboten wird. Prof. Stratenschulte ist auch der Autor eines Foliensatzes zur Europäischen Union, den die Bundeszentrale für politische Bildung Multiplikatoren zur Verfügung stellt.

Vortragsreisen führten Prof. Stratenschulte im Jahr 2011 unter anderem nach Albanien, Belarus, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Polen und Ungarn. Für den Deutschen Akademischen Austauschdienst nahm er in Ashgabat und Baku an der Auswahl von Stipendiatinnen und Stipendiaten teil.

Prof. Stratenschulte hat 2011 als Mitglied des Rednerteams der Europäischen Kommission (Team Europe) zahlreiche europapolitische Vorträge gehalten. Er hat Veranstaltungen für verschiedene Institutionen wie die Schwarzkopf-Stiftung, die Europäische Kommission, die Europa-Union, den Deutschen Beamtenbund, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, den Senat von Berlin, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sowie ein großes Lateinamerikaforum für das Auswärtige Amt moderiert. Prof. Stratenschulte ist Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration, des Zusammenschlusses der deutschen Europawissenschaftler.

**Prof. Dr.
Eckart D.
Stratenschulte**

Danksagung

Das Profil der Kooperationspartner prägt das Bild der Europäischen Akademie Berlin und führt zu einer dichten Vernetzung inhaltlicher Arbeit, die in einer breiten Palette europäischer Themen ihren Ausdruck findet.

Zum einen möchten wir die Kontinuität dieser Arbeit wahren und dabei zum anderen einen Schwerpunkt auch auf die Wahrung der Vielfalt legen, die durch die Suche und Begegnung mit neuen Partnern gewährleistet werden kann.

Wir danken folgenden Institutionen, die uns finanziell unterstützt haben:

Auswärtiges Amt
 Bundesbank Stiftung
 Bundeszentrale für politische Bildung
 Deutsch-Französisches Jugendwerk
 Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)
 Education, Audiovisual & Culture Executive Agency
 Europäische Kommission, Brüssel
 European Citizen Action Service (ECAS)
 Landwirtschaftliche Rentenbank
 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
 Robert-Bosch-Stiftung
 Rochus und Beatrice Mummert-Stiftung
 Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters von Berlin
 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung des Landes Berlin
 Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Warschau

**Unterstützung der
laufenden Arbeit
der Europäischen
Akademie Berlin**

Nicht möglich wäre die Arbeit der Akademie auch ohne die Kooperation mit zahlreichen Partnerorganisationen, denen an dieser Stelle ebenfalls gedankt sei.

AE Accademia Europeista del Friuli Venezia Giulia
 Akademie der ukrainischen Presse
 Andrassy Universität, Budapest
 Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
 ARD.ZDF Medienakademie
 ASDE Ecoregions and Alliance for Environment, Sofia, Bulgaria
 Außenministerium der Republik Bulgarien
 BKV FOND
 Botschaft der Republik Armenien
 Botschaft der Republik Bulgarien
 Botschaft der Republik Estland
 Botschaft der Republik Finnland
 Botschaft der Republik Georgien
 Botschaft der Republik Kroatien
 Botschaft der Republik Lettland
 Botschaft der Republik Litauen
 Botschaft der Republik Makedonien
 Botschaft der Republik Polen
 Botschaft der Tschechischen Republik
 Botschaft der Republik Türkei
 Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BaköV)
 Bundesministerium der Justiz
 Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V.
 Bundesverband landw. Fachbildung e.V., Bonn
 Bundeswehr
 Central European University
 Centre International de Formation Européenne (C.I.F.E.)
 Checkpoint Charlie Stiftung

**Partner-
organisationen**

Daimler-Fonds im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
 Der Bürgermeister, Stadt Altena, NRW
 Der Stadtdirektor, Stadtgemeinde Leoben
 Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung Berlin
 Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
 Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht (DGAR)
 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO)
 Deutsche Vereinigung der Schöffen e.V.
 Deutsch-Litauisches Forum
 Deutsch-Litauische Gesellschaft
 Deutsch-Moldauisches Forum e. V.
 Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
 Diplomatische Akademie Zagreb, Kroatien
 Diplomatisches Institut Sofia, Bulgarien
 Economic Policy Institute
 EurActiv-Netzwerk
 Europa Union Hessen
 Europäische Akademie Sankelmark
 Europäische Akademie für Zivilgesellschaft, Moskau
 Europäisches Parlament, Berlin
 Europa-Union Berlin
 Europa-Union Deutschland
 Europea Germany
 European Academy Civil Society
 European Journalist Club
 European Network for Education and Training e.V. – EUNET
 European Union of Judges in Commercial Matters (UEMC)
 Europazentrum Baden-Württemberg
 Federacion estatal de Asociaciones de Justicia de Paz y Proximidad
 Fondacioni Nehemia
 Freie Universität Berlin
 Friedrich-Ebert-Stiftung
 Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
 Genossenschaftsverband Norddeutschland e.V.
 Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, GIZ
 Goethe-Institut Prag
 Hanns-Seidel-Stiftung
 Heinrich-Böll-Stiftung
 Historisches Institut der Universität Potsdam
 Hochschule für Nachhaltige Entwicklung, FH Eberswalde
 Holocaust Fund of the Jews from Macedonia, Skopje
 Inforadio / RBB
 Institut für Europäische Politik, Berlin
 Institut für Migrations- und Sicherheitsstudien (imss)
 Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau
 Internationale Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amts
 Istanbul Policy Center der Sabanci Universitesi Berlin
 IUC-Europe
 Ius et Ratio, Universität Stettin
 JOE, Berliner Netzwerk für junge Osteuropa Expert/innen
 John F. Kennedy-Institut
 Journalistenkolleg der Freien Universität Berlin
 Junge Europäische Bewegung (JEB)
 Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e.V.
 Konrad-Adenauer-Stiftung

Kontaktstelle zu Berlin der Stadt Stettin
 Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM), Berlin und Brandenburg
 Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
 Lateinamerika-Forum Berlin
 Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)
 Magistrates' Association of England and Wales
 Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, NRW
 Ministry of Foreign Affairs and European Integration, Diplomatic Academy Sofia
 Moldova-Institut Leipzig
 Municipality of Dabrowa Górnicza
 Municipality of Nagykallo, Hungary
 Offizierschule der Luftwaffe Fürstenfeldbruck
 Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin
 Osteuropa - Zeitschrift
 Polska Fundacja imienia Roberta Schumana (Robert Schuman Stiftung Polen)
 Primaria Municipiului Medias (Region Sibiu), Abt. Kultur und Museen
 Radio France Internationale
 Redakcja Wojskowa, Warszawa
 Ruhr Universität Bochum
 Rumänisches Kulturinstitut Berlin „Titu Maiorescu“
 Sabanci Universitesi Istanbul
 Salka Schwarz, StilKunde
 Schwarzkopf Stiftung
 Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin
 Social Economy Foundation, Rezekne/Riga
 SPACE – School of Planning, Architecture and Civil Engineering, Queen's University Belfast
 Spatial Planning Department., Gemeente Heerlen
 Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
 Stadtverwaltung, Ancona
 Stadtverwaltung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Legazpi (Spanien)
 Stiftung Wissenschaft und Politik
 Südosteuropa-Gesellschaft (SOG), München
 Suomen Lautamiehet ry, Finnland
 The European Circle
 The Mayor's Office, Notodden Kommune
 TV Berlin
 Umweltbundesamt
 Unie de Rechten in Handelszaken in België (URHB)
 United Nations Economic Commission for Europe (UNECE)
 Universitatea Lucian Blaga, Sibiu
 University of Aberdeen, School of Geosciences, Centre for Planning and Environmental Management (CPEM)
 Verband Landwirtschaftlicher Fachschulabsolventen in Schleswig-Holstein
 Verein für Gesellschaftliche und Juristische Bildung Ius et Ratio, Stettin
 Vereinigung der fachmännischen Laienrichter Österreichs
 Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
 Volkshochschule Diepholz
 Volkshochschule Zehlendorf-Steglitz
 Volkshochschule Mönchengladbach
 Wyższa Szkoła Bankowa w Poznaniu, Wydział Zamiejscowy w Chorzowie
 World Health Organisation (WHO)

Mitglieder des Trägervereins

Natürliche Personen:

Bettermann, Erik

Intendant der Deutschen Welle

Diepgen, Eberhard

Rechtsanwalt, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Klein, Dr. Peter-Jörg

Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied der Berliner Bank AG a.D.

Longolius, Alexander

Vorstandsvorsitzender der Checkpoint-Charlie-Stiftung, Berlin

Löning, Markus

Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung

Merkel, Petra

Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzende des Haushaltsausschusses

Moser, Hubertus

Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender
der Landesbank Berlin a.D., Berlin

Pfennig, Dr. Gero

Rechtsanwalt und Notar, Berlin

Rasch, Walter

geschäftsführender Gesellschafter der HPE Development GmbH;
Vorsitzender des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.;
Senator a.D., Berlin

Roth-Behrendt, Dagmar

Juristin, MdEP, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Sabathil, Dr. Gerhard

Direktor für Strategie, Koordinierung, Analyse in der Generaldirektion Auswärtige
Beziehungen der Europäischen Kommission, Brüssel

Scheffler, Herbert

Ministerialrat a.D., Bad Breisig

Schmidt, Christian

Mitglied des Deutschen Bundestages,
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Schmitz, André

Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin

Staffelt, Dr. Ditmar

Vorstandsbeauftragter für Politik- und Regierungsangelegenheiten für Deutschland bei der
European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) Deutschland GmbH;
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Stratenschulte, Prof. Dr. Eckart D.

Akademieleiter, Berlin

Wowereit, Klaus

Jurist, MdA; Regierender Bürgermeister von Berlin;
Stellv. Bundesvorsitzender der SPD

Juristische Personen:**Landesbank Berlin AG (vorm. Bankgesellschaft Berlin AG)**

vertreten durch ihr Vorstandsmitglied a.D. Dr. Peter-Jörg Klein

Berliner Volksbank eG

vertreten durch ihren Vorstandsvorsitzenden Dr. Holger Hatje

Berlinwasser International AG

vertreten durch ihren Vorstandssprecher Staatssekretär a.D. Dieter Ernst

Deutsche Telekom AG, Repräsentanz Berlin

vertreten durch den Bevollmächtigten des Konzernvorstandes für Politik und Regulierungsgrundsätze der Deutschen Telekom AG

Dussmann-Gruppe

vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden durch Dirk Brouwers

Vorstand:**Dr. Peter-Jörg Klein**

Vorsitzender

Petra Merkel

stellv. Vorsitzende

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte

stellvertretender Vorsitzender, geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Kassenprüfer:

Markus Löning

Alexander Longolius

Ehrenvorsitzender:

Herbert Scheffler

AN OVERVIEW

The past year of 2011 was clearly influenced by turbulent movement surrounding the European currency, the euro. This topic was given due importance in selecting European Academy Berlin points of main emphasis, nevertheless at the same time it was felt important not to neglect other aspects of European integration issues.

In 2011, the European Academy Berlin held approximately 140 events: seminars, lectures and workshops. In the course of the year, in summary, the following points of main emphasis were addressed:

1. THE CRISIS IN THE COMMON EUROPEAN CURRENCY

The European Academy Berlin has developed a series of **lesson or teaching module units** on this topic, thus enabling teaching staff to address the subject in lessons in an up-to-date and competent manner. The modular teaching units are presented on the Academy web site for teachers to download and have been very well received.

Furthermore, the currency crisis was also the topic in two **meetings for Berlin teachers**, in a **radio broadcast discussion** presented in cooperation with the regional public broadcasting channel, Inforadio Berlin, and the Federal Foreign Office, in a **seminar for school pupils** and students, as well as in several **information visits for journalists**, one from Greece and others with participants from numerous countries in central and eastern Europe.

2. EUROPEAN BENEFITS FOR INHABITANTS AND CITIZENS

It is very important, precisely at times when Europe is very considerably perceived as being in crisis, to emphasise the concrete and daily benefits of European integration. One good illustration for this point are the macro-regional **Strategies for the Baltic and Danube Regions** which were initiated in 2009 and 2011. On both these two topics the European Academy Berlin has organised **scholarly conferences**, as a result of which in each case a **publication in book form** was produced. In addition, the European Academy Berlin gave advice and support as the River Danube region strategy developed and was adopted, by means of a **series of presentations** ('Lebensader Donau' - the Danube as a lifeline) organised in conjunction with the Hanns Seidel Foundation. In this series the very diverse positions and interests of the different countries lying on the River Danube were portrayed.

3. PARTICIPATION

Public acceptance of European integration can only be maintained and strengthened if the EU general public, EU citizens, are able to be included to a greater degree in European decision making processes. A considerable number of events at or run by the European Academy Berlin were instrumental in serving this objective. In the course of 2011 the Academy continued to organise the series of **European 'Bürgerforen' (citizens' forums)**, in which on each occasion 70 to 80 citizens selected randomly are invited to a meeting over one and a half-days, at which they are able to formulate their ideas and wishes concerning European political issues in the form of a Citizen Declaration. In conclusion, after the discussions have taken place, the outcomes summarised in the form of a Citizen Declaration are put forward in a panel discussion to political representatives whose work involves European issues. This series of meetings is organised in cooperation with Senatskanzlei Berlin (the Governing Mayor's Office) and will be continued in the forthcoming year (2012).

The Academy's international project addressing **European Lay Judges** and their counterparts in other European countries continued its activities and in 2012 will have its culminating meeting in the form of a European Day of Lay Judges.

4. GENDER ISSUES

Gender equality is a vital component in European policy; however, frequently, despite relevant statutory requirements, it is not to be found in practice in the work field. The European Academy Berlin is therefore initiating by means of a series of meetings with the overall title of 'Brüsseler Spitzen' (**Professional competence training events for women in management**) in the European context. Several meetings in the series were held in 2011.

5. EUROPEAN VALUES

The common values on which Europe is based are not an abstract matter; on the contrary, they have come about as a result of European heritage and history, and are lived out through practical social responsibility. In a number of **seminars with commissioned and non-commissioned officers from the Federal Armed Forces** aspects such as these are repeatedly elaborated, because it is only in this way that, in the context of a democratic system, commitment to armed forces fully integrated in the European dimension can be exemplified.

In 2011, the Academy initiated a series of meetings under the title of **Grunewalder Gesprächskreis** (Grunewald discussion group), where an invited circle comprising experts in the fields of politics and public administration are able to address questions of defence policy in the 21st century.

6. EUROPEAN DISSEMINATION

The European Union is a complex structure which is thus not always easy to transmit. On the other hand, public acceptancy pre-supposes that the general public understands the EU in its basic components. For this reason the European Academy Berlin concentrates its efforts principally on supporting dissemination on the subject of Europe in schools, adult education and university levels. In this context, reference should be made to the **Berliner Europahandbuch** (manual on Europe for Berlin schools), which may also be described as a further development of the Berlin Europe pilot's case. Guided as it is by the Berlin school outline curriculum plan, the present manual contains suggestions, work sheets and information hand-outs, documents, lesson plan modules and further indications on how it is possible to make lessons or projects in schools about Europe very interesting.

In addition to these activities, in 2011 the Academy also organised several **seminars for teachers** and supplemented this with the introduction of a '**Berlin Europe Club**'. Using this format, the intention is by meeting several times a year for teaching staff from Berlin to be able to become well versed in current developments in the European Union. Demand for this vehicle is - pleasantly - high, and additionally due to the fact that with the exception of EAB activities there is in the whole of the Federal State of Berlin no other continuous education opportunity on European politics available to teaching personnel.

7. EUROPE MADE UNDERSTANDABLE

Not only for teaching staff, but also for the wider public it is crucial to comprehend European complex background contexts. For this reason, the European Academy Berlin carried out a number of events in 2011 which were intended for the **general public** and were concerned with current topics in the European Union. In this category belongs as well a conference bringing together German and Dutch school pupils, which was organised as part of the programme in an **official state visit by Queen Beatrix of the Netherlands**, to whom the outcomes of the conference were presented.

8. EUROPE AND NEIGHBOURS

As in the past, in 2011 the European Academy Berlin conducted several events both at home and abroad addressing the subject of European Union relations towards its neighbours. In this context, on the one hand **questions relating to enlargement** were in focus (amongst other venues, meetings took place in Bulgaria, Croatia, Serbia, the former Yugoslavian Republic of Macedonia and in Albania). The Academy collaborated in these cases with Diplomatic Institutes of Bulgaria and Croatia, with the universities of Zadar and Dubrovnik as well as with branch offices of the Hanns Seidel Foundation.

On the other hand, issues in the **Eastern Partnership** and about the European Union working together with partner nations in the east of Europe were discussed. One particularly successful approach was to continue a series of events subsumed under the title of **'Europe in our suitcases'**, as part of which small groups of experts from Germany and Poland conducted discussions in several countries involved in the Eastern Partnership with disseminators and other involved figures in the respective locations. This touring series of events continued in 2011 in Ukraine, where one team of senior experts was involved as well as four teams of junior experts, and for the first time one senior team extended their tour to include Belarus. The project series receives funding support from the German Robert Bosch Foundation and also from a number of foundations allied to Federal political parties. In 2012 it is planned to include both Moldova and Armenia as well in the visits.

In the framework of the Academy project series entitled **'likeminds'**, which is supported financially by the Robert Bosch Foundation, young potential leaders from Germany and Turkey were brought together in the course of several events held in Berlin, Istanbul and Ankara, with the aim of reflecting and elaborating mutually held and divergent perspectives in their two countries in the European context.

9. THE EUROPEAN ACADEMY OF THE URBAN ENVIRONMENT

Less may sometimes be more –

European municipalities, towns and cities and demographic change

Demographic change is currently presenting towns and cities all over Europe with entirely new tasks. In particular, small and medium-sized cities are facing major challenges as a result of falling birth rates, noticeably increased life expectancy and of outward migration. Young people move away to larger conurbations. It is older people, senior citizens, who stay behind. Decreasing inhabitant numbers and a changed population structure are the outcomes.

Thus local authorities are not only facing new tasks with regard to basic provision of services. Shrinking means as well that municipalities have less ample communal budgets. And this applied concurrently with increased per-capita outlays, for example for schools, water supply and disposal or also for local public transport. The vicious circle of less inhabitants – less revenue – less quality of life - less investment – less employment – people moving away and continued shrinking ... may well lead to a downward spiral, where finally the very existence of the municipality concerned is at risk.

The project to which EA.UE is supplying scientific support entitled Op-Act (Options of actions for the strategic positioning of small and medium sized cities) is providing assistance to eleven project partner towns and cities from ten EU member states, to help them elaborate sustainable perspectives and to implement outcomes. Activities begin with the field of new financing strategies and are by no means complete once marketing measures are planned. What is particularly involved is to adapt and to improve all the various fields and quality of living – in local amenities, going on to improving integration of new entrants, of young people into the labour market.

During 2011, four conferences were organised between the project partners with a variety of topics to be addressed. At the end of the reporting year, all the project outcomes to date and an analysis of good practice were promulgated on the internet (<http://urbact.eu/en/projects/active-inclusion/op-act/our-outputs/>).

Holistic thinking and integrated actions – good governance in metropolises

All over the world action at local level is ever more deeply determined by global developments. Economic and capital market crises, falling tax revenues, overwhelming urban growth in newly developed or developing countries, global competition for location choices, increasing socio-spatial disparities, climate change, traffic which can barely be managed... The list of challenges is long. Repercussions arising from these challenges for local authorities can no longer be overcome by the cities themselves, nor in most cases using traditional approaches to solutions. In taking on tasks such as these, increasingly, integrated management approaches are being adopted. The fields or areas which need to be taken into account and addressed are quite clearly too intertwined for questions to be addressed using traditional departmental thinking methods.

The network known as METROPOLIS of global outreach, in which 130 capital cities and municipalities with over a million inhabitants have come together, has reacted to the situation described above by setting up a Commission on Integrated Urban Governance. The Commission was presided over by the City and State of Berlin and concluded its three-year period of operation at the end of 2011. The Commission received scientific support and advice in its activities from EA.U.E. The most significant outcome of this working period is the manual entitled 'Integrated Urban Governance - The Way Forward', which is available in three languages. This was supplemented by a brochure on the topic which was designed to target political decision makers in the first instance. During 2011, both manual and brochure were presented to a wider audience in Brussels and in the framework of the Metropolis World Congress held in Porto Alegre. Both texts can also be accessed in English via the internet

(<http://metropolis.org/publications/commissions> and:
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/internationales_eu/staedte_regionen/de/metropolis/2011.shtml)

In addition to activities described above, the European Academy Berlin has facilities which in 2011 were again used by a wide variety of institutions and organisations, such as the labour movement social workers' organisation Arbeiterwohlfahrt (AWO), the Europa-Union of Germany (UEF branch) or the Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF – Center for International Peace Operations) in order to carry out their own meetings and training events.



'Europe for Citizens' Programme

Co-financed by the European Union within the programme "Europe for Citizens" 2007 - 2013.

The team of the European Academy Berlin

Dr. Mechthild Baumann

Dr. Mechthild Baumann works in academia and as programme manager in the European Academy Berlin. In this capacity she designs and directs seminars on several aspects of European integration as well as on domestic security and migration. She completed her studies in political science by gaining a French-German MA (Diplom) at the Institut d'Etudes Politiques de Paris in 2000 and a German MA (Diplom) at the Free University of Berlin. In 2005 she completed her PhD at the Humboldt University of Berlin (Berlin Graduate School of Social Sciences, BGSS).

In 2007 she founded the Institute for Migration and Security Studies (www.imss-berlin.de), which provides analyses, further education and policy advice on domestic security and migration. IMSS works closely with the European Academy Berlin. As a result, numerous synergetic effects are achieved, because the European Academy Berlin provides the infrastructure element, its reputation as a well-known organisation for continued education and experience in managing projects, whilst imss is able to place new emphasis, because of its expert specialisation and academic background, on further education and training in the fields of European migration and domestic security.

Dr. Baumann regularly publishes works in her specialist field. In 2011 she was the responsible editor for a transatlantic study which appeared in the Budrich Verlag, entitled "Crossing and Controlling Borders. Immigration Policies and their Impact on Migrants' Journeys" about impacts of immigration restrictions.

In addition, she has acted as lecturer for many years. She lectures to young European management personnel in German and French in the MEGA Masters' degree course (Master of European Governance and Administration). This course is jointly offered on the German side by the Humboldt University of Berlin and the University of Potsdam as well as the Federal Ministry of Home Affairs, and on the French side by the École National d'Administration (ENA) and Institut d'Etudes Politiques (Sciences Po) in Paris. In addition, Dr. Baumann lectures in an English language programme entitled Executive Master of Public Management provided by the Hertie School of Governance in Berlin. Both these postgraduate courses prepares their graduates for careers in business, politics, public service and diplomatic careers, and also in the academic field.

She is deeply involved in a number of networks (university, German national academic foundation - Studienstiftung des deutschen Volkes - , working mothers, Women in Europe, France), where in a social setting she both gives information about and represents the European Academy Berlin.

In her capacity as project manager, Ute Böhr has worked at the European Academy Berlin since May 2008 and is responsible for coordinating and organising seminars and conferences, in particular the German-Tunisian Academy for good governance, in the context of the transformation partnership agreement between the Federal government and the Republic of Tunisia. Furthermore she works on the bi-national exchange programme entitled 'likeminds – a german-turkish junior expert initiative' and also is responsible for organising the Berlin Europe Citizens' Forums on behalf of the Governing Mayor's Office, Senatskanzlei Berlin.

Ute Böhr

Previously she was a freelance project and PR manager for international organisations, publishing houses and agencies in the fields of project management, press and PR activities, marketing, sponsoring and strategic networking. She took her degree in German studies, French studies and Politics at the universities of Cologne and Berlin.

Dr. Elisabeth Botsch is a seminar director at the Academy, and as such is responsible for designing and planning seminars and other meetings held in the Academy premises and elsewhere. Her principal points of main emphasis include EU enlargement, governance, civil society, gender equality and non-discrimination. She is also an expert in the SEN anti-discrimination network advising the European Commission and on the executive board of the Deutscher Frauenrat (Council of Women's Associations). In addition she lectures at the Berlin School of Economics and Law / Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Until Autumn 2011 she headed the Federal Office in the Deutscher Frauenring e.V. DFR (Association of German Women).

Dr. Elisabeth Botsch

Dr. Botsch read history and politics at Freiburg University, at the Free University of Berlin and at the Paris I - Panthéon-Sorbonne University. For nine years she was desk officer in the Paris branch office of the German Friedrich Ebert Foundation, and lectured at the famous school for political sciences in Paris, Sciences Po. In Berlin she was, amongst other positions, responsible for press and public affairs at the Embassy of Morocco and for research projects at the FIA, a research group on the international labour market.

Andrea Despot, M.A., is Deputy Director of the European Academy Berlin. As such, she is responsible for creating / designing, planning and implementing seminars, conferences and other international projects. Her points of main emphasis concern European Union external relations.

Dr. Andrea Despot, M.A., M.A.

She received her qualifications in politics, area studies in eastern Europe / Europe at the Graduate School of Arts and Sciences, Harvard (M.A.) and at the Free University of Berlin (Dr. phil.).

Prior to joining the academic study team at the European Academy, since 2004 she had been a member of the academic staff at the Institute for East European Studies at the Free University of Berlin.

In addition to her work as Deputy Director of the European Academy Berlin, Andrea Despot has been appointed as lecturer at the John F. Kennedy Institute (Graduate Institute for North America Studies) of the Free University of Berlin. Her topics of main interest include Europe-Atlantic relations, US American modern history as well as foreign and security policies. As a lecturer at the John-F.-Kennedy Institute and graduate of Harvard University, she has built up a very good network of contacts to USA and German educational and research institutions. She is a member of the Harvard Club Berlin, of the South-Eastern Europe Association as well as of the working group Arbeitskreis Europäische Integration (German member of ECSA, the European Community Studies Association) a network and association of European affairs scholars in Germany. Dr. Despot serves on the board of the German section of Women in International Security (WIIS) and also acts as mentor in the context of the programme 'Talente sichern – Zukunft gestalten' for highly gifted young women.

Dr. Despot is regularly invited to give specialist lectures or presentations, by foundations sponsored by German political parties, by the Federal Academy for Public Administration Training (BakÖV) as well as by relevant educational establishments. Additionally she acts as chairperson in panel discussions, workshop meetings and specialised conferences. Dr. Despot has published works on European topics for the Federal Agency for Civic Education bpb and in OSTEUROPA, a specialised periodical. In addition, her book entitled 'Amerikas Weg auf den Balkan' has been published.

Jenny Johnson is employed as tri-lingual secretary for English and French. She received a Combined Honours degree, Bachelor of Arts, in German and French. She has worked at the European Academy of the Urban Environment EA.UE since 1995, as administrative assistant / tri-lingual secretary. Her duties include providing support in project and office support tasks, text editing, translating and consecutive interpretation.

Jenny Johnson

Carolyn Krauss has been responsible for managing events since 1996, including seminars and representational events for the purpose of political, economic and cultural exchange with central and eastern European countries as well as member states of the European Union. The majority of these events are organised and directed on location in the country concerned. She regularly organises information visits within the framework of the Visitors' Programme of the Federal Republic of Germany and acts as point of contact for media representatives.

Carolyn Krauss

Gerhard Liepe is employed at the European Academy Berlin as building supervisor and caretaker, where he maintains and repairs conference and office equipment (public address systems, conference interpreting equipment, media equipment: video cutting, recording, LCD projectors, personal computer work stations) and lays out seminar venues. In addition, he carries out repair and maintenance work in the buildings and in the Academy grounds. Prior to being employed at the Academy, Gerhard Liepe worked as a building supervisor and technician at a Berlin publishing house. He is a qualified maintenance technician and studied mechanical engineering.

Gerhard Liepe

Tina Lißner manages the reception desk in the European Academy Berlin. She completed a course of practical and theoretical training in the hotel and catering fields at the Radisson SAS Hotel in Berlin up to 1999. After qualifying, she spent five years in Switzerland, working as receptionist for Leading Hotels of the World Group in Lucerne, St. Moritz and Ascona. During this time she was able to gain a variety of different perspectives on working at a hotel front office. Later she worked on a cruise ship for six months, responsible for passenger relations. In 2004 she took leave of absence and spent 10 months exploring Australia. Back in Berlin, Tina Lißner graduated in hotel business management and has been Front Office Manager in the European Academy since June 2007.

Tina Lißner

As project assistant at the European Academy Berlin since October 2011, **Bettine Marissen** is responsible for organising a variety of seminars, conferences and exchange meetings for young people, particularly in the context of the project entitled 'Europe in a Suitcase'.

From 2004 to 2007, Bettine Marissen studied political science at the Free University of Amsterdam. After finishing her bachelor degree, she travelled in South America for six months and then worked full-time for six months for an international company in the Netherlands. In 2009 she completed her first Master's degree in political science at the University of Amsterdam. She came to Berlin in order to take a second Master's degree in Eastern European Studies at the Free University of Berlin and in November 2011 successfully completed this course.

Margarete Neckerauer is responsible for the areas of book-keeping and accounting / financial accountancy as well as for salaries / wages and personnel accounting. In addition to obtaining professional and vocational qualifications in business studies (management) and as certified management accountant, she has developed her range of competence through experience whilst working as administrative manager (office manager), as a self-employed accountant on behalf of national and international companies as well as in project accounting for public funds. She also completed a general studies course at university in mathematics, history and English. **Margarete Neckerauer**

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz is programme director at the European Academy Berlin and in this capacity she plans and carries out seminars, research work and information events. Her focus of interest lies in particular on transformation processes in central and eastern European countries, on the European Neighbourhood Policy as well as on German-Polish relations. She studied International Relations at the University of Wroclaw in Poland and Political Sciences at the Free University of Berlin, where she subsequently gained her doctorate. **Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz**

In conjunction with Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte she lectures in the Institute for East European Studies at the Free University of Berlin, addressing EU policies vis-à-vis the East and analysing various approaches ranging from European Neighbourhood Policy / Eastern Partnership, on via Black Sea synergy and Baltic Sea strategy to Central Asia strategy.

Weronika Priesmeyer-Tkocz regularly gives presentations on German-Polish and European policy topics, participating furthermore in multi-national expert workshops and conferences (such as the Eastern Partnership Civil Society Forum). She has experience of chairing and directing meetings in a wide variety of organisations. She writes articles for German and Polish language periodicals and in academic anthologies.

As project manager Ilona Rathert organises fund raising through public institutions for projects held at the European Academy Berlin and coordinates seminar financing and organisation. She is furthermore responsible for international congresses taking place at the Academy, which includes coordination on subject matter and organisation with project partners, speakers and participants.

Ilona Rathert

Ilona Rathert studied Romance and Latin American studies at the universities of Marburg (GE), Nantes (FR) and Berlin. She trained as a tri-lingual secretary and has been employed by the Academy since 1995.

As member of the project support staff, since September 2010, Claudia Rehms has been working at the European Academy Berlin organising seminars and conferences. The main focus of her work is in the 'Volunteer lay justices and judges in Europe' project for networking and further training. In addition, she organises civic education seminars for members of the Federal Armed Forces. Claudia Rehms read cultural studies in Frankfurt on Oder, Prague, Göttingen, Olomouc in the Czech Republic and Pune in India.

Claudia Rehms

Stefanie Roemer is administration manager at the European Academy Berlin and therefore responsible for all respective tasks and fields. In conjunction with Tina Lißner she forms the house management coordination team. After completing a commercial vocational qualification she lived in the US for two years as an au pair, getting to know the country, the people and their culture. After returning to Germany she continued her studies in Berlin and successfully obtained a bachelor's degree in Business Administration, majoring in accounting and controlling. Stefanie Roemer has been working at the Academy in the areas of administration and payroll/personnel accounting since November 2009.

Stefanie Roemer

From October 2010 until December 2011, Stefanie Roemer was absent on maternity / parental leave.

Prof. Dr. Hanns-Uve Schwedler studied geography, political sciences, physics and biology and completed his PhD thesis on urban development and labour migration in the Arabian Gulf region. He was on the academic staff at the Free University of Berlin and Head of Unit / acting Managing Director at the NGO Gossner Mission in Berlin. His work took him for several years to Kuwait and to Nepal. Since 1993 he has been Managing Director of the European Academy of the Urban Environment, part of the EAB. He was appointed to lecture at the University of Kuwait and at the Free University of Berlin, and at the beginning of 2007 he was appointed Honorary Professor of Urban Planning at the University of Aberdeen.

**Prof. Dr.
Hanns-Uve
Schwedler**

In this capacity he lectures on migration issues and questions of integration research, as well as on European urban and regional development. In addition, Professor Schwedler has given a number of presentations on migration issues, public participation and 'good governance' and has chaired several meetings and events organised elsewhere. He is / was a member of various advisory and expert consulting groups in Berlin and for the European Commission. during the year in question he produced several publications on demographic change in European small and medium-sized cities and about integrated urban development – including the manual entitled "Integrated urban development - the way forward" which was published in three languages.

Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte read sociology, political science, German studies and education at Marburg University. In 1978 he moved to Berlin, initially as lecturer and then as Managing Director of the Institute for Inter-European Studies, before taking up a post in 1989 as Head of Unit for press and publication matters in the Senatskanzlei (Governing Mayor's Office).

**Prof. Dr.
Eckart D.
Stratenschulte**

Professor Stratenschulte has been Director of the European Academy Berlin since 1993, since 1999 he has additionally worked as guest lecturer in the Political Science Department at the Free University of Berlin, where in 2005 he was appointed an Honorary Professor. Eckart Stratenschulte has published numerous articles and several books on historical, economic and European issues.

He was awarded an Honorary Doctorate by the University of Kiev and holds Orders of Merit from Romania, from Lithuania and from the Foreign Office of Bulgaria.

During 2011, Professor Stratenschulte held two seminar classes in the Institute for East European Studies at the Free University of Berlin, addressing the EU Danube Region strategy and EU policies vis-à-vis the East, analysing various approaches ranging from the Common Spaces and Russia via European Neighbourhood Policy / Eastern Partnership and Black Sea synergy effects to the Central Asia strategy. A further seminar which he taught as part of the Masters' course in European Studies, organised by the Free University, the Humboldt University and the Technical University of Berlin, also addressed this topic.

Professor Stratenschulte has written the internet Europe glossary maintained by the Federal Agency for Civic Education (www.bpb.de). In addition, he is external editor for the discussion series entitled 'Europa Kontrovers', which is also available on-line on the Agency's web site. He has also authored a set of overhead slides dealing with the European Union, which can be made available by the Agency to disseminators and other persons.

In the course of 2011, visits to give presentations took Professor Stratenschulte to, amongst other destinations, Albania, Belarus, Bulgaria, Croatia, the former Yugoslav Republic of Macedonia, Poland and Hungary. On behalf of the German Academic Exchange Service DAAD, he was a member of the selection board in Ashgabat and Baku to select scholarship holders.

Prof. Stratenschulte in 2011 as a member of the Team Europe presentation team on behalf of the European Commission in Germany gave numerous European politics presentations. He took the chair and directed meetings of all kinds for a variety of organisations such as the Schwarzkopf Foundation, the European Commission, the Europa Union, the German Civil Service Federation (Deutscher Beamtenbund), the Friedrich Naumann Foundation for Freedom, the Berlin *Senat*, the Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ and also a major Latin-America Forum on behalf of the Federal Foreign Office.

Professor Stratenschulte is a member of the board in the working group Arbeitskreis Europäische Integration (German member of ECSA, the European Community Studies Association) a network and association of European affairs scholars in Germany.

PRESSEECHO

NR. 20 839 / SONNTAG, 26. DEZEMBER 2010

Recruiting-Veranstaltung:

Firmenberatung sucht Professionals

Fachkräfte mit mindestens fünf Berufsjahren sind die Zielgruppe einer Recruiting-Veranstaltung der Unternehmensberatung The Boston Consulting Group (BCG) am 26. März in München. Unter dem Titel „Experienced Glass 2011“ können sie sich über die Karrieremöglichkeiten bei BCG informieren. Interessierte können sich bis zum 21. Januar bewerben. Voraussetzungen sind exzellente akademische Leistungen, Auslandserfahrung sowie nebenberufliches Engagement. Weitere Informationen im Internet unter <http://experiencedglass.bcg.de>.

Austausch-Initiative für deutsche und türkische Nachwuchskräfte

Die jüngst gestartete Initiative „Like-minds“ bringt deutsche und türkische Juniorexperten zum Austausch zusammen. Für das binationale Programm der Robert-Bosch-Stiftung, der Europäischen Akademie Berlin, des Istanbul Policy Centers (IPC) und der Sabanci-Universität in Istanbul können sich angehende Führungskräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Journalismus und Zivilgesellschaft bis zum 31. Januar bewerben. Die Ausschreibung in englischer Sprache findet sich unter www.eab-berlin.eu.

AUF DER SUCHE NACH DEM EUROPÄISCHEN DEMOKRATIEMODELL

von Eckart D. Stratenschulte

Die Aufgaben der politischen Bildung

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger Europas für die EU lässt zu wünschen übrig. Alle fünf Jahre wird aufs Neue die niedrige – und niedrigere – Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament beklagt. Rund 50 Prozent der Deutschen halten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache, das bedeutet: Die andere Hälfte tut das nicht – oder die Frage ist ihr nicht wichtig genug, sich darüber Gedanken zu machen.

Das klassische Erklärungsmuster ist einfach: Europa ist gut, aber kompliziert, die Menschen begreifen es nicht, wir müssen sie besser informieren. Und also werden Broschüren gedruckt, blaue Luftballons mit goldenen Sternen aufgeblasen und allerlei Ringelpietz veranstaltet. Indes, der große Erfolg bleibt aus – wenn man einmal von dem der Produzenten der Broschüren und dem der Lieferanten der Luftballons absieht.

Was aber tut die europapolitische Bildung? Das relativ geringe Ansehen der Europäischen Union bei ihren Bürgern muss man ihr nicht zum Vorwurf machen. Tatsächlich lässt sich die oben zitierte niedrige Zustimmung für die europäische Integration gegen den Erfolg der europapolitischen Bildung ins Feld führen, aber man könnte auch argumentieren, die Lage wäre noch viel desaströser, wenn es nicht die zahlreichen Bildungsangebote gäbe, die ja auch wahrgenommen werden – aber eben nicht vollen allen.

Es wäre daher billig, die europapolitische Bildung für die Ergebnisse der Europapolitik verantwortlich zu machen. Allerdings steht auch die Bildung vor neuen Herausforderungen. Begonnen hatte sie in den 1950er Jahren als Begegnungsarbeit. Die zweite Hälfte der 1950er und die erste der 1960er Jahre war die Zeit, in der in der alten Bundesrepublik Europa-Häuser und Europäische Akademien gegründet wurden. Das Ziel der Arbeit war das Zusammentreffen. Dass zehn Deutsche und zehn Franzosen

friedlich miteinander im Raum saßen, war ein Ereignis für sich. Was sie dabei taten und worüber sie redeten, war sekundär.

In dem Maße, in dem die europäische Integration sich institutionalisierte, trat dann die Information in den Vordergrund der Bildungsarbeit. Nun gab es etwas, was man den Menschen erklären wollte und musste: Wie sind die Europäischen Gemeinschaften aufgebaut, wie viele Kommissare gibt es etc.? Diese Informationsaufgabe hat sich in dem Maße reduziert, in dem die neuen Medien jede Information leicht abrufbar gestalten. Wer heute Informationen über die EU möchte, muss kein Seminar belegen, sondern wird mit wenigen Tastenriffen im weitweiten Netz fündig. Als Aufgabe für die europapolitische Bildung bleibt jedoch das Informationsmanagement. Wer bei Google »Europa« eingibt, erhält mehr als zwei Millionen Einträge, die er unmöglich alle abarbeiten kann. Unser Problem ist heute nicht mehr, Informationen zu erhalten, sondern sie zu

23

filtern und zu strukturieren, um so aus Informationen Wissen zu machen. Aber den großen Kick hat der Klick nicht gebracht. Das Interesse an der EU dümpelt weiter vor sich hin.

Ändern wir nun einmal die bisherige Hypothese und nehmen an: Die Menschen sind nicht dumm, sondern verhalten sich insgesamt vernünftig. Dann hat die EU zwar immer noch ein Akzeptanzproblem, aber es wird sich mit Gute-Laune-Geschenken nicht lösen lassen.

Die Berufseuropäer erwarten vom Rest der Bevölkerung ständig ein Bekenntnis zur EU, gerne gesehen sind bei allen öffentlichen Diskussionen die Fragesteller, die sich mit dem Satz vorstellen: »Ich bin ein begeisterter Europäer.« Aber warum eigentlich? Die Europäische Union ist eine Realität, sie ist wichtiger Teil unserer Lebenswirklichkeit, man muss sich nicht immer wieder dazu bekennen. Auch für andere Gemeinwesen gilt: Man muss nicht täglich enthusiastisch sein – aber man muss daran teilnehmen.

Das wirkliche Problem wäre demzufolge nicht das mangelnde europäische Sentiment, sondern die nicht ausreichenden Partizipationsmöglichkeiten. Sollte diese Hypothese also zutreffen, dann hat die EU in erster Linie ein Partizipationsproblem, das heißt, die Bürgerinnen und Bürger sehen keine hinreichenden Möglichkeiten, auf die Entscheidungs- und Steuerungsprozesse in der Europäischen Union einzuwirken. Ernsthaft ist das auch gar nicht zu bestreiten. In dem komplizierten Geflecht der Entscheidungsfindung ist für den Bürger kein Platz. Die Prozesse sind langwierig und finden zu einem großen Teil hinter den Kulissen statt, wo dann in Nachsitzen Pakete geschnürt und weitere Absprachen getroffen werden. Für die politischen Normalverbraucher ist das nicht transparent. Das einzige Organ, das öffentlich tagt, ist das Europäische Parlament, dessen Sitzungen jedoch insofern weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, als es in der Berichterstattung wenig Echo findet.

Die wirklichen Entscheidungen, hat man den Eindruck, treffen beispielsweise Angela Merkel und Nicolas Sarkozy beim Strandspaziergang – und da ist außer den Bodyguards keiner dabei.

Mit dieser Situation umzugehen, gibt es zwei Möglichkeiten: Die erste besteht darin, alles zu lassen, wie es ist, und einfach aufzuhören, über den Zustand zu jammern. Die EU bleibt eine Konspiration der Eliten, als die sie auch vor knapp 60 Jahren das Licht der Welt erblickt hat. Diese Lösung hat den Vorteil, dass man nichts tun muss, allerdings den Nachteil, dass sie nicht nachhaltig ist. Da die EU in vielerlei Hinsicht in unser Leben und in unseren Alltag eingreift, reicht es nicht, wenn nur jeder Zweite meint, dass das gar nicht schlecht sei.

Das bringt uns zur zweiten Möglichkeit. Wir müssen aus »Europe« »Youreurope« machen. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, unter denen sich die Menschen stärker in die Entscheidungsfindung einbringen können, um sie dann auch mitzutragen. Das bedeutet:

Wir müssen uns auf die Suche nach einem europäischen Demokratie-Modell begeben. Tatsächlich beziehen sich unsere Vorstellungen von demokratischer Teilhabe noch auf den Nationalstaat des 19. und 20. Jahrhunderts. Kernstück dieser traditionellen demokratischen Partizipation waren und sind regelmäßig stattfindende Wahlen, durch die eine Elite beauftragt wurde und wird, die öffentlichen Angelegenheiten für den definierten Zeitraum zu richten. Die Legitimation beziehen die beauftragten Politiker daraus, dass die Wahlen frei, gleich und geheim sind. Das bedeutet: Jedes Menschen Stimmgewicht muss (annähernd) gleich groß sein.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ist diese Voraussetzung nicht gegeben. Das Parlament wird vielmehr auf der Basis der degressiven Proportionalität gewählt, die die kleinen Staaten überrepräsentiert. In Malta steht ein Mitglied des Europäischen Parlaments für 80.000 Menschen, in Deutschland für 800.000. Wenngleich man über den ge-

neuen Schlüssel streiten kann, wird das Prinzip der abgestuften Proportionalität auch in Zukunft erhalten bleiben müssen. Legte man den deutschen Schlüssel an das Europäische Parlament an, hätten die Malteser, die Luxemburger und die Zyprioten keinen einzigen Abgeordneten im Parlament. Würde man die Relation aus Malta zugrunde legen, käme man auf ein Europäisches Parlament, dem gegenüber der chinesische Volkskongress als Arbeitsgruppe erscheinen würde. Das Bundesverfassungsgericht hat daraus den Schluss gezogen, dass das Europäische Parlament keine vollwertige Vertretung der Bürger/innen und Bürger Europas sein könne und die Entscheidungsfindung in gewisser Weise der Kontrolle der nationalen Parlamente unterliegen müsse. Die Karlsruher Richter haben damit schon den Finger in eine demokratische Wunde gelegt, allerdings veraltete Medizin empfohlen. Tatsächlich wirkt diese auch im nationalen Rahmen immer weniger. Viele Menschen sind nicht mehr bereit, ihre Stimme abzuge-

ben. Das gilt im doppelten Sinne: Auch im nationalen Rahmen geht die Wahlbeteiligung zurück und immer mehr Menschen wollen trotz Wahlen die Ereignisse weiterhin mitbestimmen.

Tatsächlich müssen wir überlegen, wie wir die traditionellen – und weiterhin wichtigen – Formen der demokratischen Willensbildung um weitere ergänzen können. Die zentrale Aussage der Demokratie lautet: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Die Wahlen sind ein wichtiges Instrument, diesen Imperativ umzusetzen. Aber eine neue gesellschaftliche Organisationsform, wie die EU sie gegenüber den Nationalstaaten darstellt, bedarf auch neuer Formen der Partizipation. Das geht von der Teilhabe an der Formulierung von Lösungsvorschlägen (»decision shaping«) bis zur Mitwirkung an der Entscheidung (»decision making«). Anhörungen, Bürgerforen, weitere Beteiligungsformate, Referenden – das Mosaik der Maßnahmen, die es zu ergreifen und zu entwickeln gilt, ist bunt. Das neue europäische Demokratie-Modell gibt es

25

noch nicht, und es wird sich auch nicht an einem Wochenende vom Europäischen Rat erfinden und umsetzen lassen. Wir benötigen vielmehr den öffentlichen Diskurs über die politische Teilhabe im 21. Jahrhundert. Das ist ein europäisches, aber auch ein nationales Thema.

Eines ist jedoch jetzt schon sicher: Die neue europäische Demokratie wird anstrengend, da sie das aktive Engagement der europäischen Bürgerinnen und Bürger fordert. Für die europapolitische Bildung bedeutet das, den Schwerpunkt auf Befähigung, statt auf Information zu setzen. Sie muss als schulische und außerschulische, als Jugend- und als Erwachsenenbildung den Menschen helfen, ihre Interessen zu artikulieren und sich in das politische System einzubringen. Verständlicherweise setzt eine aktive Partizipation voraus, die politischen Strukturen zu (er)kennen. Wer in einem stockdunklen Raum steht, tut gut daran, sich nicht zu bewegen. Aufgabe der politischen Bildung ist es also, um in dem Bild zu bleiben, das Licht anzumachen.

Auch zukünftig wird es nicht ohne Wissensvermittlung gehen, allerdings richtet sich diese auf ein anderes Ziel. Sinn der Übung ist nicht, dass die Menschen möglichst viel über Europa wissen, sondern dass sie Europa begreifen und dadurch in die Lage versetzt werden, es aktiv mitzugestalten.

Dabei ist natürlich auch wichtig, dass die Menschen sich als Europäer wahrnehmen. Dem dient die gute alte Begegnungsarbeit, die unter den veränderten Bedingungen keineswegs obsolet geworden ist. Eine internationale Gruppe ist heute nichts Besonderes mehr, die Internationalität ist ein selbstverständlicher Bestandteil der Lebenswelt vor allem jüngerer Europäerinnen und Europäer, zu deren Sprachgebrauch »Facebook« und »Erasmus« ganz selbstverständlich gehören. Aber gerade in dieser vermeintlichen Einheitlichkeit die Unterschiede im Denken und in den Interessen und gleichzeitig die Gemeinsamkeit in der Herausforderung deutlich werden zu lassen – das geschieht nicht übers Internet,

sondern nur im strukturierten Miteinander. Auch die Menschen im 21. Jahrhundert wollen und müssen sich in die Augen schauen und nicht nur in den Bildschirm blicken.

Begegnung, Informationsstrukturierung, Partizipation auf der Basis von Freiwilligkeit: Solche Vorgaben sind leicht zu formulieren und schwer umzusetzen. Auch die europapolitische Bildung steht also vor einer Neuorientierung. Die Aufgabe, neue und partizipative Konzepte zu entwerfen, kann den Bildungsträgern und ihren Teams niemand abnehmen. Erfolgreich wird ein solches Unterfangen allerdings nur sein können, wenn die Politik die Notwendigkeit sieht und entsprechend, auch finanziell, unterstützt. Das mag in Zeiten leerer Kassen nicht populär sein, aber es ist ein wichtiges Stück Zukunftssicherung für uns alle.



Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
Leiter der Europäischen
Akademie Berlin

Artikel in „Journal Diplomacy“, Mai 2010, S. 108-118:

„From the Baltic Sea into the world? – conclusions from the Baltic Sea strategy for further macroregional strategies in Europe”

5/2010

юли/декември
July/December

DOCENDO
DISCIVUS

JOURNAL

DIPLOMACY

DIPLOMATIC
INSTITUTE

СПИСАНИЕ

ДИПЛОМАЦИЯ

ДИПЛОМАТИЧЕСКИ
ИНСТИТУТ

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
REPUBLIC OF BULGARIA

МИНИСТЕРСТВО НА ВЪНШНИТЕ РАБОТИ
РЕПУБЛИКА БЪЛГАРИЯ

From the Baltic Sea into the world? – conclusions from the Baltic Sea strategy for further macroregional strategies in Europe

Prof.Dr. Eckart D. Stratenschulte

When in June 2009 the Council of the European Union welcomed the Commission draft for the EU Baltic Sea strategy, at the same time it also gave the Commission an additional task to accompany it, i.e. "to present an EU strategy for the Danube region before the end of 2010".¹ Of course, the Heads of State and Government did not make a direct connection, but the very fact that this request is positioned in the same paragraph which addresses the Baltic Sea strategy makes it clear that the Baltic Sea strategy is intended to be a blueprint for further regional strategies. The Baltic Sea strategy could – as the Council of the European Union expressed it in October 2009 – "constitute an example of a macroregional strategy"².

It is still too soon to evaluate the effect of the Baltic Sea strategy. A policy approach which has made its task to harmonise many very different players, but to bring them together through their own momentum, needs time to take effect. This is even more true since no additional funding is being made available for the Baltic Sea strategy which could be used immediately. Nevertheless, even at this juncture it is worth taking the Baltic Sea strategy as an opportunity to come to a number of conclusions which may be of relevance for further strategies – and in this case specifically the Danube region strategy.

Macroregions as social constructs

The concept of macroregions is very new in EU usage. Of course, for many years there has been discussion about "Europe of the Regions", but this has remained more of a catchword than becoming a political concept. Admittedly, the European Union supports individual regions within the member states by means of its structural policy, and it encourages cross-border cooperation as well, but the success was always very much left to the commitment of local players. The importance of the regions is also supposed to be emphasised by the existence of the Committee of the Regions, which however was denied effective collaboration rights.³ This is in the final analysis due to the fact that the regions within the EU have very varied domestic competences and resources. The degree of sovereignty which the states or *länder*

1 European Council dated 18/19 June 2009: Conclusions of the Chair, p. 13 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf>, last accessed: 27.08.10

2 European Council dated 29/30 October 2009: Conclusions of the Chair, p. 11 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf>, last accessed: 27.08.10

3 on the Committee of the Regions cp. <http://europa.eu/institutions/consultative/cor/index_de.htm>, last accessed: 01.10.2010

(total 10 pages)

AUSTAUSCHPROGRAMM

“Deutsche und türkische Leistungsträger vernetzen”

Deutsch Türkische Nachrichten | Veröffentlicht: 12.01.11, 16:10 | Aktualisiert: 12.01.11, 23:42

Junge Führungskräfte aus Deutschland und der Türkei sollen sich vernetzen. Ein Vertreter der Europäischen Akademie Berlin erklärt im Interview, wer sich bewerben kann und wozu das Ganze führen soll.

Was kann man sich unter der “Likeminds – german-turkish junior expert initiative” vorstellen?

Dr. Andrea Despot: “Likeminds – german-turkish junior expert initiative” ist ein binationales Begegnungs- und Besuchsprogramm in Deutschland und der Türkei. Die Initiative will die Verbindungen zwischen deutschen und türkischen jungen Leistungsträgern stärken, sach- und themen-orientierten Austausch und Verständigung intensivieren und einen Beitrag zur fachlichen, wie persönlichen Vernetzung junger “high potentials” leisten.

Die Teilnehmenden greifen aktuelle gesellschaftliche und politische Diskurse auf und setzen sich mit Fragen am Puls der Zeit auseinander. Das Programm besteht aus drei Komponenten: Einem parallel für deutsche und türkische Teilnehmer stattfindenden Vorbereitungsworkshop folgen zwei gemeinsame Tours d’Horizon in Deutschland und in der Türkei.

Wie ist die Idee dazu entstanden?

Die Idee stammt von der Robert Bosch Stiftung, die dieses Projekt auch fördert. Die Stiftung unterstützte schon in der Vergangenheit deutsch-türkische Projekte. Dieses Projekt trägt dem Rechnung und bringt gleichzeitig neue Elemente in die Projektarbeit zwischen den beiden Ländern ein. Die Europäische Akademie Berlin und das Istanbul Policy Center haben dann als Projektpartner der Idee Form und Gestalt gegeben und werden das konkrete Programm im Laufe des Jahres umsetzen.

Wieso streben Sie gerade eine Vernetzung zwischen Deutschland und der Türkei an?

Deutschland und die Türkei sind Partner. Das ist auf dem politischen Parkett so, aber auch im Hinblick auf ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Darüber hinaus sind die beiden Länder auch mit einem nenennswerten Anteil ihrer Bevölkerungen miteinander verbunden.

Übergreifendes Thema soll “Außenpolitisches Handeln in einer vernetzten Welt” sein. Wie könnte diese Vernetzung aussehen?

Dies ist das Thema des ersten Durchgangs dieses Programms. Wir rücken das außenpolitische Handeln der beiden Länder in den Fokus und wollen den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Die größten Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht mehr in nationalen Alleingängen lösen, sondern können nur im Verbund mit Partnern bewältigt werden. Durch Austausch und Begegnung sollen Verständigung über und Verständnis für die transnationalen Themenfelder und Lösungsansätze erreicht werden.

Wie können Nachwuchskräfte von Ihrem Programm profitieren?

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist es, Interesse, Verständnis und Wertschätzung für das Partnerland zu erhöhen, vertiefte politische, kulturelle, gesellschaftsrelevante Kenntnisse voneinander zu vermitteln und die angehenden Entscheidungsträger in einen sachbezogenen, zivilgesellschaftlich ausgeformten Dialog zu bringen. Die ‚peers‘ sollen – jeweils auf ein übergeordnetes Sachthema bezogen – unterschiedliche Sichtweisen austauschen, Schnittmengen ausloten oder auch Perspektivwechsel erfahren. Mittels der gemeinsamen Bearbeitung eines Sachthemas kann fachliche und persönliche Verbundenheit entstehen, die wiederum in ein berufsbezogenes Netzwerk der teilnehmenden Juniorexperten münden kann.

Wer kann sich für das Programm bewerben?

Konkret richtet sich das Programm an deutsche und türkische künftige Entscheidungsträger, Juniorexperten und Multiplikatoren aller gesellschaftlichen Bereiche, z.B. aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Journalismus, die über eine mindestens dreijährige Berufserfahrung verfügen. Sie sollten sich auf ihrem Feld durch besonderes Engagement und gerne auch im gesellschaftlich-sozialen Bereich auszeichnen.

Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2011. Anmeldeformular und weitere Informationen finden sich unter www.eab-berlin.eu.

Bewerte als Erster diesen Beitrag [?]

Diese Artikel könnten Sie auch interessieren:

- Deniz Özgün: Sein Porno-Dreh sorgt für Aufsehen
- Was will die Gülen-Bewegung?
- Türkische Gründer wandern ab
- "Die Kopftuch tragende Frau muss aus den Redaktionen verbannt werden"

Nein, das glaube ich nicht. Ich meine, dass die meisten Muslime, die nach Deutschland kamen, erst einmal andere Sorgen als ein lebendiges kulturelles Leben hatten.

Sollte Türkisch nicht stärker gefördert werden – kaum ein Deutscher versteht ein Wort, und Integration wird als Bringschuld definiert...

Ich halte es für problematisch, Integrationsleistungen ausschließlich von Migranten zu verlangen. Die veränderte gesellschaftliche Zusammensetzung ist eine Herausforderung für alle. Zugleich halte ich ausreichende Deutschkenntnisse für unerlässlich für gesell-

schaftliche, politische und nicht zuletzt kulturelle Partizipation. Nach meinem Eindruck hat sich zumindest mit Blick auf die Kinder hier in den letzten Jahren viel getan.

Ich denke nicht, dass Deutsche, die keinen Bezug zur Türkei haben, türkisch lernen sollten. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass diejenigen, die zweisprachig sind, einen immensen Vorteil haben. Ich beneide jeden, der zwei oder mehr Sprachen perfekt sprechen kann.

Müssen sich die Muslime stärker und besser organisieren?

Im Moment verbringen sie ziemlich viel Zeit mit

dem Streit untereinander...

Die Stärkung der muslimischen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist, wie gesagt, in meinen Augen eine wesentliche gesellschaftliche Aufgabe. Ich sehe hier eine besondere Verantwortung der bestehenden organisierten Zivilgesellschaft und des Staates.

Was ist der wichtigste Beitrag des Islam zur deutschen Kultur in den vergangenen Jahren?

Ich denke, der wichtigste Beitrag ist, dass wir gemeinsam über den Islam in einer zunehmenden Selbstverständlichkeit miteinander debattieren.

Nachrichten

Grüne Öztürk fordert Abschaffung der "Integration"

Das Wort "Integration" ist für die hessische Landtagsabgeordnete Mürvet Öztürk (Grüne) zum "politischen Kampfbegriff" geworden.

Die Termini "Integration" und auch "Migrationshintergrund", wie sie Thilo Sarrazin (SPD) benutze, seien ihrer Meinung nach "diskriminierend und rassistisch". Öztürk schlägt nun vor, den Terminus "Integration" durch Begriffe wie zum Beispiel Vielfalt, gesellschaftliche Teilhabe, Pluralität oder Demokratie zu ersetzen.

Austauschprogramm für junge High Potentials in Deutschland und der Türkei

Das binationale Begegnungs- und Be-suchsprogramm in Deutschland und der Türkei „likeminds – german-turkish junior expert initiative“ will Verbindungen zwischen deutschen und türkischen jungen Leistungsträgern schaffen. Das Programm besteht aus drei Komponenten: Einem parallel für deutsche und türkische Teilnehmer stattfindenden Vorbereitungsworkshop folgen zwei gemeinsame Tours d'Horizon in Deutsch-

land und in der Türkei. Übergeordnetes Ziel des Projektes ist es, Interesse, Verständnis und Wertschätzung für das Partnerland zu erhöhen sowie vertiefte politische, kulturelle, gesellschaftsrelevante Kenntnisse voneinander zu vermitteln und die angehenden Entscheidungsträger in einen sachbezogenen, zivilgesellschaftlich ausgeformten Dialog zu bringen. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2011. Anmeldeformular und weitere Informationen finden sich unter www.eab-berlin.eu.



Dr. Andrea Despot, stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin Foto: EAB

Diskussionsveranstaltung zu drei Generationen türkeistämmiger Frauen

Die Situation von türkeistämmigen Frauen wird oftmals pauschalisiert. Die Diskussionsveranstaltung "50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei. Perspektiven von drei Generationen türkeistämmiger Frauen in Berlin" am 19. Januar 2011, 18.00 – 20.00 Uhr, will anlässlich des 50. Jahrestages deshalb Frauen einen Raum geben, ihre Erfahrungen und Sichtweisen selbst darzustellen. Veranstaltungsort ist das Kreuzbergmuseum für Stadtentwicklung und Sozialgeschichte, Adalbertstraße 95 A, 10999 Berlin-Kreuzberg. Worin unterscheiden sich die drei Generationen türkeistämmiger Frauen? Jede Generation muss sich eigenen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen, kann dabei aber von den anderen Generationen lernen. Bei der Diskussionsveranstaltung sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Lebenswelten erörtert werden. Veranstalter ist die Konrad Adenauer Stiftung, die Teilnahme ist kostenlos und steht jedem offen. Aus organisatorischen Gründen wird jedoch um eine vorherige Anmeldung unter anmeldung-berlin@kas.de gebeten.

The European Circle

<http://www.european-circle.de>

DAS EUROPÄISCH-RUSSISCHE VERHÄLTNIS

“Mehr als eine Energiebeziehung”

Während des Winters spielen Erdgas und Erdöl aus Russland für Europa eine ziemlich große Rolle. Denn hätten wir keinen Zugriff auf die russischen Rohstoffe, so wäre es in den Häusern in ganz Europa ziemlich kalt. Aber die Energiepolitik, die Europa mit Russland verbindet, bedeutet noch viel mehr als nur warme Füße. Über die Themen, die zwischen der EU und Russland derzeit heiß diskutiert werden, sprach European Circle mit Prof. Dr. Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie Berlin.



Dr. Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie Berlin. (Foto: a.schramm)

European Circle: Unter dem Stichwort “strategische Partnerschaft” wird derzeit über ein neues Abkommen zwischen der EU und Russland verhandelt. Worum geht es in diesem Abkommen?

Stratenschulte: “Strategische Partnerschaft” ist ein Etikett, das nicht wirklich mit Inhalt gefüllt ist. Die EU hat viele strategische Partnerschaften, es ist aber völlig unklar, was das heißt, außer dass es eine Wertschätzung für den Partner ausdrückt. Tatsache ist, dass wir an einem engen Verhältnis zu Russland interessiert sind – aus wirtschaftlichen, aber auch aus politischen Gründen. Es gibt keine Lösung der Probleme in Europa ohne Russland, allerdings gibt es momentan auch keine Lösung der Probleme mit Russland – das ist das Ziel der Verhandlungen. Die

Europäische Union verhandelt im Augenblick über ein Nachfolgeabkommen für das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das schon 2007 ausgelaufen ist und das sich seitdem immer automatisch um ein Jahr verlängert hat, um die Beziehungen auf neue Beine zu stellen. Das ist mehr als nur eine Energiebeziehung.

European Circle: Wann können wir denn in Bezug auf dieses Abkommen mit Ergebnissen rechnen?

Stratenschulte: Das könnte durchaus noch einige Zeit dauern, denn Russland möchte ein sehr kurzes, allgemeines Abkommen, die Europäische Union möchte ein ausführliches, sehr detailliertes Abkommen haben. Es könnte also durchaus sein, dass sich die Verhandlungen noch einige Zeit hinziehen.

European Circle: 2011 könnte laut russischen Politikern die Visumpflicht zwischen EU-Ländern und Russland fallen. Damit würde ein großer bürokratischer Aufwand für die Bürger wegfallen. Was steckt hinter dem Vorhaben?

Stratenschulte: Es ist eine wichtige russische Forderung, dass die russischen Bürger frei in die Europäische Union reisen können, dagegen ist auch nichts zu sagen. Die Frage stellt sich, wie man illegale Einreisen und Einreisen aus Drittstaaten über Russland verhindern kann. Da geht es um ganz konkrete Maßnahmen, wie zum Beispiel fälschungssichere Reisepässe. Da sitzt gerade Deutschland ein bisschen im Bremserhäuschen; man hat Angst in Deutschland, dass zu viel illegale Einwanderung kommen könnte. Das wiederum hat dazu geführt, dass Russland gerade Deutschland gegenüber die Visumbestimmungen erschwert hat, sodass es für uns jetzt komplizierter ist, ein Visum für Russland zu erhalten. Also: Wir sind auf dem Weg, aber es sind doch noch einige Hürden zu nehmen um sicherzustellen, dass der Reiseverkehr frei läuft, aber sich die irreguläre Migration nicht vervielfacht.

European Circle: Sind es nur die Deutschen, die da wieder genau hingucken und alles korrekt machen wollen?

Stratenschulte: Das ist nicht nur Deutschland, einige andere verstecken sich hinter dem breiten Rücken Deutschlands. Deutschland hat hier besondere Interessen, da es nicht zu Unrecht annimmt, dass es ein Zielland auch für illegale Migration sein wird, stärker als Länder wie Portugal, Malta oder andere Staaten. Insofern ist auch verständlich, dass Deutschland zurückhaltend ist. Dennoch denke ich, dass es politisch das richtige Signal wäre, die Visumbestimmungen Zug um Zug aufzuheben, sodass wir einen freien Reiseverkehr bekommen.

European Circle: Am 7. Dezember war der letzte EU-Russland-Gipfel. Die EU hat klargemacht, dass sie für einen Beitritt Russlands in die Welthandelsorganisation (WTO) ist. Warum?

Stratenschulte: Das ist ein altes Thema. Der WTO-Beitritt ist Voraussetzung für eine engere wirtschaftliche Kooperation. Er würde allerdings für Russland bedeuten, dass es gewisse innerstaatliche Subventionen, z.B. Gas im Inneren billiger zu verkaufen als nach außen, aufheben muss. Deswegen ist Russland hier bislang sehr zögerlich. Sie erklären zwar seit vielen Jahren, dass sie unbedingt in die WTO wollen, ohne das tatsächlich durch Handlungen zu bekräftigen. Für uns würde es bedeuten, dass wir einen konkurrenzfähigeren Wirtschaftsaustausch hätten, der nicht durch einseitige Subventionen und Behinderungen durch Russland lahmgelegt werden kann.


European Circle: Inwieweit wäre es für Russland positiv, in die WTO einzutreten?

Stratenschulte: Das genau wird in Moskau diskutiert. Kurzfristig könnte man sagen, dass es Moskau keine Vorteile bringt, denn wir müssen ihre Energieträger so kaufen. Im Rest der Wirtschaft ist das Land nicht konkurrenzfähig. Russland hat die Exportstruktur eines Entwicklungslandes, es exportiert vor allem Rohstoffe. Langfristig ist ein Beitritt auch in Russlands Interesse, weil die stärkere Konkurrenz zu einer Modernisierung der heimischen Wirtschaft führen müsste, die sich der russische Präsident Medwedew auf die Fahnen geschrieben hat. Deshalb sprechen wir von einer Modernisierungspartnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union, die entstehen soll.

European Circle: Kann man festhalten, dass sich der Beitritt Russlands in die WTO positiv auf die europäisch-russischen Beziehungen auswirken würde?

Stratenschulte: Auf jeden Fall, weil es die wirtschaftlichen Beziehungen auf eine neue Grundlage stellen würde.

[machtpolitik/meldung.html](#)



<http://www.facebook.com/pages/European-Circle/92195803403>

INFO

Berlin/Potsdam 93.1
Cottbus 99.9
Oderland 102.0
www.inforadio.de

Inforadio
Rudolf-Hildebrandt-Platz
Masurenallee 8-14
14057 Berlin

Fon (030) 97 99 3-37 777
Fax (030) 97 99 3-37 409
info@inforadio.de

Forum, So 27.02.11 11:05 Uhr

Nach der Eurokrise eine Europakrise? Bewährungsprobe oder letzte Chance - zwischen Akzeptanzverlust und großen Erwartungen

Podiumsgäste:

Reinhard Bütikofer, MdEP

Ehemaliger Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Mechthild Baumann,

Studienleiterin der Europäischen Akademie Berlin

Gunther Krichbaum, MdB

Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Prof. Dr. Carina Sprungk,

Juniopressorin Europäische Integration, FU Berlin

Moderation: Harald Asel

Eine Veranstaltung der Europäischen Akademie Berlin in
Zusammenarbeit mit Inforadio vom 23.02.2011.

Fernsehauftritt, tv.berlin, Januar 2011

tv.berlin



ConTraiLo

› Land
› Schiene
› Wasser

Container Trailer Logistik



DONAU- WELLEN

„Hinschauen lohnt sich“

••• Europäische Akademie Berlin erklärt

Die Donaustrategie – die Europäische Akademie Berlin hat sie bereits für zwei Tage in das Zentrum einer Tagung gestellt. Ihr Leiter, Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte, erklärt Hintergründe und Ziele der neuen Strategie der Europäischen Union in einem Artikel, den ConTraiLo hier in gekürzter Fassung wiedergibt. Lange Zeit konnte die Donau ihr Potenzial als Wasserstraße, aber auch als Band zwischen den Anrainern nicht entfalten. Bis 1990 lief der „Eiserne Vorhang“ durch die Donauregion und ließ die Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Moldau und die Ukraine dahinter verschwinden.

In den 1990er-Jahren war sie der Schauplatz heftiger und zum Teil sehr blutiger Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Zerfall Jugoslawiens. Nun, während die Wunden vernarben und sich alle Anrainer einig sind, mit der Europäischen Union, soweit sie ihr nicht mittlerweile angehören, zu kooperieren, ist es möglich, den Donauraum zu entwickeln. Genau das ist das Ziel der Donaustrategie, die die Europäische Kommission im Dezember 2010 vorgestellt hat und die der Europäische Rat im Juni 2011 verabschieden soll.

Aktionsrahmen für den Donauraum. Zur Verbesserung der Situation im Donauraum setzt die Kommission auf Aktionen, die unmittelbare und sichtbare Vorteile für die Menschen in der Region aufweisen, die Auswirkungen auf die Makroregion haben. Aktionen, die deshalb mehrere Regionen und Länder einbeziehen, die kohärent sind und sich gegenseitig verstärken sowie realistisch, also technisch machbar und finanzierbar sind. Die ausgewählten Aktionen sind auf vier Säulen für den Donauraum konzentriert: Anbindung (Verkehr, Kultur, Tourismus),

Umweltschutz (Wasserqualität, Umweltrisiken-Management, biologische Vielfalt etc.), Aufbau von Wohlstand (Forschung, Bildung, Wettbewerbsfähigkeit usw.) und die Stärkung (Verbesserung der institutionellen Kapazitäten).

Es bleibt ein „Aber“. Extra Geld gibt es für die Strategie nicht. Die Staaten sollen vielmehr die Mittel einsetzen, die ihnen sowieso zur Verfügung stehen. Auch neue Institutionen oder Gesetze sollen durch die Strategie nicht entstehen. Eine internationale Tagung in der Europäischen Akademie Berlin hat sich im Januar 2011 mit dem Strategieentwurf beschäftigt.

Die Einschätzung der Tagungsteilnehmer lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Wenn die EU sich auf einige Punkte konzentriert, denen hohe Relevanz und Sichtbarkeit zukommt, wenn sie konkrete Aktionen mit klaren Planungen vorsieht, wenn sie Geld und politischen Willen aufbringt, diese Aktionen auch tatsächlich durchzuführen und wenn sie sich verstärkt Gedanken über Teilregionen des Donauraums macht, in denen die Zusammenarbeit konkret verbessert werden kann, gibt

es für die Region die Chance, dass sich tatsächlich etwas tut. Der Erfolg ist also nicht sicher, aber hinschauen lohnt sich.



... und Risiken:
... Tagung der
... Akademie Berl
... Die Donaustategie
... Prüfstand.
... Europa Akademie]

Anzeige

www.chassis.de

+49 (0) 421 / 52 88 88 0

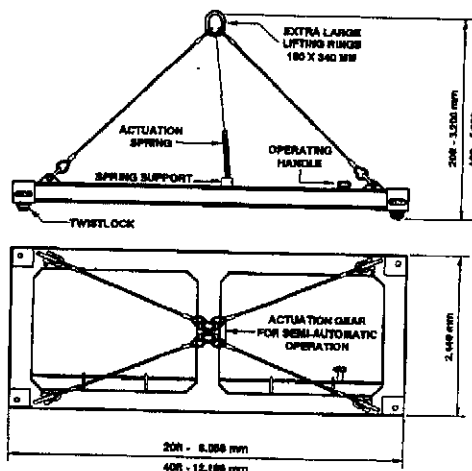


Bruno Dabelstein
Stahl- und Maschinenbau GmbH

Telefon (040) 7 32 33 48
Telefax (040) 7 32 95 12

e-mail: bruno.dabelstein@t-online.de
Internet:
www.bruno-dabelstein.de

Billbrookdelch 151
22113 Hamburg



TYPE	SIZE	SWL	WEIGHT
AH 20-32 *	200	33 TONS	1,8 TONS
AH 40-50 *	400	33 TONS	3,4 TONS

* M = MANUAL OPERATION, A = SEMIAUTOMATIC OPERATION
EACH SPREADER IS SUPPLIED WITH A SERVICE-AND SPAREPARTS BOOKLET.

Service around the clock

- Anfertigung von Container-Spreadern und Zubehör,
- Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten für Schiffbau und Industrie,
- Schweißkonstruktionen, Aufpanzern von Maschinenteilen,
- Rohrleitungs- und Behälterbau,
- Dreh-, Fräs- und Bohrwerksarbeiten,
- Sonderanfertigungen von Ersatzteilen,
- Montagearbeiten

The Justice Agenda of the European Union

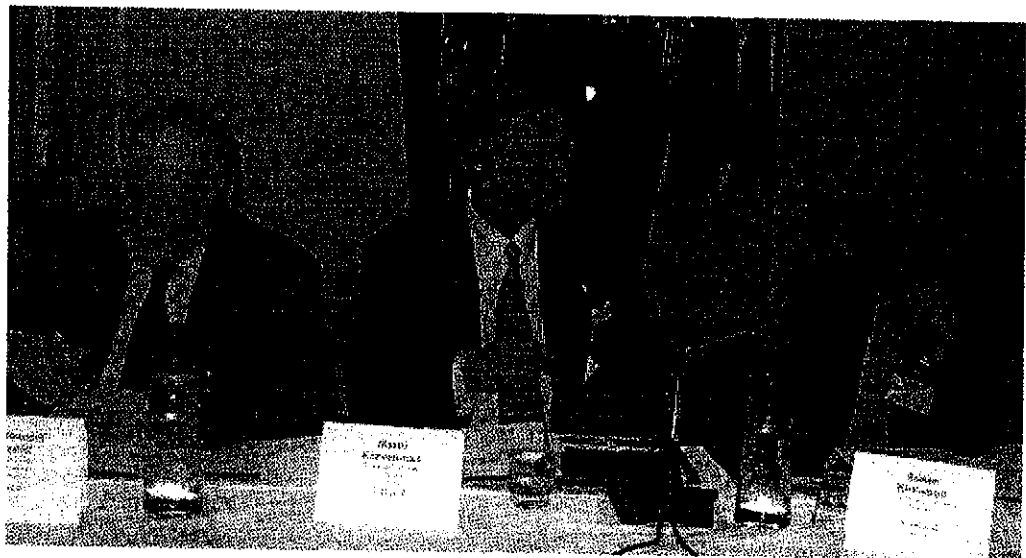
We may know the European Union through its interest in food quality or worker mobility (and the consequent need for more interpreters in court) or helpfully in reducing mobile roaming charges for our holidays. Until the end of 2009 when the Lisbon Treaty came into effect, the area of criminal justice was largely unaffected by EU decisions. This is now changing. John Thornhill, Chairman of the Magistrates Association, reports that: ".... the whole thrust of harmonisation is moving forward apace in terms of European arrest warrants which now impact on all countries. I have also been consulted (by the Ministry of Justice) on harmonising the management of sentences and other procedures in the courts".

In many countries, lay judges involved in criminal and civil cases have concerns that this European harmonisation will result in the role of lay people being reduced in judicial procedures. Because of these concerns, the European Lay Judge Forum has been established and the Scottish Justices Association has been involved to ensure that we keep ourselves informed and involved in maintaining a lay involvement in justice.

October 2009 – First meeting

Susan Kirkwood attended this meeting which was called because of concern that the Lisbon Treaty would have implications for the administration of justice and the role of lay judges. Lay judges from parts of Europe attended this meeting in Helsinki and examined the different ways in which lay people are involved in the courts.

There was particular concern about the "Stockholm



Programme" which calls for "A Europe of law and justice: The achievement of a European area of justice must be consolidated so as to move beyond the current fragmentation. Priority should be given to mechanisms that facilitate people's access to the courts, so that they can enforce their rights throughout the Union. Cooperation between legal professionals should also be improved, and resources should be mobilised to put an end to barriers to the recognition of legal acts in other Member States."

July 2010 – Second meeting

The SJA Chairman, Philip Murray attended a Symposium of European Lay Judges in Europe which was held at the European Academy in Berlin. Representatives of lay judges and Justices of the Peace from Germany, Finland, Spain, Sweden, Austria as well as the UK – Scotland, England and Wales – attended.

The conclusion of the symposium was to form

a European organisation for voluntary lay persons involvement in the judiciary and draw up a charter for volunteer lay involvement by European citizens in judiciary which would incorporate the European catalogue of core values and the rule of law. On the basis of these discussions during the symposium, a draft "Charter for volunteer lay involvement in jurisdiction" is being prepared. The plan is that the charter will be formally adopted in London in July 2011.

The future

We believe that we must keep an eye on Europe. At this time there will be little impact on ordinary justices. However by being involved we will avoid finding that a European-inspired law of procedure suddenly impacts on us when it is too late to comment or have an influence.

Lay Judges in Criminal Courts in Europe

Finland: In the District Criminal court an appointed presiding

judge sits with 3 lay judges to hear non-serious cases. The votes of the presiding judge and the 3 lay judges are equal.

Germany: Lay judges sit in criminal cases in the courts of first instance i.e. in local and Regional courts and in appeal proceedings at the Regional court. In each event there are 2 lay judges sitting. In addition, depending on which court it is, there are 1, 2 or 3 professional judges.

Malta: Lay judges (Commissioners for Justice) sitting singly, deal with summary "depenalised" criminal cases. These include many motoring cases, breaches of environmental and hygiene licences, littering and parking.

Sweden: In the District (criminal) Court, 1 professional judge sits with 3 lay judges. In the Court of Appeal, 3 professional judges sit with 2 lay judges.

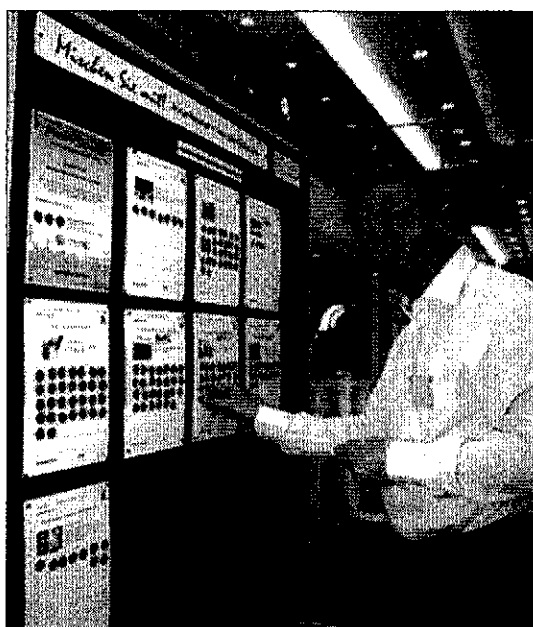
Susan Kirkwood

Stimmen für Kinder und Sport

Abstimmung für Vorschläge des Bürgerhaushalts fand breites Interesse

Marzahn-Hellersdorf – Klar, die Bänke an der Marzahner Promenade hatten ein „Heimspiel“, als im Eastgate die große Abstimmungsrunde (Voting) für die mehr als 100 Vorschläge zum Bürgerhaushalt über die Bühne ging. Im Rahmen der Sozialtage, bei denen sich eine Reihe von Vereinen und Initiativen präsentierte, machten mehr als 500 Interessierte aller Altersgruppen beim „Pünktchen-Kleben“ mit. Jeder Teilnehmer erhielt vier Stimmen (drei für Einzelmaßnahmen, eine für längerfristige Investitionen), die er mittels kleiner Aufkleber auf seine favorisierten Vorschläge verteilen konnte. Die Standbetreuer aus Bezirksamt und Stadtteilzentren waren erstaunt, dass sich die Bürger viel Zeit nahmen, um die Vorschläge genau zu studieren und ihre Stimmen abzuwägen.

Weitreichende Zustimmung fanden solche Stadtteil übergreifenden Wünsche wie der nach dem Erhalt von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche, der Sicherung von Sportstätten, der besseren Pflege von Kinderspielflächen sowie Neubau solcher in unterversorgten Gebieten. Doch auch ganz konkrete Ideen fanden regen Zuspruch. So



Michael Nawrocki gab eine seiner Stimmen für die weitere Förderung von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. Foto: Nachtmann

unterstützten viele Teilnehmer die Idee, den Radweg entlang der U-Bahnlinie 5 zu vollenden. Ebenso fanden sich viele Aufkleber auf der Forderung nach mehr Absenkung von Bordsteinkanten. Und Sauberkeit und Ordnung spielt nach wie vor eine große Rolle, zu erkennen am Voting für die Umgestaltung des Stadtplatzes Hellersdorf Nord.

Am 10. März, 18 Uhr, übergeben die Stadtteilakteure im Foyer des Alten Rathauses Marzahn ihre Vorschläge an Bezirksamt und BVV. Dort werden sie in der Folgezeit intensiv beraten. Einreicher und Abstimmer müssen sich nunmehr gedulden, schließlich handelt es sich um Ideen, die in den Haushaltsjahren 2012/2013 verwirklicht werden sollen.

Es hat sich gezeigt, dass das neue Verfahren mit Abstimmungsrunden in den Stadtteilen und am Schluss noch einmal zentral ein spürbares Anwachsen der Beteiligung brachte. Nun ist es an den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, sorgsam mit dem Willen der Bürger umzugehen. Damit es nicht wieder heißen muss: „Bürgerhaushalt: Kaum etwas wird verwirklicht“, wie jot w.d. in der Ausgabe 1/2010 titelte. R. Nachtmann

Kinder müssen zu Hause bleiben

Marzahn-Hellersdorf – 75 Kinder können keinen Kita-Platz bekommen, weil Erzieher fehlen. Mit der Kapazität der Einrichtungen gebe es hingegen keine Probleme, sagte Jugendstadträtin Manuela Schmidt vor der BVV. Auch erwartet sie einen weiteren Bedarf durch den gegenwärtigen Geburtenanstieg im Bezirk. RN

Big Brother's all right

Marzahn-Hellersdorf – In den Einkaufszentren des Bezirks gibt es keine widerrechtliche Videoüberwachung. Das versicherte Bürgermeisterin Dagmar Pohle auf Anfrage in der BVV. Laut Paragraph 6 des Bundesdatenschutzgesetzes sei die „Beobachtung öffentlicher Räume durch optische Einrichtungen“ verhältnismäßig und werde auch entsprechend „kenntlich gemacht“. Die Jahresberichte des Berliner Datenschutzbeauftragten hätten die Rechtmäßigkeit der Videoüberwachungen in den EKZ des Bezirks bestätigt. Verstöße hingegen nicht aufgeführt. RN

Kunstschutz muss erst beraten werden

Marzahn – Noch mal Zeitaufschlag für's Bezirksamt, könnte man vermuten. Denn die BVV folgte dem Votum des Ältestenrates und verwies den Antrag von Ute Thomas, sich für die Erhaltung des Kunstwerks „Wir schützen unsere Umwelt“ an der Barensteinstraße 20 einzusetzen, erst einmal in Ausschussberatungen. In der Zwischenzeit könnten, was dem Vernehmen nach allerdings nicht gewünscht wird, durchaus Abrissgenehmigungen erteilt werden. Dann schließen wir unsere Umwelt – zumindest künstlerisch – halt nicht mehr. Das sehen übrigens auch die Vertreter der Grünen so: Chapeau! RN

Integrationsplan wird überarbeitet

Marzahn-Hellersdorf – Das Integrationsprogramm des Bezirksamts, das in einigen Punkten auf Kritik stieß (siehe jot w.d. 2/2011 und Seite 15 dieser Ausgabe), soll überarbeitet und in neuer Fassung der BVV vorgelegt werden. Das sagte Bürgermeisterin Dagmar Pohle, die auch den Sozialbereich im Bezirk verantwortlich, den Bezirksverordneten zu. Gleichzeitig rief sie auf, dass die bisherigen „Verweigerer“ sich an der Weiterentwicklung des Programm-entwurfs beteiligen sollen.

Straßenamen systematisch

Marzahn-Hellersdorf – Bis Mai soll das Bezirksamt eine Systematik der Straßenbenennung vorlegen, fordert die BVV. RN

Versteckt, verschwiegen, modern wie nie zuvor

Bürgerforum von Marzahnern und Hellersdorfern fordert transparenteres Europa

Berlin – Desinteresse an Europa? Euroskeptizismus? Rückzug auf nationalistischere Politikstrategien? Ja, das gibt's alles, aber so außenseiterhaft wie Einäuglein und Dreiauglein im Märchen. Die überwiegende Mehrheit findet „Europa“ Klasse, allerdings gibt es starke Wünsche an Veränderungen in der Verfasstheit dieses Gemeinwesens. Ein „Europa der Bürger“ soll es sein, nicht ein Europa der Bürokraten; ein „Europa der Menschen“ soll es sein, nicht ein Europa der Politiker. Mitbestimmung statt Beherrschung, Gerechtigkeit statt Konkurrenz bis auf's Blut – so wünschen sich Marzahn- und Hellersdorfer Teilnehmer des nunmehr 3. Berliner Europa-Forums ihren Kontinent und deren Kern „Europäische Union“. Ins Leben gerufen wurde diese Reihe von der Europäischen Akademie unter Schirmherrschaft des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit nach den vergangenen Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2010, an den nicht einmal ein Drittel der Wahlberechtigten teilnahm.

Zu fremd, zu abgehoben, zu technokratisch erscheint das doch Gewünschte den meisten Bürgern. Nun also gibt es die Foren, zu denen über das Einwohnermeldeamt immer 500 Einwohner eines Bezirks, die dem statistischen Durchschnitt entsprechen eingeladen werden. Gut 60 Männer und Frauen aus dem Wahlbezirk folgten dem Ruf am 25. und 26. Februar in den Saal des Roten Rathauses.

„Weil Europa uns alle berührt“, seien diese Foren wichtig, sagte Monika Helbig, Europabeauftragte des Senats, zur Begrüßung. Und dass es für die Politiker manchmal „auf geduldiges Zuhören“ ankäme. Alle Interessen müssten auf den Tisch, nur so könnten sie auch behandelt werden, war ihr Aufruf an die Teilnehmer, die sich in mehreren Arbeitsgruppen zwei großen Komplexen widmeten – dem sozialen Europa und dem Europa der Bürger. „Das Ziel ist, oben hörbar zu machen, was unten gedacht wird“, machte Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie, das Ziel der Veranstaltung klar. Dass weit mehr als zehn Prozent dem Aufruf gefolgt seien, sieht er als Erfolg an, auch wenn er weiß, dass eine völlige Repräsentation des Bevölkerungsquerschnittes nicht möglich ist. Erfahrungsgemäß gehen zu solchen Veranstaltungen Menschen, die sich zumindest im Grundsatz für die Thematik interessieren.



Eine Gruppe der Teilnehmer des Europaforums aus Marzahn-Hellersdorf; Akademieleiter Prof. Eckart Stratenschulte. Fotos: Nachtmann

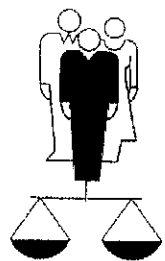
Nach spannenden, teils kontroversen Diskussionen in den Arbeitsgruppen, die jeweils von einem Mitglied der Akademie moderiert wurden, übergaben die Teilnehmer an führende deutsche Europapolitiker wie Eva Högl (MdB, Europa-Ausschuss) und die Mitglieder des Europaparlaments Alexandra Thein und Joachim Zeller eine Bürgererklärung. In ihr fordern sie von Parlamenten und Regierungen in Europa u.a. eine „gerechtere Wohlstandsverteilung“ und „Schutz vor Altersarmut“. Sie wünschen sich mehr „europäische Bildung“ und „Mobilität für alle“, wobei gleichzeitig Europa ein „weltweiter Vorreiter im Umweltschutz“ sein müsse. Genauso stark ist der Wunsch nach mehr Transparenz und Teilhabe. Versorgungsposten für Politiker lehnen die Bürger ab, fordern stattdessen Altersbegrenzung und fachliche Qualifikation für Amts- und Mandatsträger. Auch mehr Informationen sind gewünscht, etwa



durch eine „Zehn-Prozent-Quote in öffentlich-rechtlichen Medien bei der Berichterstattung über die Mitgliedsstaaten der EU“ oder „regelmäßige Europa-Seiten in den Printmedien“. Nicht zuletzt sollten die Gesetzgebungsverfahren transparent erfolgen, Haushalte offen gelegt werden und unter einer leicht auffindbaren Adresse eine „Meinungssammelstelle“ für Europa eingerichtet werden. Europa (auch) von unten, was könnte es Besseres geben?

Ralf Nachtmann

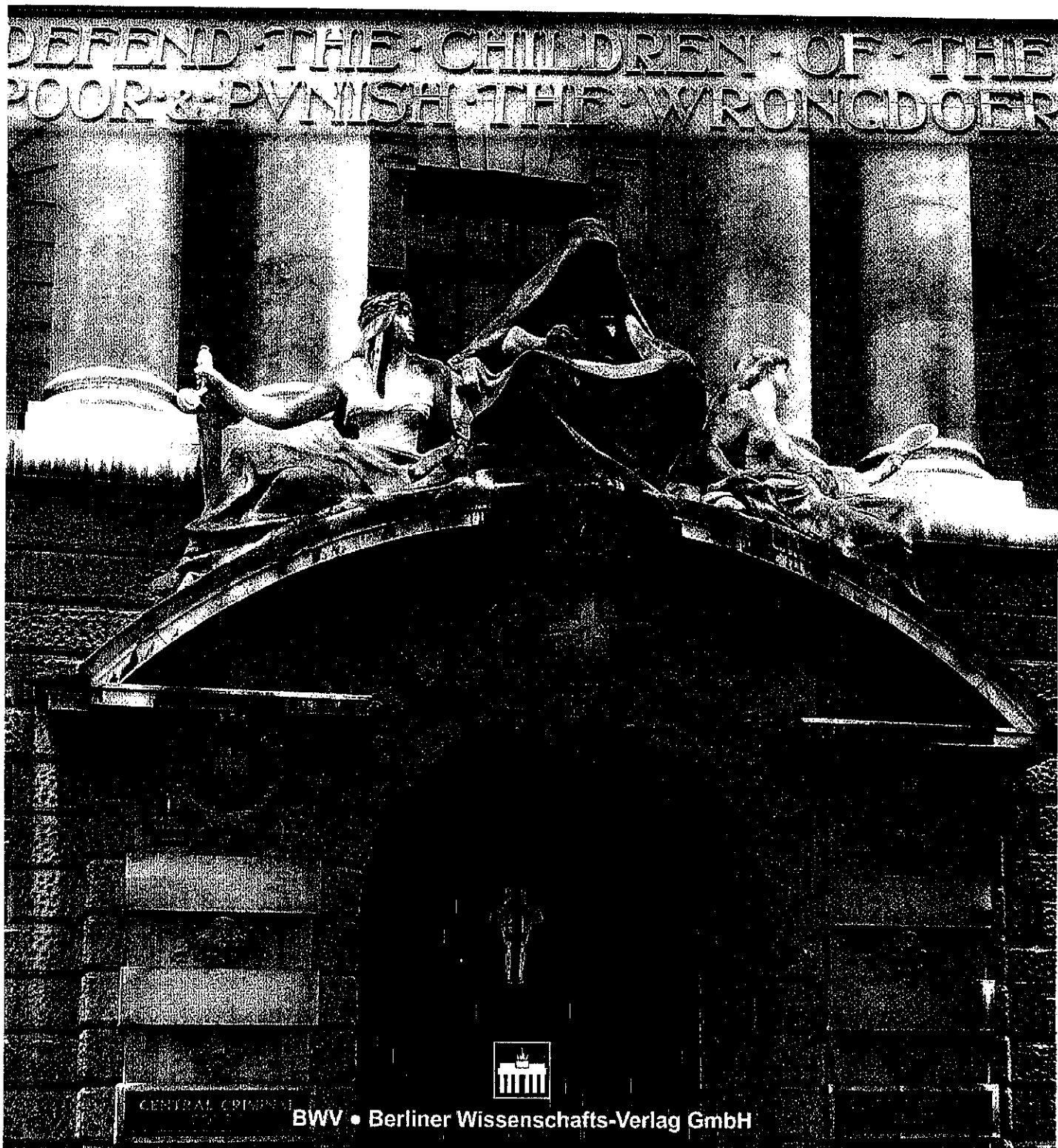
PS: Dass mit dem „Europa der Bürger“ noch vieles im Argen liegt, bewies auch die Diskussion, die das Inforadio vom RBB in der letzten Februarwoche eben in der Europäischen Akademie aufzeichnete. Da war von einigen Politikern doch recht viel „Genügsamkeit“ zu hören. Hoffentlich führen diese sich dann auch einmal die Bürgererklärungen zu Gemüte.



Zeitschrift des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e. V.
Deutscher Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen (DVS)

3 2011
23. Jahrgang

Richter ohne Robe



3. Lay Judge Forum europäischer ehrenamtlicher Richter in London

von Ulla Sens

Nach Helsinki 2009 (s. *RohR* 2010, S. 28) und Berlin 2010 (s. *RohR* 2010, S. 89) fand vom 22. bis 24. Juli dieses Jahres das dritte Treffen der Verbände statt, die in den einzelnen europäischen Staaten die Interessen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter vertreten. Der Kreis ist inzwischen auf 13 Staaten angewachsen. In dem altherwürdigen Londoner *Royal College of Surgeons* trafen sich Vertreter aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, England/Wales, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal, Schottland, Schweden und Spanien. Die Europäische Akademie Berlin als Organisator der Treffen, die von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt werden, hatte wieder hervorragende Arbeit geleistet, obwohl die Aufgabe wegen des Anwachsens der Teilnehmerstaaten nicht ganz einfach war.

Den Auftakt zum Forum bildete am Freitag, den 22.07.2011 ein Besuch des Supreme Court und der Royal Courts of Justice. Der Supreme Court ist erst im Jahre 2009 eingerichtet worden. In Jahrhunderten zuvor war das Oberhaus, also die Zweite Kammer des Parlamentes, zugleich das oberste Gericht in England. In den Royal Courts of Justice empfing *John Thomas*, Lord Justice of the Queen's Bench, die Teilnehmer und erläuterte

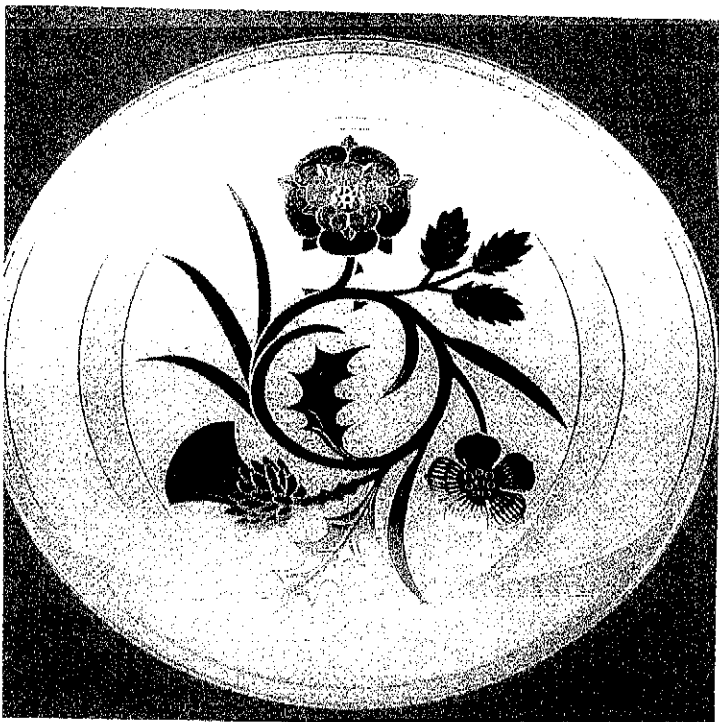
bei einer Führung durch das Gebäude die Zuständigkeiten der einzelnen Gerichte.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung sollte eigentlich die weitere Diskussion über die *Europäische Charta der ehrenamtlichen Richter* stehen. Wegen der Zahl der neuen Verbände nahm die Darstellung der Rechtssysteme der europäischen Staaten einen breiten Raum ein. Insbesondere die Staaten, die zum ersten Mal teilnahmen, sollten ihre Systeme der Beteiligung ehrenamtlicher Richter präsentieren. Das Programm wurde kurz vor Beginn der Veranstaltung noch einmal aktualisiert, da *Dr. Stefan Machura*, mit dem der Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter bereits seit Jahren zusammenarbeitet und der inzwischen an der Bangor University in Wales lehrt, für einen rechtsvergleichenden Vortrag gewonnen werden konnte.

Zu Beginn der Beratungen am 23.07.2011 baten die finnischen Freunde um eine politische Unterstützung, da in ihrem Land immer noch die Bestrebungen in der Rechtspolitik bestehen, die Schöffenbeteiligung im Strafverfahren abzuschaffen. Auch aus anderen Staaten wurden ähnliche Diskussionen berichtet. Hintergrund ist in aller Regel die Behauptung, dass die Beteiligung ehrenamtlicher Richter zu zeit- und kostenintensiv

sei – ein Argument, mit dem man auch die Parlamente als dem Instrument, mit dem das Volk an der Gesetzgebung beteiligt wird, abschaffen könnte. Da die Diskussion über die Europäische Charta noch nicht so weit gediehen ist, dass sie als politische Willenserklärung verabschiedet werden konnte, machte der deutsche Vorsitzende den Vorschlag, eine „Londoner Erklärung“ zu beschließen, die den nationalen und europäischen Institutionen übersandt werden sollte. Ein Entwurf, der von Mitgliedern der deutschen Delegation verfasst und von den finnischen Delegierten ergänzt wurde, fand die Zustimmung aller

Emblem des Supreme Court, eine heraldische Darstellung aus Blumen der vier Länder England (5-blättrige Wildrose), Wales (grüne Blätter des Lauchs), Nordirland (heißblauer 5-blättriger Flachs) und Schottland (lila Distel). Der doppelte kreisförmige Rahmen symbolisiert außen die Waage (libra) der Gerechtigkeit und innen das Omega (letzter Buchstabe des griechischen Alphabets) als letzte Instanz. In der offiziellen Verwendung befindet sich über dem Emblem noch eine Krone als Zeichen dafür, dass das Gericht unter der Autorität der Königin steht. Weitere Informationen: www.supremecourt.gov.uk
Foto: Brigitte Friebe-Safar



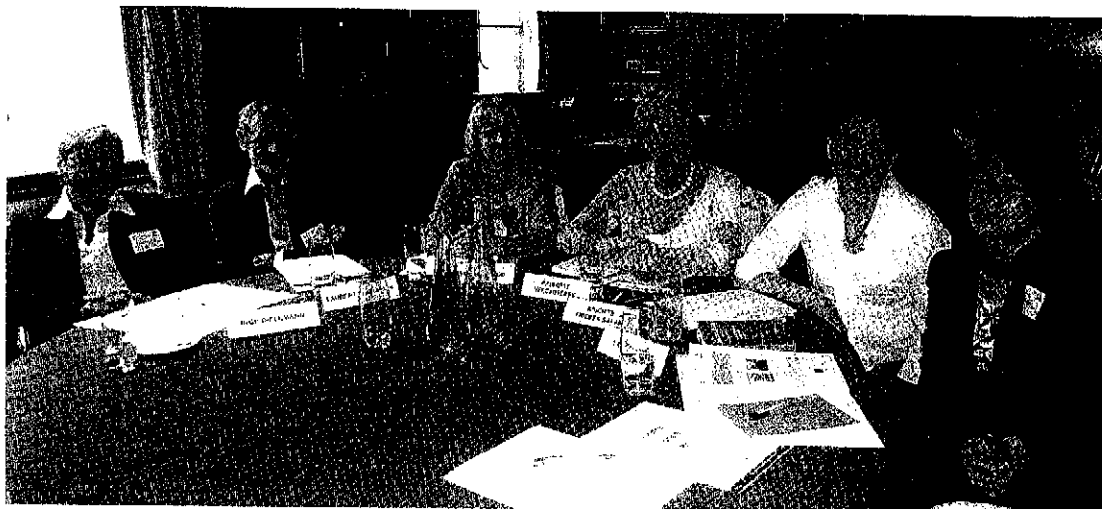


v.i.i.n.re.
Klaus-Dieter Schulz (LV Nord),
Karin Räßle (LV Baden-
Württemberg), Bettina Cain
(LV Brandenburg-Berlin),
Anna Maria Cardì (Italien),
Heinz Winkler (Bund Deutscher
Schiedsmänner und Schiedsfrauen),
Hasso Lieber (Bundesverband)
Foto: Claudia Rehms

Delegationen, wurde einstimmig verabschiedet und von allen Delegationsleitern unterzeichnet. Die Umsetzung dieser Deklaration gegenüber den nationalen Organisationen übernimmt jeder Verband in seinem Land; die Information der europäischen Organisationen wie EU-Kommission, Europäisches Parlament, Europarat, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte usw. wurde der deutschen Organisation und der Europäischen Akademie Berlin übertragen.

Die Diskussion um die „Londoner Erklärung“ machte im Hinblick auf die kommende Charta die Schwierigkeiten deutlich, die im Verständnis der einzelnen Organisationen noch zu bewältigen sind. Vor allem wurde intensiv darüber diskutiert, welche Arten von ehrenamtlichen Richtern von der „Erklärung“ und später von der Charta umfasst sein sollen. Die Versammlung akzeptierte eine weitgefasste Definition, die von Hasso Lieber vorgelegt wurde und die auch in dem Artikel von Stefan Machura in diesem Heft zum Ausdruck kommt. Als Laien- oder ehrenamtliche

Richter werden dabei alle diejenigen Personen in der Rechtsprechung angesehen, die keine Besoldung erhalten, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können, und die in dem Gerichtssystem keine Karriere im Sinne einer Beförderung oder sonstigen Aufstieges machen (können). Eine genauere Beschreibung wird sich in der Charta wiederfinden. Damit ist aber ein Signal gegeben worden, dass auch juristisch vorgebildete Personen Laienrichter (nach dem altgriechischen Wortsinn *laikos* = aus dem Volke stammend) sein können. Zur Vermeidung von Verständnisschwierigkeiten soll in Zukunft nur noch von ehrenamtlichen – statt von Laienrichtern – gesprochen werden. Diese Differenzierung spiegelte sich auch in den Länderberichten wider: über England und Wales (*John Thornhill*, bezogen auf Strafverfahren), Schottland (*Susan Kirkwood*), Finnland (*Jouni Elomaa*), Estland (*Elle Topaasia*), Frankreich (*Gérard Chambard* über die *juges de proximité*) und Italien (*Maria Antonella Pasculli*). Vergleichende Darstellun-



v.i.i.n.re.
Inge Dielemann (Bel-
gien), Laurent van Olmen
(Belgien), Susan Kirkwood
(Schottland), Paulette
Vercauteren (Belgien),
Brigitte Frieben-Safar (LV
NRW), Ulla Sens (LV NRW)
Foto: Bettina Cain

gen über das Recht der europäischen Staaten in bestimmten Gerichtsbarkeiten gaben *Stefan Machura* (Zivilverfahren), *Rainer Sedlmayer* (Handelsgerichtsbarkeit) und *Joseph Moyerso* (Jugendverfahren).

Der Vorsitzende der Magistrates Association von England und Wales, *John Thornhill*, entwickelte die Idee eines Lay Judge College. Die Teilnehmer diskutierten Art und Weise eines solchen Vorhabens, das sowohl als Bildungseinrichtung als auch als europäisches Netzwerk fungieren soll. Wegen der Kürze der Zeit konnte die Diskussion über Ziel und Zweck dieser Vorstellungen nicht zu Ende diskutiert werden. *Thornhill* wurde daher als Chairman dieser Idee zusammen mit dem designierten finnischen Vorsitzenden *Jouni Elomaa* als Sekretär mit der weiteren Konzeptionierung beauftragt; Vertreter der einzelnen nationalen Verbände sollen hinzugezogen werden.

Die Arbeit an der Charta soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Nachdem auf Grund der bisherigen Diskussionen mehrere Fassungen eines Charta-Entwurfes von *Hasso Lieber* angefertigt wurden, zu denen bereits eine Reihe von Stellungnahmen vorliegen, soll nun die Diskussion bis zum 20.12.2011 zu einem Abschluss gebracht werden. Die deutsche Organisation und die Europäische Akademie Berlin haben die Federführung der abschließenden Abstimmung der diversen Vorschläge übernommen und werden mit einer siebenköpfigen Arbeitsgruppe einen

endgültigen Vorschlag für eine Charta vorlegen, die im Mai des kommenden Jahres auf einer großen Konferenz in Straßburg oder Brüssel von allen europäischen Organisationen verabschiedet werden soll. Zusammen mit dieser Charta soll ein europäischer Verband aus der Taufe gehoben werden, mit dem die nationalen Organisationen eine gemeinsame Politik des Erhaltes und des Ausbaues der Beteiligung ehrenamtlicher Richter an der Rechtsprechung betreiben wollen. Der Tag der Unterzeichnung der Charta soll zum offiziellen „Europäischen Tag der ehrenamtlichen Richter“ ausgerufen werden.

Die Tagung in London hat die Beteiligung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in den europäischen Staaten weiter gestärkt, wenn auch in der einen oder anderen nationalen Organisation die Vorbehalte gegenüber den europäischen Institutionen noch verringert werden müssen. Das Zusammenwachsen in Europa ist aber kein theoretischer Vorgang, den man beschließen kann, sondern ein organischer, auf wachsendem Vertrauen beruhender Prozess, der nur in der praktischen Zusammenarbeit gedeihen kann. Die EU hat daran ihren Anteil. Zu Recht haben die Delegierten des 3. Lay Judge Forum der EU-Kommission deshalb für die finanzielle Unterstützung des vom Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in Deutschland und der Europäischen Akademie Berlin initiierten Projektes gedankt.

Entwürfe der Charta:
www.schoeffen.de
> Europa > Documents



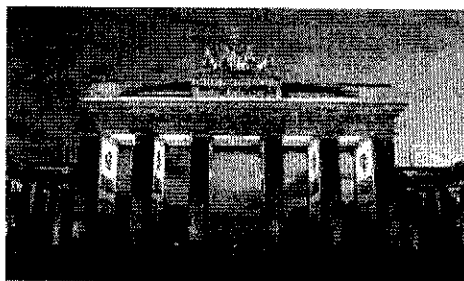
Deutsche Teilnehmer: 1. Reihe: 2.v.li. Brigitte Friebe-Safer, 5.v.li. Bettina Cain, 1.v.re. Karin Räßle; 2. Reihe: 1.v.li. Klaus-Dieter Schulz, 4.v.re. Ulla Sens; 3. Reihe: 1.v.re. Hasso Lieber, 5.v.re. Heinz Winkler

The European Circle

<http://www.european-circle.de>

"EUROPA IST HIER: IN UNSERER STADT, IM BEZIRK, IM KIEZ"

Bürger machen Demokratie



Drittes Europa-Forum tagt in Berlin (Foto: commons.wikimedia.org / Thomas Wolf)

"Europa geht uns alle an." Unter diesem Motto trafen sich am vergangenen Wochenende nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger des Berliner Bezirks Marzahn-Hellersdorf im Großen Saal des Roten Rathauses am Alexanderplatz. Das 3. Berliner Europa-Forum soll den Bürgern der Stadt die Möglichkeit geben, ihren Ideen und Wünschen bezüglich der Europäischen Union Ausdruck zu verleihen.

Von der über 80jährigen bis zu einer jungen Schwangeren und dem Studenten: durch die unterschiedlichen Bürger konnte Meinungsvielfalt gewährleistet werden.

Nach der Kennlernrunde bildeten sich zwei Arbeitsgruppen. Die eine befasste sich mit dem Thema "Soziales Europa", während die andere "Das Europa der Bürgerinnen und Bürger" diskutierte. Am darauffolgenden Tag, trugen die beiden Gruppensprecher die Ergebnisse zu den Themen vor und arbeiteten eine gemeinsame Erklärung aus, die dann den Bundestagsabgeordneten vorgestellt wurde.

"Soziales Europa"

Besonders wichtig war der Gruppe die Regulierung der Finanzmärkte, um erneute Krisen zu verhindern. Zudem ist soziale Gerechtigkeit ein großes Thema. Dazu gehört, dass ein gewisses Existenzminimums gewährleistet wird, ein einheitliches Gesundheitswesen und die Angleichung der Lebensstandards. Eine europäische Ausbildung soll verstärkt werden. Darunter stellen die Bürger sich eine zweisprachige Erziehung vor, die bereits im Kindergarten beginnt. Außerdem sollen Abschlüsse europaweit uneingeschränkt anerkannt werden. Generell muss mehr über Europa in den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern und den Printmedien veröffentlicht werden.

Auch Umweltschutz steht im Fokus der diskutierenden Gruppe. Müllexporte aus der EU sollen verboten und ein Ausstieg aus der Atomenergie muss gewährleistet werden. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien und schadstofffreie Technologien muss bald stattfinden. Das eigene Auto soll durch preiswerte und zuverlässige öffentliche Verkehrsmittel ersetzt werden. Auch dies kommt der Umwelt zugute.

"Das Europa der Bürgerinnen und Bürger"

Wichtig - besonders für die Jugend Europas - ist eine Auseinandersetzung mit diesem Themen von der ersten Klasse an. Die deutschen Schulen sollten sich an dem finnischen Schulsystem orientieren. An finnischen Schulen legt die Regierung den Lehrplan fest und bestimmt ferner, welche pädagogischen Ziele im Unterrichtsjahr erreicht werden sollen. In Finnland obliegt es den Schulen selbst, die Qualität des Unterrichts in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Das Bildungssystem dort ist in drei Stufen unterteilt: Gesamtschule, dann Abitur oder Fachhochschule und schließlich Universität oder Hochschule. So positiv sich das anhört, bleibt doch abschließend festzustellen, dass die Selbstmordrate von finnischen Schülern sehr hoch ist und nur noch von der in Japan übertroffen wird.

Zudem wollen die Bürger mehr Transparenz in Europa. Dies könnte durch Internetseiten über Europa, einer eigenen Nachrichtenrubrik Europas im Fernsehen und durch spezialisierte Printmedien erreicht werden. Dadurch gäbe es eine stärkere multinationale Berichterstattung. Über Vorgänge in Rumänien wäre man zum Beispiel in Spanien einfach noch schneller informiert. Auch über die Gesetzgebung und den europäischen Haushalt sollten die Bewohner Europas regelmäßig informiert werden. Für die politischen Vertreter in Europa wird eine Altersgrenze und fachliche Qualifikation gefordert.

Die Debatte mit den Abgeordneten

Bei der abschließenden Diskussion setzen sich die Bundestagsabgeordneten vor allem mit der Frage nach einer sozialen Sicherung auseinander. Der von den Bürgern geforderte gesetzliche Mindestlohn führte zu einer heftigen Auseinandersetzung. Während der Vorschlag von der SPD und Der Linken befürwortet wurde, lehnten die FDP und CDU diesen vehement ab. Der Vorschlag nach einem Europafest zwecks kulturellem Austausch wurde von der Bezirksverordnetenvorsteherin Wermke befürwortet. Allerdings müssten dafür dann auch entsprechende Inhalte gefunden werden.

















Nach ein bis zwei Jahren sollen die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger angesichts der Umsetzung ihrer Vorschläge befragt werden.

Europaforen bis 2014

Die stellvertretende Bürgermeisterin Berlins, Monika Helbig, macht deutlich, worauf es ihr bei diesem Zusammentreffen ankommt: "Mein Ziel ist es, die Reihe der Europa-Foren bis zur nächsten Europawahl in vier Jahren fortzusetzen. Bis zum Juni 2014 möchten wir Bürgerinnen und Bürger aller zwölf Berliner Bezirke einladen, um ihre Forderungen an die Berliner Europapolitik zu formulieren. Es ist mir ein besonderes Anliegen, dass solch bürgerorientierten Angebote nicht nur alle fünf Jahre vor Europawahlen, sondern ständig möglich werden." Europapolitik kann nicht allein von Brüssel aus betrieben werden, sondern ist ebenso Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger: "Heute und morgen sind Sie also dran, politische Anliegen im europäischen Kontext zu diskutieren, zu formulieren und in einer Erklärung zusammenzufassen."

[AL]

zukunftwissen/meldung.html>

 <http://www.mister-wong.de/index.php?action=addurl&bm_url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&bm_description=>  <http://twitter.com/home?status=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html%20>
 <http://digg.com/post?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&title=>  <http://digg.com/submit?phase=2&url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&title=&bm_description=>  <http://furl.net/storeIt.jsp?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&t=>  <http://www.linksilo.de/index.php?area=bookmarks&func=bookmark_new&addurl=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&addtitle=>  <http://reddit.com/submit?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&title=>  <http://www.spurl.net/spurl.php?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&title=>  <http://technorati.com/faves/?add=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html>  <http://www.google.com/bookmarks/mark?op=add&hl=de&annotation=&labels=&bkmk=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&title=>  <http://bookmarks.yahoo.com/toolbar/savebm?opener=bm&ci=UTF-8&u=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&t=>  <http://www.facebook.com/sharer.php?u=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&t=>  <http://www.stumbleupon.com/submit?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&title=>  <http://www.propeller.com/submit?U=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&T=>  <http://www.newsvine.com/vine/save?popoff=1&tags=&u=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&blurb=>  <http://www.jumptags.com/add?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fzukunftwissen/meldung/datum/2011/03/02/buerger-machen-demokratie.html&title=>

Keine Geschichte verpassen!
Abonnieren Sie hier unseren kostenlosen Newsletter

<newsletter.html>

SPIEGEL ONLINE

08. April 2011, 06:27 Uhr

Bündnis der Problem-Stadtteile**Tschüss, Tristesse***Von Oliver Trenkamp*

Wie lassen sich Jugendarbeitslosigkeit, Kriminalität, Tristesse bekämpfen? Der Problembezirk Neukölln und der Pariser Vorort Clichy-Sous-Bois haben sich verbündet, jetzt spielen Schüler aus beiden Brennpunkten gemeinsam Theater - auch, um Schwarzseher wie Sarrazin und Sarkozy Lügen zu strafen.

Es ist nicht so, dass sich Céline für Züleyha schämt - Im Gegenteil. Aber Céline hat einen Plan: Sie will Gesundheitswesen studieren oder Medizin, sie will Karriere machen. Und Züleyha will wohnen bleiben, wo ihre Eltern und Geschwister leben, im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois, wo fast jeder zweite Jugendliche keinen Job findet und keinen Ausbildungsplatz, wo Tausende Autos brannten, wo die Aufstände tobten.

Céline trägt den Namen Züleyha an einer silbernen Kette um den Hals. Es ist der Name, den ihre Eltern ihr gaben, türkische Einwanderer, die nach Frankreich kamen, um zu arbeiten. Den Namen Céline gab sie sich selbst, er steht mittlerweile in ihrem Pass. In der Schule heißt sie Céline, zu Hause Züleyha.

Züleyha will heiraten, in ein paar Jahren, mit 25, einen Muslimen, am liebsten einen Türken. "Das macht es leichter, sich zu verstehen". Sie will Kinder. Céline glaubt an das Versprechen, dass es jeder schaffen kann, wenn er nur hart genug arbeitet. Züleyha wünscht sich einen großen Bruder, der sie beschützt.

Die Frage ist, ob es Céline gelingt, Züleyha mitzunehmen auf ihrem Weg. Oder ob sie sie zurücklassen muss.

Sie ist 17 Jahre alt, dunkle Haare, dunkle Jeans, und sie steht jetzt im Flur eines Neuköllner Gymnasiums mit zwei Dutzend anderer Schüler. Sie schütteln ihre Arme, schütteln ihre Beine, gähnen, formen die Lippen zu einem O. Jemand ruft etwas, das sich anhört wie Iiiyaaa. Céline schwingt ihren rechten Arm wie eine Welle, Iiiyaa. Beim Mädchen neben Céline setzt sich die Welle fort, Iiiyaaa, jeder gibt die Welle weiter - letzte Lockerungsübungen vor dem großen Auftritt.

Aus dem sozialen Brennpunkt am Rand von Paris sind Céline und ihre Mitschüler in den sozialen Brennpunkt im Zentrum Berlins gekommen, um Theater zu spielen, gemeinsam mit Neuköllner Abiturienten.

Die Abgehängten treten an zur Aufholjagd

Problembezirke lernen voneinander, das ist die Idee. Schüler aus Neukölln und aus Clichy geben Iiiyaaa-Wellen weiter, und Sozialarbeiter, Lehrer, Politiker, Richter treffen sich und diskutieren: Wie lassen sich Jugendarbeitslosigkeit, Kriminalität, Tristesse bekämpfen? Wie lassen sich Einwanderer überzeugen, die Landessprache zu lernen?

Die Abgehängten wollen antreten zur Aufholjagd - und verbünden sich. In den vergangenen Jahren fuhren die Neuköllner nach Frankreich, Kirsten Heisig war 2008 dabei, die Jugendrichterin, die inzwischen tot ist, und Klaus Lehnert, der pädagogische Leiter vom Campus Rütli. Im letzten Jahr fuhren die Neuköllner Abiturienten hin. Jetzt ist Clichy zum Gegenbesuch nach Berlin gekommen. Organisiert hat den Gipfel der Brennpunkte das Deutsch-Französische Jugendwerk, zusammen mit Sozialwissenschaftlern und Lokalpolitikern.

Es gibt eine Foto-Ausstellung, einen Empfang im Neuköllner Rathaus, Fachgespräche, die französische Staatssekretärin für Jugend kommt vorbei, und es gibt das Theaterstück, das Céline und die anderen Schüler geprobt haben: Szenen aus "Drei Mal Leben" von Yasmina Reza, der wohl am meisten gespielten zeitgenössischen Theaterautorin. Reza hat sich das Stück der Schüler in Clichy angesehen und prompt die Schirmherrschaft übernommen. Die Schüler hätten mit "ungewohnter Disziplin" das Stück auf die Bühne gestellt und "ihre soziale Situation vergessen", sagt Reza.

Céline und die anderen Jugendlichen aus Clichy spielen auf Deutsch, die Neuköllner Schüler auf Französisch. Die gemeinsame Sprache dieser neuen deutsch-französischen Freundschaft jedoch ist Türkisch: Céline hat durch den Schüleraustausch Arzu kennengelernt, 19, Abiturientin aus Neukölln. Wenn die beiden miteinander reden oder bei MSN chatten oder sich Mails schreiben, dann benutzen sie meist die

Sprache ihrer Eltern. Auch die Kontakte zwischen den anderen Deutsch-Türken und Franko-Türken sind eng; es gibt keine Sprachbarriere.

Sie wollen Sarrazin und Sarkozy widerlegen

Céline und Arzu sind stolz auf ihre Herkunft, womit beide sowohl ihren Bezirk meinen als auch die Türkei - und beide geben sich selbstbewusst: "Wir wollen zeigen, dass es erfolgreiche Migranten gibt", sagt Arzu. "Wir wollen eine Chance", sagt Céline. Sie verstehen sich als künftige Elite, schließlich beherrschen sie vier Sprachen, Türkisch, Französisch, Deutsch und Englisch. Sie wollen den schlechten Ruf widerlegen, der ihren Vierteln anhaftet. Sie wollen Sarrazin und Sarkozy zeigen, dass sie falsch liegen, wenn sie behaupten, in Neukölln schaffe sich Deutschland ab und Clichy-sous-Bois müsse man mit dem Kärcher vom Gesindel befreien.

Die Underdog-Bezirke wollen einerseits ihr Schmutz-Image loswerden, andererseits ihre Probleme lösen.

Das versuchen sie zwar zum Teil mit ähnlichen Mitteln. So schickt Neukölln "Stadtteilmütter" zu Familien, an die Sozialarbeiter nicht mehr rankommen, Frauen türkischer oder arabischer Herkunft, die selbst Kinder haben. Und in Clichy-sous-Bois haben "große Brüder" zu vermitteln versucht zwischen Jugendgangs und Polizisten. Es sind Sportlehrer, Sozialarbeiter, Musiker, die einst selbst ohne Perspektive in den Vorstädten herumlungerten.

Doch bei dem Schüleraustausch zeigt sich auch, wie groß die Unterschiede sind, trotz vieler Parallelen. In Neukölln bezogen zwar auch mal Wachleute Posten vor Schultoren, aber Célines Freunde aus der Banlieue wissen, wie es ist, wenn Polizeihubschrauber über dem Haus kreisen. Wie es sich anfühlt, wenn Polizisten scharfe Waffen auf einen richten. Wie es ist, im Ausnahmezustand zu leben, der 2005 während der Aufstände ausgerufen wurde. Die wichtigste öffentliche Investition der letzten Jahre ist die neue Polizeistation, die im Herbst eingeweiht wurde.

Neukölln hingegen wandelt sich. Studenten und Kreative drängen in die Gegend, zu Wohnungsbesichtigungen erscheinen oft Dutzende Bewerber, noch sind große Altbauwohnungen vergleichsweise günstig zu mieten.

Man könnte sagen: Die Probleme von Clichy verhalten sich zu denen von Neukölln wie Sarkozy zu Sarrazin - ähnlich gelagert, andere Dimension.

Pöbeleien auf der Klassenfahrt

Zumal Arzu und die Neuköllner Schüler-Schauspieler ein Vorzeige-Gymnasium besuchen: Die Albrecht-Dürer-Schule setzt auf Begabtenförderung und Reformpädagogik; sie veranstaltet Musikabende, es gibt ein Lese-Café und eine Schach-AG. Die Schule hat einen sogenannten Schnellläufer-Zug, in dem die achte Klasse übersprungen wird.

Als die Neuköllner Schüler im letzten Herbst nach Clichy fuhren, seien sie angepöbelt und mit Pizzaschachteln beworfen worden, erinnert sich Beate Gössler, die Lehrerin, die sich das gemeinsame Theaterspielen ausgedacht hat. Zwei Schüler, Linda, 18, und Henrik, 17, erzählen, wie sie abends in Kleinbussen zum Bahnhof zurückgebracht wurden und die heruntergekommenen Plattenbauten sahen. "Unsere Probleme sind nichts im Vergleich zu deren", sagt Henrik.

Céline könnte sich allerdings nicht vorstellen, in Neukölln zu leben. Ihr gefällt zwar die Lage mitten in der Innenstadt. Denn ihr Viertel ist noch immer abgeschnitten vom Pariser Zentrum. Wenn sie sich auf den Weg macht zu Galerien und Kinos und Boutiquen, braucht sie von Zuhause mit Zügen und Bussen etwa anderthalb Stunden - eine direkte Verbindung gibt es nicht.

Was ihr in Neukölln aber nicht gefällt, ist der respektlose Umgang, wie sie es nennt, zum Beispiel dass sich Paare auf der Straße küssen, womöglich mit Zunge. Und wie manche Leute rumlaufen, mit bunten Haaren und halb rasiertem Schädel. "Sowas gibt es in Clichy nicht", sagt sie.

Über das Leben in Célines Heimat, über das Leben in der Pariser Banlieue, gibt es einen Film. "Hass" heißt er, ein moderner Klassiker von 1995. Er erzählt von Drogenhandel und Schlägereien, von Freundschaft und Hoffnungslosigkeit. Die Vorstadt-Jugendlichen laufen darin an einem Plakat vorbei: "Die Welt gehört Euch" steht darauf, es wirkt wie Hohn.

Céline aber glaubt daran. Wenn sie nur eine Chance bekommt, kann sie zeigen, was sie kann. Und sie ist überzeugt: Züleyha muss sie dafür nicht zurücklassen.

Erinnerungspolitik
Skopje

Hledat

O STANICI PROGRAM POŘADY TISK A TÝDENÍKY PŘÍBĚHY 20. STOLETÍ KURZY AJ

12. dubna 2011 v 08:55

Rubrika: Analýzy

Jaroslav Šonka: Vzpomínková politika

Přehrajte si celý příspěvek

Balkán známe jako přelomovou končinu konfliktů, kterým ne příliš rozumíme a zdá se nám, že se nás, kteří žijeme v klidné části Evropy, moc netýkají. Najdou se však i události, které nám připomínají vlastní historii. Patří k nim ceremoniál v makedonské Skopji, kde počátkem března byla zahájena činnost makedonského Památníku Holocaustu.



Přednáší rabin Andrew Baker
Foto: Jaroslav Šonka

V hlavním městě malé balkánské země došlo ke zvláštní historické reflexi na zajímavém politickém pozadí. Historie je poměrně složitá: V Bulharském národním narrativu se připomíná, že snahy o vylovení a vyvraždění Židů narazily na odpor důležitých částí populace a nebylo možné židovské spolubčany vydat a nechat zavraždit v německých vyhlazovacích táborech. I když jistě v dané době hrála roli i blízkost fronty a snahy změnit pozici země a zachránit ji tak podle vzoru italské kapitulace 1943, je tento fakt nepochybně jasný.

V Bulharském obsazených územích – právě i ve dnešní Makedonii – však vše vypadalo zcela jinak. Bulharské fašistické gardy provedly v roce 1943 registraci makedonských Židů a vydaly je v březnu téměř kompletně německým orgánům. S hroznou účinností tak třetí vlaky odjelo do Treblinky 98 % sefardské židovské populace, která v Osmanské říši, tedy také v Makedonii, měla od svého vyhnání tradici po dlouhých 450 let a byla dobře integrovaná a přijímaná ostatním obyvatelstvem. Proto bylo vyvraždění židovské populace šokem pro všechny.

Politika je spojená s touto metodou vzpomínání hned několikrát. Ceremonie se zúčastnila všechna náboženská společenství a špičkoví zástupci Albánie, Černé hory, ale ne Bulharska a Řecka. Na tom je vidět politické prnutí mezi balkánskými zeměmi a jeho alespoň částečnou podmíněnost historickým vývojem. Makedonie má problém se svým jménem a ten problém stále znovu rozdmýchává Řecko. J

de i o přijetí do NATO a o status kandidátské země EU. Bulharsko by muselo změnit historický narrativ, protože v Bulharském obsazených územích k záchraně Židů nedošlo – naopak Bulharské orgány tam zasáhly naprosto brutálně. A veřejnost – ani dnešní bulharská veřejnost – k uznání tohoto faktu ještě nedospěla. Makedonie však konflikty během třídní ceremonie nezostřovala.

Druhým politickým signálem je pojednání restituce majetku obětí. Ta se odehrála zákonem a vytvořila fond, který na jedné straně jasně hovoří o navrácení majetku lidí i institucí, na druhé straně však peníze proinvestuje v zemi samé. A důležité je, že kromě investic do budov a památníků, se investuje i do pedagogiky a vysvětlování tragické minulosti. Taková regulace je příkladná v celoevropském měřítku – například v Polsku se o podobných věcech diskutuje dost polarizovaně a k řešení se ještě zdaleka nedospělo.

Ve Skopji však stála politika teprve ve druhé řadě. Největší roli hrála důstojná připomínka obětí. Památník má – vlastně paradoxně kvůli administrativní péči bulharských fašistických gard – jedinečnou možnost: Návštěvníci se hned za vchodem mohou podívat do očí všem 7 144 obětem, jejichž vrahů pořízené portréty se po sobě promítají na několika desítkách obrazovek. Za vstupní halou jsou vystaveny 3 urny. Popel z Treblinky byl vystaven ve Štipu, Bitole a Skopji, kde byly dříve velké židovské obce. Urny se pak sešly ve Skopji ve Městském muzeu a slavnostní průvod je doprovodil do nového Památníku Holocaustu, kde našly své trvalé místo.

Pozoruhodný při tom byl fakt, že se celá ceremonie odehrála bez velkých policejních jednotek. Viditelní byli jen dopravní policisté, kteří dělali místo pro průchod procesí. Makedonie chtěla ukázat, že její zacházení s minulostí je na evropské úrovni. A populace i média reagovaly masivně a pozitivně. Památník ve Skopji však z regionálního hlediska není koncem balkánské reflexe minulosti, nýbrž jejím začátkem. Nabídka Památníku Holocaustu ve Skopji, starat se o reflexi pronásledování Židů v celé balkánské oblasti, se zatím příliš partnerských odpovědí ze sousedních zemí nedočkala.

Vzpomínková politika by ovšem mohla pomoci vytvářet atmosféru, ve které vznikne pocit pro společnou minulost celého regionu a usnadní se tak i řešení problémů současnosti.

Jaroslav Šonka: Vzpomínková politika

Komentáře a názory



Magdaléna Trusínová:
Pár slov k „pochodu“
v ...
Nový Bydžov, Krupka
na Teplicku,...



Václav Souček: Velká
slova
Pospíšil si pan
prezident, pospíšil...

Kateřina Daňková: Kolik jazyků znáš...

Petr Hartman: Krize, Klaus a Nečas

Lída Rakušanová: Vybydlená země

ŽIVÉ VYSÍLÁNÍ AUDIO ARCHIV

12:00 Osvěty dne
(29 min)

Náš moderátor

Zuzana Vlčková

12:30 Svět po dvanácti

12:30 Zprávy

12:36 Studio Česko

13:00 Headlines

13:00 Svět o jedné

Další nabídka

Domácí tisk

Zahraniční tisk

Tydeníky

Sie sind hier: Willkommen > Themen > Gegen Antisemitismus > Gastbeitrag: Erinnerung an die Shoah in Skopje



ERINNERUNG AN DIE SHOAH IN SKOPJE

Vom 8. bis zum 11. März 2011 wurde in Skopje ein Holocaustmahnmal eingeweiht. An jener Stelle in der Altstadt, wo früher Juden lebten, ist ein neues Gebäude entstanden, das museal die historische Linie vorstellt und an das tragische Ende der jüdischen Population erinnert. Die gut integrierten jüdischen Einwohner Mazedoniens waren mehrheitlich sephardische Flüchtlinge aus Spanien, denen das Osmanische Reich nach ihrer Vertreibung am Ende des 15. Jahrhunderts Zuflucht geboten hatte.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Mazedonien von Bulgarien besetzt und die sephardische Gemeinschaft schließlich nach Treblinka ausgeliefert. Unvorstellbare 98 % der jüdischen Bevölkerung Mazedoniens starb in den Gaskammern, und niemand kehrte zurück. Nur einige wenige retteten sich durch rechtzeitige Auswanderung nach Palästina oder kämpften in den Partisanengruppen.

WAHRNEHMUNG IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

Die Regierung des Nachfolgestaates der jugoslawischen Föderation hat in den letzten Jahren eine beispielhafte legislative Basis für die Restitution des jüdischen Eigentums ausgearbeitet und so entstand ein Fonds, aus dem die Erinnerung unterstützt wird. Aus diesen Mitteln wurde auch das Gebäude finanziert, in dem eine Dauerausstellung installiert ist und in dem auch Bildungsaktivitäten einen Platz finden werden. Die Einweihung wurde als eine große internationale Begegnung organisiert. Außer der politischen Spitze des Landes waren auch die Präsidenten der Nachbarstaaten Albanien und Montenegro, der stellvertretende Ministerpräsident Israels, Vertreter von jüdischen Organisationen, der Kirchen und religiösen Gemeinschaften sowie Diplomaten aus der ganzen Welt dabei.

ANGEBOT AN NACHBARSTAATEN

Neben einer Veranstaltung im Theater wurde die Erinnerung in den öffentlichen Raum gebracht. Drei Urnen mit Asche aus Treblinka wurden zuerst in den Städten gezeigt, in denen es große jüdische Gemeinden gab – neben Skopje waren es Štip und Bitola, wo auch Gedenkveranstaltungen und Ausstellungen organisiert wurden. Die Urnen wurden schließlich im Mazedonischen Historischen Museum in Skopje ausgestellt und in einer feierlichen Prozession durch Skopje von Soldaten in das neue Gebäude gebracht. So wurde neben den Begegnungen mit internationalen Partnern auch die makedonische Öffentlichkeit erreicht – die Zeitungen berichteten umfassend. Diese Aktivität wird von der Regierung als ein Angebot an die Nachbarstaaten präsentiert, zum Holocaust in einer europäischen Dimension gemeinsame Ansätze zu finden. Dies wird jedoch insbesondere in der Beziehung zu Bulgarien keine leichte Aufgabe sein, da dort die Rettung der jüdischen Population zum nationalen Geschichtsnarrativ gehört – der allerdings jüdische Schicksale in den von Bulgarien besetzten Gebieten nicht beinhaltet.

Verfasser: Dr. Jaroslav Šonka (Studienleiter an der Europäischen Akademie Berlin)



Rabbi Andrew Baker bei der Einweihungszeremonie in Skopje. Baker ist Kurator der Stiftung EVZ.

Natürlich mit Hut

Königin Beatrix reist durch die Stadt, stets mit Prinzessin Máxima. Heute steigt sie ins Boot und auf den Fernsehturm

Von ROLF BÜCKNER-HILDE

Das Wetter war nicht gerade königlich, stürmisch, etwas Nieselregen, aber Niederländer sind das gewohnt. Drei Frauen hatten eine halbe Stunde vor Anbruch von Königin Beatrix vor Schloss Bellevue aus. Die Kinder der niederländischen Schule stehen schon auf dem Hof, sie sind alle starklich aufgeregte, für sie ist es wie ein Märchen, sagte eine niederländische Mutter. Die Stimmung ist leicht aufgekraft – in der Nacht schon die Kolonne. Die beiden Motoren der Vorposten, dann die Uniformen mit der königlichen Standarte, blaues Kreuz auf orangefarbenem Grund. Königin Beatrix winkt den Müttern zu, sie winkten zurück, „Maximal“ ruft eine einzeln, dann ist die Kolonne schon am Schloss vorbeigefahren.

Bundespräsident Wulff begrüßt mit seiner Frau Königin Beatrix, Kronprinz Willem-Alexander und Prinzessin Máxima. In orangefarbener Hut ragt über die Phalanx der Fotografen. Draußen an der Straße sagt ein älterer Niederländer, der ein paar Bilder gemacht hat: „Wir wohnen im Hansaferrel. Natürlich musste ich mit das anschauen.“ Wie er den Besuch bewertet? „Na ja, sie ist nun schon 30 Jahre an der Regierung und sie hat eine enge Verbindung mit Deutschland“, sagt er. Seine Frau erzählt: „Ich hoffe, dass sie uns noch lange als Königin erhalten bleibt. Sie sorgt für Stabilität in unserem Land und wir werden gerade politisch unruhige Zeiten.“ Dann macht sich das Paar auf in Richtung Kanzleibeamt, wo die königliche Gesellschaft eine Stunde vorher von Bundeskanzlerin Merkel empfangen wird. Abends steht ein Bankett in Bellevue an.

Am Vortag Spree klingen die Nationalhymnen, ein Deilmarsch erklingt und in grandwain, jubel und Gejohle – die Königin ist offenbar bei den Kindern im Hof angekommen. Am Ausgang des Bundespräsidentenbarren die Mütter aus und empfangen ihre Kinder, die im Schirm und niederländischen Fahnen aus dem Schloss kommen. „Ich fand es superschön“, sagt der kleine Floris, neun Jahre alt, und strahlt über das ganze Gesicht. „Wir standen an der Seite, die Königin ging erst bei den Soldaten vorbei und kam dann zu uns“, erzählt Nyske, 12, ganz aufgeregt. Nach dem Besuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel folgt die Königin einen Krimi an der Neuen Wache nieder, in der niederländischen Botschaft besuchte sie



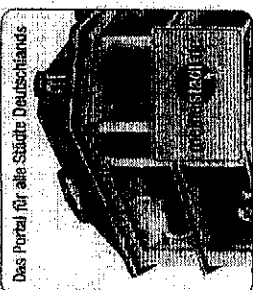
Gedörmungen, Beatrix, Königin Beatrix begrüßt gestern auch die Neue Wache, begleitet von Kronprinzessin Máxima (hinten).

Foto: apz/Huber-Jensen

eine Diskussion Jugendlichen mit Pedagoginnen beider Länder über Demokratie und Politik. Nach der dafür eingeplanten halben Stunde ging Königin Beatrix aber nicht – wie es das Protokoll vorsah – in Richtung Aussage, sondern auf die Jungendlichen zu. Kronprinz Willem-Alexander und Prinzessin Máxima machten sich wie der Bundespräsidenten für die Jugendlichen, um zu plaudern und zu weilen.

Mit den Amtsvorfahren der Königin waren die Jugendlichen nicht immer zufrieden, aber dass die königliche Familie sich eine halbe Stunde zu persönlich Zeit für sie gewon-

gleich nebenan im Afton – anschließend einen Besuch auf dem Fernsehturm, der in diesen Abendstunden orange angestrahlt wird. Am Vortag werden Prinzessin Máxima und Beatrix Wulff in der Charlottenburger Friedensburg-Oberschule empfangen, auch eine Bootsfahrt über die Spree bis zum Osthafen steht auf dem Programm. Nach Gesprächen mit Jugendlichen und einem Besuch in einem Bremer Minischützklub wird sie abends ein Konzert der Königlich Concertgebouw Orchest in der Philharmonie besuchen. Am Donnerstag reist die königliche Gesellschaft weiter nach Dresden.



Das Portal für alle Städte Deutschlands



Bundeszentrale für politische Bildung



Themen

Die bpb | Bestellen | Newsletter | Presse | Partner | Impressum | Kontakt

Home

FAQ | Index

Suche

Dossier @ bpb.de

Themen

Europa

Europa
kontrovers

Was ist Europa?

Die Wertordnung
der EU und ihre
Grundlage

Erweiterung der
EU

Zukunft des Euro

Einheitsmarkt

Migration

Außen- und
Sicherheitspolitik

Klima- und
Umweltschutz

Sprachenvielfalt

Freiheit oder
Sicherheit

Demografie

Solidarität

Einleitung

Standpunkt: Caro

Standpunkt:
Kerber

Standpunkt:
Langhein

Standpunkt:
Priesmeyer-
Tkocz

Standpunkt:
Stuart

Pressestimmen

Publikationen

Veranstaltungen

Wissen

Lernen



Solidarität

Von "Solidarnosc" ins Zeitalter der Solidarität

Standpunkt Weronika Priesmeyer-Tkocz



Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz

Es ist mehr als 30 Jahre her, dass die erste unabhängige polnische Gewerkschaft "Solidarnosc" aus einer Streikbewegung von Arbeitern im Sommer 1980 in der Danziger Werft entstand. Innerhalb kürzester Zeit verwandelte sie sich in eine Bewegung gegen das kommunistische Regime, quer durch alle Gesellschaftsschichten hindurch. Damit begann ein Prozess in Richtung Demokratisierung und Transformation in Polen und dem gesamten Ostblock.

Bei seinem Besuch in Warschau im Oktober 2010 erinnerte der EU-

Kommissionspräsident José Manuel Barroso daran, dass es ohne die Solidarnosc-Bewegung keine deutsche Wiedervereinigung gegeben hätte und die EU in ihrer heutigen Form nicht existieren würde. Der polnische Präsident Bronisław Komorowski wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man eigentlich im Zeitalter der Solidarität lebe, denn diese sei die geeignetste Antwort auf das europäische Dilemma.

Zur Person

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz

Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz ist Polin und hat in Breslau und Berlin Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft studiert. Seit 2009 ist sie Studienleiterin an der Europäischen Akademie Berlin.

Seit sieben Jahren ist Polen zusammen mit anderen mittel- und osteuropäischen Nachbarn Mitglied der Europäischen Union. In dieser Zeit hat sich das Land wirtschaftlich und strukturell beachtlich entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich mehr als halbiert (9,4 Prozent); das Bruttonationaleinkommen pro Kopf stieg von 45 Prozent des EU-Durchschnitts auf mehr als 60 Prozent. Selbst von der Wirtschafts- und Finanzkrise blieb Polen weitestgehend verschont: Trotz eines deutlichen Rückgang des Wachstums verbuchte das Land 2009 mit 1,7 Prozent des BIP als einziges in der EU wirtschaftliches Wachstum (2010 waren es sogar 2,7 Prozent).

Diese positiven Trends sind wohl einer dynamischen Gesellschaft, aber vor allem auch den Strukturfonds der Europäischen Kommission zu verdanken. Im Haushaltsrahmen 2007-2013 bleibt Polen mit 67 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds der größte Profiteur der EU (auf dem zweiten Platz ist Spanien mit 35

Druck-Version

Artikel versenden

Redaktion

Website und Newsletter

euro|topics

euro|topics
Täglich blickt die euro|topics-Presseschau in europäische Meinungsartikel über Politik, Gesellschaft und Kultur. Und zeigt, worüber Europa spricht.

Dossier Europäische Union



Die Sicherung des Wohstandes

Immer mehr Europäer fürchten um ihre soziale Existenz. Zwar sind die Kompetenzen der EU eingeschränkt, aber sie kann dennoch einen Beitrag gegen die Armut leisten. Denn gerade im Bereich des Arbeitsrechts hat sie eine Reihe verbindlicher Standards gesetzt.

Dossier Europäische Union



Sicherung der gemeinsamen Währung

Der Euro soll eine stabile Währung sein, aber auch ein Motor für die Integration der EU. Trotz strenger Vorgaben gelingt das nicht immer: Die griechische Kreditkrise zeigte, dass die gemeinsame Währung nur mit der Hilfe neuer Instrumente stabil bleiben

Milliarden Euro; die an 16 EU-Anrainer adressierte Europäische Nachbarschaftspolitik wird mit 11,2 Milliarden Euro bezuschusst). Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung (sechs von zehn) ist mit der europäischen Integration zufrieden und betrachtet den Beitritt Polens zur EU als eine positive Entscheidung.

Aber wie solidarisch ist Europa aus polnischer Sicht? Das hängt unmittelbar mit der Frage zusammen, wie man in Polen die gesamte europäische Integration und Zusammenarbeit betrachtet. Aber auch damit, wie sehr sich das Land als Teil Europas definiert und ob es bereit ist, Verantwortung innerhalb der europäischen Strukturen zu übernehmen.

Solidarität als Machtfrage

Kurz nach der Osterweiterung ist Polens EU-Präsenz vor allem durch die rechtskonservative Regierungspartei "Recht und Gerechtigkeit" der Brüder Kaczyński geprägt worden, die eine deutlich europa- und deutschlandskeptische Politik betrieben haben. Die Europäische Union biete zwar eine wirtschaftliche Entwicklung, sei aber zugleich eine Gefahr für die nationale Identität und Integrität Polens, hieß es damals in Warschau. Da für die regierenden Eliten die EU mit ihren supranationalen Institutionen ein notwendiges Übel war, musste man stets darauf hinweisen, dass es einen Unterschied zwischen "wir" (Polen) und "denen" (dem deutsch-französisch dominierten Westen) gebe. Die polnische Regierung hat sich in dieser Zeit stets bemüht, diese Unterschiede herauszuarbeiten. Die als Einbahnstraße gesehene "Solidarität" wurde zum Instrument polnischer Interessen.

In den ersten Jahren seiner EU-Mitgliedschaft drohte Polen mehrmals ein Veto an, sobald es vom Misstrauen geleitet wurde, dass die europäischen Regelungen und Absprachen den nationalen Interessen im Wege standen. Unter dem Motto "Nizza oder Tod" drohte Präsident Lech Kaczyński bei Neuverhandlungen um den EU-Verfassungsvertrag im Juni 2007 mit einem Veto, wenn die anderen Mitgliedstaaten seinen Vorschlag einer neuen Stimmgewichtung im Rat (sog. Quadratwurzel) nicht übernehmen würden. Ein Jahr später beim Verhandlungsmandat für das neue EU-Russland-Abkommen wurde erneut mit Veto gedroht – diesmal ging es um polnische Fleischexporte, die angeblich aus hygienischen Gründen vom russischen Markt verbannt wurden.

Auch die deutsche Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder blieb von der polnischen Machtrhetorik nicht verschont. Das tatsächlich ungeschickt verhandelte deutsch-russische Projekt einer Ostseepipeline (heute Nord Stream) wurde als direkte Bedrohung für die polnische Energiepolitik empfunden und mit dem Hitler-Stalin-Pakt aus dem Jahre 1939 verglichen. Noch im Februar 2010 hat Jarosław Kaczyński (inzwischen in der Opposition) die EU diesbezüglich kritisiert und ihr ein unsolidarisches Verhalten Polen gegenüber vorgeworfen.

Selbstbewusstes Auftreten, realpolitische und teils polemische Rhetorik und kategorisches Geltendmachen der nationalen Interessen brachten Warschau den Ruf eines Störenfrieds und Bremsers der europäischen Integration ein. Die Idee einer europäischen Schicksals- und Interessengemeinschaft war passé.

Solidarität als Verpflichtung

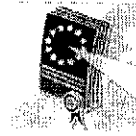
Mit dem Regierungswechsel 2007 und der neuen liberalkonservativen Koalition unter Führung von Premierminister Donald Tusk kam es zu einem spürbaren Wechsel in der polnischen Europapolitik. Auch die deutsch-polnischen Beziehungen haben davon profitiert und erreichten eine lang vermisste Intensität.

Polen sei an der Stärkung der Solidarität in der Europäischen Union mehr als interessiert, sagte Präsident Komorowski bei

kann.



Themengrafik



Die Werte der Europäischen Union

Die EU ist lange Zeit als reine Wirtschaftsgemeinschaft missverstanden worden. Obwohl die Wirtschaft in der EU eine wichtige Rolle spielt, darf nicht vergessen werden, dass die EU in erster Linie eine Wertegemeinschaft ist.



seinem ersten Besuch in Brüssel. In der zweiten Hälfte 2011 übernimmt das Land das erste Mal den EU-Ratsvorsitz. Für die Regierung Tusk haben die haushaltspolitischen Verhandlungen rund um den neuen EU-Finanzrahmen 2014-2020 Priorität. Und sie sind wichtig im Hinblick auf die europäische Solidarität. Genauso wie die Kohäsionspolitik und das Thema Energiesicherheit. Symbolisch war in diesem Zusammenhang auch die Entschlossenheit Warschaus, den Posten des EU-Haushaltskommissars (Janusz Lewandowski) besetzen zu wollen.

Am deutlichsten ist die neue Rhetorik jedoch in Bezug auf die EU-Verschuldung und die instabile Lage in einigen Ländern der Eurozone erkennbar. Polen, selbst noch kein Mitglied im Euroraum, plädiert kontinuierlich dafür, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verschärft und von allen eingehalten werden und dass auch künftige Euro-Mitglieder in Gespräche über die Rettung der gefährdeten Staaten eingebunden werden. Mit Zurückhaltung ist in diesem Zusammenhang der Gipfel der 17 Eurostaaten vom 11. März 2011 aufgenommen worden. Immerhin würde dort Beschlossenes indirekt alle Teilnehmer des europäischen Binnenmarktes betreffen. Polen dränge auf weitere EU-Integration und wolle den solidarischen Gedanken nicht durch ein Europa zweier Geschwindigkeiten ersetzen, hieß es offiziell in Warschau. Der Ende März 2011 geschlossene Euro-Plus-Pakt, dem auch EU-Länder angehören, die nicht zum Euroraum gehören, geht wesentlich auf dieses Drängen zurück. Polen gehört dem Pakt an. Auch will die jetzige Regierung alle nötigen Schritte unternehmen, um so schnell wie möglich der Eurozone beitreten zu können.

Das polnische Verständnis von europäischer Solidarität geht jedoch weit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus. Warschau setzt sich kontinuierlich dafür ein, dass die EU mit einem geeigneten Angebot die östlichen Anrainer Polens zur Europäisierung, Demokratisierung und Transformation bewegt (wobei die Frage eines EU-Beitrittes umstritten bleibt). Die aus einer polnisch-schwedischen Initiative entstandene Östliche Partnerschaft hat bewiesen, dass Polen seine europäischen Initiativen nicht mehr im Alleingang durchzusetzen versucht, sondern bereit ist, Interessenkoalitionen zu bauen und Kompromisse zu akzeptieren.

Solidarität als Chance

Mittlerweile ist Polen tatsächlich in der Europäischen Union angekommen – sieben Jahre nach dem Beitritt. Als wichtiges Glied in dieser Struktur will es nicht nur Empfänger der Brüsseler Solidarität sein, sondern ist auch bereit, Verantwortung für das Wohl der Gemeinschaft zu übernehmen. Damit das auch so bleibt und man tatsächlich von einem Zeitalter der Solidarität sprechen kann, muss diese politische Ausrichtung dauerhaft sein und darf nicht von nationalen Interessen und parteiischen Auseinandersetzungen geprägt werden. Die für den Herbst geplanten Parlamentswahlen in Polen könnten als Gradmesser dienen, ob das Land tatsächlich in Europa angekommen ist.

29. April 2011

04.2011

Maß an die
redaktion

hauer

9/13°C
chl.?: 85%

itere Werte»

13

EBEN

RTAGE

ERNUMMER

EISENIGEBOTE

EN MIT UNS

CE

Berliner Woche

meine Lokalzeitung

In Kooperation

Berliner Woche

LESERAKTIO

Reporta
der Woc

Ergebnis der
Vorwoche

Haben Sie An
den Folgen der
Atomkata-
strophe in Jap

ja: 54%

nein: 46%

Bürgerforum als Konsensmaschine

Mit Diskussionsrunden in allen Berliner Bezirken soll die Europäische Union den Menschen näher gebracht werden.

Berlin. Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger nennt die Europäische Union ein „sanftes Monster“. Tatsächlich leidet der Zusammenschluss der 27 Staaten an einem Demokratiedefizit. Die lautlos agierende Brüsseler Verwaltung ist kaum zu durchschauen. Sie hat ein Imageproblem. Wie soll man darauf reagieren? Mit Zynismus? Mit Verachtung? Mit Depression? Oder mit einem Bürgerforum?

Es ist eine schöne Villa in Grunewald. An der herrschaftlichen Einfahrt sind die Einrichtungen verzeichnet, die dort an der Bismarckallee ein Domizil gefunden haben. Neben der Europäischen Akademie Berlin findet man europäische Institutionen für Lehrerbildung, Kommunikation, Stadtplanung und Informationsfreiheit. In der Stadt gibt es zum Beispiel noch das Europäische Informationszentrum, die Euro-Union, die Heinz-Schwarzkopf-Stiftung „Junges Europa“, den Verein „Bürger Europas“. Es steckt eine Menge Europa in der Hauptstadt. Aber vielleicht ist gerade das ein Teil des Problems mit diesem Europa.

Die EU braucht Ideenvermittler

Die EU hat keine Verankerung im Alltagsleben. Sie verliert sich in Hunderten von Repräsentanzen, Instituten, Zentren, Stiftungen. Sie ist nicht fassbar. Wo sie vor Ort ist, etwa am Pariser Platz mit der Dependence von Europäischem Parlament und Kommission, bleibt der Zulauf gering. Die EU braucht dringend Vermittler ihrer Ideen. Sie braucht Leute wie Eckart Stratenschulte.

In einem Eckzimmer der Villa hat Stratenschulte Platz genommen, um Europa zu erklären. Er ist der Leiter der noch im Jahr des Mauerbaus gegründeten Europäischen Akademie und ein Mensch, der komplizierte Dinge mit einfachen Worten deutlich machen kann. Er kann sogar Europa erklären. Stratenschulte kann mit Sprache weichspülen. Knallharte politische Konflikte bekommen bei ihm etwas munter Anschauliches. Er will es den Menschen leicht machen, Europa zu verstehen, an Europa teilzuhaben. Er weiß, dass dies dringend geboten ist. „Die Schere zwischen dem konkreten Einfluss, den EU-Entscheidungen auf unser Leben haben und dem Interesse an Europa“, sagt er, „geht immer weiter auseinander.“ Aber bei einigen europäischen Reizthemen fehlen selbst ihm die Worte.

Desaster: Glühbirne

Einfach nur „tragisch“ nennt er die Reaktion der EU-Diplomatie auf die dramatischen Ereignisse in Nordafrika. Ein „Desaster“ sei auch das Verbot der Glühbirnen: von der Kommission als Menschheitsbeglückungsunternehmen geplant, von den Menschen als gigantisches Bevormundungsprojekt empfunden. Es gäbe also allerhand kontrovers zu debattieren, wenn es um Europa geht: die Mitgliedschaft der Türkei, den „Teuro“, die Finanzkrise. Da wäre Europa plötzlich spannend.

Man kann aber auch auf die ganz breite Übereinstimmung setzen. Man kann Bürgerinnen und Bürger so etwas wie einen Brief an den lieben Gott schreiben lassen, wenn man daran glaubt, dass der liebe Gott in Brüssel wohnt. Bei dem „3. Berliner Europa-Forum“ im Festsaal des Roten Rathauses jedenfalls sind viele mit dabei, die wohl in diese Richtung denken. Es ist, als ob die meisten Teilnehmer die Gelegenheit nutzen, mal all das aufzuschreiben, was sie schon immer gern politisch durchgesetzt sehen wollen. Es ist ein Sonabend, der zweite Tag einer von der Europäischen Akademie initiierten Veranstaltungsreihe, in deren Rahmen bereits zwei ähnliche Tagungen mit Einwohnern von Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf stattgefunden haben. Nun also sind die Marzahn-Hellersdorfer an der Reihe, ausgewählt nach dem Zufallsprinzip und dennoch so, dass sie statistisch in etwa die Bevölkerung dieses Bezirks abbilden.

Potpourri sozialpolitischer Träumereien

63 Männer und Frauen sind der Bitte um Teilnahme gefolgt. Nun sind sie aufgefordert, in fünf Arbeitsgruppen Forderungen und Wünsche zu den Themen „Soziales Europa“ und „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ zu formulieren. Aus all den Vorschlägen soll am Ende des Tages eine „Bürgererklärung“ destilliert werden. Es soll eindrucksvoll nach einer kleinen, aber feinen Beteiligung an einem riesigen politischen Prozess aussehen. Es soll Europa auf den normalen Alltag herunterbrechen. Es ist eine gute Absicht. Aber es wird daraus ein Potpourri sozialpolitischer Träumereien.

Die Teilnehmer sind Menschen wie Sabine Totz, die in die Runde einwirft, dass die „Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinanderklaffen“



63 Männer und Frauen aus Marzahn-Hellersdorf haben auf dem „3. Berliner Europa-Forum“ Ende Februar im Roten Rathaus über die Europäische Union diskutiert. Foto: Augen-Blick



Unsere Le
haben ge
Vierzei
die Berliner



Berliner W
www.berliner-woche.de



soll. Wie Wilfried Schneider, der in Europa „angeglichene Lebensverhältnisse“ haben möchte, aber auch die böse Ahnung hat, dass da der „Markt nichts regelt“. Wie Manfred Schmidt, der den „Föderalismus abschaffen“ möchte. Wer etwa den Einwand nach der Finanzierbarkeit bestimmter Forderungen erhebt, wird freundlich daran erinnert, dass es um „Utopien“ und nicht um konkrete Politik gehe.

Transparenz gefordert

Es kommen während des Treffens noch Wünsche nach der Gewährung eines Existenzminimums und eines Mindestlohns hinzu, nach „Arbeit für alle“, nach einem EU-weit geltenden Rentenbeginn und dem „Schutz vor Altersarmut“. Auch Anregungen zum Umweltschutz, zu mehr Transparenz bei Brüsseler Entscheidungen, zur Stärkung der Demokratisierung der europäischen Institutionen, zur besseren Vermittlung der EU-Arbeit werden in die „Bürgererklärung“ aufgenommen. Es ist an diesem speziellen Europatag ein mit allem Ernst und viel Engagement betriebenes politisches Wunsch-Dir-Was im Gange.

„Die Bürger geben die Richtung vor“, erklärt Stratenschulte den Verlauf der Veranstaltung. „Die Leute sagen, was ihnen am Herzen liegt“, und offensichtlich bewege die meisten eben „das Gefühl, dass es in der Gesellschaft nicht gerecht genug zugeht“. Für dieses Empfinden scheint das Europa-Forum eine willkommene Projektionsfläche zu sein. Das nächste Forum findet am 13. und 14. Mai statt, dann mit Bewohnern von Steglitz-Zehlendorf.

Zum Schluss der Zusammenkunft gestattet man den Beteiligten noch, sich an die Politik zu wenden. Die versammelten Parteivertreter aus Marzahn-Hellersdorf, aus Bundes- und Europaparlament nehmen den ihnen überreichten Wunschkatalog der Versammlung weitgehend freudig auf. Nur die Dame von der FDP nennt manches „nicht zu Ende gedacht“ und erntet für ihren Rüffel gegen das fast ungeteilte Einvernehmen ein leicht beleidigtes Raunen.

Europa sei wie ein „großer Fleischwolf“, sagt Stratenschulte, in den Tausende Ideen hineingeworfen, durchgedreht und vermengt werden, um am Ende als eine Art Konsenswurst wieder herauszukommen. Ein schönes Bild. Und nicht mal falsch.

Kai Ritzmann

Miserables Image

96 Prozent der Abstimmenden halten die EU für bürgerfern.

Berlin. Wer in diesen Tagen nach einem Beweis für die schwer verständliche Politik der Europäischen Union suchte, konnte leicht fündig werden. Als Reaktion auf die Reaktor-Katastrophe in Japan senkt die Kommission vorübergehend die Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln, die aus Japan eingeführt werden. Wie schlecht es um das Image der EU bestellt ist, macht auch die Reaktion der Leser auf die Reportage über die sogenannten Bürgerforen deutlich. Wir fragten, wie bürgernah die EU sei. Das Ergebnis ist eindeutig: 96 Prozent der Leser halten die europäische Verwaltung für bürgerfern. „Die EU sollte diese Kritik ernst nehmen“, fordert Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie Berlin. „Die Bürger müssen früher einbezogen, die Absichten und Lösungen rechtzeitig diskutiert werden.“ Für den, der nicht nur klagen will, hält Stratenschulte auch Rat bereit: Die EU biete Interessenten einen kostenlosen Newsletter (www.ec.europa.eu). Und überhaupt: Für Kritik und Anregung stehen alle 99 deutschen EU-Abgeordneten zur Verfügung. Jeder von ihnen hat ein Büro in Berlin. -nn

Millionen Euro für Berlin

Berlin profitiert von der EU in besonderem Maße. Bis 2013 fließen insgesamt 151 Millionen Euro aus den EU-Regionalfonds in das Berliner Förderprogramm zur integrierten Stadtentwicklung ZIS. Bisher wurden 58 Millionen Euro bereitgestellt, um damit über 1000 Projekte in Berliner Stadtquartieren zu unterstützen. Beispiele: 8,8 Millionen Euro aus EU-Mitteln gehen in die Sanierung des Naturkundemuseums (Bezirk Mitte), 19 Millionen Euro in die Entwicklung wasserstoffbetriebener Linienbusse (Spandau), 1,2 Millionen Euro in das Projekt „CampusRüti“ (Neukölln), 2,53 Millionen Euro in die Wiedereingliederung ehemals militärischer Flächen in den Volks- und Waldpark Wuhlheide (Treptow-Köpenick), 40.098 Euro in die Dokumentation von Opferberichten in der Gedenkstätte Hohenschönhausen (Lichtenberg).

Reportagen 2011

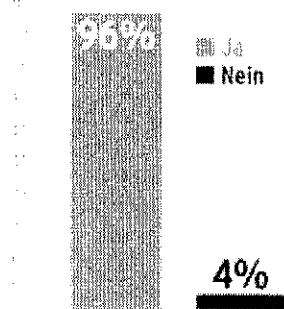
- » Bürgerforum als Konsensmaschine
- » „Kühlt eure Köpfe ab!“
- » „Das ist doch alles nur Abzocke“
- » Endstation Tierheim
- » Zwischen Mitleid und Profit
- » Im Land von Milchreis und Spaghetti
- » Der Streik ist neu entflammt
- » Spielhölle Berlin
- » Terrorgefahr: Berliner bleiben gelassen
- » Die Kälte setzt Berlins Straßen zu

Leserbarometer

In unserer Reportage in der vergangenen Woche sollten unsere Leser entscheiden:

Ist die Europäische Union zu bürgerfern?

Und so stimmten Sie ab:



Europaforum am 13. und 14. Mai 2011



Zwei spannende und diskussionsreiche Tage liegen hinter den Bürgerinnen und Bürgern des Bezirks Steglitz-Zehlendorf. Alles begann mit einem Einladungsschreiben des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit, der zum 4. Europa-Forum einlud.

„Wir, die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks Steglitz-Zehlendorf, haben uns am 13. und 14. Mai 2011 mit Fragen der Europäischen Union befasst und einige Überlegungen und Forderungen formuliert, die wir an die Politikerinnen und Politiker des Bezirks, die auf den verschiedenen

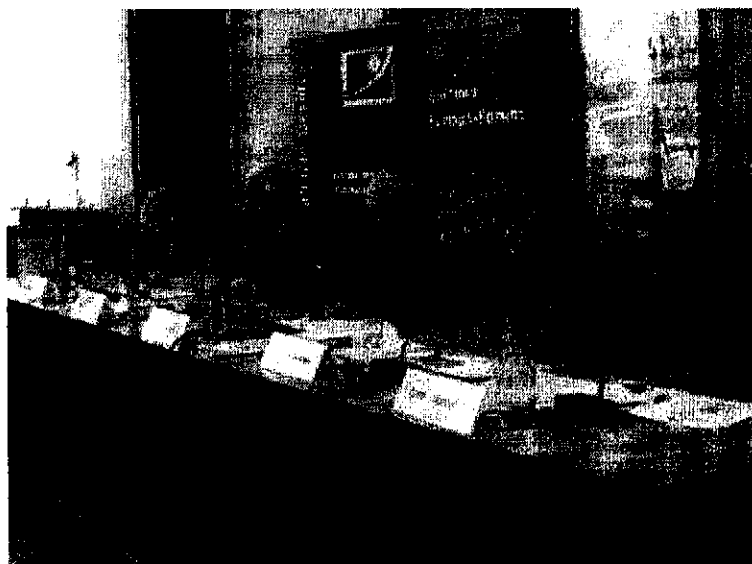
Ebenen aktiv sind, überreicht haben. [...]“ Mit diesen Worten beginnt die Bürgererklärung, die moderiert durch den Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Herrn Prof. Dr. Eckart Stratenschulte, am Ende des zweiten Tages die Wünsche, Forderungen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Themenbereichen „Soziales Europa“ und „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ zusammenfasst.

In Kleingruppen wurden die Forderungen aufgestellt und dem Plenum präsentiert. Einen kleinen Einblick in den oft langen Einigungsprozess innerhalb der EU erhielten die 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer als es darum ging, eine gemeinsame Formulierung zu finden.

Nach der Übergabe an die Politikerinnen und Politiker des Bezirks nahmen diese Stellung zu den Forderungen. Besonders kontrovers wurden dabei die Themen Mindestlohn, Rekommunalisierung und Bildung diskutiert.

Mitglied des Europäischen Parlaments, Michael Cramer, Bezirksstadträtin Barbara Loth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Martina Michels und Bezirksverordnete aus Steglitz-Zehlendorf, Erika Schmid-Petry, standen auf dem Podium Rede und Antwort.

Frau Bezirksstadträtin Barbara Loth sagte: „Ich freue mich über den



direkten und ehrlichen Austausch mit Ihnen und über Ihr Interesse an der EU.“

Wie schon Herr Bezirksbürgermeister Norbert Kopp bei seiner Begrüßung sagte: „Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt (chinesische Weisheit), so ist der Beginn einer bürgernahen EU getan. Mögen viele weitere Foren und Veranstaltungen folgen.“

Tekst pochodzi ze strony: http://www.bydgoszcz.pl/miasto/aktualnosci/Dzie_Niemiecki_w_Bydgoszczy.aspx

data publikacji: 2011-05-27, ostatnia aktualizacja: 2011-05-27 22:10:24

Dzień Niemiecki w Bydgoszczy

Z okazji Dnia Niemieckiego organizowanego w ramach II edycji Bydgoskiego Festiwalu Nauki nasze miasto odwiedzili goście z Bad Bevensen, Bonn i Berlina. Z przedstawicielami naszych zachodnich sąsiadów spotkał się zastępca Prezydenta Jan Szopiński.

Celem spotkania było podkreślenie poparcia władz samorządowych dla organizacji Bydgoskiego Festiwalu Nauki oraz odbywającego się w jego ramach Dnia Niemieckiego. Niemcy są ważnym partnerem gospodarczym, kulturalnym, ale także naukowym nie tylko Polski, lecz również Bydgoszczy.

W bydgoskim ratuszu spotkali się: Knutt Markuszewski – Burmistrz Bad Bevensen, dr Weronika Priesmeyer-Tkocz - Europäischen Akademie Berlin, prof. Albert Kotowski – koordynator Dnia Niemieckiego, profesor Uniwersytetu Kazimierza Wielkiego i Uniwersytetu w Bonn, a także Prof. dr hab. inż. Józef Kubik - rektor Uniwersytetu Kazimierza Wielkiego, prof. dr hab. inż. Wojciech Kapelański - prorektor Uniwersytetu Technologiczno-Przyrodniczego oraz Prof. dr hab. inż. Ryszard Maciołek – prorektor Wyższej Szkoły Gospodarki.

Co łączy Bydgoszcz z Niemcami?

Na terenie naszego miasta działa wiele firm niemieckich: FROSTA- producent mrożonek, jeden z czołowych producentów w Polsce, PRETTL MOULDING – producent podzespołów, narzędzi dla przemysłu samochodowego, OKT - jeden z największych w Europie producentów AGD z tworzywa sztucznego.

Również w dziedzinie szkolnictwa wyższego Niemcy są naszym naturalnym, największym partnerem, ponieważ najwięcej umów o współpracy podpisały bydgoskie szkoły wyższe z uczelniami niemieckimi. Umów tych jest 20. Organizacja Dnia Niemieckiego stanowi potwierdzenie znaczenia naszego zachodniego sąsiada w życiu miasta.

W Niemczech Bydgoszcz ma dwa miasta partnerskie- Mannheim i Wilhelmshaven.



Translating & Interpreting students gain hands-on experience

Seventeen students on the MSc in Translating and Conference Interpreting programme participated in a seminar at the European Academy Berlin in May this year.

The European Academy is a non-profit organization that provides opportunities to exchange ideas on European cooperation and integration and international current affairs. Every year, the European Academy Berlin sponsors, organises and hosts a Seminar in Berlin with the aim of giving students from some of the most prestigious Interpreting Schools in Europe a week of professional conference-interpreting practice - over the years, universities such as Saarbrücken, Pompeu Fabre, Autónoma de Barcelona and Heriot-Watt have been invited to participate. The speakers at the event are experts in relevant fields (e.g. politics, economics, society, EU institutions) and the audience is made up of students and staff from the participating institutions, in addition to representatives from the European Academy.



The Heriot-Watt students at the European Academy Berlin

As well as the opportunity to hone their skills and to receive feedback on their performance, the Seminar gives students a chance to network with peers, professionals and academics all of which are hugely beneficial to their professional

development and future careers. Dr Maggie Sargeant, Programme Director of Heriot-Watt's MSc Translating & Interpreting programmes, said "This was an exciting opportunity for conference interpreting students to put into practice the professional skills they have developed during their year of study at Heriot-Watt as well as to gain an insight into the real-world challenges of working as an interpreter.

"An exciting opportunity for students to gain an insight into the real-world challenges of working as an interpreter."

Heriot-Watt University was first invited to participate in 2006 and has been sending MSc students to the event every year since. Students who attend say it provides invaluable hands-on experience in a professional environment as well as an opportunity to meet fellow translating & interpreting students, professional translators and interpreters and academics from across Europe.

Kroatiens Drängen in die EU

Ein verfrühter Beitritt würde dem Land, den anderen Kandidaten und der EU schaden

Andrea Despot / Dušan Reljić

Geht es nach den Wünschen der Regierung und der Opposition in Zagreb, werden bereits in wenigen Wochen die verbliebenen Stolpersteine aus dem Weg geräumt und die seit 2005 laufenden EU-Beitrittsverhandlungen bis Ende Juni dieses Jahres abgeschlossen sein. Allerdings sind in Schlüsselbereichen – vor allem bei der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit – nach wie vor erhebliche Umsetzungsprobleme des EU-Besitzstands vorhanden. Die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedsländer sollten deshalb dem Verlangen nach einem Schnelldurchlauf nicht nachgeben, sondern auf der Beseitigung der Defizite beharren.

Kroatiens Politiker jeglicher Couleur zeigen sich überzeugt, dass ihr Land nach den langwierigen Verhandlungen die Beitrittsreife erlangt hat und alle der insgesamt 35 Verhandlungskapitel geschlossen sein werden, wenn am 24. Juni der Europäische Rat zusammentritt. Unbestritten ist, dass die kroatische Regierung seit dem jüngsten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die Beitrittsländer vom 9. November 2010 große Anstrengungen unternommen hat. Am 19. April 2011 ist es ihr gelungen, zwei weitere Beitrittskapitel – Landwirtschaft und Regionalpolitik/Koordinierung der Strukturfonds – vorläufig zu schließen. Allerdings bleiben zwei zentrale Kapitel – Justiz und Grundrechte (Kapitel 23) und Wettbewerbspolitik (Kapitel 8) – noch offen.

Als größter Stolperstein gilt Kapitel 23, in dem die Benchmarks für eine unabhängige Justiz, Korruptionsbekämpfung, die

rechtliche Aufarbeitung von Kriegsverbrechen sowie Grundrechtsfragen aufgelistet sind. Die Fortschritte, die hier noch erwartet werden, sind eine ganze Menge: So muss Kroatien die Einheitlichkeit und Transparenz der Kriterien bei der Ernennung von Richtern verbessern, den enormen Rückstau von Gerichtsverfahren und Vollstreckungsentscheidungen (etwa 785 000 Fälle) abbauen, Maßnahmen gegen Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen durchsetzen und die Bereitschaft zur uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal für das ehemalige Jugoslawien konsequent unter Beweis stellen. Die Europäische Kommission fordert von Zagreb zudem eine stärkere Teilhabe der serbischen und anderer Volksgruppen sowie einen wirksameren Schutz vor Diskriminierung jeglicher Minderheiten und der Menschenrechte allgemein.

Korruption: In den Fängen der vielarmigen Krake

Laut einer gemeinsamen Erklärung von über einem Dutzend zivilgesellschaftlicher Organisationen Kroatiens im Februar dieses Jahres hat das Land die Bedingungen für die Schließung des Kapitels 23 ohne Zweifel noch nicht erfüllt. In einer im Mai erneuerten Stellungnahme fordern sie die Europäische Kommission auf, einen auf mindestens drei Jahre angelegten Monitoring-Mechanismus einzurichten, der die Fortschritte auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit im Blick behalten soll. Dies soll für den Fall geschehen, dass die Verhandlungen, wie diese zivilgesellschaftlichen Organisationen befürchten, statt nach einer objektiven Beurteilung der EU-Reife des Landes aus »politischen Gründen« zu Ende gebracht werden. Die kroatische Regierung hingegen besteht darauf, dass alle Benchmarks erfüllt seien. Dies hat sie in ihrem jüngsten Bericht an die Europäische Kommission bekräftigt. Nach dem EU-Außenministerrat am 23. Mai 2011 hieß es, dass einige Staaten das Inkrafttreten des Beitrittsvertrags davon abhängig machen wollen, dass Kroatien nach dem Abschluss der Verhandlungen nicht von der Reformagenda abweicht. In dieser Zwischenphase soll ein Überwachungsmechanismus der EU aktiv sein.

Zweifel an der Funktionsfähigkeit der rechtsstaatlichen Institutionen in Kroatien sind im Lande selbst weit verbreitet: So sehen etwa 90 Prozent der Bevölkerung in der Korruption eine vielarmige Krake, die weit in die Regierungsstrukturen und in die Wirtschaft hineinreicht. Trotz mancher Gegenmaßnahmen – der aufsehenerregendste Fall war die Verhaftung des früheren Ministerpräsidenten Ivo Sanader in Österreich, dem wegen Unterschlagung der Prozess gemacht werden soll – bleibt Korruption auch laut dem neuesten EU-Zwischenbericht über Kroatien (Februar 2011) ein zentrales Problem. Erst wenn auch hochrangige Amtsträger wegen Korruption verurteilt würden, ließe sich sagen, inwieweit die Justiz des Landes »die Krake« in den Griff bekommen hat. Ähnlich verhält es

sich mit den Regierungsplänen, Angehörige ethnischer Minderheiten in größerem Umfang in der öffentlichen Verwaltung zu beschäftigen oder rückkehrenden Flüchtlingen ihr Eigentum zu restituieren und ihnen ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen: Die volle Umsetzung der Absichten lässt auf sich warten.

Unzureichende Wettbewerbsfähigkeit

Ein weiterer Bremsklotz für Kroatiens EU-Beitritt sind die ausstehende Privatisierung von staatseigenen Schiffswerften und die Rücknahme staatlicher Subventionen in dieser und anderen Schlüsselindustrien des Landes. Insgesamt braucht Kroatien dringend weitere ökonomische Reformen, um den strukturellen Defiziten beizukommen, allen voran der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit. Wie auch den meisten anderen Staaten der Region gelang es Kroatien – trotz vorhandener Einkünfte aus der Privatisierung und der Kapitalaufnahme im Ausland – bisher nicht, auf den globalen Märkten in ausreichendem Maße konkurrenzfähige Güter und Dienstleistungen anzubieten. Zwar hat das Land, wenn auch nur schleppend, im Laufe des Jahres 2010 aus der Rezession herausgefunden (nach einem Rückgang des BIP von 6% im Jahr 2009), doch kommt die wirtschaftliche Erholung nicht in allen Regionen an. Die auf annähernd 20 Prozent stark angestiegene Arbeitslosigkeit, die fehlende Flexibilität des Arbeitsmarkts, die steigenden Haushaltsbelastungen (vor allem für Subventionen, das Rentensystem und Zahlungen an Kriegsveteranen) und die Liquiditätsengpässe in den Unternehmen, die auf die Finanzkrise zurückzuführen sind, haben zu einem Anstieg des Haushaltsdefizits geführt: Im Jahr 2010 belief es sich auf 4,5 Prozent des BIP anstatt der erhofften 2,7 Prozent. Auch die Auslandsverschuldung wirkt sich, trotz der anziehenden Konjunktur, hemmend auf die Volkswirtschaft aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland sind auf 61 Milliarden US-Dollar angewachsen und

haben somit annähernd 100 Prozent des BIP erreicht. Bisher hat Kroatien seine Auslandsschulden rechtzeitig getilgt, aber nach der Herabsetzung seiner Kreditwürdigkeit durch eine der führenden internationalen Ratingagenturen Ende 2010 sind Auslandskredite teurer geworden. Somit erhöht sich der Druck auf die Regierung, an jeder Ecke zu sparen – eine risikoreiche politische Herausforderung im Vorfeld der Parlamentswahlen, die voraussichtlich im Herbst 2011 abgehalten werden sollen.

EU-Beitritt als Wahlkampfthema

Zagrebs ambitionierter Zeitplan für den EU-Beitritt ist vor allem innenpolitisch motiviert: Ministerpräsidentin Jadranka Kosor von der national-konservativen Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) möchte bald nach dem erwarteten Abschluss der Verhandlungen wählen lassen, um von diesem Erfolg zu profitieren. Sie hat angekündigt, im Juni den genauen Wahltermin bekanntzugeben, also offenbar dann, wenn Klarheit über den Verhandlungsausgang mit der EU herrscht. Eine »Niederlage«, als die ein verschobenes Verhandlungsfinale mit der EU gedeutet würde, könnte indessen dem ohnehin angeschlagenen Ansehen der Regierung weiteren Schaden zufügen. Der Fall Sanader und andere Korruptionsskandale in Regierungskreisen, gepaart mit der allgemeinen Unzufriedenheit über den sinkenden Lebensstandard, haben die HDZ in ihren Grundfesten erschüttert. Zwischen Januar und April dieses Jahres fanden mehrmals wöchentlich Straßenproteste mit mehreren Tausend Teilnehmern in Zagreb und einigen anderen Städten statt. Sie waren ein Novum in Kroatien. Die oft über soziale Netzwerke im Internet organisierten Demonstrationen sind Ausweis des Unbehagens, das sich insbesondere in der jüngeren Generation und der Mittelschicht wegen der ökonomischen, sozialen und politischen Lage breitmacht. Nach Meinung der meisten Wahlforscher wäre alles andere als eine Niederlage der HDZ bei den Parlamentswahlen eine große Überraschung.

Die oppositionellen Sozialdemokraten (SDP) wollen ihrerseits keinesfalls riskieren, sich mangelnden Patriotismus vorwerfen lassen zu müssen: Dies wäre aber der Fall, wenn sie eine Verlängerung der Vorbereitungen ihres Landes auf den EU-Beitritt befürworteten. Zugleich verlangen sie, dass – sollte es zu einer Verschiebung des Abschlusses kommen – sofort, noch im Sommer, gewählt wird. In dieser Situation böte Ihnen die Regierung Kosor mehr als genug Angriffsfläche. Nach dem Beitritt könnten sie dann, sollte ihre Partei die Wahlen gewinnen, den Erfolg für sich beanspruchen.

Die Regierungs- und Oppositionsparteien teilen allerdings die Befürchtung, dass die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen die ohnehin verbreitete EU-Skepsis im Lande weiter verstärken könnte. Zudem haben die Urteile des Haager Tribunals vom 15. April gegen die kroatischen Generäle Ante Gotovina und Mladen Markač den Vorbehalten gegenüber der EU weiteren Auftrieb gegeben. Die Aktionen kroatischer Militärs in der Offensive »Sturm« im Sommer 1995 gegen die serbischen Aufständischen werden in Kroatien gemeinhin als legitimer Akt nationaler Selbstverteidigung angesehen. Im öffentlichen Bewusstsein ist kaum die Einsicht in das Unrecht vorhanden, dass im Verlauf dieser Offensive mehrere Hundert Zivilisten mit Vorsatz getötet und Zehntausende Serben vertrieben wurden. Für diese Taten sind die beiden Generäle mit 24 bzw. 18 Jahren Haft bestraft worden.

Bemerkenswert ist allerdings, dass weder die Sympathiekundgebungen der Katholischen Kirche (sie hatte u. a. die Gläubigen aufgefordert, für Freisprüche zu beten) noch die wieder aufgeflammete nationalistische Rhetorik zahlreicher Politiker und Medien es vermochten, die Massen anhaltend zu mobilisieren. Die Erkenntnis, dass die Sympathie und der Rückhalt für die verurteilten Kriegsverbrecher abflauen, könnte der HDZ als Warnung dienen, nicht auf nationalistischen Populismus zu setzen. Wahrscheinlich würde sie dadurch zwar einige Wähler wiedergewinnen, aber auch gleichzeitig die Unterstützung für den EU-Beitritt

gefährden. Ein oft deklariertes Ziel von Regierung und Opposition ist jedoch, die, wie man in Zagreb sagt, »kritische Masse« für den EU-Beitritt bei der von der Verfassung vorgeschriebenen Volksabstimmung sicherzustellen. Bis zur Verfassungsänderung im Juni 2010 war für einen positiven Ausgang des EU-Referendums eine Mehrheit aller registrierten Wähler notwendig. Jetzt reicht die Mehrheit der teilnehmenden Wähler aus; eine Mindestbeteiligung ist nicht vorgeschrieben.

Nagelprobe für andere Beitrittskandidaten

Beim EU-Referendum würden, so die Ergebnisse der Umfragen im Rahmen des Gallup Balkan Monitors im Vorjahr, 43 Prozent mit »Nein« stimmen und den Beitritt verunmöglichen (38% mit »Ja«). Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung verharrte noch in Indifferenz: 38 Prozent der Befragten erachteten den EU-Beitritt als weder positiv noch negativ. Diese Gruppe könnte das Zünglein an der Waage sein. Negativ aufgenommene Vorkommnisse, wie etwa die Urteile gegen die kroatischen Generäle, können die Stimmung schlagartig beeinflussen: So waren Mitte April dieses Jahres nach Umfragen im Auftrag einer großen kroatischen Tageszeitung nur noch 23 Prozent der Befragten für den EU-Beitritt. Nur einen Monat zuvor, als auf breiter politischer Front für gemeinsame Anstrengungen in Richtung EU-Mitgliedschaft geworben wurde, lag die Zustimmung noch bei 56 Prozent.

In den anderen Beitrittsländern des Westlichen Balkans wird der kroatische Endspurt mit Sorge verfolgt. Die im Beitrittsprozess Kroatiens angewandten Standards und der Grad des Insistierens auf der Erfüllung der Benchmarks sind wegweisend für die anderen Kandidaten. Dass Erweiterungskommissar Štefan Füle den Monitoring-Prozess für Kroatien nach dem Beitritt (abweichend vom Präzedenzfall Rumänien und Bulgarien) ausschließt, zeugt davon, dass zumindest bis jetzt dem politischen

Druck, Zagreb einen »Rabatt« zu gewähren, nicht nachgegeben wird. Zudem hat sich in den Fällen Bulgariens und Rumäniens gezeigt, dass, obwohl die EU beide Länder nach dem Beitritt »unter Beobachtung« gestellt hat, dieser Kontrollmechanismus die erlahmte Reformbereitschaft nicht bedeutsam anzuregen vermochte. Bei der Aufnahme der Westbalkanländer soll, wie zahlreiche Stimmen in der EU fordern, keine weitere »schleichende Aufweichung der EU-Beitrittskriterien« mehr hingenommen werden. Anstelle der Praxis der »Vorratsbeschlüsse«, die der frühere Präsident des Europäischen Parlaments Klaus Hänsch und andere führende EU-Politiker in der Vergangenheit schon angeprangert haben, soll die »ernsthafte Verinnerlichung« der Werte der EU treten. Ob diese Internalisierung im kroatischen Fall angesichts des in Zagreb erzeugten Termindrucks tatsächlich erfolgt ist, lässt Zweifel aufkommen.

Es ergibt wenig Sinn, Vorhersagen aufzustellen, wann das Verhandlungsende erreicht werden könnte. Dies käme einer politischen Präjudizierung des Verhandlungsergebnisses gleich und würde eine leistungsbezogene Bewertung des Kandidaten verhindern. Gelingt es Kroatien nämlich nicht, ein stabiles politisches und wirtschaftliches System im Einklang mit den Kopenhagener Kriterien zu verankern und eine gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden offene politische Kultur zu festigen, und sollte die Zustimmung der Kroaten zur EU tatsächlich abhängig von der schwankenden politischen Stimmungslage sein, würde aus dem EU-Beitritt Kroatiens ein Saisonartikel. Ausgerechnet das Land, das derzeit den EU-Vorsitz innehat, nämlich Ungarn, liefert mit seinen aktuellen illiberalen Tendenzen in der Medien-gesetzgebung und anderen politischen Bereichen ein ernüchterndes Beispiel für mögliche Entwicklungsrichtungen. Die Aufnahme Kroatiens, ohne dass der zu erbringende Leistungskatalog abgehakt ist, wäre kontraproduktiv für das Land selbst, die gesamte Region sowie die EU-Erweiterungspolitik im Ganzen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

POLSKI BERLIN

BERLIN JAK MAGNES PRZYCIĄGA MŁODYCH POLAKÓW.
BO TANI, BO BLISKO, BO MNÓSTWO SIĘ TU DZIEJE.

FILIP GAŃCZAK z Berlina

Jest wół do szóstej, piątkowe popołudnie. Na Hauptbahnhof, nowoczesnym dworcu głównym niemieckiej stolicy, duży ruch. Na peronie 12. rozmowy toczą się głównie po polsku. Za chwilę odjedzie stąd Berlin-Warszawa-Express. Pół godziny wcześniej z mniejszej stacji Berlin Gesundbrunnen ruszył bezpośredni pociąg do Szczecina. Do Polski wracają turyści, biznesmeni z podróży służbowych, naukowcy z konferencji. Przede wszystkim jednak „polscy berlińczycy” jadą odwiedzić swoje rodziny i przyjaciół.

- Berlin jak magnes przyciąga Polaków - mówi „Newsweekowi” Basile Kerski, redaktor naczelny polsko-niemieckiego magazynu „Dialog”. Do niemieckiej stolicy jedzie się na zakupy, na koncert albo na lotnisko, żeby polecieć na wakacje. Coraz więcej Polaków wybiera jednak Berlin także jako miejsce do życia. Przyjeżdżają tutaj na studia, do pracy, zakładają firmy.

Polska ambasada szacuje, że w trzyipółmilionowym Berlinie mieszka nawet 100 tys. osób polskojęzycznych, wliczając także te z niemieckim paszportem. Oficjalnie Urząd Statystyczny Berlina i Brandenburgii podaje, że w niemieckiej stolicy zameldowanych jest niemal 41 tys. polskich obywateli. Ogromna większość (24,1 tys.) to osoby w wieku 15-45 lat. Bo właśnie młodym Berlin ma szczególnie wiele do zaoferowania.

- Europejski Nowy Jork, dla niektórych miasto marzeń, przyjazne, żywe. Ktoś, kto przyjeżdża z Polski, która bywa mroczna i przygnębiająca, może się zachłysnąć - mówi o Berlinie pisarka Dorota Masłowska. Przez rok mieszkała tutaj z córką w ramach stypendium literackiego Niemieckiej Centrali Wymiany Akademickiej (DAAD). W tym czasie Grzegorz Jarzyna wystawił w stolicy Niemiec sztukę Masłowskiej „Między nami dobrze jest”.

Dostęp do polskiej kultury jest w Berlinie o niebo lepszy niż w niejednym polskim

mieście. Do rangi instytucji urosł Klub Polskich Nieudaczników przy Ackerstrasse. Odbývają się tu pokazy filmów, koncerty, spektakle, wieczory literackie. Prężnie działa również Instytut Polski w Berlinie. Jego wizytówką jest organizowany od 2006 roku festiwal filmPolska. Można tu obejrzeć największe polskie hity ostatnich kilkunastu miesięcy. W tym roku w programie były m.in. „Dom zły”, „Różyczka” czy nagrodzony właśnie w Gdyni „Essential Killing” Jerzego Skolimowskiego. Przypomnianno również „Pianistę” Polańskiego oraz „Dekalog” Kieślowskiego. Na pokazy tłumnie przychodzili i Polacy, i Niemcy.

- **Bogate życie kulturalne** to ogromny atut Berlina - mówi 30-letni Szymon Jakubowski, którego spotykam w metrze. - Dzieje się tu bardzo dużo - przyznaje. Wystarczy spojrzeć na program koncertów. W tym roku w niemieckiej stolicy wystąpią jeszcze m.in. Ringo Starr, Lenny Kravitz, George Michael, Roxette, Prince, Jean-Michel Jarre, Sunrise Avenue, Paul Simon i... Rafał Blechacz, zwycięzca XV Konkursu Chopinowskiego.

Jakubowski sam jest pianistą. Maturę zdał w Szczecinie, potem wyjechał do Berlina i ukończył tu cenioną Wyższą Szkołę Muzyczną im. Hannsa Eislera. Dziś uczy Niemców gry na fortepianie i organach. Dodatkowo studiuje improwizację organową.

- Berlin to mekka artystów - potwierdza aktorka Natalia Avelon. Urodziła się w 1980 roku we Wrocławiu jako Natalia Siwek. Z dzieciństwa w Polsce pamięta jeszcze sklepy Peweksu, kartki na mięso i długie kolejki. Miała osiem lat, gdy wyjechała z rodzicami do RFN. Przełomem okazała się dla niej główna rola w filmie „Das wilde Leben” z 2007 roku. Odświeżona na potrzeby filmu piosenką „Summer Wine”, którą Avelon zaśpiewała w duecie z Ville Valo, liderem fińskiej grupy HIM, przez wiele tygodni okupowała europej-

skie listy przebojów. Ostatnio Avelon trafiła w Niemczech na okładkę majowego magazynu „GQ”.

W Berlinie mieszka od ponad trzech lat. - Zdecydowały przede wszystkim względy zawodowe. Berlin to stolica niemieckiego filmu. To tutaj często realizowane są zdjęcia, to tu odbywają się najważniejsze imprezy filmowe - mówi „Newsweekowi”. - To miasto wciąż jest w ruchu, elektryzuje i pulsuje. Nie ma zastoju, jest ciągły rozwój. Tak właśnie wyobrażam sobie życie - tłumaczy. Avelon studiowała w Monachium i do dziś mieszka tam jej najlepsza przyjaciółka. - Od lat próbuję ją namówić, żeby przeprowadziła się do Berlina.

W porównaniu z Monachium i innymi bogatymi miastami południowych Niemiec Berlin ma ogromną zaletę: niskie koszty utrzymania. - Czynsze są na podobnym poziomie jak w Warszawie - mówi Szymon Jakubowski. Bardzo przystępne są także ceny nieruchomości. Nic dziwnego, że Polacy coraz częściej kupują tu mieszkania, nawet całe kamienice.

Wyraźnie droższe niż w Warszawie są tylko bilety komunikacji miejskiej. Ale nie bez powodu. Zamiast jednej linii metra jest dziesięć, a do tego gęsta sieć kolejki miejskiej (S-Bahn) i liczne ścieżki rowerowe. - W ciągu pół godziny mogę dojechać w prawie każdy zakątek miasta - mówi „Newsweekowi” dr Weronika Priesmeyer-Tkocz, wykładowca na Wolnym Uniwersytecie w Berlinie i kierownik ds. programowych w tutejszej Akademii Europejskiej. Jeszcze w czasie studiów wyjechała do Lipska na stypendium Erasmusa. - Wrażenia były niepowtarzalne, ale mnie, mieszkucha z Wrocławia, zawsze ciągnęło do większego miasta - wspomina.

Choć Berlin to wielka metropolia, ludzie nie żyją tu w takim pośpiechu jak w Warszawie. Rano spokojnie zajądają kawiarniane rogaliki, popijając kawę i przeglądając gazety. - Jest dużo zieleni i przestrzeni, nie ma takiego ścisłu jak w Londynie czy Paryżu - mówi Jakubowski. Berlin ma też opinię miasta otwartego i bardzo liberalnego. Burmistrz Klaus Wowereit od lat przyznaje, że jest gejem. W sobotę 25 czerwca po raz kolejny ulicami niemieckiej stolicy przejdzie parada mniejszości seksualnych z okazji Christopher Street Day. W tym samym mieście mamy meczety i kościoły z polskojęzycznymi mszami. Dla wielu właśnie ta różnorodność i wielokulturowość stanowi o sile Berlina. ■

Almanya | 11.07.2011

Genç Türk-Alman uzmanların Berlin buluşması



Türkiye ve Almanya'dan geleceğin yöneticileri, "Likeminds-Yabancı Uzman İnisiyatif Programı" kapsamında Berlin'de bir araya geldi. Genç uzmanlar dış politikadan kültüre farklı konulara görüş alışverişinde bulunuyor.

Berlin Avrupa Akademisi ile Sabancı Üniversitesi İstanbul Politikalar Merkezi'nin işbirliği ve Stuttgart merkezli Robert Bosch Vakfı'nın desteği ile hayata geçirilen "Likeminds-Yabancı Uzman İnisiyatif Programı", Türk ve Alman uzmanların birbirini tanımaları ve aralarında kurulacak diyalogun geliştirilmesini hedefliyor. Akademisyen, diplomat, satış uzmanı, iktisatçı gibi farklı mesleklerle sahip toplam 16 genç uzmanın katıldığı değişim programında küreselleşen dünyada dış politika tartışılıyor. Deutsche Welle'nin medya partnerliğini üstlendiği programın ilk aşamasında, uzmanlar kendi ülkelerinde mart ayında yapılan hazırlık toplantısına katılarak ele alınacak konuları tartıştı. Programın ikinci aşamasını ise Almanya'nın Berlin ve Weimar kentlerine yapılan ziyaretler oluşturuyor. Cumartesi günü başlayan Almanya ziyareti, perşembe akşamı son bulacak.

Projenin hedefi

"Likeminds-Yabancı Uzman İnisiyatif Programı" genç uzmanların Türk-Alman ilişkileri, Türkiye'nin Avrupa Birliği süreci gibi konuları tartışmalarının yanı sıra birbirlerini ve bu ülkeleri yakından tanımalarını amaçlıyor. Avrupa Akademisi Müdür Yardımcısı Andrea Despot, güncel konuların tartışılmasının yanı sıra, bu programda elde edilen tecrübenin, katılımcıların kendi çalışmalarına ve hayatlarına aktarılmasını önemli olduğunu söylüyor. Despot, uzun vadeli hedeflerinin Türk ve Alman uzmanları arasında iletişim ağı oluşturmak olduğunu belirtiyor. "Bunun yanı sıra karar mekanizmalarında yer almaya başlayan veya gelecekte farklı alanlarda çalışmayı hedefleyen genç uzmanların iletişim kurarak bir ağ oluşturmalarını istiyoruz."



Sabancı Uzmanları ile İstanbul Politikalar Merkezi'nde bir araya gelen genç uzmanlar.

Neden bu proje?

Program çerçevesinde dış politika, ekonomi, güvenlik gibi konuları tartışıldığı seminerlerin yanı sıra, Berlin'in tarihi yerlerine geziler ve Thüringen Eyaleti'ndeki Weimar kentine ziyaret yer alıyor. Sabancı Üniversitesi İstanbul Politikalar Merkezi'nden Bahri Yılmaz neden böyle bir projeyi hayata geçirmek istediklerini şöyle anlatıyor. "Her ne kadar Almanya'da üç milyona Türk kökenli Alman vatandaşları veya Türk vatandaşları yaşıyorsa da, Türkler ve Almanların arasında uzun yıllardan beri burada yaşamalarına rağmen, bir kopukluk var. Ben Almanya'da eğitim görmüş birisi olarak, bunun çözülmesi gerektiğine inanıyorum. Bunu iki nedenle istiyorum: Bir, burada yaşayan insanların hayatını kolaylaştırır, ikincisi de Türkiye'nin Avrupa

Birliği girişi konusunda bu gençlerin özellikle, genç kuşakların bir araya gelmesi olayı son derece kolaylaştırır diye düşündük."

Katılımcılar ne düşünüyor?

Programa, siyasal bilimci, iktisatçı, diplomat, satış uzmanı gibi farklı mesleklerle sahip olan uzmanlar katılıyor. Sabancı Üniversitesi Siyasal Bilimler Bölümü'nde Misafir Öğretim Üyesi olan Emre Hatipoğlu, karşılıklı görüş alışverişinde bulunabilmek ve Alman kültürünü daha yakından tanımak için bu programa katıldığını söylüyor. Almanya'da yaşayan Türklerin durumunun da seminerlerde gündeme gelebileceğini belirten Hatipoğlu, özellikle dış politika ile ilgilendiğini dile getiriyor.



Almanya'da yaşayan Türklerin durumunun da seminerlerde gündeme gelebileceğini belirten Hatipoğlu, özellikle dış politika ile ilgilendiğini dile getiriyor.

"Almanya - Türkiye ilişkileri doğal olarak Avrupa Birliği çerçevesinde gelişimi" belirten Hatipoğlu, ama bunun dışında "iki ayrı ülke olarak, ortak dış politikada nereye bakabilirler, ne yapabilirler, hareketlerini nasıl koordine edebilirler, bu üzerine çalışılması gereken bir şey" diyor.

Doktora tezini Türkiye ve Avrupa Birliği'nin Ortadoğu politikaları üzerine yazan Rana İslam ise tartışılması gereken önemli konu Arap baharı ve Türkiye. "Bence bu çok önemli, çünkü burada yapılması gereken bir çok şey var" diyen İslam sözlerini şöyle sürdürüyor: "Türkiye ile Avrupa Birliği arasındaki ilişkilerin sadece mitzakerelere indirgenmesine kıyıyorum doğrusu. Kuşkusuz bu çok önemli ama şu anda aşılması gereken bazı zorluklar bulunuyor, örneğin Arap baharı. Burada stratejik bir tartışmaya ihtiyac var. Belki bu (program çerçevesinde) bu tartışmayı başlatabiliriz."

16 Türk ve Alman genç uzman yaklaşık bir hafta boyunca Almanya'da görüş alışverişinde bulunacak, dış politikadan kültüre kadar farklı konularda tartışacak. Uzmanlar, Türkiye-Avrupa Birliği ilişkileri, Almanya'nın dış politikası, NATO, küresel ekonomi gibi konularda uzmanların verdiği konferansları dinleyecekler. Programın üçüncü aşamasında ise ekim ayında Türkiye'de bir araya gelecekler.

© Deutsche Welle Türkçe

Haber: Jülide Danışman / Berlin

Editor: Nihat Hadıcı

DW-WORLD.DE
DEUTSCHE WELLE

Almanya | 15.07.2011

Türk ve Alman uzmanlar akıllarını birleştiriyor



Türkiye ve Almanya'dan genç araştırmacı ve yöneticiler, Almanya'da "Likeminds - Ortak Akıllar" adlı bir projeyi hayata geçirmeyi planlıyor. Projenin hedefi uzmanlar arasında geniş bir iletişim ağı kurulması.

Türkiye ve Almanya'dan 16 genç uzman, yaklaşık bir hafta boyunca Türk-Alman ilişkileri ve Türkiye'nin Avrupa Birliği süreci ile dış politika ve güvenliğe ilişkin konuları Almanya'da bir araya gelerek masaya yatırdı. Bunun yanı sıra, genç araştırmacı ve yöneticiler, birbirlerini ve ülkeleri daha yakından tanıma fırsatı buldu.

Berlin Avrupa Akademisi ile Sabancı Üniversitesi İstanbul Politikalar Merkezi'nin işbirliği ve Stuttgart merkezli Robert Bosch Vakfı tarafından hayata geçirilen "Likeminds (Ortak Akıllar)-Yabancı Uzman İnisiyatifi Programı" genç araştırmacı ve yöneticilerin görüş alışverişinde bulunmalarını ve birbirlerini yakından tanıyarak iletişim ağı kurmalarını hedefliyor.

Medya partnerliğini Deutsche Welle'nin üstlendiği programın ilk aşamasında, farklı mesleklere sahip uzmanlar kendi ülkelerinde yapılan hazırlık toplantılarına katıldı. İkinci aşama olan Almanya buluşmasında ise uzman konukların katıldığı seminerlerin yanı sıra Berlin'in tarihî yerleri ile başbakanlık ve meclis binalarına geziler düzenlendi, Thüringen Eyaleti'nin Erfurt ve Weimar kentleri ziyaret edildi.



Sabancı Üniversitesi'nden Füre Hatipoğlu

Tartışılan konular

Genç uzmanların Almanya buluşması kapsamında düzenlenen seminerlerde, ağırlıklı olarak Türk - Alman ilişkileri ile Türkiye'nin Avrupa Birliği süreci ve Arap baharı ele alındı.

Türkiye Sanayiciler ve İşadamları Derneği (TÜSİAD) International Bölümü Sorumlusu Tamer Şen, tartışmaların "Türkiye'nin Avrupa Birliği sürecine kaymasından biraz sıkıldığını" belirterek şu

değerlendirmede bulundu:

"Ben özellikle Alman politik sistemini daha iyi anlamak istiyordum, Alman ekonomisini daha iyi anlamak istiyordum. Ama maalesef tartışmalar hep Türkiye-Avrupa Birliği ilişkilerine kayıyor. Çünkü Avrupa Birliği'nin en güçlü ülkesi, Fransa ve İngiltere'yle birlikte. Almanya'da ciddi bir Türk nüfus var. İkili ilişkileri konuşmaya başladığımız andan itibaren, bir şekilde üçlü hâle geliyor."

Tamer Şen, bu değişim programından çok yararlandığını, Almanya'nın siyasi ve kültürel yapısına ilişkin kitaplardan öğrenemeyeceği bazı bilgileri seminerlerdeki kahve arasında veya yemek esnasındaki sohbetlerde edindiğini söylüyor.

Sabancı Üniversitesi Toplumsal ve Siyasal Bilimler Bölümü Misafir Öğretim Üyesi Emre Hatipoğlu da bu program sayesinde Almanya'da Türkiye'nin, Avrupa Birliği'nin ve iç politikanın nasıl tartışıldığını daha iyi anladığını dile getirdi.

Hatipoğlu, Türkiye'nin Almanya'da yakından takip edildiğini belirterek "On sene öncesine göre Türkiye'yi daha yakından tanıdıklarını söyleyebilirim. Dinamikleri, iç dinamikleri, bazen şehrsel farklılıkların, yani İstanbul ve Ankara arasındaki farkı bile; insanların yaklaşımları, sivil toplumla özel sektör temsilcileri arasındaki farklılıkların gayet farkındalar" şeklinde sözlerini sürdürdü.



Rana İslam'da seminer katılımcılarından

Türkiye buluşması

"Likeminds - Yabancı Uzman İnisiyatifi Programı" kapsamında ayrıca ikili ortak çalışmalar yapılması planlanıyor. Örneğin, Hatipoğlu ile Almanya'nın Ankara Büyükelçiliği Başkâtibi Katrin Buchholz, önümüzdeki aylarda "dış politikadaki aktörler" başlığını taşıyan ortak bir inceleme yapacak ve iki ülkenin Ortadoğu politikasını karşılaştıracak. Programın ekim ayında gerçekleşecek olan Türkiye buluşmasında da, araştırmalarıyla ilgili bir sunuş

yapacaklar.

İki ülkenin dış politikasına ilişkin tartışmaları ilginç bulduğunu söyleyen Buchholz, ancak Almanya buluşmasında siyaseti etkileyen karşılıklı önyargılardan da söz etmek zorunda kaldıklarını belirtiyor. "Almanya'da uyum ve göçmenlerin veya Türk kökenli Alman vatandaşlarının durumu, hâlâ bir çok kişinin Türkiye'ye bakışını olumsuz yönde etkiliyor" diyen Buchholz, "Türkiye'nin Avrupa Birliği üyeliği söz konusu olduğu zaman bu boyutu da konuşmak gerektiğini" söylüyor.

"Türkiye'ye gitme isteğim arttı"

Almanya buluşmasını bir tanışma toplantısı olarak değerlendiren katılımcılar, Türkiye'de bir araya geldiklerinde tartışmaları ve kurdukları arkadaşlıkları derinleştireceklerine inanıyorlar.

Doktora tezini Türkiye ve Avrupa Birliği'nin Ortadoğu politikaları üzerine yazan Rana İslam, "Likeminds" projesinden çıkardığı sonucu "Zaten gelecek yıl Türkiye'ye giderek uzun bir süre kalmayı planlıyordum. Şimdi bu isteğim arttı. Çünkü burada kişisel temaslar kurularak yaklaşıldı" sözleriyle dile getiriyor.

© Deutsche Welle Türkçe

Haber: Jülide Danışman / Berlin

Editör: Murat Çelikkafa

Inoffizielle Übersetzung

Synergien zwischen deutschen und türkischen Fachleuten

Junge Forscher und angehende Führungskräfte haben sich im Rahmen des Projekts „likeminds“ in Deutschland getroffen. Ziel ist die Bildung eines engen Netzwerks zwischen den Teilnehmern.

16 junge Fachleute aus Deutschland und der Türkei hatten sich ca. eine Woche mit europapolitischen Themen beschäftigt. Gleichzeitig hatten sie die Möglichkeit, sich gegenseitig kennen zu lernen und Kontakte zu knüpfen.

Das Projekt wurde von der Europäische Akademie Berlin zusammen mit der Sabanci Universität und der in Stuttgart ansässigen Robert Bosch Stiftung ins Leben gerufen.

Besprochene Themen waren besonders die deutsch-türkischen Beziehungen und die Beziehungen der Türkei mit Europa. Außerdem wurde über den „Arabischen Frühling“ diskutiert.

TÜSIAD Angehöriger Tamer Sen, (TÜSIAD ist eine Wirtschaftsvereinigung) der von dem Thema EU-Mitgliedschaft der Türkei etwas müde war, sagte:

„Ich wollte das politische System Deutschlands besser verstehen, außerdem Wissen über die deutsche Wirtschaft sammeln. Leider verlagerte sich die Diskussion zu sehr auf die EU-Türkei Debatte. Zusammen mit Großbritannien und Frankreich ist Deutschland ein sehr einflussreicher Player in der EU mit einer großen türkischen Minderheit“.

Tamer Sen hat besonders während der Kaffee- und der Essenspausen vieles in Gesprächen erfahren, was er nicht in Büchern erfahren konnte.

Emre Hatipoglu, Mitglied des Lehrkörpers der Sabanci Universität, versteht nun besser die innenpolitischen Zusammenhänge in Deutschland im Kontext der EU-Türkei Diskussion.

Türkei-Treffen

Beschreibung des geplanten Treffens in der Türkei... (nur deskriptiv)

Likeminds steigerte den Wunsch der deutschen Teilnehmer, in die Türkei zu gehen.

Rana, eine Doktorandin, die über die türkischen Beziehungen zur EU schreibt, meint sie wolle nach likeminds noch lieber in die Türkei. Sie habe viele persönliche Kontakte geknüpft.

The Law Gazette

Lay judges agree draft charter for European decision-making

by Catherine Baksi

Created 27/07/2011 - 14:58

Lay judges from across Europe have agreed a draft charter and a declaration seeking to protect and extend lay involvement in judicial decision-making across the continent.

At a meeting of the European Lay Judges Forum held over the weekend, 50 lay judges signed the London Declaration, expressing support for the role played by lay judges as an essential element of any justice system in a democratic society.

The declaration opposed attempts by any government to abolish or restrict the role played by ordinary citizens as judges and assessors within the justice systems of European states.

The declaration forms the basis of the charter, which the forum, aims to finalise by the end of the year. It will then present the charter to the European Commission, the parliament and its ministers.

The forum also agreed to the establishment of the European Network of Lay Judges, which will negotiate with the EC to encourage it to support and enhance the role of lay judges.

John Thornhill, chairman of the Magistrates Association in England and Wales, was appointed president of the network, and Jouni Elomaa, from its Finnish equivalent, was appointed secretary.

The Lay Judges Forum is part of a project, 'European Day of Lay Judges', funded by the European Commission. It is organised by the European Academy Berlin, the Federal Association of Lay Judges (Germany) and the Magistrates' Association of England and Wales.

Thornhill said: 'It's a fundamental principle in a democratic society that lay people should be involved in judging their peers.'

He said, increasing the use of lay judges to hear civil and criminal cases would provide a cheaper way of delivering justice across the continent.

Thornhill added that magistrates in England and Wales should be able to deal with more serious cases and their sentencing powers increased from six to 12 months in custody, to reduce sums spent on Crown court trials.

Kinderarmut

– ein Thema auch in Zehlendorf?



„Nichts ist gut in Deutschland, wenn wir so viel Kinderarmut erleben“, Das sagte Margot Käbmann auf dem diesjährigen Kirchentag in Dresden. Und sprach damit ein Thema an, über das in Deutschland nicht gern gesprochen wird. Aber gilt das auch für unser gutbürgerliches Zehlendorf? Wir wollten es wissen und haben uns im Zehlendorfer Rumpelbasar umgehört und umgeschaut. Dort, wo Bedürftige gegen einen kleinen Obolus Dinge des täglichen Lebens erstehen können.

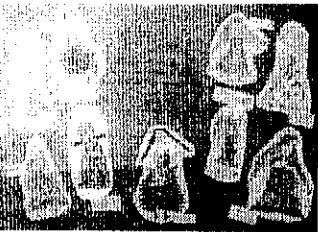


Werdende Mütter, die mit 14-15 Jahren schwanger wurden, erhalten Babysachen, Kinderwagen und alles für die Erstausrüstung – ebenfalls umsonst. Unterstützt wird auch der Zaphir-Club in Zehlendorf, in dem Jugendliche, die auf der Straße rumhängen, betreut werden.

Ja, es gibt sie auch bei uns in Steglitz-Zehlendorf, die verdeckte Kinderarmut. Nur zeigt sie keiner öffentlich. Und spricht erst recht nicht gern darüber. Das bestätigte uns Marion Herzog, die seit Jahren unermüdlich mit Herz und Geschick den Rumpelbasar leitet. Ihre langjährige Erfahrung, gerade mit bedürftigen Mitmenschen, lässt sie die Kundschaft richtig einschätzen und die Bedürftigkeit bei Kindern gleich erkennen. Dann gibt es auch schon mal was umsonst ... Mit all den Unterstützungen versucht der Rumpelbasar, die verdeckte Kinderarmut zu lindern und betroffenen Kindern und Jugendlichen zu helfen. Eine verdienstvolle Aufgabe, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann ...

Wenn auch Sie guterhaltenes Kinderspielzeug oder Kinderkleidung für einen guten Zweck spenden wollen: Der Rumpelbasar befindet sich in 14167 Berlin, Am Stichenkanal 2-4, Ecke Goerzallee/Kaufland. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der Anzeige in dieser Ausgabe.

Peter Dörrie



Raumhohe Stahlregale, prall gefüllt mit Kinderspielzeug aller Art: Im Rumpelbasar findet sich all das, was in unserer Überflussgesellschaft ausrangiert wurde. Oder in unserer schnelllebigen Zeit nicht mehr den Gefallen der Kindersituierter Zehlendorfer Eltern fand. Wohl aber der Kinder, deren Eltern nur über ein geringes oder kein Einkommen verfügen und von Hartz IV leben. Hier können sie diese Dinge für wenig Geld kaufen und ihren Sprößlingen damit eine große Freude bereiten.

Die Kinderabteilung wird mit Herz und Seele von Frau Wernmann geleitet. Ein Paradies für ihre kleinen Kunden, die hier zahlreich umherwuseln: Puppen, Bauklötze, Puzzles, Stofftiere, Schlämpfe und Hampelmänner, Holzroller, Holzspielzeug, Kinderwagen, Kinderkleidung, Modellautos – alles, was das Kinderherz begehrt. Und die stehen mit großen Augen vor den Regalen und staunen. Nehmen Spielzeug in die Hand und schauen ihre Eltern fragend an. Oft sind die Großeltern dabei und erfüllen ihre Wünsche. Doch nicht nur hier werden Kinderwünsche erfüllt: Gegen eine Spendenbescheinigung bekommen Schulen und Kindertagesstätten Kleidung, Spielzeug und Puzzles umsonst.

Vorankündigung: Gesundheitskonferenz 7. und 8. September 2011 „Gesund aufwachsen“

Kinderkompetenz und Kinderbewusstsein
Mittwoch, den 7. September
Vorträge rund ums Thema,
16.30–20.00 Uhr
Moderation: Dr. Lothar Erbenich, MDH, Internist, Krankenhaus Waldfriede.
Veranstaltungsort: Rathaus Zehlendorf, Kirchstr. 1-3, 14163 Berlin, Bürgersaal (Eingang Teltower-Damm 18)

Donnerstag, den 8. September
Workshops: 9.30–15.00 Uhr
Moderation: Renate Agnes Dümchen, Kinderschutzkoordinatorin der Abteilung Gesundheit. Veranstaltungsort: Villa Folke Bernadotte, Jungfernstieg 19, 12207 Berlin.

Eine Veranstaltung der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit 21 und des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes des Gesundheitsamtes Steglitz-Zehlendorf, 14160 Berlin, Telefon: 90299-3621. E-Mail: gesundheitsamt@ba-sz.berlin.de

Europa – das sind wir! Europa-Forum in Steglitz-Zehlendorf



Zwei spannende und diskussionsreiche Tage liegen hinter den Bürgerinnen und Bürgern des Bezirks Steglitz-Zehlendorf. Alles begann mit einem Einladungsschreiben des regierenden Bürgermeisters Klaus Wowerit, der zum 4. Europa-Forum einlud.

„Wir, die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks Steglitz-Zehlendorf, haben uns am 13. und 14. Mai 2011 mit Fragen der Europäischen Union befasst und einige Überlegungen und Forderungen formuliert, die wir an die Politikerinnen und Politiker des Bezirks, die auf den verschiedenen Ebenen aktiv sind, überreicht haben. [...]“ Mit diesen Worten beginnt die Bürgererklärung, die moderiert durch den Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Herrn Prof. Dr. Eckart Stratuschke, am Ende des zweiten Tages die Wünsche, Forderungen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Themenbereichen „Soziales Europa“ und „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ zusammenfasst.

In Kleingruppen wurden die Forderungen auf- und dem Plenum vorgestellt. Einen kleinen Einblick in den oft langen Einigungsprozess innerhalb der EU erhielten die 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, als es darum ging, eine gemeinsame Formulierung zu finden. Nach der Übergabe an die Politikerinnen und Politiker des Bezirks nahmen diese Stellung zu den Forderungen. Besonders kontrovers wurden dabei die Themen Mindestlohn, Rekommunalisierung und Bildung diskutiert. MdEP Michael Cramer (B90/Grüne), Bezirksstadträtin Barbara Loth (SPD), MdA Martina Michels und Bezirksverordnete Erika Schmid-Petry (FDP) standen auf dem Podium Rede und Antwort.

Bezirksstadträtin Barbara Loth sagte: „Ich freue mich über den direkten und ehrlichen Austausch mit Ihnen und über Ihr Interesse an der EU.“ Wie schon Bezirksbürgermeister Norbert Kopp (CDU) bei seiner Begrüßung sagte: „Auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt (chinesische Weisheit), so ist der Beginn einer bürgernahen EU getan. Mögen viele weitere Foren und Veranstaltungen folgen.“

Die vollständige Bürgererklärung steht online zur Verfügung: http://www.berlin.de/imperia/md/content/tbm-skz/europareferat/oeffentlichkeitsarbeit/b14/b_rgererkld_rung_steglitz_zehlendorf.pdf?start&ts=1305547918&file=__rgererkld_rung_steglitz_zehlendorf.pdf

PM

Independence Day Feier

Die gemeinnützige USA 6941st Guard Battalion Kameradschaft e.V., ein Zusammenschluss von ehemaligen Angehörigen der US Berlin Brigade, führt zum ersten Mal eine Independence Day Feier zum höchsten amerikanischen Feiertag, am 9. Juli 2011 ab 12.00 Uhr, auf dem historischen Gelände des ehemaligen Hauptquartiers der US Brigade in der Clayallee 172 durch.

Daher ist jeder Interessierte eingeladen, bei typischem amerikanischem Essen, Icecream und Live Musik und einem vielfältigen Rahmenprogramm diesen Tag mit uns zu verbringen.

René J. Tonn
USA Ret., Mitglied des Vorstands

Schwangerschaftsvorsorge • Ultraschall • Vorsorge • Kinder- und Jugendgynäkologie
Fertilitätsprechstunde • Impfungen • Fortbildungsseminare



Dr. med. Barbara Vander-Thies
Fachärztin für
Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Drakestraße 44 • 12205 Berlin
S-Bahnhof Lichterfelde-West
Tel.: 030 233 693 44 • Fax 030 233 693 54
www.frauenaerzte-lichterfelde.de

Mo, Mi, Fr 8.30 • 13.00 Uhr • Di 14.00 • 18.00 Uhr • Do 14.00 • 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Bei uns haben Sie
die Möglichkeit, Ihre
kostenlose Privat-
anzeige aufzuzei-
ben. Stadtteilzeitung
Steglitz-Zehlendorf,
Telefon 77 20 65 10
oder per E-Mail:
schmidt@stadtteilzentrum-steglitz.de

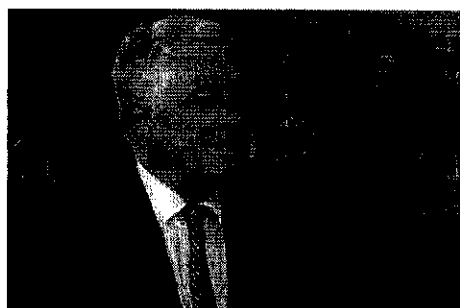
The European Circle

<http://www.european-circle.de>

EINE ENTWICKLUNGSSTRATEGIE VON DEUTSCHLAND BIS ZUR UKRAINE

Der Donaauraum im Fokus der EU

Schuldenberge und Rettungsschirme – in Zeiten der Währungskrise braucht es dringend ein positives Signal für europäische Zusammenarbeit. Die EU-Strategie für den Donaauraum, die von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen wurde, soll u.a. genau das sein: ein Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung des Raumes entlang der Donau. Dabei sollen in acht EU-Ländern und sechs weiteren Staaten vorhandene Mittel der Union besser eingesetzt werden. Zudem will man erreichen, die Lebensbedingungen der dort lebenden mehr als 110 Mio. Menschen anzugleichen. Einzelheiten gibt es von Prof. Dr. Eckart Stratenschulte, Leiter der europäischen Akademie Berlin, im European Circle-Interview.



European Circle: Zunächst ist es natürlich wichtig, wie diese Strategie konkret aussieht und welche Länder sie betrifft.

Stratenschulte: Es betrifft alle zehn Anrainerländer der Donau. Das geht los in Deutschland und endet dann in der Ukraine, die ganze Donau runter. Das wäre jetzt ein schönes Quiz, wer kommt nach wem? Vier weitere Länder sind einbezogen, einerseits Bosnien-Herzegowina und Montenegro, die beide im Fluss-Einzugsgebiet liegen, das ist die Definition der Region, wie auch Tschechien und Slowenien, das macht also insgesamt 14 Länder.

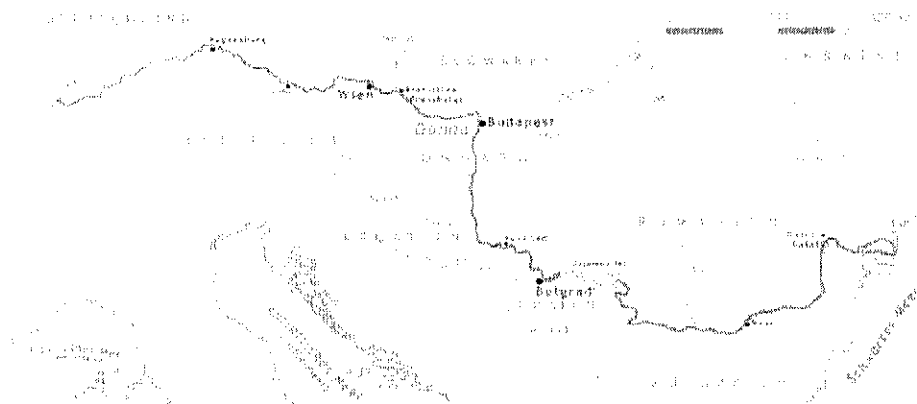
Die Donauregion soll ihre wirtschaftlichen Potentiale durch bessere länderübergreifende Zusammenarbeit und Koordination nutzen. (Bild: tv.berlin)

European Circle: Was will diese Strategie jetzt konkret erreichen, wo wird angesetzt?

Stratenschulte: Das ist ja ein neues Instrument, diese makroregionalen Strategien innerhalb der EU, das haben wir auch schon für den Ostseeraum entwickelt. Was die Strategie wirklich will, ist, dass eine Region ihre Potentiale durch Zusammenarbeit und Koordination besser nutzt. Dass also Potentiale ausgeschöpft werden, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt wird, dass Bildungszusammenarbeit verstärkt wird, und dass gemeinsamer Umweltschutz betrieben wird.

European Circle: Welche Potentiale sehen Sie in der Region zum Beispiel?

Stratenschulte: Die Region hat große Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch große Entwicklungsnotwendigkeiten. Die Donau verbindet auf über 2.800km die reichsten Teile Europas, nämlich Baden-Württemberg und Bayern auf der einen Seite, mit den ärmsten (Republik Moldau und Ukraine) auf der anderen Seite. Es findet an der Donau und auf der Donau auch eine ganze Menge statt, aber eigentlich nur zwischen Passau und Budapest. Es wird jetzt auch sehr stark darum gehen, den Rest des Donaupraumes zu entwickeln, für Tourismus einerseits, für Verkehr andererseits. Und auch, um den Handel entlang dieser Linie zu verstärken.



(Foto: commons.wikimedia.org/Threedots)

European Circle: Was

haben denn zum Beispiel solche reichen Regionen wie Baden-Württemberg davon? Natürlich haben die ärmsten etwas davon, wenn da eine Zusammenarbeit stattfindet, das kann man schon nachvollziehen. Aber was haben die davon, denen es sowieso gut geht?

Stratenschulte: Wir sind ja nur so reich, weil wir exportieren und mit anderen zusammenarbeiten. Der Reichtum kommt ja nicht von allein aus dem Land selber. Da ist ja Deutschland ein schönes Beispiel. Das heißt, gerade wenn man eine entwickelte Volkswirtschaft hat, dann muss man sehr daran interessiert sein, dass andere Länder sich auch entwickeln. Es ist ja sehr schön, Kunden zu haben. Wenn die Kunden aber kein Geld haben, dann haben wir nichts davon. Wir haben also natürlich ein Interesse daran, dass die Partner, die nahe bei uns liegen, sich auch entwickeln und damit stärker zu einer Kooperation beitragen können. Also diese Strategie ist auch in deutschem Interesse. Und die unmittelbar beteiligten Bundesländer sehen das auch so und betreiben sie sehr aktiv.

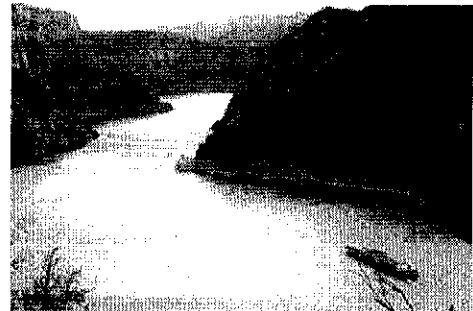
European Circle: Beim Schlagwort Europäische Union denken viele Menschen auch gleich an viele Vorschriften, die man nicht wirklich versteht, an neue Behörden, Bürokratie... Werden mit dieser Strategie auch wieder neue Vorschriften und neue Behörden installiert?

Stratenschulte: Die Donaauraumstrategie basiert auf dem Prinzip der "drei Neins". Es gibt *keine* neuen Institutionen, es gibt *keine* neue Gesetzgebung und es gibt *kein* neues zusätzliches Geld. Die Idee ist, aus dem Vorhandenen durch Kooperationen, durch Koordination mehr zu machen. Das ist eigentlich auch das Innovative an diesem Ansatz, dass man sagt: Jetzt nicht wieder eine neue Behörde und neues Geld und schon wieder eine neue Gesetzgebung! Sondern wir sagen: wir nutzen das Vorhandene, auch die vorhandenen Mittel, die EU-Fördermittel. Es fließen ungefähr 100 Mrd. Euro in diese Region. Und die kann man nutzen, indem man sie auf die Entwicklung des Donaumaumes fokussiert. Das ist die Idee. Also gerade das Gegenteil von mehr Bürokratie, sondern der Versuch, auch durch eine lokale "Ownership", wie es immer heißt, also das Engagement der Gemeinden, der Regionen und dann auch der einzelnen Staaten mit dem Vorhandenen mehr zu erreichen.

"Es gibt eine gewisse Erfolgswahrscheinlichkeit."

European Circle: Wie wahrscheinlich ist denn jetzt die erfolgreiche Umsetzung? Wie schätzen Sie das ein, auch wenn das Baby ja gerade erst geboren ist?

Stratenschulte: Am Anfang ist natürlich die Euphorie immer sehr groß. Der wirkliche Erfolg entscheidet sich dann durch jahrelange, kleinteilige Kooperation. Ich denke aber, dass es schon eine gewisse Erfolgswahrscheinlichkeit gibt und zwar einfach deshalb, weil es auch die Notwendigkeit gibt. Der Donaauraum ist nicht hinreichend entwickelt und darunter leiden die Staaten auch. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: auf 500km ist die Donau der Grenzfluss zwischen Rumänien und Bulgarien. Und auf diesen 500km gibt es eine einzige Brücke über die Donau. Seit Jahren arbeiten wir nun an der zweiten Brücke, die 2012/2013 fertiggestellt werden soll. Und damit endet an beiden Ufern der Donau die ökonomische Welt für das jeweils andere Land, weil es auch keinen entsprechenden Fahrverkehr gibt. Hier ist Potential zu nutzen, aber hier muss auch Potential genutzt werden, denn gerade diese Gegenden sind auch bitterarm und brauchen diesen Impuls. Ich würde also sagen, dass die Notwendigkeit die Donaustategie zum Erfolg verurteilt.



Die EU-Strategie für den Donaauraum soll ein Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung des Raumes entlang der Donau sein.

European Circle: Wenn sich jemand noch weiter für dieses Thema interessiert und sich weiter informieren möchte, gibt es ein Buch, wo noch einmal genau nachgelesen werden kann, was diese Strategie will.


Stratenschulte: Wir waren in Berlin in der europäischen Akademie, das sage ich mit einem gewissen Stolz, die ersten, die eine internationale Konferenz zu diesem Thema gemacht haben, nachdem die Donaustategie veröffentlicht war letzten Dezember. Das ist das Buch, was daraus entstanden ist, wo Experten aus acht verschiedenen Ländern die Donaauraumstrategie unter unterschiedlichen Gesichtspunkten analysieren. Wer sich also für diesen Bereich interessiert, der hat da eine gute Möglichkeit, verschiedene Aspekte aus unterschiedlichen Blickwinkeln näher kennen zu lernen: Stratenschulte, Setzen (Hg.): "Der europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum".


European Circle: Bekommt man das Buch im normalen Handel?

Stratenschulte: Das bekommt man im normalen Handel und über die großen Internetbestellseiten. Es ist ein ganz normales Verlagsbuch. Es ist natürlich als wissenschaftliches Buch nicht in der Bahnhofsbuchhandlung zu finden, das ist schon klar. Aber wer es bestellen will, hat es überall innerhalb eines Tages.

[RED]

<machtpolitik/meldung.html>

 <http://www.mister-wong.de/index.php?action=addurl&bm_url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&bm_description=> % <http://twitter.com/home?status=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html%20>

 <http://digg.com/post?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&title=> <http://digg.com/submit?phase=2&url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&title=&bm_description=> <http://furl.net/storeh.jsp?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&t=> <http://www.links.de/index.php?area=bookmarks&func=bookmark_new&addurl=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&addtitle=> <http://reddit.com/submit?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&title=> <http://www.spurl.net/spurl.php?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&title=> <http://teebnorati.com/faves/?add=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html> <http://www.google.com/bookmarks/mark?op=add&hl=de&annotation=&labels=&bkmk=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&title=> <http://bookmarks.yahoo.com/toolbar/savebm?opener=bm&er=U1F-8&u=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&t=> <http://www.facebook.com/sharer.php?u=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&t=> <http://www.stumbleupon.com/submit?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&title=> <http://www.propeller.com/submit/?U=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&T=> <http://www.newsvine.com/_wine/save?popoff=1&tags=&u=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&blurp=> <http://www.jumptags.com/add/?url=http%3A%2F%2Fwww.european-circle.de%2Fmachtpolitik/meldung/datum/2011/08/01/der-donaumaum-im-fokus-der-eu.html&title=>

Keine Geschichte verpassen!
Folgen Sie uns bitte auf Facebook!



<http://www.facebook.com/pages/European-Circle/92195803463>

Eckart D. Stratenschulte

Der Bundestagsausweis ließ die Vopos ratlos werden

KURT NEUBAUER

Der SPD-Politiker wohnte im Ost-Berliner Bezirk Friedrichshain - und war zugleich Mitglied des Bundestages

Von 1949 bis 1990 gab es zwei deutsche Staaten, einen westdeutschen und einen ostdeutschen. Jeder hatte sein Parlament, auch wenn das in Ost-Berlin bis zum 18. März 1990 alles andere als eine demokratisch gewählte Volksvertretung war. Im westdeutschen Bundestag saßen die Westdeutschen, in der DDR-Volkskammer die Ostdeutschen - soweit die Theorie.

In der Praxis war auch das komplizierter, wie so vieles im deutsch-deutschen Mit- und Gegeneinander. Nach westlicher Rechtsauffassung war Berlin auch in den Zeiten der Teilung eine gemeinsame Stadt, wenngleich es in Ost-Berlin eine eigene Verwaltung, eine eigene Währung und seit 1961 mit der Mauer auch eine physische Abgrenzung gab. Berlin war im Deutschen Bundestag vertreten, allerdings hatten die Berliner Bundestagsabgeordneten einen Sonderstatus. Ihre Stimmen wurden zwar mitgezählt ("Für das Gesetz stimmten 329 Abgeordnete und zwölf Abgeordnete aus Berlin"), aber für eine Gesetzesannahme oder Kanzlerwahl zählten sie nicht. Außerdem wurden die Berliner Abgeordneten nicht in der Stadt in allgemeinen Wahlen bestimmt, sondern vom Abgeordnetenhaus von Berlin (faktisch West-Berlin) benannt. Dies geschah nach der Stärke der einzelnen Fraktionen. Willy Brandt, Paul Löbe, Heinrich Krone, Ernst Lemmer, Ernst Benda, Karl Schiller und Hans-Jochen Vogel waren nur einige derjenigen, die so nach Bonn entsandt wurden.

Das war der Rahmen für eine Besonderheit, die mit dem Namen Kurt Neubauer verbunden ist. Er war nämlich ein Ost-Berliner, wohnte auch dort, im Bezirk Friedrichshain - und war dennoch Mitglied des Bundestags, gewählt vom Abgeordnetenhaus.

Bis zum Mauerbau konnte man sich in ganz Berlin frei bewegen, aber Ausweiskontrollen an der Sektorengrenze gab es von Seiten der Volkspolizei der DDR durchaus. Wenn Neubauer auf seinem Weg von Ost nach West, von seiner Wohnung zum Flughafen Tempelhof, von dem aus er nach Bonn flog, den Satz hörte: "Deutsche Volkspolizei, die Personaldokumente bitte", musste er sich entscheiden: Sollte er in die eine Tasche greifen und seinen DDR-Personalausweis zücken - oder in die andere und seinen Bundestagsausweis vorzeigen? Es war meist dieses Dokument, das er den VoPos präsentierte, und mehr als ein Mal löste er damit Ratlosigkeit aus. Des Öfteren mussten die Polizisten sich erst telefonisch Weisungen von oben holen, bevor sie Neubauer seiner Wege gehen ließen.

Kurt Neubauer war Sozialdemokrat. Bis zum Mauerbau gab es die SPD in ganz Berlin. Zwar hatten die Sowjets im Ostteil der Stadt 1946 die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) als Verschmelzung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei erzwungen, auf Druck der Westalliierten mussten sie jedoch die SPD parallel ebenfalls zulassen. Dafür durfte die SED in West-Berlin aktiv werden, wo sie allerdings politisch nie ein Bein auf die Erde bekam. So gab es also in West-Berlin die SED (später: SEW, Sozialistische Einheitspartei Westberlins) und in Ost-Berlin weiterhin die SPD. Trotz der politischen Spaltung der Stadt in Ost und West war die SPD in ganz Berlin eine einheitliche Partei, die aus verschiedenen Kreisverbänden bestand.

Kurt Neubauer hatte sich in der SPD engagiert, seit er 1946 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war. Er wurde hauptamtlicher Jugendsekretär der Ost-Berliner Kreisverbände seiner Partei und 1947 - ebenfalls hauptamtlich - Kreisvorsitzender der SPD im Arbeiterbezirk Friedrichshain. Als er 1952 mit 29 Jahren in den Bundestag einzog, war er also kein Unbekannter. Bis 1963 gehörte er dem westdeutschen Parlament an. Aus westlicher Sicht gab es damit kein Problem. Neubauer war volljährig und Deutscher. Dass die DDR ihn als ihren Staatsbürger reklamierte, spielte für die westliche Rechtsauffassung keine Rolle.

Ab 1955 gab es mit der Sozialdemokratin Margarete Heise eine zweite Parlamentarierin aus Ost-Berlin im Bundestag. In Bonn waren sie normale Abgeordnete, in Ost-Berlin dagegen Exoten. Zwar respektierte etwa Neubauers Hausgemeinschaft seine besondere Situation (nur ein Mitmieter war ein Stasi-Zuträger, wie er nach dem Mauerfall erfuhr), aber die DDR schickte ihm dauernd Delegationen auf den Hals, die mit ihm "diskutieren" wollten. Neubauer ging Konfrontationen möglichst aus dem Weg. Er wusste, dass echte Gespräche mit diesen Abordnungen nicht zu führen waren.

Die Arbeit der Ost-Berliner SPD-Kreisverbände war unter den Bedingungen des SED-Staates nicht einfach; Neubauers Kreisverband verlegte etwa seine Veranstaltungen in den benachbarten West-Berliner Bezirk Kreuzberg, um vor Störungen sicher zu sein. Gleichwohl wollte die SPD auch im Ostteil Präsenz zeigen. So lud Neubauer etwa kurz vor dem Mauerbau Willy Brandt in seinen

Stadtbezirk ein, und tatsächlich kam der West-Berliner Regierungschef an einem Markttag zum Boxhagener Platz, wie sich Neubauer noch Jahrzehnte später erinnerte. Es gab keine Kundgebung mit Reden und Lautsprechern; Brandt sprach einfach mit den Menschen, die sich in großer Zahl um ihn scharten.

Mit dem Mauerbau wurde Neubauer zum Umzug nach West-Berlin gezwungen. Dabei hatten die Neubauers Glück im Unglück. An dem verhängnisvollen Sonntag, dem 13. August, war Neubauer nicht in Ost-Berlin, sondern mit Brandt auf Wahlkampfreise von Nürnberg nach Hannover, die Bundestagswahl stand vor der Tür. Neubauers Frau und Sohn verbrachten das Wochenende auf ihrem Laubengrundstück im West-Berliner Stadtteil Heiligensee. So wurde die Familie nicht eingemauert, aber sie wurde ausgesperrt. Die DDR nutzte den Mauerbau, um das "Problem Neubauer" zu beseitigen. Der gesamten Familie wurde die Einreise nach Ost-Berlin verweigert; sie durfte nicht einmal noch etwas aus der Wohnung holen. Erst zehn Jahre später konnte Kurt Neubauer seinen Heimatbezirk auf der Basis der Besuchsregelungen als "Tourist" besuchen.

1963 wechselte Neubauer vom Bundestag in den Berliner Senat, dem er 14 Jahre lang als Jugend- und später Innensenator angehörte.

Der Autor ist Leiter der

Europäischen Akademie in Berlin.

Ausdruck aus dem Internet-Angebot der Zeitschrift "Das Parlament" mit der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte"

Ausgabe 31-34 vom 1.08.2011

© Deutscher Bundestag und Bundeszentrale für politische Bildung, 2009.



Novice.Dnevnik.si Objektiv/Več vsebin

portret Nemčije v škrpih

Malo evroskepticizma, veliko negotovosti

Malo vsebin - sobota, 24.09.2011

Tanja Manjeta Krjaj

Vsečrtno 0

Z več kot dvema tretjinama državnega proračuna ali 253 milijardami evrov bo Nemčija jamčila za kredite visoko zadolženih držav območja evra, če bodo nemški poslanci v četrtek potrdili povečanje evropskega jamstvenega sklada EFSF. "Če te garancije kdajkoli zapadejo v veljavo, je z Nemčijo konec," kratko in jedrnat strah Nemcev povzema direktor Evropske akademije v Berlinu dr. Eckart Stratenschulte, medtem ko sediva za okroglo mizo, praktično edinim kosom pohištva sredi velike sobane v pritličju vile, v kateri domuje akademija.

Evroskepticizma je v Nemčiji malo, zagotavlja politolog, sociolog, germanist, pedagog in doktor filozofije, zato pa je veliko negotovosti, ljudje se bojijo za svojo prihodnost. "Kdor ima kaj denarja na bančnem računu, sedaj vlaga v nepremičnine, saj ne ve, ali bo denar na banki jutri še kaj vreden. Tako ne rastejo le cene zlata, ampak tudi cene nepremičnin pri nas," pojasnjuje dr. Stratenschulte. Nemška javnost je zaskrbljena, razprava o solidarnosti in pomoči, tesnejšem povezovanju oziroma razpadu območja evra in ne nazadnje tudi Evropske unije pa je zadnjih nekaj tednov glavna tema nemških medijev. Politika pri iskanju rešitev ni enotna, glas gospodarstva pa je jasen: potruditi se je treba za ohranitev območja evra in se posloviti od ideje evrskih obveznic. Medtem pa širša javnost negoduje.

Ne bomo garali za južnjake

"Mi smo že pred leti naredili domačo nalogo in izpeljali reforme, sedaj pa naj plačujemo za tiste, ki tega niso storili," je najpogostejša fraza, ki jo je te dni slišati v Nemčiji, še posebej med manj izobraženim in podeželskim prebivalstvom. "Saj nismo nori, da bi plačevali za absurde bonuse, ki si jih privoščijo Grki in jih mi nikoli nismo poznali," sledi pojasnilo. Nemški mediji namreč že vse od prvih dni grške krize zelo rado poročajo o tem, da Grčija izplačuje pokojnine pokojnim osebam, da je za Grke 14. plača samoumevna in da se grškim delavcem izplačujejo nepojmljivi dodatki k plači, kot je dodatek za reden prihod na delo ali za umivanje rok.

Nemci že tako niso najboljše mnenja o delovnem etosu južnoevropskih držav, dodaten problem pa je, da Grki tem stereotipom več kot ustrezajo, ocenjuje dr. Stratenschulte. Lahko bi govorili o dveh mentalitetah, severno- in južnoevropski, nadaljuje. Medtem ko Nemci sebe prištevajo k prvi, za drugo poznajo predvsem dve besedi: fiesta in slesta (zabava in počitek). Seveda so prav različne mentalitete tiste, kar bogati Evropsko unijo, takoj pristavi direktor, prav tako pa jih ni mogoče ocenjevati kot dobre ali slabe.

"Nič nenavadnega ni, če se nekdo v Nemčiji zaradi delovnih obveznosti ne udeleži pogreba svoje matere. To je pri nas družbeno popolnoma sprejemljivo opravilo, medtem ko bi kje drugje veljali za norega," sive odtenke razlik prikazuje dr. Stratenschulte in severoevropski mentaliteti pripisuje lastnosti, kot so marljivost, točnost in že omenjeni delovni etos.

Profesorica in direktorica Centra za evropsko integracijo na Svobodni univerzi v Berlinu (Freie Universität Berlin) dr. Tanja A. Börzel dodaja še osredotočenost na pravila.

A čeprav bi lahko iz teh oznak sklepali na hladni nemški značaj, ima širša javnost v Nemčiji prav nasprotno zelo čustven odnos do plačevanja za prezadožene evropske partnerice. To je med drugim posledica zelo kompleksne in nepregledne evropske problematike. Veliko enostavneje je Grke ozmerjati z lenuhi in reči, za to že ne bomo plačevali, kot pridobiti pregled nad vzroki, posledicami in rešitvami grške in širše evropske krize ter vse to razumeti, pojasnjuje samostojni gospodarski novinar Ulrich Hottel, ki med drugim piše za nemški mesečnik Cicero.

Po drugi strani pa so se morali Nemci v preteklih letih prav zaradi izboljšanja javnofinancijske slike v državi odpovedati marsikateri delavski pravici. Že v letih od 2003 do 2005 je socialdemokratska vlada pod taktirko kanclerja Gerharda Schröderja izvedla paket reform, imenovanih Agenda 2010, s katero so reformirali pokojninski in zdravstveni sistem ter trg dela, s tem pa zmanjšali socialno varnost ljudi. Sedaj se tako postopno uveljavlja upokojevanje pri 67 letih, zdravstveno zavarovanje je močno privatizirano, delovni pogoji so vse bolj negotovi. Vse več je dela za določen čas in zaposlovanje prek agencij za posredovanje dela, zaradi neusklajevanja z inflacijo so se zmanjšale plače, zmanjšujejo pa se tudi socialni transferji države. Čeprav je stopnja brezposelnosti v državi relativno nizka, pa v to statistiko niso zajeti tisti, ki so prav zaradi brezposelnosti vključeni v dodatno izobraževanje oziroma prekvalifikacijo, ali na primer tisti, ki so kljub polni zaposlenosti odvisni od socialnih transferjev države. Nič posebnega namreč ni, če se na primer frizerka vsako jutro odpravi na osemurno delo v frizerski salon, pa ji mora kljub temu skozi mesec pomagati država, saj za svoje delo ne dobi nič oljko, kot znaša socialna pomoč države brezposelni osebi.

Sidro stabilnosti

Delo tako ljudi ne štiti pred revščino, ki je definirana pri 60 odstotkih povprečnega dohodka v državi, na tej meji ali pod njo pa je po zadnjih podatkih iz leta 2008 živel vsak sedmi Nemec. Pod mejo revščine živi tudi vsak peti oziroma šesti otrok, pristavi dr. Stratenschulte in pojasnjuje: "Seveda ne govorimo o revščini, kot jo poznajo recimo v Bangladešu, nihče pri nas ne umre od lakote, pa vendar, življenjski standard je padel."

Akademija, ki jo vodi, domuje v idilčno mirnem delu prestolnice med razkošnimi hišami v ulici Otto von Bismarcka, tistega nemškega voditelja, ki je konec 19. stoletja prvi na svetu vpeljal celovit sistem socialne varnosti na ravni države. Nemci so ga nazadnje preoblikovali z Agendo 2010, druge države članice ta naloga še čaka.

"Kratkoročno to seveda pomeni zniževanje socialne varnosti, a dolgoročno je prav javnofinancijsko zadolževanje tisto, ki ustvarja socialno negotovost, saj pokojninske in zdravstvene blagajne nimajo denarja. Najboljša socialna zaščita je zato zdrava ekonomija," poseganje v privilegije opravičuje dr. Stratenschulte.

Vendar mnogi ne delijo njegovih pogledov. Še kako živa je v Nemčiji razprava o nemogočih razmerah, v katerih so se znašli nemški delavci. Silšijo se zahteve po vrnitvi starih pravic, ki jih izrekajo predvsem različne sindikalne organizacije v državi. Tudi zato je financiranje grških "ekscesov" za nemško javnost boleče.

Prav znižanje socialne varnosti oziroma stroškov dela je močno pomagalo nemškemu gospodarstvu, da je tako dobro prebrzdalo finančno in gospodarsko krizo, pravi dr. Stratenschulte in dodaja, da je to poleg gospodarske tradicije, inovativnosti in znanja tista prednost, ki je njihovo ekonomijo v času suhih krav obdržala nad vodo. "Sposobnost, inovativnost in dinamičnost," opisuje masivno, z jeklom in steklom okrašeno zgradbo Industrijske in trgovinske zbornice v Berlinu, ki naj bi predstavljala vrhine nemškega gospodarstva, tabla na ploščadi pred stavbo.

Tik ob reki Sprea, ki se vije skozi središče mesta, si je sedež našla tudi nacionalna industrijska in trgovinska zbornica. Njena predstavnica dr. Susanne Lechner potrjuje, da nemško gospodarstvo še danes žanje koristi reforme trga dela, hkrati pa njihova gospodarska rast izvira iz inovativnosti in tehnološke razvlosti ter predvsem dobro kvalificirane delovne sile. "Že res, da se je gospodarstvo vedno lahko opiralo na dobro izobraženo delovno silo, a danes te primanjkuje tudi zato, ker podjetja niso vlagala v izobraževanje delavcev. Bazen, iz katerega smo doslej črpali, se je izpraznil, tudi zaradi nizke stopnje brezposelnosti," poudarja dr. Stratenschulte. "Čeprav sebe radi vidimo kot vzornega učenca, ki vedno naredi domačo nalogo, bi težko zagovarjala stališča, da smo v vseh stvareh lahko vzor drugim evropskim narodom. Imamo dobro stoječe gospodarstvo, vendar pa moramo še marsikaj izboljšati, še posebej na področju izobraževanja. Poleg tega smo tudi mi prestopili mastrichtsko mejo dovoljene zadolženosti. Ta znaša 60 odstotkov, mi pa imamo dolgov za 80 odstotkov našega BDP."

Kljub temu se država dobro zaveda svoje moči v Evropski uniji. "Danes je bolj kot kdajkoli prej jasno, da je Nemčija gospodarski motor Evrope. Morda bo slišati malo zastrašujoče, a če pogledate po Evropi, vidite štiri oziroma pet velikih ekonomij: nemško, francosko, britansko in italijansko, morda še špansko. Potem ni dolgo nič, šele nato sledijo ostale države. Od petih največjih gospodarstev je nemško edino, ki je premagalo krizo, gospodarstvo raste, kljub šibki napovedi prihodnje rasti je primerjalno gledano brezposelnost majhna, zadolženost države pa obvladujemo. V veliki meri se imamo za to zahvaliti Agendi 2010 oziroma reformam, ki sedaj čakajo Francijo, Veliko Britanijo, Italijo in Španijo. Če pomislim, kaj bi se zgodilo z evrom in EU kot celoto, če bi bila Nemčija v enakem položaju kot druge štiri velike ekonomije, si tega sploh ne želim vedeti. Nemčija je tudi sidro stabilnosti za evro. Mi smo tisti, ki nosimo največji delež jamstvenega rizika za države v težavah," ekonomske dobrobiti nemškega članstva v EU pojasnjuje dr. Börzelova.

Nemška marka kot James Dean

Nemško gospodarstvo dobro pozna tudi prednosti, ki mu jih prinašata Evropska unija in evrska družina. Izvozno naravnano gospodarstvo 60 odstotkov vsega izvoženega blaga in storitev proda v državah EU, v države z evrom pa dostavi skoraj 40 odstotkov izvoza. Na enotnem evropskem trgu se ljudje, blago, storitve in denar gibljejo prosto, kar za gospodarstvo pomeni več potrošnikov in več delovne sile ter manj birokratskih ovir. Tu je še skupna evropska valuta, zaradi katere ni treba menjati denarja in odpadejo provizije, prav tako pa je manjša negotovost glede nihanja vrednosti denarja. "Vse to je še posebej pomembno za naša mala in srednje velika podjetja, ki so na evropskem trgu zelo prisotna," poudarja dr. Lechnerjeva iz industrijske in trgovinske zbornice.

Nemčija v evropske države izvažajo celo paleto izdelkov in storitev, od katerih mnoge poznamo tudi v Sloveniji, a asa v rokavu država skriva v tako imenovanih skritih šampionih, nišnih podjetjih, med katerimi se mnoga uvrščajo med srednje velika. Čeprav tudi Nemci ob omembi besedne zveze vodilno podjetje najprej pomislijo na Volkswagen, Siemens ali ThyssenKrupp, v resnici za kar 40 odstotkov njihovega izvoza poskrbijo srednje velika podjetja. Nemčija je v svetovnem merilu država z največ, okoli 1500 podjetji, ki se po prometu uvrščajo med prve tri v svoji panogi. Prvih tisoč ustvari 1,7 milijarde evrov prometa na leto, med njimi pa jih je kar 70 odstotkov v družinski lasti.

Tako ni presenetljivo, da nemško gospodarstvo praktično v en glas zahteva, naj evro ostane, iz območja skupne valute pa ne bi smela izstopiti nobena država. A nemška javnost ni tako prepričana, da je to prava rešitev. "Pri evru imamo ta problem, da o njem politično nismo razpravljali, čeprav smo ga vpeljali zato, da bi združeno Nemčijo tesneje povezali z EU. Zato tudi ni naključje, da je bila odločitev o uvedbi evra sprejeta 9. decembra 1989, natanko mesec dni po padcu berlinskega zidu. Nemcem bi bilo treba tedaj povedati, da potrebujemo evro, da se nas Francozi ne bodo ball, a se je razpravljalo le o tehničnih vprašanjih, kot je plačevanje provizij za menjavo valut. Dana so bila tudi zagotovila, da se z evrom ne bo nič spremenilo in bo vse ostalo tako stabilno kot pri nemški marki. Čeprav ne vemo, kaj bi se z njo dogajalo ob zadnji finančni krizi, pa je pri marki tako kot pri Jamesu Deanu - če umreš mlad, ostaneš za vedno lep," pripoveduje dr. Stratenschulte.

Čeprav je evro prevzel funkcijo stabilnosti, ki jo je prej izpolnjevala nemška marka, je odnos Nemcev do evra ostal ambivalenten. "Gospodarski čudež je pomembno zaznamoval zahodnonemško identiteto in od tod pomen nemške marke za Nemce in njihov patriotizem do nje. Marka je bila zelo močna, loda kadar je postala premočna, je izvoz postal predrag, kar ni bilo dobro za gospodarstvo. Evro tako kot marka prinaša stabilnost, hkrati pa z enotno valuto naši izvozni artikli niso predragi. Zato mislim, da se Nemci zavedajo gospodarskih koristi evra. Po drugi strani pa z evrom povezujejo draginjo, saj so se z njegovo uvedbo podražile ravno tiste stvari, ki jih ljudje najhitreje opazijo, na primer restavracije. Gostinci so le zamenjali valuto, zneski na računih pa so ostali enaki," pojasnjuje dr. Börzel.

27 nemških centov enemu grškemu evru

Na berlinskih ulicah učinkov draginje ni opaziti. Gostinska in trgovinska dejavnost cvetita, neštete kavarne na pločnikih in trgovine so polne. "Evro petdeset," računa za politriško steklenico piva natakariča majhnega lokala, ki se v množici razsvetljenih oken sosednjih barov, brez imena in skorajda v temi skriva na eni izmed bolj obljubljenih berlinskih ulic. V sosednjem lokalu hočejo za pivo že dva evra petdeset, a ni opaziti, da bi to odvrčalo goste. Kriznega stanja v prestolnici ni občutiti. Čeprav ima svoje posebnosti in po njej ne moremo vedno soditi preostalih delov države, tudi dr. Lechnerjeva zatrjuje, da je nemški trg stabilen in ljudje trošijo.

Tudi ko se človek ozre malo višje v nebo, o evropski krizi ni niti sledu. V nedeljo se je Berlin namreč odpravil na deželne volitve, v mestu pa niti najbolj zakoniti ulici ni bilo prizanešeno z volilnimi plakati strank, ki so nad glavami ljudi viseli z uličnih svetilk. "Klaus Wowerelt," se je socialdemokratska stranka SPD profilirala skozi svojega najmočnejšega kandidata. "Da se kaj spremeni," je oglaševala krščansko-demokratska CDU. "Lotiti se moramo stvari," so pozivali Zeleni. "Delo mora biti bolje plačano kot brezposelnost," so bili še najbolj konkretni v liberalni FDP.

Z malih ekranov in pod naslovi časopisov je bilo mogoče videti in brati drugačno realnost - tu se je tudi boj za berlinsko oblast lotil evropske krize. V javnomnenjskih anketah še posebej slabo stoječa FDP se je prav s temo evro poskusila prebiti v berlinski senat. Predsednik stranke in gospodarski minister Philip Rösler je zahteval nadzorovano insolventnost Grčije, pritegnili pa so mu tudi lokalni politični kandidati njegove stranke. Takšno stališče je seveda odmevalo tudi na nacionalni ravni, na kateri se kanclerka Angela Merkel zavzema za pomoč Grčiji z nemškimi jamstvi in insolventnosti ne omenja.

"V resnici bi bil za Nemčijo insolvenčni postopek Grčije veliko dražji kot njena rešitev oziroma zagotavljanje garancij. Z insolvenčnostjo namreč Grki polovico svojih dolgov ne bi plačali, le pa imajo med drugim pri nemških bankah in pri evropski centralni banki, v kateri ima Nemčija 27-odstotni delež. Vsak evro, ki ga Grki ECB ne vrnejo, torej financiramo mi s 27 centi, vendar pa se o tem pri nas ne razpravlja," strastno zagovarja Merklovo dr. Stratenschulte.

Rösler že tako šibki koalicijski vladi CDU/CSU-FDP, ki v supervollnem letu drugega za drugim izgublja sedeže v deželnih parlamentih, FDP pa iz njih praviloma izpada (tudi v Berlinu), ni naredil velike usluge. Stranka si skuša s populizmom povečati volilno podporo, je bilo prevladujoče mnenje medijskih komentatorjev. Kljub nekoliko bolj problematičnemu javnemu mnenju namreč politična, gospodarska in akademska elita praviloma stoji za Merklovo in nemško pomočjo državam v težavah. Pod pogojem, da naredijo domačo nalogo, seveda.

Tisti del volilnega telesa, ki je takšnemu reševanju območja evra manj naklonjen, resnici na ljubo med parlamentarnimi strankami nima prav veliko izbire. Čeprav se tudi v vrstah kanclerkine CDU in sestrskes CSU nekateri zavzemajo za drugačne rešitve kot njihova prva dama, smer Merklove podpirajo opozicijske SPD, Zeleni in Levica. Tako se prav lahko zgodi, da kanclerka pri glasovanju o povečanju jamstvenega sklada v četrtek v parlamentu ne bo dobila lastne večine, ampak ji bodo na pomoč priskočile opozicijske stranke. Veem političnim igricam navkljub pa bo nemška politika na koncu ravnala odgovorno in proevropsko, so prepričani vsi naši sogovorniki. Gospodarska in politična prepletenost Nemčije in Evropske unije skupaj z evrom je prevelika, da bi jo postavljali na kocko.

Všet mi ja Prični se to see what your friends like.

6

Projavte napako v članku

Komentarji (0)

Copyright 2019 Dnevnik d.o.o.

LANDWIRTSCHAFTLICHES

Wochenblatt

WESTFALEN-LIPPE



29. September 2011

ISSN 1144-66

39



Erntedank



Landwirte hoffen auf Vernunft

Nationalpark: Kompromiss statt Konsens? / Pressegespräch des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld

Der geplante Nationalpark Senne/Teutoburger Wald, die Nutzung regenerativer Energien und der Strukturwandel in der Landwirtschaft waren Themen beim Pressegespräch des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe (OWL) am Mittwoch vergangener Woche in Bielefeld. „Die Senne ist ein Juwel, aber durch Nutzung entstanden“, betonte der Verbandsvorsitzende Arnold Weßling. Er bekräftigte damit die ablehnende Position seitens des Verbandes bezüglich der Nationalpark-Pläne von NRW. Umweltminister Johannes Remmel. Anstatt Arbeitsplätze zu gefährden und Millionenkosten zu erzeugen, gelte es die Potenziale der Region zu nutzen. „Wir wollen nicht der Vorgarten von NRW werden, sondern der Nutzgarten sein“, betonte in dem Zusammenhang der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbandes, Heinrich Kemper. Bisher habe es immer geheißen, einen Nationalpark werde es nur im Konsens, im Einvernehmen mit allen Betroffenen geben. Doch nun werde scheinbar nur noch ein Kompromiss angestrebt. Die Frage sei, wen man alles mitnehme: die Politik oder auch die Bürger? Wilhelm Brüggemeier, stellvertretender Vorsitzender des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, wies auf die Risiken eines Nationalparks durch die damit verbundene Einschränkung der Jagd hin. Insbesondere bei Wild-

schweinen hätte dies eine Bestandsexplosion zur Folge, verbunden mit mehr Wildschäden und -unfällen sowie einem erhöhten Seuchenrisiko. Im Fall von Schweinepest wären dann nicht nur Landwirte, sondern auch der gesamte nachgelagerte Bereich wie Schlachthöfe und Fleisch verarbeitende Industrie betroffen. Bis Rheda-Wiedenbrück, Paderborn oder Versmold sei es in dem Zusammenhang nicht weit. Laut Weßling würden alle Möglichkeiten genutzt, um auf die Politik

einzuwirken. „Wir rechnen mit politischer und wirtschaftlicher Vernunft“, so der Vorsitzende. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hält unverändert an. So sank in OWL die Zahl der Schweinehalter in den vergangenen knapp 25 Jahren um mehr als 80 %, die der Rinderhalter um gut 70 %. Vor dem Hintergrund der Energiewende setzten die verbliebenen Landwirte auf neue Standbeine. So wird es bis Ende dieses Jahres allein in OWL 170 Biogasanlagen geben.



Arnold Weßling

Vor dem Hintergrund der Energiewende ist aber auch ein Ausbau des Stromnetzes erforderlich. Sorge bereitet den Bauern in dem Zusammenhang das Netzausbauschleunigungsgesetz. Die Eigentumsrechte der Landwirte dürften nicht übergangen werden, betonte Weßling. Zudem müsse eine angemessene Entschädigung erfolgen. Den Kommunen 40 000 € pro laufendem Kilometer Leitung zu bezahlen, bezeichnete er als „Beruhigungs- bzw. Bestechungsgeld“. bp

„Runder Tisch“ zu Nationalpark-Plänen

Unter Leitung von NRW-Umweltminister Johannes Remmel fand am Montagabend dieser Woche in Bad Lippspringe der erste „runde Tisch“ zur Planung eines Nationalparks in der Senne statt. Wie die „Lippische Landeszeitung“ am Dienstag meldete, waren etwa 120 Vertreter aus allen gesellschaftlichen Bereichen zu der nicht öffentlichen Veranstaltung geladen. Man habe den Kreis bewusst so groß gewählt, „um mit allen ins Gespräch zu kommen“, wird Remmel in der Tageszeitung zitiert. Der Minister soll bei der Veranstaltung ein neues Gutachten des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) präsentiert haben. Ergebnis: Der Truppenübungsplatz Senne mit einer gut 11 600 ha großen Kulisse erfülle

die Voraussetzungen für einen Nationalpark gemäß den Kriterien des Bundesnaturschutzes. „Das Gebiet, das fast 1000 in NRW gefährdete Tier-, Pilz- und Pflanzenarten beherbergt, ist landesweit einzigartig“, soll es in der Expertise heißen. Und: Der Nationalpark sei „denkbar auch unter Fortsetzung einer nationalparkkonformen militärischen Nutzung“. Wie die Zeitung weiter meldet, soll Remmel der von Teilen der CDU und FDP geäußerten Kritik entgegengetreten sein, der runde Tisch sei wegen der Bundeswehrreform verfrüht und gefährde den Truppenstandort Augustdorf. Die Anregung zum runden Tisch sei vom Regionalrat in Detmold gekommen. Zudem gebe es Beschlüsse des Landtags, wonach in der Senne ein Nationalpark

„angestrebt“ werden soll. „Wir wollen diskutieren, ob das überhaupt geht“, wird Remmel zitiert. Auch aus seiner Sicht sei ein Nationalpark Senne aber wohl erst in einigen Jahren zu realisieren. Anders sehe es beim Teutoburger Wald aus, wo auf rund 8600 ha ebenfalls ein Nationalpark möglich wäre. Dieses Projekt werde von der Landesregierung „nach Kräften unterstützt“, aber hier habe der lippische Landrat Friedel Heuwinkel „den Hut auf“, heißt es in der Meldung.

Als „reine Werbekampagne pro Nationalpark“ bezeichnete der Vorsitzende des Lippischen Landwirtschaftlichen Hauptvereins (LLHV), Heinrich Kemper, die von Remmel geleitete Veranstaltung. „Wir fordern einen ordentlichen runden Tisch wie bei Stuttgart 21.“ Dieser müsse neutral moderiert werden. by

Landwirte als Richter

Kostenfreies Seminar am 11. November in Münster für Bäuerinnen und Landwirte, die als ehrenamtliche Richter tätig sein möchten

An den Gerichtsverfahren in Landwirtschaftssachen wirken Landwirte in allen Instanzen vom Amtsgericht bis zum Bundesgerichtshof als ehrenamtliche Richter mit. Damit wird gewährleistet, dass die Entscheidungen der Gerichte die Sachnähe zur Landwirtschaft haben. In NRW werden derzeit ehrenamtliche Landwirtschaftsrichter von den Präsidenten der Oberlandesgerichte für eine fünfjährige Amtszeit in den Amtsgerichten und Oberlandesgerichten berufen. In die Vor-

schlagslisten der Landwirtschaftskammer NRW werden Bäuerinnen und Landwirte aufgenommen, die die Landwirtschaft selbstständig im Haupt- oder Nebenberuf ausüben oder ausüben haben. Als Landwirtschaftsgericht ist in erster Instanz das Amtsgericht mit einem Berufsrichter und zwei ehrenamtlichen Richtern zuständig, in der zweiten Instanz das Oberlandesgericht und in der dritten der Bundesgerichtshof – auch jeweils mit zwei ehrenamtlichen Richtern. Die etwa 400 ehrenamtlichen Richter

in NRW sollen ihre Fachkenntnisse aus der Landwirtschaft in das Verfahren einbringen. Damit erhöhen sie die Kompetenz des Kollegialgerichts. Da sie das Richteramt in gleichem Umfang und mit gleichem Stimmrecht wie die Berufsrichter ausüben, kommt eine große Verantwortung auf sie zu.

In den Gerichtsverfahren geht es häufig um Streitigkeiten bei der Hofverpachtung, Landpachtverträgen oder wenn die Landwirtschaftskammer NRW die Veräußerung von Grundstücken versagt hat.

Zur Unterstützung der Arbeit der ehrenamtlichen Richter dient ein Tagesseminar am Freitag, 11. November, von 9.45 bis 16.30 Uhr, in der Landwirtschaftskammer NRW, Nevinghoff 40, in Münster. Das Seminar wird von der Europäischen Akademie Berlin, dem Bundesverband ehrenamtlicher Richterinnen und Richter sowie der Deutschen

Gesellschaft für Agrarrecht in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer NRW und der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen, Landesverband NRW, durchgeführt und von der Landwirtschaftlichen Rentenbank gefördert. In dem Seminar geht es insbesondere darum, die Handlungskompetenz der ehrenamtlichen Richter zu fördern, indem sie ihre Rechte und Pflichten und den Ablauf des Verfahrens kennenlernen. An praktischen Fällen aus dem Hof- und Landpachtrecht werden sie mit den Rechtsgrundlagen vertraut gemacht. Ursula Sens

Die Teilnahme am Seminar ist kostenlos. Anmeldungen sind bis zum 27. Oktober erbeten an Claudia Rehrs, E-Mail: cr@eab-berlin.eu, Tel. (030) 89 59 51-37. Programm und Anmeldeformular unter www.eab-berlin.eu oder www.schoeffen-nrw.de.

8 Thema: Gäste- und Besucherprogramm

Authentisch, differenziert, aktuell

Wie das Besucherprogramm der Bundesregierung das Deutschlandbild im Ausland prägt

Die Filmexperten aus Asien, Afrika und Lateinamerika, die auf Einladung der Bundesregierung in Deutschland sind, haben in den vergangenen Tagen viel mit ihren deutschen Kollegen diskutiert. Mandisa Zitha, Direktorin eines südafrikanischen Dokumentarfilmfestivals, sagt, sie habe vor der Reise nach Deutschland keine konkrete Vorstellung vom Land gehabt. Da sich die junge Frau auf die gängigen Stereotype, die den Deutschen anhängen – Disziplin, Fleiß, Pünktlichkeit, Humorlosigkeit – nicht einlassen wollte, blieben die Erwartungen vage. Nach nunmehr fünf Tagen in der Bundesrepublik kann sie zwei Dinge als „typisch deutsch“ identifizieren. „Zunächst mal sind das leckere Essen und vor allem das tolle Gebäck sehr deutsch“, sagt die junge Frau und streicht sich dabei lachend über ihren Bauch. Dann fügt sie etwas ernster hinzu: „Wirklich deutsch ist die Transparenz des politischen Systems. Mir ist bewusst, dass das historische Gründe hat, und ich finde interessant, wie Deutschland seine schmerzvolle Geschichte

men aus den Bereichen Journalismus, Kultur, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und prägen in ihren jeweiligen Funktionen das Deutschlandbild im Ausland.

Anlässlich des 50. Programmjubiläums im Jahr 2008 bezeichnete Michael Gerds – heute deutscher Botschafter in Rom – das Besucherprogramm als „Flaggschiff der deutschen Public Diplo-



Die Teilnehmer der Themenreise für Herausgeber politischer Blogs waren im April u.a. zu Gast bei der Internet-Enquête-Kommission des Bundestags

50. Jahre Besucherprogramm: Kolloquium im Europasaal des AA



in etwas so Positives gewandelt hat.“ Der Filmemacher Ammar Basha aus dem Jemen fügt hinzu: „Ich finde Deutsche ‚tough‘, sie wissen, was sie wollen und sind direkt – das gefällt mir. In Zukunft werde ich mir für meine Filme einen deutschen Produzenten suchen.“

Die ausländischen Multiplikatoren verbringen eine Woche in Deutschland. In dieser kurzen Zeit absolvieren die Gäste ein dichtes Programm mit für sie maßgeschneiderten Terminen. Pro Jahr bekommen etwa 1000 hochrangige Persönlichkeiten und junge Nachwuchskräfte aus dem Ausland die Gelegenheit, an einer von rund 200 Informationsreisen teilzunehmen. Die Besucher kom-

macy“. Er betonte damals die Bedeutung von persönlichen Erfahrungen für das Deutschlandbild im Ausland: „Stereotype kann man meiner Ansicht nach nur dadurch überwinden, dass man Menschen miteinander unmittelbar in Kontakt bringt. Im Internet kann ich zwar jede Information über Deutschland abrufen, aber die hat überhaupt keinen emotionalen Wert“, sagte Gerds. Der Schlüssel zum Erfolg des Besucherprogramms liegt demnach in der Verbindung von sachlicher Information und eigenem Erleben.

Bei einer Befragung der Teilnehmenden sämtlicher Besucherreisen aus dem Jahr 2010 gaben rund 99 Prozent der Befragten an, ihr Deutschlandbild habe sich aufgrund ihres Besuchs verbessert. Rund 95 Prozent der Multiplikatoren waren sich sicher, dass sie die auf der Reise gewonnenen Erkenntnisse in Zukunft auch beruflich nutzen werden. Insgesamt stellten die Teilnehmenden dem Besucherprogramm ein hervorragendes Zeugnis aus – mit durchschnittlich 5,7 von 6 möglichen Pluspunkten.

Trotz dieser Traumergebnisse muss das Besucherprogramm im Jahr 2011 drastische Kürzungen des Budgets hinnehmen. Der Jahresetat von 3,8 Millionen Euro im Jahr 2010 ist auf rund 3 Millionen geschrumpft. Davon sind derzeit 500 000 Euro durch den Bundestag gesperrt, sodass in diesem Jahr nicht mehr als rund 2,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Indessen besteht begründete Hoffnung, dass das Budget 2012 wieder steigt.

Wer eine der begehrten Einladungen erhält, entscheiden die Auslandsvertretungen und die Zentrale gemeinsam. Je nach Profil der Teilnehmenden variieren Art und inhaltlicher Schwerpunkt der Reisen. Ein sehr beliebtes Format sind Themenreisen. Dafür kommen Teilnehmende aus verschiedenen Ländern zu einem Schwerpunktprogramm nach Deutschland. In diesem Jahr sind 19 solcher Themenreisen angesetzt. Neben bewährten Reiseformaten zur Grünen Woche oder zur Berlinale legen wir großen

Wert auf Aktualität. So gibt es beispielsweise mehrere Reisen zur Euro-Schuldenkrise und zur Energiepolitik der Bundesregierung sowie eine Tour, bei der die Debatte um Migration und Integration im Mittelpunkt steht. Auch Reisen für Blogger aus Ländern mit eingeschränkter Pressefreiheit sind ein junges Format, das wegen der großen Nachfrage in diesem Jahr gleich zweimal angeboten wird.

Weiterhin bietet das Besucherprogramm Einzelreisen für besonders hochrangige Multiplikatoren sowie Gruppenreisen, die für einen Kreis von Experten aus derselben Region vorgesehen sind. Zusätzlich unterstützt das Besucherprogramm Hospitanzen für ausländische Journalisten und „young high potentials“ in deutschen Redaktionen sowie Drehreisen für Filmteams aus devisenschwachen Ländern.

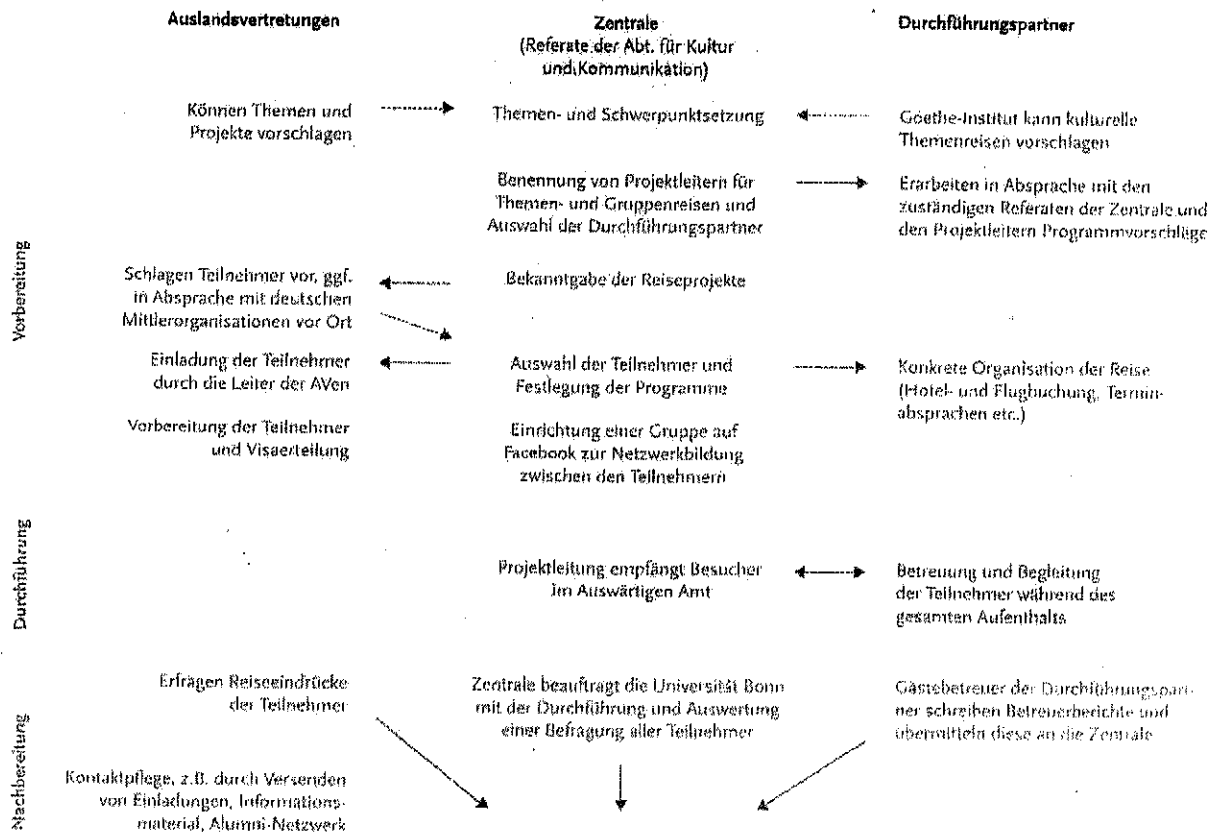
Je nach thematischem Schwerpunkt beauftragt das Auswärtige Amt externe Durchführungspartner – darunter das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die Europäische Akademie Berlin und den Deutschen Olympischen Sportbund – mit der Ausarbeitung von Programmvorschlägen sowie der Betreuung der Teilnehmenden. Jedes Jahr haben die Besucher die Gelegenheit, die externen Partner im Rahmen einer Online-Befragung einzeln zu bewerten. Die Durchführung und Auswertung dieser Eva-

uation übernimmt das Zentrum für Evaluation und Methoden der Universität Bonn.

Seit den ersten Einladungsreisen für Journalisten im Jahr 1958 waren mehr als 50 000 Meinungsführer im Rahmen des Besucherprogramms zu Gast in Deutschland. Das Auswärtige Amt ist seit 2003 für das Besucherprogramm verantwortlich. Zuvor lag die Zuständigkeit beim Bundespresseamt. Bereits 1961 beauftragte das BPA den gemeinnützigen Verein Inter Nationes mit der Organisation der Besucherreisen. Auch die erste Themenreise zum deutschen Genossenschaftswesen wurde 1966 von Inter Nationes organisiert. Bis in die 1980er-Jahre hinein kam der größte Teil der Besucher aus Europa. Nach der deutschen Wiedervereinigung rückten dann Multiplikatoren aus den USA und Asien in den Fokus. Themenschwerpunkte waren Rechtsstaatlichkeit und die gesellschaftliche Transformation. Im Jahr 2001 fusionierte Inter Nationes mit dem Goethe-Institut. Seither nimmt der Dialog mit den Besuchern über gemeinsame Fragestellungen einen immer größeren Platz in der Konzeption der Reisen ein. Ziel bleibt es jedoch, den Gästen Deutschland näher zu bringen – durch eigenes Erleben und gezielte Informationen.

THERESA KROHN, THOMAS KNAUS, Referat 608-7, Zentrale Berlin

Organisation des Besucherprogramms



ter nach, da ein Professor unerwartet nach Frankreich musste, um dort für die künstliche Befruchtung einer Nashornkub zu sorgen.

Unerwartetes gehört auch zum Job eines Begleiters. In Hamburg wird Sonia Bridis Brieftasche gestohlen. Kreditkarten, viel Bargeld und der Reisepass sind weg. Eigentlich müssten wir sofort abbrechen, um zum Konsulat nach Berlin zurückzukehren. Doch nach Anrufen in Rio de Janeiro und bei der Botschaft ist klar: Bridi dreht weiter und wird mit einem neuen Reisepass zurückfliegen.

Um sieben Uhr früh am nächsten Morgen sitzen wir in einem Charterbus, der uns nach Sankt Peter-Ording an der Nordsee fährt. Lenkdrachen sollen zukünftig Containerschiffe über den Atlantik ziehen und dabei mehr als 30 Prozent Energie einsparen. 40 Mil-

lionen Euro hat die Technik von SkySails bisher gekostet. Die Journalisten sollen eines der ersten Manöver von einem Dampfer aus beobachten.

Das Meer ist so weit draußen unruhig. Doch Bridi und Zero sind Profis, sie arbeiten weiter. Drei Stunden später gelingt Zero der perfekte Shot vom Containerschiff samt Lenkdrachen. TV-Reporterin Bridi erklart vor der Kamera, wie der Riesen-Kite funktioniert.

Eine Woche später stehen Sonia Bridi und Paulo Zero wieder am Flughafen. Sonia Bridi winkt mir lachend zu, in ihrer Hand der neue Reisepass.

MATTHIAS LEHMPHUL, Goethe-Institut, Berlin

Aufarbeitung und Aussöhnung

Geschichte ist eng mit der Gegenwart verknüpft; ungeachtet der Zeitspanne ist man auch persönlich mit ihr verbunden. (Zitat eines indonesischen Gastes)

Coming to terms with history – Aufarbeitung der Vergangenheit und Aussöhnung: Vor dieser Aufgabe steht nicht nur die deutsche Bevölkerung. In vielen anderen Ländern ist der Umgang mit traumatischen Ereignissen in der eigenen Geschichte und deren Verarbeitung eine zentrale Herausforderung.

Referat 602 betrat mit der Konzipierung der Besucherreise „Coming to terms with history“, die sich speziell an Journalisten und „Vergangenheitsexperten“ aus Süd- und Südostasien richtete. Neuland. Gemeinsam mit der Europäischen Akademie Berlin, die Durchführungspartner der Reise war, wurde früh beschlossen, die Frage der Vergangenheitsaufarbeitung nicht nur aus deutscher Perspektive zu behandeln, sondern als globale Herausforderung, die in jedem Land eigene, individuelle Wege gehen muss. Daher wurden neben beiden deutschen Diktaturen, auch Beispiele aus Ruanda, Chile und Südafrika in das Programm einbezogen.

Der rote Faden der rund zehntägigen Reise war die Frage, wie die Erinnerung an die eigene Geschichte wachgehalten und wie Verantwortung für das Geschehene übernommen werden kann. Die Reise sollte aber zudem durch zahlreiche Beispiele der Vergangenheitsaufarbeitung konkrete Möglichkeiten zum Umgang mit traumatischen Ereignissen aufzeigen. Hierbei spielte auch die Interaktion unter den Teilnehmern, die mit der jeweiligen Praxis in anderen asiatischen Ländern nicht zwangsläufig vertraut waren, eine zentrale Rolle.

Nach zwei Tagen zur Einführung in die Thematik durch verschiedene Dozenten – vertiefte Kenntnisse der deutschen, südafrikanischen oder ruandischen Geschichte können in Südostasien nicht vorausgesetzt werden – standen Besichtigungen von Gedenkstätten, Gespräche mit Zeitzeugen, Experten und Journalisten im Fokus.

So fand zunächst eine Besichtigung der Gedenkstätte Sachsenhausen statt, die von dem Leiter der Gedenkstätte, Professor Dr. Günter Morsch, begleitet wurde. Bei der Besichtigung der „Topo-

graphie des Terrors“ konnten sich die Teilnehmer über eine der wichtigsten Einrichtungen des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Terrorapparats und dessen Darstellung inmitten Berlins informieren. In der Gedenkstätte Hohenschönhausen bestand Gelegenheit, sich unmittelbar mit Opfern des SED-Regimes auszutauschen, was einige Teilnehmer sichtlich bewegte. Weitere Programmpunkte widmeten sich Fragen wie dem schulischen und medialen Umgang mit traumatischen Ereignissen, der Betreuung und Entschädigung von Opfern sowie dem Umgang mit Tätern.

Diese Ereignisse verursachten viel Leid

1965/1966	REGIERUNGSWECHSEL IN INDONESIEN
1971	UNABHÄNGIGKEITSKRIEG IN BANGLADESCH
1975–1979	KHMER-ROUGE-HERRSCHAFT IN KAMBODSCHA
1999–2001	UNABHÄNGIGKEITSBEWEGUNG VON TIMOR-LESTE

Der dritte Teil der Reise widmete sich Formen des Gedenkens im Alltag wie der Gedenktafel für die Opfer der Konzentrationslager an einer belebten Straße in Schöneberg oder der Stolperstein-Initiative. Die Stolpersteine hinterließen durch ihren sehr persönlichen Umgang mit der Vergangenheit bei allen Teilnehmern einen tiefen Eindruck. Der intensive Austausch beim gemeinsamen Abschlussessen im Auswärtigen Amt zeigte, dass die Besucherreise allen am Projekt Beteiligten neue Sichtweisen eröffnet hat. Unter den Teilnehmern kam es zu regem Gedankenaustausch über konkrete Projekte in den Herkunftsländern. Die während der Reise gemachten Erfahrungen waren Inspiration für die Fortführung bestehender und die Umsetzung neuer Projekte der Vergangenheitsbewältigung, beispielsweise für ein virtuelles Museum über die Menschenrechte in Indonesien und das Liberation War Museum in Bangladesch.

STEFANIE GRÄBER, MICHAEL KERN, SANDRA LEHNIK,

Referat 602, Zentrale Berlin

Europeo de los Jueces legos, el cual haremos entrega el próximo año en el Parlamento Europeo.

Debemos señalar que todo el esfuerzo económico de participación en este hito o logro histórico, ha salido de nuestra Asociación tras la aprobación en la Asamblea General llevada a cabo en la localidad de Mijas en el año 2010 y la ratificación en la del presente ejercicio celebrada en Albox.

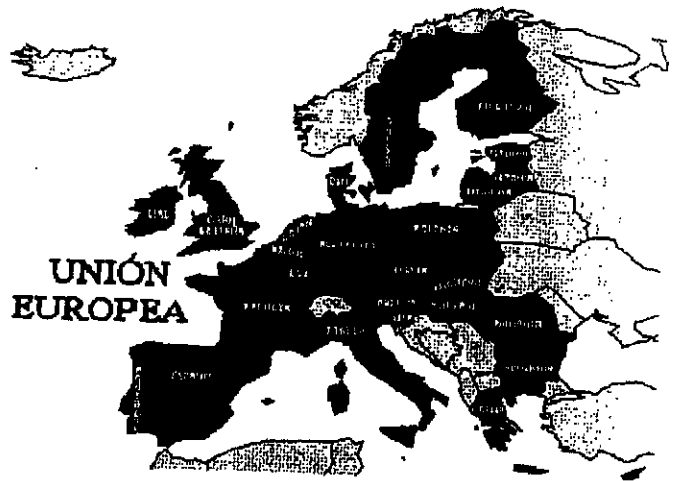


Presidentes de las distintas Asociaciones Europeas de justicia lega que firmaron la Declaración de Londres de Jueces Legos.

A las distintas reuniones hemos acudido, junto al Presidente, un cierto número de cargos del Comité Permanente, tales como el Secretario, Vicepresidente primero y la Vocal por Almería. Valoramos desde estas páginas el esfuerzo desinteresado del Sr. Ismael Cumbreña, el cual nos acompañó como traductor en estas negociaciones, tanto en Berlín como en Londres. Señalamos que en esta última reunión contamos con la estimable presencia del Sr. Presidente de la Asociación Asturiana de Jueces de Paz.



Mesa de trabajo de los representantes de las Asociaciones de Andalucía, Asturias, Federación Estatal de Asociaciones de Justicia de Paz y Francia, junto al traductor Sr. Cumbreña.



Declaración de Jueces Legos de Europa

Los participantes en el Tercer Foro de Jueces Legos que tuvo lugar entre los días 22 y 24 de julio de 2011 en Londres y que representan a las organizaciones nacionales de los siguientes países europeos:

*Alemania
Austria
Bélgica
Bulgaria
Escocia
España
Estonia
Inglaterra/Gales
Italia
Finlandia
Francia
Portugal
Suecia
Suiza*

han acordado la siguiente declaración como resultado del encuentro arriba mencionado:

- 1. La participación de los Jueces Legos¹ es un elemento esencial de cualquier sistema de justicia que desee ser transparente y comprensible.*
- 2. En muchos países la participación de Jueces Legos se fundamenta en una tradición que se remonta a hace cientos de años. En un mundo cada vez más diferenciado y especializado, la continua implicación de los jueces legos asegura que el sistema de justicia permanezca accesible y*

¹ El término juez lego cubre varios tipos de implicación a la hora de impartir justicia y de las funciones desempeñadas por ellos: magistrados legos, jueces de paz, mediadores, jueces en tribunales civiles y penales, asesores legos en lo penal, o jueces con experiencia en asuntos de menores, comerciales o agrícolas.

comprensible al pueblo y que siempre sea capaz de responder a los cambios sociales.

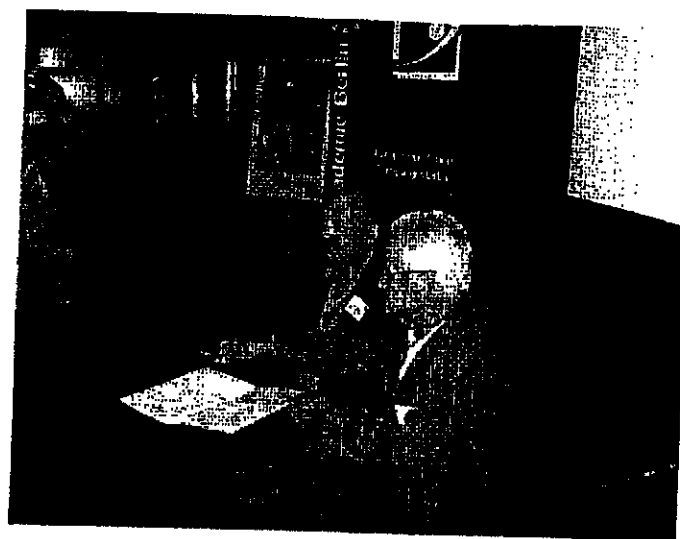
3. Los Jueces Legos son un elemento esencial de la sociedad civil. Y por lo tanto, este foro de Justicia Lega explícitamente se opone a los esfuerzos de cualquier parlamento o gobierno europeo por reducir o abolir la participación de jueces legos.

4. El Tercer Foro de Jueces Legos ha decidido que las Organizaciones Nacionales de Jueces Legos cooperarán aún con más fuerza y unión para publicar un "Estatuto Europeo de Jueces Legos" y fundar una "Organización Europea de Jueces Legos". Su propósito será fomentar la participación ciudadana en los sistemas de justicia.

5. El Tercer Foro de Jueces Legos celebrado en Londres quiere mostrar su agradecimiento a la Comisión Europea por apoyar este valioso intercambio de ideas y conocimientos.

Firmas.

Austria	Belgium
Bulgaria	England/Wales
Estonia	Finland
France	Germany
Italy	Portugal
Netherlands	Spain
Scotland	Sweden
Switzerland	



Momento histórico, al menos para aquellos interesados en la Justicia de Paz, de la firma de adhesión a la declaración de "Londres"

Segunda vertiente

Por todos es conocido el problema creado en Andalucía por la Junta con la entrada en vigor de la tan contestada Ley 5/2010 de 11 de junio de Autonomía Local. Nosotros nos vamos a referir en esta Ley por lo que acontece a los Juzgados de Paz, así como en la desmotivación creada en el personal que presta los servicios en estos órganos jurisdiccionales: los denominados Secretarios Idóneos. Al día que escribo esto, aun nos llegan correos de personas que no han recibido la indemnización de su Ayuntamiento.

Decíamos en el anterior número que habíamos trasladado quejas al Defensor del Pueblo Andalúz sobre tres asuntos. El primero denunciando la existencia de numerosos escritos de Secretarios indicándonos no haber cobrado las indemnizaciones correspondientes al primer trimestre, una vez llegado el mes de mayo. Un segundo, relativo a la espera desde hace más de cuatro años a que se restituya en la Bolsa de Interinos del año 2006 el Art. 5 del Reglamento de la Bolsa del año 2000. El tercero queja versaba sobre la escasa o nula información de la Consejería ante esta nueva situación, tanto a los afectados como a la Asociación que los representan.

Conjuntamente con esta queja al Defensor, habíamos "metido" en el Parlamento una ILP (Iniciativa Legislativa Popular) al objeto que se anulara o se dejara sin efecto el punto 27 del Art. 9 de la precitada Ley y a su vez, con esta iniciativa, registrábamos la pregunta al Sr. Griñán o en su defecto, al Sr., Consejero, relativa a; "si conocían el número de Secretarios Idóneos que a la fecha de

Hilfe | Suche | Sitemap | Kontakt | Presse | Deutschlandradio Kultur | DRadio Wissen

dradio.de

Deutschlandfunk

Wir über uns | Programmvorschau | Frequenzen

Interview der Woche

Sendungen A-Z

Programm:
Vor- und Ruckschau

Playlist heute

Hörspiel

Interview

Kirchensendungen

Reihen und
Schwerpunkte

Lyrix

Mathekalender

Audio

Tagasüberblick

Mobil

Presseschau

Newsletter

Konzertreihen

Veranstaltungen

Wetter

Seewetter

Verkehr

CDs und Bücher

INTERVIEW

21.10.2011



Angela Merkel (l.) und Nicolas Sarkozy beim Schuldengipfel in Paris. (Bild: picture alliance / dpa (Horacio Villalobos))

Stratenschulte: Die anderen 25 Staaten sind eigentlich Statisten

Leiter der Europäischen Akademie nennt deutsche EU-Politik Salamiakt

Eckart Stratenschulte im Gespräch mit Jasper Barenberg

Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie, meint, dass die EU durch die Dominanz von Deutschland und Frankreich Schaden nehmen könnte. Die Situation sei eigentlich ziemlich klar, doch traue sich keiner, den Gesamtplan auf den Tisch zu legen. Es sei geradezu lächerlich, dass die EU meine, mit dem ökonomisch kleinen Griechenland nicht ins Relne kommen zu können.

Jasper Barenberg: Eine überzeugende Antwort hatten Europas Regierungen für den Gipfel am Wochenende versprochen, keinen Befreiungsschlag zwar, aber doch ein Gesamtkonzept, wie die Union die großen Schwierigkeiten in den Griff bekommen will. Steht das alles jetzt zur Disposition?

Am Telefon mitgehört hat Professor Eckart Stratenschulte, er leitet die Europäische Akademie in Berlin.

Schönen guten Tag, Herr Stratenschulte.

Eckart Stratenschulte: Ja, wunderschönen guten Tag!

Barenberg: Herr Stratenschulte, dreht sich einem ausgewiesenen Anhänger der europäischen Einigung und des Projektes europäische Einigung gewissermaßen heute der Magen um?

Stratenschulte: Na ja, einfach ist die Situation nicht, aber sie bietet doch auch die Möglichkeit, dass wir die Strukturen der Europäischen Union neu diskutieren und neu verhandeln. Insofern der alte abgegriffene Spruch hat wirklich Sinn: In jeder Krise steckt auch eine Chance. Wir müssen sie nur nutzen, und die Voraussetzung dafür ist Glaubwürdigkeit der Akteure.

Barenberg: Und diese Glaubwürdigkeit erreicht man, indem man einen Gipfel verschieben muss, jedenfalls bis nächste Woche jetzt warten muss, nachdem er ja bereits schon mal verschoben worden war, der EU-Gipfel. Nichts ist in trockenen Tüchern. Wie kann da Vertrauen geschaffen werden?

Stratenschulte: Ja das ist genau das Problem. Im Grunde genommen ist doch allen Akteuren die Situation ziemlich klar, nur keiner traut sich, das wirklich seinem Publikum zu sagen. Deswegen geschieht genau das: Es wird in der Salamiaktik immer Scheibchen für Scheibchen serviert, dann wird das noch schön garniert, heute Morgen haben die Bundestagsfraktionen getagt, aus den Fraktionen hört man, dass die Abgeordneten selber nicht durchblicken, dass ihnen nicht klar ist, was Frau Merkel und Herr Schäuble ihnen eigentlich gesagt haben. So kann man natürlich dann auch bei den Bürgern kein Vertrauen schaffen. Nein: Wir müssen den Gesamtplan auf den Tisch legen, wir müssen sagen, was Sache ist, und dann eine Lösung finden. Es ist doch geradezu lächerlich, dass die Europäische Union meint, mit dem ökonomisch kleinen Griechenland nicht ins Relne kommen zu können. Man muss nur der Wahrheit ins Auge schauen.

Barenberg: Wie viel Zuversicht kann man denn haben, wenn es nicht einmal gelingt, jetzt einen halbwegs geordneten Plan, einen übersichtlichen Plan auf die Beine zu stellen?

Stratenschulte: Die Schwierigkeit mit dieser Salamiaktik ist, dass es immer teurer wird und dass es immer unübersichtlicher wird, und die Frage ist, wie lange wir uns das eigentlich noch leisten wollen. Auf der anderen Seite ist es so, dass wir jetzt langsam einen Kulminationspunkt erreichen, der auch dann dazu zwingt, offen mit der Situation umzugehen. Insofern bin ich natürlich nicht erfreut über die Situation, denke aber auch tatsächlich, jetzt kommt der Punkt der Wahrheit, wo wir dann über die Grundfragen europäischer Solidarität miteinander neu

Suchen | erweiterte Suche

LINKS ZUM BEITRAG

Mehr zum Thema **50 Jahre Mauerbau**

Mehr zum Thema **Politik**

Mehr zur Sendung:
Aktuelle Beiträge

Archiv

Links bei dradio.de:

Niederländer wollen starke EU-Kommission (Europa heute)

Kommt der Zwei-Billionen-Euro-Hebel? (Aktuell)

Europäer bei G-20-Treffen unter Druck (Aktuell)

Slowakei billigt Ausweitung des Euro-Rettungsschirms (Aktuell)

Weltweite Proteste gegen die Macht der Banken (Aktuell)

Sammelportal dradio.de: Euro in der Krise

JETZT IM RADIO

MESZ **09:19 Uhr**

Deutschlandfunk

Seit 09:10 Uhr

Europa heute

Nächste Sendung: 09:30 Uhr

Nachrichten

mehr

LIVE-STREAM

Deutschlandfunk

Flash | WMP | OGG | MP3

Dokumente und Debatten **mehr**

MP3

AUDIO ON DEMAND

Beiträge zum Nachhören

HTML | Flash

für diesen Beitrag

Wie groß ist der Schaden für Europa? Interv. Eckart Stratenschulte, Europ. Akad
MP3 | Flash

Sendezeit: 21.10.2011 12:23

PODCAST

Radio zum Mitnehmen

Podcast: Sendungen

Podcast: Themen

PLAYER / RECORDER

dradio-Recorder
Im Beta-Test:

herunterladen

Erste Schritte

sprechen können.

KOOPERATIONSPARTNER

Barenberg: Droht denn, das europäische Projekt Schaden zu nehmen?

Stratenschulte: Ja, die Gefahr ist durchaus da, weil auch die europäische Governance sich verändert. Sie merken das ganz deutlich: der europäische Rat wird nicht mehr von Herrn van Rompuy einberufen, sondern von Frau Merkel und Herrn Sarkozy, und wenn die zwei sich nicht einig sind, dann wird er verschoben. Die anderen 25 sind eigentlich Statisten, die können derweil im Vorraum sitzen und Karten spielen. Das ist keine gute Entwicklung für die Europäische Union, insofern ist das Schadenspotenzial durchaus da. Es ist aber auch die Möglichkeit da, dass wir über einige Grundfragen, wie wir die europäische Integration verfassen, neu sprechen können. Sie erleben bei uns auf einmal eine Diskussion über die Vereinigten Staaten von Europa, was immer das im einzelnen heißt. Also, Risiko und Chance sind beide in der Tüte.



Chronik der Mauer

Barenberg: Die Situation, die verfahrenere Lage, all das veranlasst die SPD zu dem Vorwurf an die Adresse der Kanzlerin, ihr sei die Situation aus der Hand geglitten. Ist da etwas dran?

Stratenschulte: Sagen wir mal so: die Kanzlerin weiß, glaube ich, relativ genau und schon relativ lange, was zu tun ist, sie weiß nur nicht, wie sie es der Öffentlichkeit verkaufen soll. Man darf nicht vergessen: die Kanzlerin steht ja so stark nicht da innenpolitisch, sie hat mehrere Wahlen verloren, also in den Bundesländern, und muss daher versuchen, immer abzuwehren. Nur das führt genau zu dem Vertrauensverlust. Dass die Opposition das kritisiert, ist klar. Ob sie es, wenn sie in der Regierung wäre, anders gemacht hätte und anders machen würde, sei dahingestellt.

Barenberg: Wir haben ja im Moment eine polnische Ratspräsidentschaft. Davon ist allerdings öffentlich kaum die Rede, weil die Musik eben in Berlin und in Paris spielt. Sie haben eben von der Statistenrolle vieler europäischer Partner gesprochen. Wie lange kann das noch gut gehen und wann wird sich dieser Unmut, der sich da ansammelt, Bahn brechen?

Stratenschulte: Der Unmut bricht sich ja schon Bahn und das erleben wir in kleineren Ländern wie den Niederlanden, die ja auch so klein nicht sind, oder in Finnland, also Ländern, die wir für die Stabilisierung der Situation dringend benötigen, die aber aus der Solidarität aussteigen oder ein Stück weit aussteigen, weil sie sagen, uns nimmt sowieso keiner ernst und keiner hört auf uns. Das ist eine brandgefährliche Entwicklung und deshalb müssen zwar auf der einen Seite Deutschland und Frankreich Führung zeigen, aber sie wären gut beraten, die Partner intensiv einzubeziehen und auf sie zu hören. Und wenn sie sich die Reihe der Finanzminister so anschauen, dann stellen sie durchaus fest, da gibt es auch andere, die von der Sache was verstehen und wo es sich lohnen würde, mal genau hinzuhören.

Barenberg: Zum Schluss, Herr Stratenschulte: Wie zuversichtlich sind Sie, dass wir am kommenden Mittwoch ein überzeugendes Ergebnis auf dem Tisch haben werden?

Stratenschulte: 25 Prozent maximal, weil ich fürchte, dass die Gesetze der Politik, also man darf den Leuten nicht sagen, was wirklich Sache ist, um sie nicht zu verschrecken, vermutlich Oberhand gewinnen und insofern weitergewurstelt wird. Ich würde mir wünschen, es wäre anders. Also was hätte ich gerne unterscheidet sich deutlich von dem, was ich erwarte. In Bezug auf den Gipfel am nächsten Mittwoch bin ich sehr mäßig optimistisch.

Barenberg: Professor Dr. Eckart Stratenschulte, er leitet die Europäische Akademie in Berlin. Herr Stratenschulte, danke für das Gespräch heute Mittag.

Stratenschulte: Ich danke Ihnen! Auf Wiederhören!

Barenberg: Auf Wiederhören.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandradio macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

[zurück zum Seitenanfang](#)

[Artikel drucken](#)
[Artikel weiterempfehlen](#)

© 2011 Deutschlandradio

[Hilfe](#) | [Impressum](#) | [Kontakt](#)

Lübeck, Dienstag, 1. November 2011

VR-Journal

Europa und der Euro – Glück oder Alptraum?

Sonderveröffentlichung zum Wirtschaftstag 2011 der Volksbanken

und Raiffeisenbanken in Lübeck

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Internationale Stabilität

Wieder einmal verzeichnete der Wirtschaftstag der Volksbanken und Raiffeisenbanken einen neuen Besucherrekord. Bereits zum 16. Mal wurden Kunden und Mitglieder in die Musik- und Kongresshalle nach Lübeck eingeladen. Über 1.600 Gäste erlebten einen interessanten, abwechslungsreichen und informativen Abend.

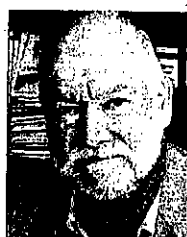
Die Podiumsgäste von Moderatorin Maybrit Illner:



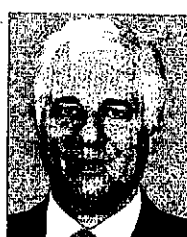
Maybrit Illner
als Moderatorin
der Runde



Hans Eichel
Bundesfinanzminister
a.D.



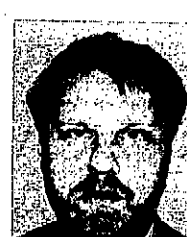
Prof. Dr. Dr. h.c.
Joachim Starbatty
Universität Tübingen



Prof. Dr. Eckart D.
Stratenschulte
Europ. Akademie Berlin



Jorgo Chatzidakis
Europäisches Parlament
Brüssel



Wolfgang Münchau
Europa-Kolumnist der
Financial Times Ltd.

„Internationale Stabilität. Europa und der Euro – Glück oder Alptraum?“. Unter dieser Überschrift fand der diesjährige Wirtschaftstag der Genossenschaftsbanken statt. Schon mit der Auswahl des brandaktuellen Themas bewiesen die Organisatoren besonderes Finger-
spitzengefühl und Weitsicht.

Es wurde deutlich, dass Europa und die Welt vor einschneidenden Herausforderungen stehen. Tiefgreifende Umbrüche und ein generelles Umdenken aller sind notwendig, um die aktuellen Probleme bewerkstelligen zu können. Die Wirtschafts- und Finanzkrise stellt die Europäische Union aber auch die Weltgemeinschaft vor eine ihrer bisher größten Bewährungsproben.

Zum Thema diskutierten prominente und zugleich kompetente Gesprächspartner erneut unter der Leitung von ZDF-Moderatorin Maybrit Illner. Die unterschiedlichen Sichtweisen und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen der Experten zeig-

ten sich unmissverständlich. Es wurde deutlich, dass internationale Stabilität eine grundlegende Voraussetzung ist, um zukünftig akzeptierte Ziele und Grundsätze der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik umsetzen zu können.

Als Vertreter der Volksbanken und Raiffeisenbanken hob Dr. Michael Brandt die besondere Aktualität und Brisanz des Themas des diesjährigen Wirtschaftstages hervor. Er betonte, dass die Volksbanken Raiffeisenbanken in der Regi-

on ihrem Förderauftrag gerecht werden, Geld in der Region „einzusammeln“ und für die regionale Wirtschaft eben genau hier auch wieder zur Verfügung zu stellen.

Mit der Kampagne „Jeder Mensch hat etwas, das ihn an-

treibt“ beschäftigen sich die Volks- und Raiffeisenbanken mit der Frage, warum sich Menschen in einer Sache engagieren. Dahinter steht fast immer auch die Frage nach dem Sinn der Aufgabe. Als Beispiele für gelebte Werte und den in einer Aufgabe gefundenen Sinn sprach Dr. Brandt mit zwei hochinteressanten Personen, die in der Kampagne porträtiert werden: Katharina Klan und Siegfried Müller. Beide konnten in überzeugender Art und Weise vermitteln, in welcher Weise Werte das Handeln der Menschen bestimmen (siehe auch Seite 11). Abschließend betonte Dr. Brandt, dass die Volksbanken und Raiffeisenbanken auch zukünftig verlässlich, sicher und vertrauensvoll in den einzelnen Regionen als kundenorientierte Finanzdienstleister zur Verfügung stehen.

Umrahmt wurde dieser interessante Abend durch einen mitreißenden Nik Breidenbach Chor und einen „bodenständigen“ Volkert Ipsen (siehe Seite 10).



Moderatorin Maybrit Illner begrüßt mit Vertretern der Volksbanken und Raiffeisenbanken zum Wirtschaftstag 2011 die Podiumsgäste des Abends.

Foto: Tha



EUROPÄISCHE BILDUNG ALS PFLICHTINHALT AN ALLEN SCHULEN

FORDERUNGEN DER TEILNEHMER DES DEUTSCH-POLNISCHEN JUGENDKONGRESS „VERSTEHEN – ERLEBEN – GESTALTEN“

Veranstaltungsbeiträge, Berlin, 9. Nov. 2011

Hrsg.: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Zwanzig jungen Menschen haben bei der KAS-Podiumsdiskussion „Deutschland und Polen im vereinten Europa“ ihre Ideen und Wünsche für das Europa der Zukunft vorgestellt. Diese wurden auf dem deutsch-polnischen Jugendkongress „Verstehen – Erleben – Gestalten“ in der Europäischen Akademie Berlin erarbeitet. In vier Gruppen diskutierten die Jugendlichen die Themen: „Europa und die Welt“, „Soziales Europa“, „Kommunikation“ sowie „Integration“. Trotz unterschiedlicher Perspektiven entdeckten sie dabei viele Gemeinsamkeiten, wie die Forderungen zeigen:

EUROPA UND Die WELT

Was genau zeichnet die Europäische Union aus und was für eine Rolle spielt sie in der Welt in gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Hinsicht? Wo wird sie (vermutlich) im Jahre 2020 stehen?

- Zur Relevanz Europas als sogenannter „Global Player“ in der globalisierten Welt ist die Erhaltung und Rettung des Euro unabdingbar. Ansonsten verliert Europa seine politische und wirtschaftliche Bedeutung in der Welt!
- So wie wir die Welt betrachten, so werden wir auch gesehen. Europa muss daher in Politik und Gesellschaft toleranter werden!
- Europa soll als starke Gemeinschaft und als Vorbild im Bereich Umwelt, Menschenrechte und innovative Technologie fungieren - jetzt und auch in Zukunft. Daher fordern wir stärkere Ausbildung von Fachkräften und Entwicklung der Forschung!

SOZIALES EUROPA

Sozialpolitik bedeutet für uns Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation, insbesondere benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen. Für uns ist es wichtig, die soziale Lage der Menschen durch einen Ausgleich der Lebenschancen und Existenzbedingungen zu verbessern. Daher fordern wir:

- Gleichberechtigte Bedingungen für Studenten und Auszubildende in Bezug auf Einschreibungen an Universitäten (finanzielle Gleichstellung)!
- Vereinbarkeit von Kind und Karriere (skandinavisches Familienmodell, Ganztagschulen, Elterngeld, Kitaplätze)!
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch:
 - Bildung von Kindern und Jugend,
 - Spezialisierung in Berufsnischen,
 - Bessere Ausbildung der Fachkräfte,
 - Unterstützung und Aufbau der Fremdsprachen!

KOMMUNIKATION

- Europa muss transparenter werden! Wir wünschen uns mehr Ehrlichkeit in der EU-Politik. Erstens durch die Vermittlung von konkreten Informationen zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern. Zweitens

durch regelmäßige Sendungen und Berichte über aktuelle Themen, die in den EU-Institutionen diskutiert werden.

- Europäische Projekte (Erasmus, Comenius, Grundtvig, Sokrates, Projekte für Arbeitslose) müssen weiterhin gefördert werden! Zusätzlich sollten die Formalitäten vereinfacht werden, um sie so für breitere Zielgruppen zugänglich zu machen. Entscheidend bleibt die Kontrolle der zielgerichteten Verwendung der Mittel.
- Europäische Bildung muss als Pflichtinhalt an allen Schulen eingeführt werden!
- Wir wollen, dass interkulturelle Kommunikation in Form von Fremdsprachenkenntnissen und europaweiter Landeskunde vermittelt wird!
- Wir wünschen uns, dass die telefonische und mobile Kommunikation innerhalb Europas durch einheitliche Tarife erleichtert wird!

INTEGRATION

Auch beim Thema Integration sehen wir noch Verbesserungsbedarf. In Europa gibt es eine große Vielfalt von Ländern, Menschen und Kulturen. Bei aller Vielfalt gibt es aber einen gemeinsamen Wertekatalog.

- Wir fordern, dass diese gemeinsamen Werte auch im Alltag beachtet und eingefordert werden!
- Sie sollen von allen geachtet werden und für alle gelten! Das ist noch nicht in allen Bereichen der Fall, zum Beispiel bei der Situation Homosexueller genauso wie bei den Entfaltungsmöglichkeiten einiger Migranten.
- Wegen der großen Vielfalt Europas herrscht auch in vielen Gebieten großes Unwissen übereinander. Wir fordern daher mehr Austausch um Vorurteile und Unwissen abzubauen! Dies soll nicht nur zwischen Ländern sondern auch zwischen den Gruppen innerhalb eines Landes, zum Beispiel durch Kitasprachkurse oder mehr christlich-muslimischen Dialog, gefordert werden.

Momentan befindet sich die Europäische Union in einer schwierigen Phase. Die Frage, was in oder mit Griechenland los ist, wird Konsequenzen für die gesamte EU haben. Nichtsdestotrotz glauben wir, junge Europäer, an die Zukunft der europäischen Integration. Wir alle sind Europa!

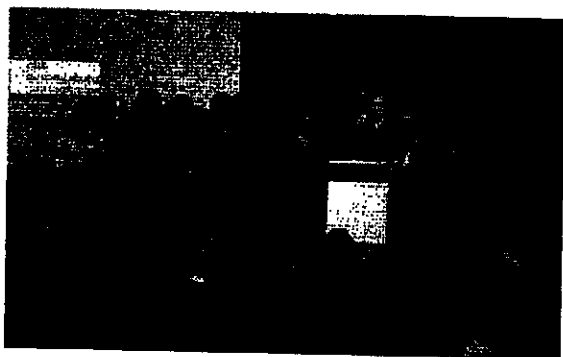
Veranstaltung

4. November 2011, Gespräch
Deutschland und Polen im vereinten Europa

Publikationen

Europäische Bildung als Pflichtinhalt an allen Schulen
Veranstaltungsbeiträge, November 2011

Die Europa-Genießer
Veranstaltungsbeiträge, November 2011



Rund 200 Gäste hörten im dbb-Forum die Forderungen der Teilnehmer am deutsch-polnischen Jugendkongress „Verstehen – Erleben – Gestalten“.

Gemeinsame Währung spaltet

SCHULDEN Experte Stratenschulte bei Weser-Ems-Bankern – Gegen neue Auflagen

Die Genossenschaftsbanken sehen sich als verlässliche Geldgeber der Region. Ihr Modell habe sich bewährt.

VON CHRISTOPH KIEFER

DINKLAGE – Seit Wochen halten Meldungen über Rettungsfonds und Hilfspakete in Billionen-Höhe für überschuldete Staaten Europa in Atem. Dabei könnte der politische Schaden durch die Schuldenkrise noch höher sein als der ökonomische. Das befürchtet zumindest Prof. Dr. Eckart Stratenschulte. Der Leiter der Europäischen Akademie Berlin wirbt für einen Zusammenhalt Europas und eine Krisenbewältigung auf der Basis der vertraglichen Grundlagen einschließlich der Währungsunion.

„Der Euro – das Papier, das Europa zusammenhält“, hatte Stratenschulte seinen Vortrag bei der Arbeitsgemeinschaft der 54 Volksbanken und Raiffeisenbanken (AGVR) in Weser-Ems am Dienstag in Dinklage (Kreis Vechta) überschrieben. Der Europa-Fachmann vertrat vor über 50 Bankern, Wirtschaftsvertretern sowie Journalisten die Überzeugung, dass vor allem politische Gründe die wirtschaftliche Vereinigung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg und



Gut gestimmt (von links): Harald Lesch, Geschäftsführer der Banken-Arbeitsgemeinschaft AGVR, Verbandsdirektor Rainer Backenköhler, Gastreferent Prof. Eckart Stratenschulte, AGVR-Vorstandsvorsitzender Lambert Meyer und sein Stellvertreter Ludger Preun. BILD: GWWE

die Einführung des Euro vorangetrieben haben. „Die Wirtschaft war nicht der Zweck, sondern das Mittel.“ Auch wenn die Ziele von damals, die friedenssichernde Einbindung Deutschlands in Europa, erreicht worden seien – Stratenschulte hält ein einiges, starkes Europa auch künftig für unerlässlich, um weltpolitisch Gehör zu finden.

Für den Politikwissenschaftler ist ein Zerfall der Währungsunion angesichts der ungelösten Probleme nicht ausgeschlossen; eine Pleite Griechenlands würde aber vor allem die Gläubiger treffen. Er plädiert dafür, dass die Mitgliedsstaaten zu ihren Verpflichtungen stehen und dadurch wieder Vertrauen in

der EU entsteht. Seinen Optimismus begründet Stratenschulte mit dem Hinweis, dass man „nach dem ersten Herzinfarkt gesünder lebt als vorher“. In den Kraftanstrengungen von Staaten, die Haushalte zu konsolidieren, sieht der 59-Jährige bereits Anzeichen für Kurskorrekturen.

Korrigieren müsse Deutschland nach der Beseitigung der größten Gefahr die Entscheidungsprozesse in der Gemeinschaft. Es sei zwar nötig, dass Deutschland und Frankreich derzeit Entscheidungen nahezu im Alleingang herbeiführten. Der Verdruss bei den kleineren Partnern, unter anderem den Niederlanden, sei aber groß. Die gemeinsame Währung verbind-

det nach Stratenschultes Einschätzung derzeit nicht die EU-Mitglieder, sondern spaltet.

Lambert Meyer als AGVR-Vorsitzender betonte die Rolle der Volks- und Raiffeisenbanken als verlässliche Geldgeber in der Region. Man sei dabei im Vergleich besonders flexibel und beweglich. Das Geschäftsmodell habe sich in der Finanzkrise bewährt.

Verbandsdirektor Rainer Backenköhler forderte, Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsektors, mit höheren Auflagen zu Eigenkapital und Liquidität sowie Schuldenobergrenze dürften nicht zu Lasten der erfolgreichen Institute, darunter Volks- und Raiffeisenbanken, gehen.

Besuch einer Delegation der AOSIS-Staaten am CSC

Am 10.11.11 war eine 6-köpfige Delegation der AOSIS-Staaten (Alliance of Small Island States) auf Einladung des Auswärtigen Amts zu Besuch am Climate Service Center.

Der Abstecher zum CSC war Teil einer sechstägigen Deutschlandvisite, bei der sich die Vertreter der AOSIS-Staaten über unterschiedliche Aspekte der Zusammenarbeit mit Regierungsstellen, Institutionen und Firmen informierten.

In einem Vortrag über Migration und Klimawandel ging CSC-Expertin María Máñez Costa auf die speziellen Probleme der Inselstaaten ein, die in besonderem Maße von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Gleichzeitig bat sie die Delegierten, Beispiele und eigene Erfahrung aus ihren jeweiligen Ländern zu schildern. So kam es bereits während der Präsentation zu intensiven Diskussionen über die vielfältigen und individuellen Probleme, mit denen die Inselstaaten schon jetzt konfrontiert sind. Dazu zählen der Meeresspiegelanstieg, die damit einhergehende Grundwasserversalzung in Verbindung mit schwindenden landwirtschaftlichen Erträgen, der Rückgang der Fischerei durch Überfischung, Artenwandel und durch klimabedingte Beeinträchtigung des Korallenwachstums sowie Extremwetterereignisse und Erosion fruchtbaren Bodens.



Als Folge davon kommt in vielen kleineren Inselstaaten zu Migration. Sowohl Binnenmigration – nicht mehr bewohnbare Inseln werden von der Bevölkerung verlassen, um auf Nachbarinseln neue Lebensgrundlagen zu finden – als auch Migration nach außen finden statt. Denn viele Menschen verlassen ihre Heimat, um in anderen Ländern bessere Einkommensmöglichkeiten zu finden oder um bessere Ausbildungsmöglichkeiten zu nutzen.

Ein großes aktuelles Problem sind die hohen Kosten für Energie. Daher sind die Inselstaaten um Technologietransfer bemüht. Alternative Energieträger, wie Photovoltaik oder Windenergie sollen die Abhängigkeit von den teuren, nicht nachhaltigen fossilen Energieträgern reduzieren.

María Máñez Costa wies darauf hin, dass die Datengrundlage für die Beurteilung der Situation der einzelnen Inselstaaten oft nur sehr lückenhaft ist. Daher ist eine engere

Hinnerk Ries (CSC), Michaela Schaller (CSC), Secilil Eldebechel (Palau), Toelau Viliamu Iulio (Samoa), Rüdiger Braun (CSC), Conchitta Paul (Kiribati), Peter Napwatt (Vanuatu), Guy Brasseur (CSC), Sandra Pingel (CSC), Alexander Ama Henry (Cook Islands), Keshwa Nand Reddy (Fiji) (v.l.n.r.)

Zusammenarbeit und der Datenaustausch zwischen internationalen Forschungsinstituten und den AOSIS-Staaten wünschenswert.



<http://www.sme.sk/c/6145756/silny-berlin-drazdi-unlu-hlavne-britov.html>

Silný Berlín dráždi úniu. Hlavne Britov

Do britsko-nemeckých sporov sa vložil šéf eurozóny a odmietol britský diktát.

LONDÝN, BERLÍN. Šéf frakcie vládnych konzervatívcov CDU/CSU v Bundestagu sa obvyčajne nedostane na titulné strany britských bulvárnych i serióznych novín.

A Volkerovi Kauderovi by sa to ani nepodarilo, keby Londýn už dlhšie nedráždila dominantná pozícia Nemecka, ktoré chce silnejšiu Európsku úniu.

Preto stačilo, že Kauder na zjazde kresťanských demokratov (CDU) v Lipsku povedal, že „naraz hovorí Európa po nemecky“, a reakcia Britov bola okamžitá.

Stretnutie britského premiéra Davida Camerona a nemeckej kancelárky Angely Merkelovej napätie nezmiernilo.

Rozkazy z Berlína

Konzervatívny Daily Mail vyšiel po Kauderovom prejave s titulkom: Rozkaz: Všetci členovia EÚ sa musia riadiť pokynmi z Berlína.

A Guardian uverejnil komiks o trpaslíkoch v šmolkovskej modrej, čím myslel rovnako vyzerajúcich členov únie, ktorí sú v predklone pred snehuličkou, teda Angelou Merkelovou, a hovoria po anglicky s nemeckým prízvukom.

Euroskeptickí Briti majú problém s tým, že sú mimo eurozóny a strácajú vplyv na rozhodnutia, ktoré smerujú k hlbšej integrácii únie.

Na októbrovom summite v Bruseli preto britskému premiérovi Davidovi Cameronovi vynadal francúzsky prezident Nicolas Sarkozy a odporúčal mu „držať ústa“.

Briti ženú úniu, aby riešila dlhovú krízu, ktorá poškodzuje aj ich ekonomiku, hoci eurom neplatia. Nepáči sa im však snaha Nemcov zmeniť Lisabonskú zmluvu a posilniť kompetencie Bruselu, ktorý by mohol viac kontrolovať a trestať zadlžené štáty.

Daň poškodí Londýn

Najviac Britov dráždi návrh na zavedenie daň z finančných transakcií, ktorá by poškodila Londýn ako hlavné finančné centrum Európy. Briti sa obávajú, že ak bude daň platiť len v únii, presunú sa obchodníci inde.

Londýn by tak podľa ich prepočtov prišiel o desaťtisíce pracovných miest a 43 miliárd eur.

Britský diktát

Denník Guardian pred platkovým stretnutím premiéra Camerona s kancelárkou Merkelovou v Berlíne napísal, že by sa musel stať „zázrak na Spréve“, aby sa obaja politici dohodli.

Zázrak sa nestal, hoci obaja sa snažili napätie znížiť. Cameron hovoril o význame spoločného postupu Európy pri riešení dlhovej krízy a Merkelová prízvukovala, že „rozumie postoju iných“ a pokúsil sa do decembrového summitu nájsť spoločné riešenie.

S daňou z finančných transakcií však Londýn naďalej nesúhlasí a Merkelová chce posilniť kompetencie Bruselu.

Do sporu sa v platok navyše tvrdo zapojil šéf eurozóny a luxemburský premiér, keď v rozhovore pre denník Die Welt odmietol britský diktát.

„Som za dialóg a proti diktátu tých, čo to robia horšie ako my,“ povedal Jean-Claude Juncker a pripomenul, že Briti majú vyššie zadlženie, než je priemer eurozóny.

Nemecko nemôže ostať dlho vodcom



Dominantné Nemecko straší Európu, preto musí viac zapojiť ostatné štáty, hovorí šéf Európskej akadémie Berlín ECKART STRATENSCHULTE.

Podľa nemeckých médií je iróniou histórie, že zjednotené Nemecko je vodcom pri riešení

krízy, hoci sa členom únie stalo práve preto, aby ostatní z neho nemali strach. Neobávate sa protinemeckých nálad?

„Obávam. Myslím si, že Nemecko musí viesť túto krízu múdro. Musí viesť, pretože je to najsilnejšia ekonomika, euroval finančne najviac podporuje a ako jediný štát z neho nebude čerpať, pretože to by znamenalo koniec eurozóny. Musí teda viesť, ale zároveň sa už pripravovať na odovzdanie úlohy vodcu. Treba viac zapojiť ostatné štáty. Nesúhlasné reakcie vidíme v Holandsku či vo Fínsku, lebo majú pocit, že sa ich nikto nepýta. Ani my, Nemci, nemáme záujem o nemeckú dominanciu, ktorá by ostatné krajiny spojila proti nám.“

Vo výklade jednej gréckej pekárne visí Angela Merkelová v nacistickej uniforme, hoci s ružou v ruke. Ako veľmi sa zhoršili vzťahy medzi Grékmi a Nemcami?

„Obe strany sa cítia ako obeť toho druhého. Nemci hovoria, že Gréci podvádžali a zle hospodárili a oni to majú platíť. A Gréci sa cítia oboťou, lebo teraz prídu Nemci a zase dominujú a chcú im hovoriť, čo treba robiť. To musíme prekonať.“


Nespokojné nie sú len štáty v eurozóne, ale aj mimo nej. Ukazujú to napäté vzťahy s Britmi.

„A to napätie sa ešte neskončilo. Jadrom Európskej únie je eurozóna a to znamená, že ostatní buď rýchlo pristúpia, to je debata v Poľsku, ktoré chce mať väčší vplyv na rozhodovanie. Druhá možnosť je britská pozícia, že sa z Európskej únie stiahnu. Myslím si, že nie je alternatíva, lebo v dohľadnom čase sa všetko podstatné o Európskej únii bude rozhodovať v eurozóne.“









Prežije eurozóna dlhovú krízu alebo sa rozdelí?

„Rozdelená eurozóna nemá zmysel. Nemôžeme mať slabé a silné euro. Sú tri možnosti: alebo ostane eurozóna spolu, a to chcú momentálne všetci! Grécko, druhá možnosť je, že Grécko a slabé krajiny z nej vystúpia, ale to nie je ani v ich záujme, pretože dlhy majú v eurách a po návrate k národnej mene sa dlhy len zvýšia. A tretí scenár je, že vystúpia silné štáty ako Nemecko alebo Holandsko, ale to by bol koniec eurozóny. Dúfam, že eurozóna zostane a kríza sa využije na realizáciu reforiem, ktoré sa pridliho prehliadali.“

Miriám Zsilleová

**SME vo svete** auf Facebook

4,386 Personen gefällt **SME vo svete**.



Martin Vreko Marta Ladislav Mary Tomas Beška Matka

Soziales Plug-in von Facebook

Počet ľudí, ktorým sa to páči: 55. Buďte prvý z priateľov.

platok 18. 11. 2011 17:23 | Miriám Zsilleová

Článok bol uverejnený v tlačnom vydaní SME. (Predplaťte si SME cez internet.)

© 2011 Petit Press. Autorské práva sú vyhradené a vykonáva ich vydavateľ. Správodajská licencia vyhradená.

Téma: Dlhová kríza

- 3.11.2011 Grécke referendum nebude. Premiér narazil aj doma
- 20.9.2011 Zúfali Gréci si berú život pre krízu
- 24.8.2011 S&P nám zlepšila výhľad, Česku rating o dva stupne
- 8.8.2011 Minúta po minúte: Americké burzy skončili so stratami nad 5 percent (pondelok 8.8.)
- 4.8.2011 Minúta po minúte: Americké trhy sa spamätávajú (platok 5.8.)



Viac článkov z témy

reklama ETARGET

Neviazaný termínovaný vklad

Úrok 2,5% p.a. a peniaze kedykoľvek k dispozícii. Príďte do Poštovej banky.

Objednajte stravné lístky

Prí online objednávke môžete vyhrať super ceny len s Ticket Restaurant

Idú vianoce treba predávať

direct mailing, facebook, google reklama všetko v jednom mega balíku za 249 eur

Bývaite v Rovinka od 1400€/m2

Hotové **novostavby** domov a bytov ihneď k nasťahovaniu v Bratislave - Rovinke.

[Ďalšie odkazy](#)

Čítať celú diskusiu: počet reakcií: 143

Najnovšie príspevky:

22.11.2011 20:28 - [zlúčinecke kresťanstvo](#)

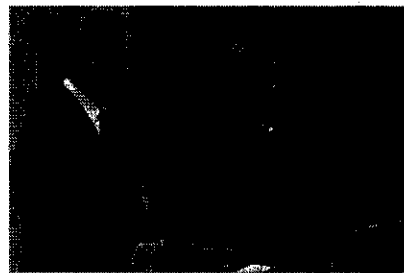
21.11.2011 1:07 - [Globalizácia](#)

21.11.2011 0:41 - [... a medzera po bodke](#)

20.11.2011 20:28 - [.....](#)

20.11.2011 17:30 - [je to nedavno](#)

+ [Pridať reakciu](#)



Premiér Cameron a kancelárka Merkelová sa v Berlíne snažili ukázať, že si rozumejú, ale spory nevyriešili.

Foto: TASR/AP

VR-Pressé-Abend: Blick auf Europa im Mittelpunkt

Zahlreiche Journalisten der Tages- und Fachpresse, Vorstandsmitglieder der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Weser-Ems sowie der Genossenschaftlichen FinanzGruppe nahmen an dem VR-Pressé-Abend am 8. November 2011 im Burghotel Dinklage teil. Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Weser-Ems (AGVR) standen die derzeit aktuellen Fragen rund um die Schuldenkrise in der Eurozone. Als Gastreferent konnte der Vorstandsvorsitzende der AGVR, Lambert Meyer, zusammen mit dem AGVR-Geschäftsführer Harald Lesch, den Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Professor Dr. Eckart Stratenschulte, begrüßen.

Kunden in den jeweiligen Wirtschaftsregionen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Weser-Ems würden sich mit ihren über 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht nur mit der Rolle des verlässlichen Geldgebers der Region begnügen, sondern sich in vielfältiger Weise in Projekte vor Ort einbringen und Impulse geben, betonte Lambert Meyer. „Diese Stärken unserer Bankengruppe mit einem Bilanzvolumen von derzeit rund 18,6 Mrd. Euro in Weser-Ems und vor allem die besondere Nähe, die alle Genossenschaftsbanken auszeichnet, macht uns gegenüber den Wettbewerbern auch besonders flexibel und beweglich. Wir können daher sehr individuell auf die Wünsche der Mitglieder und Kunden eingehen“, stellte der AGVR-Vorstandsvorsitzende fest.

Die Tragfähigkeit des genossenschaftlichen Geschäftsmodells habe sich auch in der Krise bewährt. „Es hat sich gezeigt: wer auf die Volksbanken und Raiffeisenbanken setzt, hat auch unter widrigen Rahmenbedingungen einen verlässlichen Bankpartner an seiner Seite.“ Es sei sehr deutlich geworden, so Meyer weiter, dass die Genossenschaftsbanken zu den wesentlichen Stabilisatoren der regionalen Wirtschaftskreisläufe – auch in Weser-Ems – zählen.

Verbandsdirektor Rainer Backenköhler, Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V., ging in seinem Grußwort auf die grundlegende Reform des bankaufsichtlichen Rahmenwerks ein. Gestützt auf Basel III sei das politische Ziel, das Banken- und Finanzsys-

Der Vorstandsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken, Lambert Meyer, hieß die Gäste herzlich willkommen und ging in seinen einführenden Worten auf die erfolgreiche Geschäftstätigkeit der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Weser-Ems ein.

Regionalität, Kundennähe und Nachhaltigkeit seien die entscheidenden Erfolgsfaktoren der 54 Volksbanken und

Raiffeisenbanken in Weser-Ems. Im Vordergrund stehe dabei immer die Förderung der über 450.000 Mitglieder und 1,5 Mio.



Auf dem VR-Pressé-Abend der Arbeitsgemeinschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Weser-Ems wurden gute Kontakte gepflegt und ausgebaut.

tem widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen, insbesondere durch erhöhte Eigenkapitalanforderungen, einzuhalten Liquiditätsregeln und eine eingezogene Verschuldungsobergrenze. „Die beabsichtigte Stärkung der Krisenfestigkeit der Banken ist zu begrüßen, sie darf aber nicht zulasten nachhaltig erfolgreicher und stabiler Banken gehen. Hierzu gehören unsere Volksbanken und Raiffeisenbanken mit ihrem überschaubaren, soliden und regional ausgerichteten Geschäftsmodell. Gerade sie haben sich in der Krise als systemstützend und damit in positiver Hinsicht als systemrelevant erwiesen“, so Backenköhler.

Die Genossenschaftsbanken in Weser-Ems gehören zum Mittelstand. Sie seien unverzichtbarer Bestandteil der Realwirtschaft in ihrem jeweiligen Geschäftsgebiet und tragen dort maßgeblich zum wirtschaftlichen Fortschritt und zur Wertschöpfung bei. Die Versorgung ihrer mittelständischen Firmenkunden mit Kreditmitteln für Investitionen, für die Errichtung von Arbeitsplätzen und die Beschaffung von Betriebsmitteln gehört zum Kernbereich ihrer Geschäftstätigkeit und umfasse einen beachtlichen Teil der gesamten Unternehmenskredite von aktuell fast 8 Mrd. Euro.

Der Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Professor Dr. Eckart Stratenschulte, stellte einleitend in seinem Vortrag „Der Euro – das Papier, das Europa zusam-

menhält“ fest, dass die Einführung des Euro starke politische Hintergründe gehabt habe. Die Einbindung Deutschlands in Europa, eine stärkere europäische Integration und die Stärkung einer europäischen Identität sei auf Grund der Wiedervereinigung Deutschlands von den Anrainerstaaen gewünscht worden. Zu den wirtschaftlichen Zielen der Einführung des Euro zählten die Steigerung des

Wohlstands in der Eurozone, die Stärkung des Binnenmarktes und damit auch der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung einer Währung von Weltgeltung.

Warum diese Ziele bislang nicht in dem Maße erreicht werden konnten wie ursprünglich geplant und weshalb sich der Euro in einer Krise befindet, analysierte der Leiter der Europa-Akademie, Professor Dr. Eckart Stratenschulte, wie folgt: „Die Mitgliedsstaaten hätten ihre wirtschaftlichen Hausaufgaben machen müssen, also Schulden abbauen, die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig gestalten und die Produktivität erhöhen – dies ist bislang nicht in ausreichendem Maße geschehen.“ Einen Ausweg aus der Krise werde die EU nur finden, wenn es gelingt, das Vertrauen in die EU wieder aufzubauen.



Der AGVR-Vorstandsvorsitzende Lambert Meyer (2. v. r.), sein Stellvertreter Ludger Preun (r.) und der AGVR-Geschäftsführer Harald Lesch (l.) begrüßten gemeinsam mit Verbandsdirektor Rainer Backenköhler (2. v. l.) den Gastreferenten Professor Dr. Eckart Stratenschulte, Leiter der Europäischen Akademie Berlin.



Europa bittet zu Tisch: Die Berliner Europa-Foren

Europäische Akademie Berlin e. V.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen durch eigene Erfahrung davon überzeugt werden, dass ihre Meinung und ihre Teilhabe am politischen Geschehen wichtig sind. Besonders nötig ist das dort, wo die Distanz zum Politikgeschehen am größten ist: in der Europäischen Union. Die Berliner Europa-Foren informieren nicht nur über die Europäische Union, sondern ermöglichen auch den Dialog zwischen Bürgern/Bürgerinnen und der Politik.

Was ist eigentlich los? Auf der einen Seite machen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland deutlich, dass Politik sie offensichtlich nicht interessiert. Selbst der Weg ins nächstgelegene Wahllokal ist ihnen zu weit, wie zuletzt die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zeigten. Und auf der anderen Seite: In Stuttgart demonstrieren brave Schwaben monatelang und ausdauernd für einen alten Bahnhof, in Berlin bilden sich Menschenketten gegen Fluglärm und fast neun Prozent wählen mit den Piraten eine Partei, die statt eines Programms lediglich den Schlachtruf „Mehr Transparenz“ ausstößt. Auf der Frankfurter Buchmesse liegen Bücher auf dem Präsentiertisch mit Titeln wie „Mut statt Wut: Aufbruch in eine neue Demokratie“ (Claus Leggewie, 2011) oder „Bürgermacht: Eine Streitschrift für mehr Partizipation“ (Roland Roth, 2011).

Eine Diagnose dieser vermeintlichen Widersprüche lautet: Die Bürgerinnen und Bürger – nicht alle, aber viele – wollen sich in den politischen Entscheidungsprozess einbringen, sie möchten gehört werden und mitgestalten, aber die traditionellen Formen, nämlich Parteiarbeit und alle paar Jahre eine Stimmabgabe, sprechen sie nicht an, weil sie das Gefühl haben, sowieso nichts beeinflussen zu können.

Daraus erwächst die Aufgabe: Die Bürgerinnen und Bürger müssen durch eigene Erfahrung davon überzeugt werden, dass ihre Meinung und ihre Teilhabe am politischen Geschehen wichtig sind. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzungen der Demokratie und ihre Regeln akzeptieren (Legitimität) und auf dieser Basis kontroverse politische Meinungen gewaltfrei diskutieren können, ist das langfristige Überleben der Demokratie gesichert.

Für die parlamentarische Demokratie retten will – und eine bessere Form steht uns nicht zu Gebote – muss sie daher durch neue Formen der Partizipation flankieren. Besonders nötig ist das dort, wo die Distanz zum Politikgeschehen am größten ist: in der Europäischen Union.

Das ist skizzenhaft dargestellt der Grundgedanke der Berliner Europa-Foren, die die Europäische Akademie Berlin mit Unterstützung der Senatskanzlei Berlin seit 2010 in Berlin anbietet.

Die Veranstaltungsreihe verfolgt mehrere Ziele:

Europa vor Ort – d. h. auf gesamtstädtischer und bezirklicher Ebene – erfahrbar zu machen, indem ein Bezug zur Lebenswirklichkeit der Menschen hergestellt wird;

- die Bereitschaft zur Teilnahme an der EU-Politik zu wecken oder zu verstärken;
- den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und politischen Entscheidungsträgern/-trägerinnen aus dem Bezirk, dem Land Berlin, dem Bund und der Europäischen Union zu intensivieren;
- ein Grundverständnis über die EU-Politiken, Kompetenzen und Entscheidungsprozesse zu vermitteln und so die Europakompetenz der Teilnehmenden zu stärken.

„Bürgerforum“ ist kein geschützter Begriff. Oftmals wird eine Mogelpackung unter diesem Titel angeboten: Politiker halten ihren Standard-Vortrag, dann dürfen drei Personen eine Frage stellen und schließlich gibt es ein Glas Wein.



Bürgerrunde mit Fragen zur EU-Politik

Die Berliner Europa-Foren funktionieren anders: Die Bürgerinnen und Bürger setzen sich in Arbeitsgruppen (an „Tischen“) zusammen, in denen sie einen Tag lang ihre Vorstellungen von Europa und ihre Anforderungen an europäische Politik und deutsche Europapolitik formulieren. Ihre Wünsche und Forderungen werden in einer „Bürgererklärung“ zusammengefasst, die anschließend Politikern aus Europa, Bund und Land überreicht und mit ihnen diskutiert wird. Die Bürgererklärung wird außerdem veröffentlicht (<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/europafo->



Das Europa-Forum diskutiert

ren.html). Zudem wird sie auch an die Politikerinnen und Politiker versandt, die bei dem Forum nicht anwesend sind. Drei Monate später fragen wir nach: „Was haben Sie mit der Bürgererklärung gemacht?“ Dieses Ergebnis spiegeln wir an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Foren zurück.

Das Verfahren der Bürgerforen ist wie folgt:

Die angestrebte, bislang aber immer übertroffene Teilnehmerzahl liegt bei 50 Personen. Aus dem Melderegister werden 500 bis 800 Personen ab 18 Jahre nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und vom Regierenden Bürgermeister und mit Unterstützung der jeweiligen Bezirksbürgermeisterin bzw. des Bezirksbürgermeisters ins Berliner Rathaus eingeladen. Das Forum beginnt an einem Freitagnachmittag und endet samstags gegen Abend.

Am ersten Tag organisieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich an verschiedenen Tischen, wo sie jeweils von einer Moderatorin oder einem Moderator betreut werden. Sie lernen sich kennen und tauschen ihre Erwartungen an die Europäische Union aus. Anschließend gibt es für alle einen kurzen Vortrag mit dem Titel „(M)Ein Blick auf Europa“, um den jeweils eine Persönlichkeit gebeten wird, die sich nicht hauptberuflich mit europäischer Politik beschäftigt. Der frühere Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber, gehörte genauso zu den Rednern wie die Sängerin Barbara Kellerbauer oder der Potsdamer Historiker Manfred Görtemaker. Der Tag klingt mit einem kleinen Empfang aus.

Am nächsten Tag vollzieht sich das erste Wunder: Praktisch alle kom-

men wieder, wozu sie nicht verpflichtet sind und wofür es keinen materiellen Anreiz gibt. Die Arbeitsgruppen diskutieren dann ihre Vorstellungen zu dem Thema „Das soziale Europa“ oder „Das Europa der Bürgerinnen und Bürger“. Diese beiden Themen sind vor-



Moderation einer Arbeitsgruppe

gegeben, um eine Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Bürgererklärungen herstellen zu können. Wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Thema auslegen und wo sie die Schwerpunkte setzen, bleibt ihnen allerdings überlassen.

Nach einem Imbiss werden die Sprecherinnen und Sprecher der Gruppen gebeten, ihre Diskussionsergebnisse vorzustellen. Daraus entsteht dann die Bürgererklärung für den jeweiligen Bezirk von Berlin. Der Moderator achtet dabei darauf, dass niemand „überfahren“ wird. Wenn es keine Einigkeit über eine Forderung gibt, bleiben Formulierungen wie „Mehrheitlich fordern wir ...“ oder „Diskutiert wurde auch, ob ...“ eine Möglichkeit, die Debatte wiederzugeben und unterschiedliche Positionen abzubilden. Dann – und erst dann – kommen die Politikerinnen und Politiker ins Spiel, denen die Erklärung übergeben wird und mit denen eine erste Diskussion der Forderungen stattfindet.

Neben den sachlichen Forderungen, die in den Bürgererklärungen nachzulesen sind, lassen sich einige interessante Feststellungen treffen:

Die Bereitschaft, sich einzubringen und zu engagieren, ist in der Bevölkerung vorhanden. Oftmals hört man auf die Frage „Warum nehmen Sie hier eigentlich teil?“ die Antwort „Wenn man schon einmal gefragt wird, ...“

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Diskussionen sehr ernst. Da aus ihnen keine wirklichen Beschlüsse erwachsen, wäre es ja einfach, sich nach der Wunsch-Dir-was-Methode auf weitreichende Forderungen zu verständigen. Dieses findet allerdings nicht statt, sondern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ringen hart um Kompromisse – und merken dabei auch, wie schwierig es ist, einen Konsens zwischen unterschiedlichen Interessen und Positionen zu finden. Wie schon bei anderen Formen der Bürgerbeteiligung zeigt sich auch bei den Europa-Foren: Wenn man die Menschen aktiv einlädt, sich zu beteiligen, geschieht dies auch konstruktiv.

Durch die Veranstaltungen wird ein Interesse an europäischer Politik geweckt oder verstärkt, wie nicht nur die Evaluation zeigt, die die Auffassungen zu Beginn der Veranstaltung und vier bis sechs Wochen danach erfragt und korreliert, sondern auch die Präsenz der Bürgerforenteilnehmer an anderen Veranstaltungen zu Europa.

Sicherlich sind die Bürgerforen nicht das Allheilmittel gegen Politikverdrossenheit, aber sie sind mit Sicherheit ein Mosaikstein in einem neuen Bild der Partizipation, das wir miteinander entwickeln und ausmalen müssen, wenn wir nicht wollen, dass das Projekt Europa an mangelnder Bürgerunterstützung scheitert.

*Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
Leiter der Europäischen Akademie Berlin*



Europäische Akademie Berlin e.V.

Die Europäische Akademie Berlin e.V. befindet sich in Trägerschaft eines überparteilichen, gemeinnützigen Vereins. Sie veranstaltet internationale Tagungen, Seminare und Kongresse zu den Themenschwerpunkten europäische Kooperation und Integration sowie Fragen der internationalen Politik und der modernen Industriegesellschaft.

Europäische Akademie Berlin e.V.

Bismarckallee 46/48
14193 Berlin

Tel.: 030/89 59 51-0

Fax: 030/89 59 51-95

E-Mail: eab@eab-berlin.eu

www.eab-berlin.de

Helge Holmström – Fachlehrer Politik

Northern Europe and the Future of the EU Nordeuropa und die Zukunft der EU

Artikel in „Nordeuropäische Studien“ – Nordeuropa und die Zukunft der EU, 2011, S. 143-159:

„Die europäische Einbahnstraße – in beide Richtungen gesperrt! Der Europäische Wirtschaftsraum als Möglichkeit der Integration Osteuropas?“

Die europäische Einbahnstraße – in beide Richtungen gesperrt! Der Europäische Wirtschaftsraum als Möglichkeit der Integration Osteuropas?

Eckart D. Stratenschulte

1. Das Ende der Erweiterung

Die Europäische Union hat ein Problem – und das Europäische Parlament hat die Lösung. So einfach könnte es sein, ist es aber leider nicht.

Zuerst das Problem: Die Europäische Union kann ihre eigene Attraktivität nicht mehr bewältigen. Sie ist das Erfolgsprojekt des 20. Jahrhunderts und auch im 21. Jahrhundert ist sie überaus anziehend. Es ist der Union gelungen, durch die europäische Integration den Frieden unter den Mitgliedstaaten zu sichern und in den Mitgliedstaaten ein hohes (wenngleich unterschiedliches) Maß an politischer Stabilität, Sicherheit und Wohlstand zu garantieren. Von daher ist es nicht erstaunlich, dass nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs viele Staaten, denen es gerade an Stabilität, Sicherheit und Wohlstand mangelte, in die Europäische Union hineindrängten. Die Erweiterung der Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 war in dieser Hinsicht ebenfalls ein beträchtlicher Erfolg.

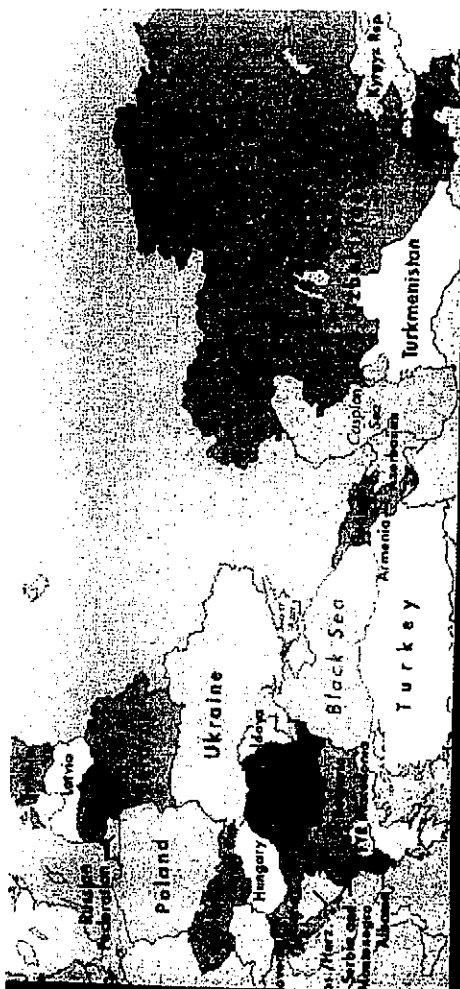
Allerdings ist im Zusammenhang mit der Erweiterung nicht alles gelungen, was man sich vorgenommen hatte. Zum einen war es nicht möglich, die Akzeptanz der Bevölkerung für diese Erweiterungsrunde zu erhalten. Die Mehrheit der EU-Bürger steht daher weiteren Vergrößerungen der Europäischen Union skeptisch gegenüber.¹ Das Bild trübt sich weiter ein, wenn man diejenigen, die sich für eine künftige EU-Erweiterung aussprechen, danach fragt, welche Länder sie gerne integrieren würden. 78 Prozent mochten im Herbst 2006 die Schweiz bzw. Norwegen als Partner sehen und 69 Prozent Island.² Die Länder, die tatsächlich Einlass begehren, lagen bei 50 Prozent (Kroatien) bzw. deutlich darunter. Das gilt auch für die damaligen Kandidatenländer Bulgarien (46 Prozent) und Rumänien (41 Prozent). Alba-

1 In der Diktion von Eurobarometer heißt das dann: „A relative majority of the EU population (45 %) is basically in favour of EU enlargement.“ Special Eurobarometer Nr. 255, *Attitudes to European Union enlargement*. Brüssel 2006, 3.

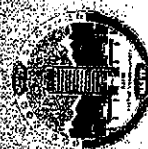
2 Eurobarometer Nr. 66, *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*. Brüssel 2007, 222.

would put the sustainability of the Agreement into question and would certainly trigger reforms in the institution's architecture, as well as likely lead to a period of reflection among the remaining EFTA EEA states. One potential outcome of such a process might be the enlargement of the EEA to some micro-states.

However, at the same time, I have argued that there are good reasons to assume that the issue of mode of association will become an increasingly important issue in the EU. It is quite likely that in the future the EU will experiment more with different modes of association, and some of these forms might have qualities and institutional set-ups that might resemble elements of the EEA. Even though the EEA suffers from some institutional weaknesses, particularly the bias on downloading and the limited role for national parliaments, there are also some innovative elements. For instance, its dynamic character and the monitoring and sanctioning regime. In international politics these features are quite unique. For the EU, mimicking the EEA in its totality is probably not a good solution. It seems that the EEA rests upon some critical political, economic, geographic and institutional preconditions that few other non-member states share.



Восточная Европа и Центральная Азия: 20 лет трансформации, развитие интеграционного потенциала и взаимного сотрудничества



Алматы 2011

Artikel in „Osteuropa und Zentralasien“, 2011, S. 9-17:

„20 Years of Transformation in Europe“

уличила социальное неравенство. Падение Берлинской стены для чехов, венгров, поляков и немцев стало началом национального освобождения.

Второй круг вопросов касается 2009 г. Два десятилетия спустя новые демократии вновь столкнулись с проблемами, которые можно обозначить как год новых испытаний: в ряде стран прошли парламентские и президентские выборы, но изменился ли политический ландшафт Европы и ЦА (пример выборов в ЕС, в ФРГ, и в Кыргызстане). В 2009 г. продолжилось сотрудничество Казахстана и республик ЦА с европейскими странами в рамках Стратегии ЕС по ЦА, политика соседства Евросоюза с восточными странами - Украиной, Беларусью, Закавказья значительно расширила геополитическое поле интересов ЕС, вплотную приблизив центральноазиатский регион.

В этом блоке было предложено обсудить вопросы: «Законы перспективы сближения Европы и ЦА в условиях финансово-экономического кризиса?», оценка «Казахстанской программы «Путь в Европу» и «Председательств Казахстана в ОБСЕ».

В статьях и выступлениях, опубликованных в этой книге, рассмотрены события, значение которых трудно переоценить, - распадом Советского Союза, развалом мировой социалистической системы, переориентацией европейских постсоциалистических стран на западноевропейский вектор развития, изложены общие проблемы участия стран Центральной и Восточной Европы в политической и экономической интеграции. Экономически при этом возник крупнейший в мире единый рынок площадью в ... млн кв. км с 550 млн. человек населения и 7,7 трлн. долл. ВВП, интересы которого диктуются увеличением потребности в диверсификации поставщиков энергоносителей, удовлетворить которую можно в сотрудничестве со странами ЦА. Позиция Казахстана в отношениях с Европой сочетается с изучением основных направлений двусторонних отношений с ЦА, их перспектив и возможностей.

Книга рекомендуется политологам, историкам, научным работникам магистрантам и студентам вузов, всем, кого интересует проблематика трансформационных процессов.

Мара Губайдуллина и Эльмира Пак

I. ТРАНСФОРМАЦИИ В СТРАНАХ ВОСТОЧНОЙ ЕВРОПЫ И ЦЕНТРАЛЬНОЙ АЗИИ

Eckart D. Stratenschulte

20 YEARS OF TRANSFORMATION IN EUROPE

(Эккарт Д. Штрагеншульте. 20 лет трансформации в Европе)

All the changes which have taken place in Europe during the last two decades could fill any number of books and most probably will do so. In this instance, my aim is merely to venture three brief looks at the transformation process in Europe: one look back, one glance at the present and a glance into the future.

1. A look backwards

The geographic and political map of Europe has changed to a greater degree in the past two decades than it did after the First and Second World Wars. Between 1989 and 2009, 25 new states came into being as a result of changes in Europe. They comprise the 15 successor states of the Soviet Union, amongst which are the five states of Central Asia, the seven successor states of (former) Yugoslavia - including Kosovo - the Czech Republic, the Slovak Republic and Germany. In this respect, it is only Germany which changed as a result of joining together two states, all the other countries are products of a disintegration in the political structures of the post-war period. As a result, new political forces and elites have also come to power, a fact which in turn has had and continues to have direct influence on decision making in Europe.

The Council of Europe grew from 1989 to date from 22 up to 47 member states, and the European Union enlarged from 12 to 27 member states.

A second outcome of this transformation is discrediting socialism as a state system and thus furthermore as an alternative for society. There is no longer any alternative model to the western-oriented political model of parliamentary democracy based on capitalism, even though individual political systems have quite differing characteristics, both with regard to their political as well as their economic level of liberalism. The members states in the European Union and Russia demonstrate very different political and also economic structures, but their systems refer to the same reference model, in which private-sector ways of thinking and selection of leaders by means of national elections are the foundations. In the Partnership and Cooperation Agreement between the EU and Russia which was concluded in 1994, and is still valid on the basis of annual renewals, it is stated inter alia, both parties are: "convinced of the paramount

E.D. Stratenschulte, W. Priesmeyer-Tkocz

Weniger ist mehr

Lehren aus dem Stillstand der Östlichen Partnerschaft

Der Gipfel zur Östlichen Partnerschaft Ende September 2011 in Warschau war eine traurige Angelegenheit. Darüber kann auch die Gipfelrhetorik nicht hinwegtäuschen. Die Europäische Union ist unzufrieden mit den Partnerstaaten. Und diese sind enttäuscht von der EU. Die Nachbarschaftspolitik ist in eine Sackgasse geraten. Es ist Zeit für eine Neubewertung. Die Östliche Partnerschaft sollte sich auf die Staaten konzentrieren, die ein reales Interesse an Europäisierung haben: Moldova und Georgien. Mit ihnen sollten wenige, aber sehr konkrete Projekte verfolgt werden.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde parallel mit der großen Runde der Osterweiterung im Jahr 2004 als ein neues Kooperationsangebot der Europäischen Union gegenüber ihren osteuropäischen Nachbarn und den Mittelmeerräumen ins Leben gerufen. Bis dato wurden Demokratisierung, gesellschaftspolitische Stabilisierung und wirtschaftliche Transformation auf dem Kontinent durch die Aufnahme neuer unabhängiger Staaten aus Südeuropa sowie Ostmitteleuropa in die EU oder zumindest durch ein solches Versprechen – so etwa für die Staaten des westlichen Balkan – gewährleistet.¹ Trotz ihres großen Erfolgs war die EU-Erweiterungspolitik kein außenpolitisches Allheilmittel, denn mit der wachsenden Zahl der Mitgliedstaaten stieß nicht nur die Aufnahme, sondern auch die Funktionsfähigkeit der EU an ihre Grenzen.² Ziel der Nachbarschaftspolitik war es, die politische und wirtschaftliche Transformation in den Anrainerstaaten zu unterstützen, um sich letztlich mit einem „Ring stabiler und befreundeter Staaten“³ zu umgeben. Die Adressaten sollten nicht gleichzeitig in den EU-Beitrittsprozess eingebunden werden.⁴ Der frühere Kommissionspräsident Prodi brachte dies auf die Formel „everything but institutions“.⁵ Die Zusammenarbeit sollte auf der

Eckart D. Stratenschulte (1952), Dr. phil., Leiter der Europäischen Akademie Berlin, Honorarprofessor an der FU Berlin

Weronika Priesmeyer-Tkocz (1979), Dr. phil., Studienleiterin der Europäischen Akademie Berlin, Lehrbeauftragte am Osteuropa-Institut der FU Berlin

¹ Barbara Lippert: Alle paar Jahre wieder – Dynamik und Steuerungsversuche des EU-Erweiterungsprozesses, in: *Integration*, 4/2007, S. 422–439.

² Kai-Olaf Lang, Daniela Schwarzer: Die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU. Nötiger Zwischenschritt oder Ende der Erweiterung? Berlin 2007 [= SWP-Studie S 31].

³ Romano Prodi: „Friede, Sicherheit und Stabilität. Internationaler Dialog und die Rolle der EU“. Sechste Weltkonferenz des Studienverbandes der Europäischen Gemeinschaft – Projekt Jean Monnet. Brüssel, 5.–6. Dezember 2002, Speech 02/619, S. 6.

⁴ Europäische Kommission: *Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier. Mitteilung*. Brüssel, 12.5.2004, KOM(2004) 373.

⁵ Prodi, Friede [Fn. 3], S. 6.

Basis gemeinsam erarbeiteter und maßgeschneiderter Aktionspläne erfolgen. Als Kooperationsrahmen sollten die im Zusammenhang mit den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen gebildeten Gremien dienen.

Schnell wurde jedoch klar, dass die 16 EU-Nachbarn das Angebot aus Brüssel mit gemischten Gefühlen annahmen. Während einige Südanrainer sich auf die Fortentwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU einstellten (Marokko, Israel), konnten autoritär regierte Staaten wie Aserbaidschan mit dem Demokratisierungs(an)gebot der EU wenig anfangen. Letztlich interpretierten einige osteuropäische Staaten (Ukraine, Moldova, Georgien) das neue Projekt als Ablehnung ihrer EU-Ambitionen.⁶ Mit Belarus konnte aufgrund fehlender vertraglicher Grundlagen keine institutionalisierte Zusammenarbeit aufgebaut werden. Russland, der größte osteuropäische Partner der EU, lehnte wiederum seine – ursprünglich von der Europäischen Kommission beabsichtigte – Einbeziehung in die Nachbarschaftspolitik aus Gründen der fehlenden Augenhöhe von vornherein ab und zog vor, die Zusammenarbeit mit der EU und ihren Mitgliedern im Rahmen einer strategischen Partnerschaft in einzelnen Politikfeldern, den sogenannten *Vier Gemeinsamen Räumen*, aufzubauen.⁷

Die Umsetzung der ENP in den Partnerländern lief schleppend, die Aktionspläne unterschieden sich zwar voneinander, waren aber keineswegs so „maßgeschneidert“, konkret und evaluierbar, wie es die Kommission angekündigt hatte.⁸ Zudem boten sie keine angemessenen Anreize, was nicht zuletzt damit zusammenhing, dass die Mitgliedstaaten kaum zu Zugeständnissen bereit waren, wenn sie befürchteten, ihre eigenen wirtschaftlichen oder politischen Interessen zu beeinträchtigen. Das war der Hintergrund, weshalb die Europäische Kommission 2007 an die EU-Mitglieder appellierte, größere Anstrengungen zu unternehmen, um das Kooperationsangebot an die Partnerländer zu erweitern.⁹ Dies sollte durch die Etablierung der Union für das Mittelmeer (2008) und der Östlichen Partnerschaft (2009) und somit mit der Teilung der Nachbarschaftspolitik in die südliche und östliche Richtung geschehen.¹⁰

Die auf dem Prager Gipfel im Mai 2009 feierlich verabschiedete neue ambitioniertere Politik gegenüber Osteuropa (Ukraine, Moldova, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Belarus) sollte über den bisherigen Rahmen der ENP hinausgehen. Sie sollte differenzierter auf die spezifischen Probleme der Partnerländer ausgerichtet sein und die horizontalen Beziehungen zwischen den Nachbarn und der EU sowie unter den Nachbarn verstärken.¹¹ Die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU sollte vertieft und die multilaterale Kooperation im Osten Europas gestärkt werden. Die EU stellte neue Anreize in Aussicht. Sie reichten von „Mobilitäts- und Sicherheitspaketen“ über umfassende EU-finanzierte Transformations- und Entwicklungsprogramme oder die

⁶ Annegret Bendiek: The ENP. Visibility and Perceptions in the Partner Countries. Berlin 2008 [= SWP Working Paper, FG 2, 2008/0].

⁷ EU-Russia Summit: Joint Statement. St Petersburg, 31.5.2003. – EU-Russia Summit: Conclusions: Four Common Spaces. Moscow, 10.5.2005.

⁸ Eckart D. Stratenzschulte: „Und jetzt action!“ Die Aktionspläne der Europäischen Nachbarschaftspolitik, in: *OSPREUROPÄ*, 2/2005, S. 15–23.

⁹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission: Für eine starke europäische Nachbarschaftspolitik. Brüssel, 5.12.2007, KOM (2007) 774, S. 14.

¹⁰ Joint Declaration of the Paris Summit for the Mediterranean. Paris, 13.6.2008. – Rat der Europäischen Union: Gemeinsame Erklärung des Prager Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft. Prag, 7.5.2009, 8435/09.

¹¹ Ebd., S. 5f. – Eckart D. Stratenzschulte: Planquadrat Osteuropa. Die Östliche Partnerschaft als ein neues Geopolitikfeld. Bonn 2010.

Förderung der Energieversorgungssicherheit und Unterstützung der Entwicklung eines regionalen Freihandelsnetzes bis zu neuen Assoziierungsabkommen. Langfristig wurden umfassende Freihandelsabkommen und Visafreiheit in Aussicht gestellt.¹²

Die Zusammenarbeit zwischen der EU und den sechs Adressaten wurde um regelmäßige Gipfel- und Ministertreffen zum Erfahrungsaustausch sowie um vier multilaterale Plattformen (1. Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung und Stabilität; 2. Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik; 3. Energieversorgungssicherheit; 4. Kontakte zwischen den Menschen) ergänzt.¹³ Diese sollten den Dialog zwischen den Anrainern fördern, um Erfahrungen auszutauschen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Für die belarussische Regierung und Gesellschaft ermöglichten die Plattformen überhaupt eine Anbindung an die europäische Politik in Richtung Osten.¹⁴

Die osteuropäischen Nachbarn nahmen das Angebot der Östlichen Partnerschaft zwar an, die Ukraine machte jedoch deutlich, dass sie nach wie vor eine EU-Mitgliedschaft anstrebe.¹⁵ Russlands Regierung bezog eine kritische Haltung zur Östlichen Partnerschaft, die ohne Mitsprache Moskaus zustande gekommen war.¹⁶ Die Moskauer Eliten sahen das wachsende Interesse der EU an den postsowjetischen Staaten als Angriff auf Russlands vermeintliche Einflussphäre.¹⁷

Ein Element der regelmäßigen Vernetzung der Östlichen Partnerschaft sind die alle zwei Jahre stattfindenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU mit denen der Partnerländer. Das nach dem Gründungsakt der Östlichen Partnerschaft in Prag nächste Treffen sollte im Mai 2011 in Budapest abgehalten werden. Allerdings zeichnete sich eine geringe Beteiligung auf Seiten der EU ab, zumal Frankreich den G-20-Gipfel zum gleichen Zeitraum einberief.¹⁸ Das Spitzentreffen der Östlichen Partnerschaft musste so mangels Teilnahme auf den September 2011 und wegen der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft in die Hauptstadt Polens verschoben werden. Immerhin beeinflusste Ungarn, das die Östliche Partnerschaft und den Gipfel zu den Schwerpunkten seiner Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 gezählt hatte, das Treffen in Warschau durch das Servieren ungarischer Weine beim Festbankett, worüber der ungarische und der polnische Außenminister allen Ernstes eine Absichtserklärung unterzeichneten.¹⁹

¹² Europäische Kommission: Östliche Partnerschaft. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Brüssel, 3.12.2008, KOM (2008) 823 endg., S. 4f.

¹³ Ebd., S. 13f.

¹⁴ Vladimir Uliakhovich: Belarus and the Eastern Partnership: Still a long way to go, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3/2011, S. 82–94.

¹⁵ Kiew calls for European aid to rescue its economy – Eastern Partnership is not alternative to joining EU, in: *Agence Europe*, 26.2.2009.

¹⁶ Andrei Zagorski: Eastern Partnership from the Russian Perspective, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3/2011, S. 41–61.

¹⁷ Russland flüht sich von EU-Ostpolitik provoziert, in: *Die Welt*, 7.5.2009. – Russia suspects EU for wanting to develop „spheres of influence“ in Eastern Europe, in: *Agence Europe*, 24.3.2009. – Susan Stewart: Russland und die Östliche Partnerschaft. Harsche Kritik, punktuelles Kooperationsinteresse [SWP-Aktuell 21/2009].

¹⁸ Polish presidency to test treaty rules, in: *EU-Observator*, 7.6.2011, <<http://euobserver.com/895/32258>>, letzter Zugriff: 16.10.2011.

¹⁹ Ungarische Weine beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft. Meldung auf der Internetseite der ungarischen Ratspräsidentschaft, 21.6.2011, <www.eu2011.hu/de/ungarische-weine-beim-gipfel>.

Der Gipfel in Warschau

An den Getränken kann es also nicht gelegen haben, dass wieder einige der Staats- und Regierungschefs der EU wie die Frankreichs, Italiens und Großbritanniens in Warschau durch Abwesenheit glänzten. Italiener und Dänen schickten einen Staatssekretär. Selbst dem tschechischen Premierminister war der Weg zum Gipfel zu mühsam, er ließ sich durch seinen Außenminister vertreten.

Unter den Partnerstaaten fehlte ein Vertreter von Belarus. Allerdings hatte man den belarussischen Präsidenten Lukašenka ausdrücklich nicht eingeladen, sondern wollte, dass er – wie 2009 – seinen Außenminister Martynov delegiert. Dieser wiederum wollte sich vom belarussischen Botschafter in Polen vertreten lassen, dem die EU-Politiker jedoch wegen fehlender protokolларischer Augenhöhe den Zugang zum gemeinsamen Abendessen verweigerten. Daraufhin zog Belarus seine Teilnahme zurück.²⁰

Der Bruch mit Belarus war offensichtlich. Die Verfolgung der Opposition durch das Lukašenka-Regime nach den gefälschten Wahlen vom Dezember 2010 brachte die Beziehungen der EU mit Belarus auf Null. Befremdlich war jedoch, dass die übrigen Partnerländer sich nicht bereit fanden, die Verurteilung von Belarus mitzutragen, die Gründe jedoch nicht offen legten.²¹ Die Erklärung, in der große Betroffenheit über die Verschlechterung der politischen Situation ausgedrückt, jedoch auch der Wille bekräftigt wurde, die Beziehungen zu verstärken, wenn es in Belarus Fortschritte bei der Beachtung von Demokratie und Menschenrechten geben sollte, verabschiedeten nur die 27 EU-Vertreter.²²

Streit gab es auch mit dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowycz über den Prozess gegen die Ex-Premierministerin Julija Tymoschenko,²³ die kurz nach dem Gipfel zu sieben Jahren Haft und einer dreistelligen Millionensumme Geldstrafe verurteilt wurde.²⁴ Die EU kritisierte den Prozess scharf:

²⁰ Gipfeltreffen in Warschau: EU streitet mit der Ukraine und Weißrussland, in: FAZ, online, 30.9.2011, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gipfeltreffen-in-warschau-eu-streitet-mit-der-ukraine-und-weissrussland-11410994.html>. – Kamil Klynski: Minsk boycotts the Eastern Partnership Summit. Centre for Eastern Studies, Warschau, 5.10.2011, <www.osw.waw.pl/en/print/publikacje/eastweek/2011-10-05/minsk-boycotts-eastern-partnership-summit>.

²¹ No agreement on Belarus at Warsaw EU summit, in: Polskie Radio dla Zagranicy, 1.10.2011, <www.thenews.pl/1/2/Artykul/56091.No-agreement-on-Belarus-at-Warsaw-EU-summit>.

²² Declaration on the situation in Belarus adopted on the occasion of the Eastern Partnership Summit. Warsaw, on 30 September 2011, Council of the European Union, 14983/11, Warsaw, 30.10.2011.

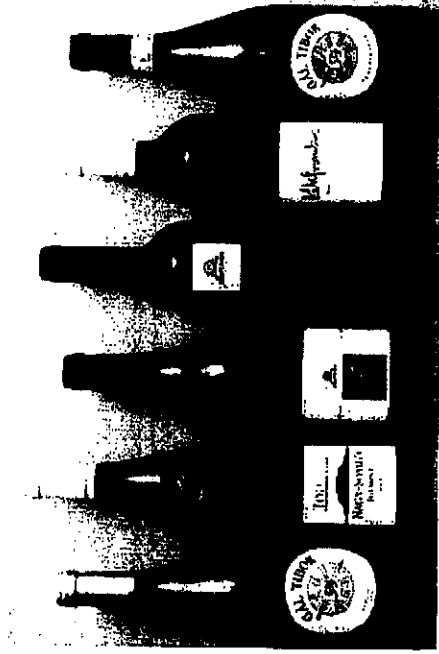
²³ Kiew trotzt der Kritik am Timoschenko-Prozess, in: DW-World, Fokus Osteuropa, 6.10.2011, <www.dw-world.de/dw/article/0,6632392,00.html>. – Michael Emerson: The Timoschenko Case and the Rule of Law in Ukraine. CEPS Commentary, Centre for European Policy Studies, Brussels, 27.7.2011, <www.ceps.be/book/timoschenko-case-and-rule-law-ukraine>.

²⁴ Timoschenko schuldig gesprochen, in: Euractiv, 11.10.2011, <www.euractiv.de/erweiterung-und-partnerschaft/artikel/timoschenko-schuldig-gesprochen-005476>. – Sławomir Matuszak, Tadeusz A. Olaszki: Yulia Tymoschenko sentenced, in: Centre for Eastern Studies, 12.10.2011, <www.osw.waw.pl/en/publikacje/eastweek/2011-10-12/yulia-tymoschenko-sentenced>. – Dokumentation: Urteil gegen Julija Tymoschenko, in: Ukraine-Analysen, 9/11.10.2011, S. 17–22.

Es besteht kein Zweifel, dass die Strafverfolgung von Julija Tymoschenko politisch motiviert war. Ihre gestrige Verurteilung war das Ergebnis eines Prozesses, der eindeutig nicht die internationalen Standards im Hinblick auf einen fairen, transparenten und unabhängigen Gerichtsprozess erfüllt hat. Bedauerlicherweise ist ihr Fall nicht der einzige in der Ukraine. Verschiedene andere Mitglieder ihrer Regierung sind in derselben Weise verfolgt und verurteilt worden.²⁵

Ein Besuch Janukowyczs in Brüssel, der für den 20. Oktober 2011 geplant war, wurde von der EU als Reaktion auf das Urteil und die mangelnde Bereitschaft, die Angelegenheit etwa durch die Abschaffung des Paragraphen zu bereinigen, nach dem Julija Tymoschenko verurteilt worden ist, abgesagt.²⁶

Aber nicht nur die Atmosphäre war schlecht. Auch die Ergebnisse, die präsentiert wurden, können nicht beeindruckend sein. In einer acht Seiten umfassenden Gemeinsamen Erklärung wurde eine Bestandsaufnahme des bisher geleisteten vorgelegt.²⁷ Hervorgehoben wurden die neuen Dialogforen im politischen und wirtschaftlichen Bereich (*European Parliamentary Assembly, Eastern Partnership Business Forum, Conference of Regional and Local Authorities*) und die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Komponente der Östlichen Partnerschaft (*Civil Society Forum*).²⁸ Weiterhin wurde unterschieden zwischen Maßnahmen, die in Kraft gesetzt wurden, die bald erreicht werden könnten, die begonnen wurden, die bald beginnen könnten und die noch in weiterer Ferne liegen. Schematisch dargestellt ergibt sich folgendes Bild des Erreichten und Angestrebten:



Schmierstoff für Gipfeltreffen

²⁵ Catherine Ashton, EU High Representative for Foreign Affairs and Security Policy and Vice President of the European Commission: Speech on the situation in Ukraine European Parliament, SPEECH/11662, Brussels, 12.10.2011, <<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11662&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>>.

²⁶ EU sagt Treffen mit Janukowitsch ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.10.2011.

²⁷ Council of the European Union: Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit. Warsaw, 29–30.9.2011, 14983/11.

²⁸ EUL4

Tabelle 1: Bestandsaufnahme Östliche Partnerschaft

Gegenstand	UA	MO	GE	ARM	AZ	BY
Dialog über Visafreiheit	X	X				
Visaerleichterung und Rückübernahmeabkommen			XXX (I)	0	0	0
Aktionsplan zur Visaliberalisierung	X (I)	X (I)				
Verhandlungen über Assoziierungsabkommen	XX	XX	X	X	X	
Verhandlungen über Freihandelsabkommen im Rahmen des Assoziierungsabkommens	XX	X	X	0		
Einbeziehung in EU-Programme	X (U)	XXX (I)				
Einbeziehung ins 7. Forschungsrahmenprogramm		X				
Mitgliedschaft in der Energiegemeinschaft (SOE) ²⁹	XXX	XXX				
Osteuropäische Energieeffizienz- und Umweltpartnerschaft	X					
Abkommen über gemeinsamen Luftraum mit der EU	XX	X	XXX (U)			
Abkommen über den Schutz geographischer Herkunftsbezeichnungen		XX	XXX (U)			

- XXX: Maßnahmen, die in Kraft gesetzt wurden
- XX: Maßnahmen, die bald erreicht werden könnten
- X: Maßnahmen, die begonnen wurden
- x: Maßnahmen, die bald beginnen könnten
- 0: Maßnahmen, die noch in weiterer Ferne liegen
- U: Unterzeichnung des Abkommens
- I: Inkrafttreten des Abkommens

Aus dieser Übersicht wird klar: Mit Armenien, Aserbaidschan und Belarus sind seit dem offiziellen Startschuss der Östlichen Partnerschaft vor zweieinhalb Jahren keine nennenswerten Fortschritte erzielt worden. Lediglich mit der Ukraine, Moldova und Georgien wurden neue Kooperationsfelder erschlossen. Damit aber ist der Anspruch praktisch gescheitert, eine einheitliche Politik mit Europas Osten zu verfolgen. Der Ministerrat zieht in seiner Erklärung daraus indirekt Konsequenzen:

²⁹ Am 6. Oktober 2011 haben sich die südosteuropäischen Mitglieder der Energiegemeinschaft verpflichtet, die EU-Energiemarktregelungen samt dem dritten Energie-Paket bis zum Januar 2015 zu implementieren; Tomasz Dąbrowski, Marta Szpala: The third energy package to be introduced in the Balkan states. Moldova and Ukraine by 2015. in: CES Eastweek. 12.10.2011.

Die Teilnehmer des Warschauer Gipfels anerkennen die europäischen Bestrebungen und die Europäische Wahl einiger Partner und ihren Willen, eine tiefgehende und nachhaltige Demokratie zu schaffen. Sie unterstützen die besondere Bedeutung der Östlichen Partnerschaft, diejenigen zu unterstützen, die eine immer engere Beziehung mit der EU anstreben.³⁰

Dieser Passus ist als Abwehr gegen den Anspruch auf Mitgliedschaft zu verstehen, die die EU entgegen den Wünschen Georgiens, Moldovas und der Ukraine nicht in Aussicht stellt.

Um die Formulierung war in der Vorbereitung des Spitzentreffens zwischen den EU-Mitgliedstaaten hart gerungen worden. Während Schweden und Großbritannien, unterstützt von Litauen, Lettland, Rumänien und der Slowakei, eine weitergehende Aussage durchsetzen wollten, in der Bezug auf die gemeinsame Geschichte bzw. die gemeinsamen Werte genommen werden und in der es eine Referenz zum EU-Vertrag geben sollte, wehrten sich Deutschland, Belgien, Frankreich und die Niederlande vor allem gegen jeden Hinweis auf die europäischen Verträge – die ja in Artikel 49 EU-Vertrag die Beitrittsmöglichkeit aller europäischen Staaten benennen.³¹

Die Partnerstaaten waren an der Ausarbeitung dieser Formel offensichtlich nicht beteiligt und finden sich in ihr auch nicht wieder. So sagte der stellvertretende ukrainische Außenminister Klimkin:

Ich habe immer betont, dass unser Ansatz ambitionierter und umfassender sein sollte. Wir brauchen einen Ansatz, der zielgerichteter ist. Die Östliche Partnerschaft sollte die verschiedenen Stufen der EU-Integration widerspiegeln. Der Westbalkan könnte dafür als Vorbild dienen. Auch dort gibt es Länder wie Kroatien, während andere Balkanländer noch ziemlich weit von einer EU-Mitgliedschaft entfernt sind. Wieso sollten wir nicht den gleichen Ansatz für die Östliche Partnerschaft nutzen?³²

Ambitionen und Ergebnisse der Transformation

Der endgültige Text des Warschauer Abschlussdokuments macht jedoch ein Weiteres deutlich: Nicht alle Partnerstaaten haben den Willen zur Demokratie, und die EU will mit der Östlichen Partnerschaft künftig nur noch diejenigen unterstützen, die tatsächlich an engeren Beziehungen interessiert sind.

Auch mit den drei engeren Partnern sind die Fortschritte jedoch beschränkt, vor allem wenn man die politischen Ziele der Östlichen Partnerschaft, die ja über technische Fragen (Luftraum, geographische Herkunftsbezeichnungen) hinausgehen, berücksichtigt. In der Abschlusserklärung von Warschau wird daran noch einmal erinnert:

³⁰ Council of the European Union: Joint Declaration [Fn. 27], S. 1.
³¹ Generalsekretariat der Europäischen Kommission: Note for the Attention of Members of the Commission, 2376th meeting of COREPER II on Wednesday 14 September 2011, SI (2011) 320.
³² Pavlo Klimkin im Interview: Ukraine: Vize-Außenminister zu Timoschenko, Gaskonflikt und EU-Abkommen, in: Euractiv, 23.9.2011, <www.euractiv.de/erweiterung-und-partnerschaft/ interview/ukraine-vize-aussenminister-zu-timoschenko-gaskonflikt-eu-abkommen-005413>.

Die Östliche Partnerschaft gründet auf einer Wertegemeinschaft und den Prinzipien von Freiheit, Demokratie, Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit.³³

Gegenüber der Gründungserklärung von 2009 sind die Ziele und vermeintlichen Gemeinsamkeiten damit schon abgespeckt. Damals waren noch die Prinzipien des Völkerrechts, die Marktwirtschaft sowie eine nachhaltige Entwicklung genannt worden.³⁴ In den Erklärungen findet eine Vermischung von Ziel und Grundlage statt. In Wirklichkeit sollen durch die Östliche Partnerschaft ja genau die Punkte in den Partnerstaaten realisiert werden, die gleichzeitig als Grundlage, mithin als Bestand, aufgezählt werden.

In der Realität kann davon keine Rede sein, tatsächlich hält sich die Europäisierung in Osteuropa sehr in Grenzen. Die Partnerstaaten der Östlichen Partnerschaft sind auf dem Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung in den letzten Jahren kaum vorangekommen – wenn überhaupt. Dies zeigt sich an den verschiedenen Untersuchungen zum Stand der Transformation. Die verschiedenen Indizes arbeiten mit unterschiedlichen „Noten“, mal ist „1“ der beste erreichbare Zustand, mal der schlechteste. Zum Zwecke besserer Vergleichbarkeit wurden in den folgenden Tabellen die Angaben umgerechnet. „10“ bezeichnet den besten Zustand, „0“ den schlechtesten, orientiert am *Bertelsmann* Transformationsindex. So gelingt es, verschiedene Transformationsuntersuchungen in einer Übersicht darzustellen.³⁵ Unter Verwendung des *Bertelsmann* Transformationsindex, des *Freedom House*-Indexes und der Indizes des *World Economic Forum*, *Transparency International* und *Reporter ohne Grenzen*³⁶ ergibt sich ein Bild, das zwar – wegen der unterschiedlichen Erhebungsmethoden – nicht exakt ist, jedoch klare Tendenzen zeigt. Die Ergebnisse sind also ermutigend. Die Europäische Nachbarschaftspolitik in Richtung Osten hat keine nennenswerten Erfolge zu verbuchen.

³³ Ebd., S. 1.

³⁴ Außerdem war statt von Rechtsstaatlichkeit (rule of law) von guter Regierungsführung (good governance) die Rede; Council of the European Union: Joint Declaration of the Prague Eastern Partnership Summit [Fn. 27], S. 5.

³⁵ Die Verfasser danken Dimitri Kling für die Umrechnung der Tabellen und die Erstellung der Schablonen.

³⁶ Bertelsmann Transformation Index (BTI), Gütersloh, <www.bertelsmann-transformation-index.de/f11.0.html?L=1>. – Freedom House (FH), Freedom of the World: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties, Washington D.C., New York, <www.freedomhouse.org>. – World Economic Forum (WEF), The Global Competitiveness Report, Genf, Schweiz, <www.weforum.org/issues/global-competitiveness>. – Transparency International (TI), Corruption Perception Index, Berlin, <www.transparency.org/policy-research/surveys_indices/cpi>. Reporter ohne Grenzen (ROG), Worldwide Press Freedom Index, Berlin, <www.rsf.org/rubrique.php3?id_rubrique=639>. Der Status Index (BTI) bildet den Mittelwert aus den Ergebnissen der Dimensionen „Politische Transformation“ und „Wirtschaftliche Transformation“. Der Mittelwert wurde mit den ungerundeten Werten der beiden Dimensionen errechnet, die sich wiederum aus den Bewertungen von 5 politischen Kriterien (mittels Einzelbewertung von 18 Indikatoren) und 7 wirtschaftlichen Kriterien (mittels Einzelbewertung von 14 Indikatoren) ergaben, <www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/online/status-index>.

Aufbruch zu neuen Ufern? Das neue Konzept für die ENP

In der Tat ist auch die Europäische Kommission mit den Ergebnissen der Europäischen Nachbarschaftspolitik unzufrieden. Das zeigt sich deutlich, wenn man den Vorschlag für eine neue Nachbarschaftspolitik analysiert, den die Kommission im Mai 2011 vorgelegt hat.³⁷ Aus dem, was man verbessern will, lässt sich herauslesen, was Verbesserungsbedarf ist. Hier ergibt sich folgendes Bild:

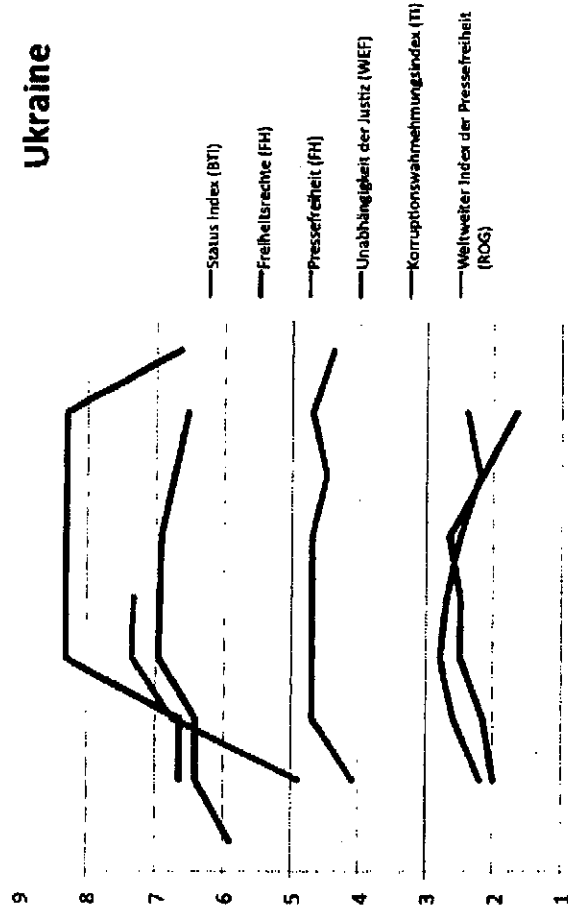
Die neue Nachbarschaftspolitik ... gibt Auskunft über die bisherige

Wie es werden soll sagt, wie es ist:
„Die EU muss den historischen Herausforderungen in unserer Nachbarschaft gerecht werden.“ (Mitteilung der Kommission, S. 1)	Die EU wird den historischen Herausforderungen in unserer Nachbarschaft nicht gerecht.
„Es bedarf beispielsweise einer größeren Flexibilität und stärker maßgeschneiderter Antworten.“ (1)	Die Politik ist nicht flexibel genug, und die Antworten sind nicht maßgeschneidert.
„Die Koordinierung zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und ihren wichtigsten internationalen Partnern ist von entscheidender Bedeutung und kann verbessert werden.“ (1)	Die Koordinierung zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und den wichtigsten internationalen Partnern ist nicht hinreichend ...
„Bei der ENP sollte es sich um eine Politik der Union handeln, an der die Mitgliedstaaten ihre eigenen bilateralen Bemühungen ausrichten, um die allgemeinen politischen Ziele der ENP zu verwirklichen.“ (2)	... und die Mitgliedstaaten richten ihre eigenen bilateralen Bemühungen nicht genügend auf die allgemeinen politischen Ziele der ENP aus.
„Der neue Ansatz muss sich auf gegenseitige Rechenschaftspflicht und eine gemeinsame Verpflichtung zur Achtung universeller Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stützen.“ (2)	Es mangelt der ENP an gegenseitiger Rechenschaftspflicht und an einer gemeinsamen Verpflichtung zur Achtung von Demokratie und Menschenrechten.
„... viel größere Differenzierung ...“ (2)	Die ENP ist gegenüber den Partnern nicht differenziert genug ...
„die Partner verstärkt beim Aufbau einer vertieften Demokratie zu unterstützen“ (2)	hilft ihnen nicht ausreichend beim Aufbau einer vertieften Demokratie
Die EU „wird darauf bestehen, dass der Reformprozess in jedem Partnerland auf einem eindeutigen Bekenntnis zu den universellen Werten gründe, die unserem neuen Ansatz zugrunde liegen ...“ (3)	Auch hat die EU bislang nicht ausreichend auf einem Bekenntnis der Partner zu den universellen Werten bestanden ...

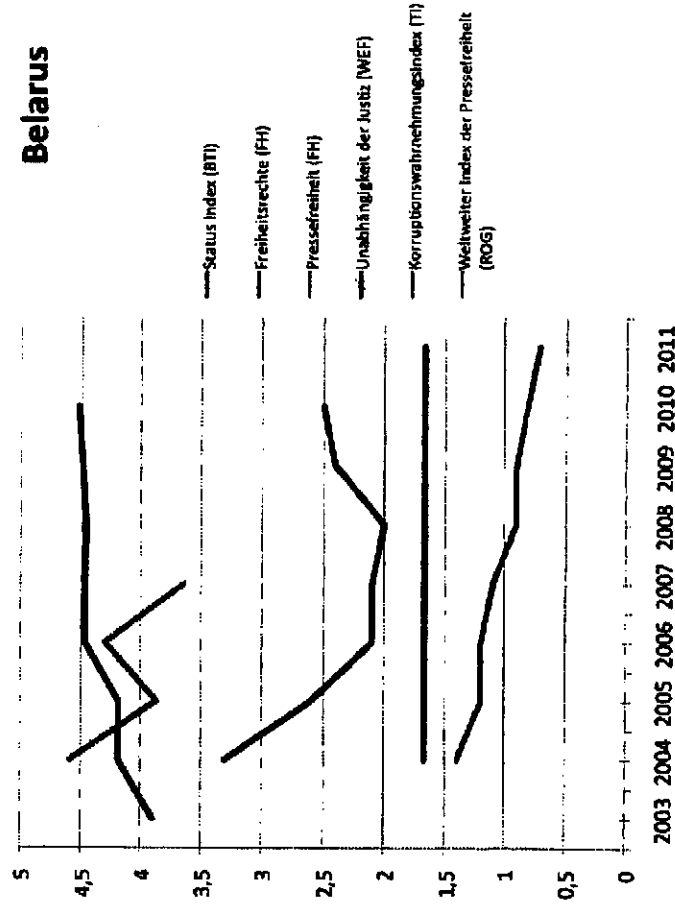
³⁷ Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel: Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Gemeinsame Mitteilung der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Kommission. Brüssel 25.05.2011, KOM (2011) 303.

Die EU wird „den Umfang der EU-Unterstützung für die einzelnen Partner an deren Fortschritte bei der Durchführung politischer Reformen und der Entwicklung einer ‚vertieften Demokratie‘ anpassen.“ (4)	... und ihre Unterstützung nicht nach der Bereitschaft zur Durchführung politischer Reformen differenzieren.
Die EU wird „in jedem Nachbarland eine Partnerschaft mit der Gesellschaft aufbauen und durch die Einrichtung einer Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft den Zugang zivilgesellschaftlicher Organisationen zur EU-Unterstützung verbessern.“ (4)	Die Zivilgesellschaft in den Partnerländern hat bislang keinen ausreichenden Zugang zu EU-Unterstützung.
Die EU wird „die Beteiligung der EU an der Beilegung lang anhaltender Konflikte verstärken“. (6)	Die EU hat sich nicht hinreichend an der Beilegung lang anhaltender Konflikte beteiligt ...
Die EU wird „die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die anderen Instrumente der EU kohärent einsetzen.“ (6)	... und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die anderen Instrumente der EU nicht kohärent eingesetzt.
Die Mitgliedstaaten müssen „sich viel stärker als bisher aufeinander abstimmen, damit sie eine gemeinsame Botschaft vermitteln und die für ein wirksames Handeln notwendige Kohärenz gewährleisten können“. (6)	Die Abstimmung der Mitgliedstaaten untereinander ist mangelhaft, weshalb keine gemeinsame Botschaft vermittelt wird.
Die EU beabsichtigt, „die reguläre Migration besser zu organisieren, die positiven Auswirkungen der Migration auf die wirtschaftliche Entwicklung maximal zu nutzen und die für die Grenzverwaltung und Migrationssteuerung erforderlichen Kapazitäten zu stärken.“ (14)	Die reguläre Migration aus den Partnerländern ist schlecht organisiert, die positiven Auswirkungen der Migration auf die wirtschaftliche Entwicklung ist nicht gut genutzt und die Kapazitäten für die Grenzverwaltung und Migrationssteuerung reichen nicht aus.
„Um insbesondere die Mobilität der Studierenden, Forscher und Geschäftsleute zwischen den Partnerländern und der EU zu stärken, fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, alle durch den EU-Visakodex gebotenen Möglichkeiten auszuschoöpfen.“ (14)	Die Mitgliedstaaten haben die durch den EU-Visakodex gebotenen Möglichkeiten, die Mobilität verschiedener Zielgruppen zu erhöhen, nicht genutzt.
„Gleichzeitig müssen die Instrumente der Östlichen Partnerschaft anhand der Erkenntnisse, die in der ersten Umsetzungsphase gewonnen wurden, besser auf die Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern abgestimmt werden. Insbesondere ist zu prüfen, mit welchen Maßnahmen der lange Verhandlungszeitraum, der für weitreichende und komplexe Assoziierungsabkommen erforderlich ist, überbrückt werden kann.“ (16)	Die Instrumente der Östlichen Partnerschaft sind nicht gut auf die Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern abgestimmt.

Ukraine

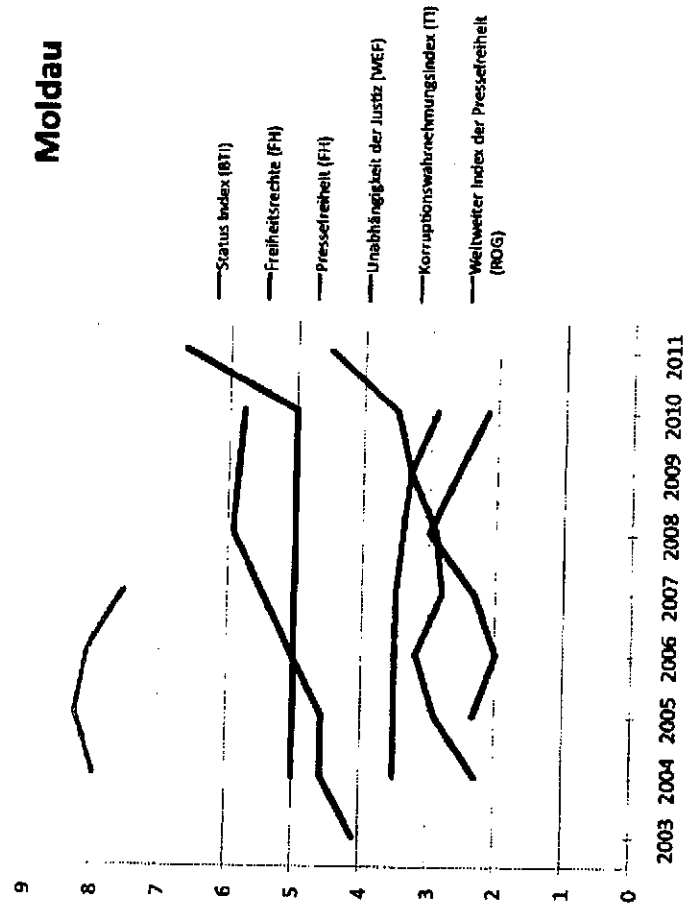


Belarus

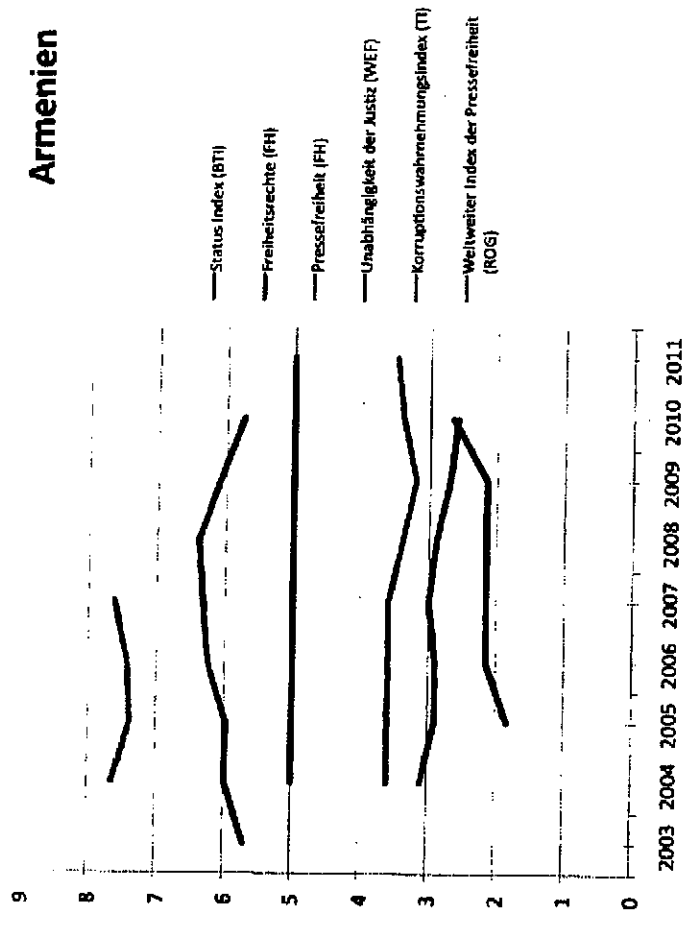


2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011

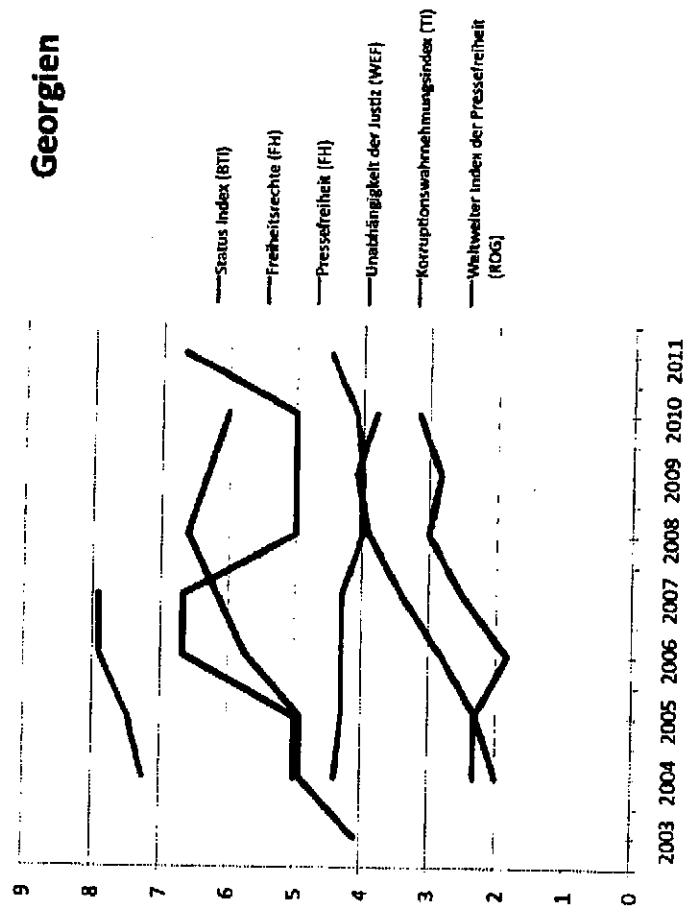
Moldau



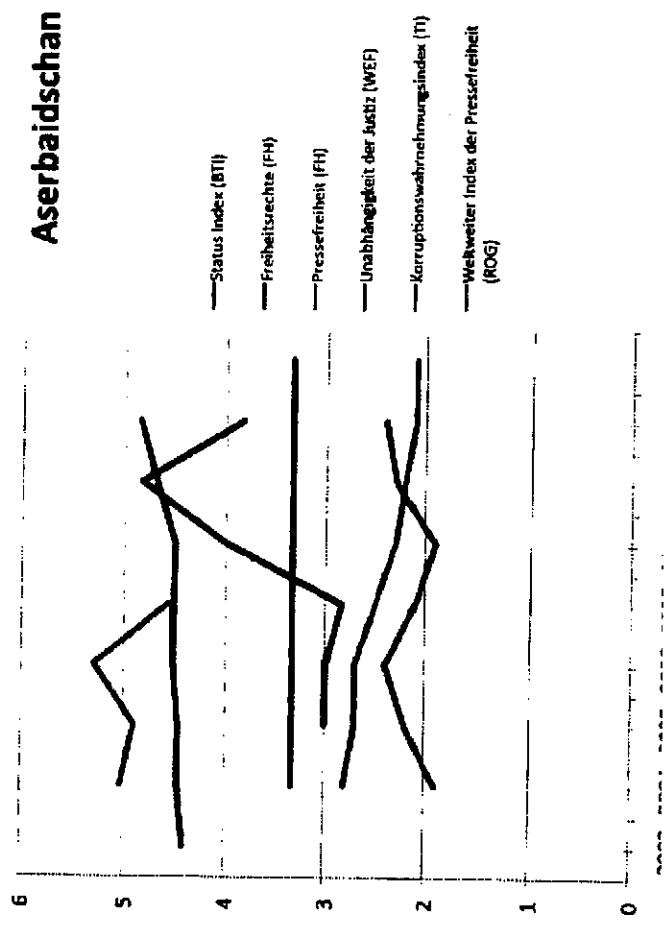
Armenien



Georgien



Aserbaidschan



Dass diesen Initiativen mehr Erfolg beschieden sein wird als den bisherigen, darf allerdings bezweifelt werden. Mit einem „more of the same“ wird es nicht getan sein, und hierfür gibt es einleuchtende Gründe.

Das Konzept der „Europäisierung“ und seine Anwendung auf Drittstaaten

Die Östliche Partnerschaft ist im Kern ein Erziehungsprojekt, dessen Ziel die Europäisierung, also die Übernahme der Werte und Standards der Europäischen Union durch die Partnerländer, ist. Diese Europäisierung ist in den letzten Jahren ausfühlich diskutiert und konzeptionalisiert worden.⁴¹

Ursprünglich wurde dieser Ansatz benutzt, um die Veränderungen innerhalb der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaften sowie die Rückwirkung der Integration auf die Mitgliedstaaten zu analysieren. In den 1980er Jahren entwickelte die Integrationsforschung dieses Konzept, um die stark zunehmende Zahl von Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft und deren Effekte und Auswirkungen auf die beteiligten Staaten zu untersuchen.⁴² Doch angesichts der EU-Beitrittsverhandlungen mit den ostmitteleuropäischen Staaten wurden Fragen aufgegriffen und systematische Studien verfasst, die sich mit der Auswirkung der Integrationsprozesse auf die Kandidatenstaaten und künftigen EU-Mitglieder beschäftigten. Dies hing unter anderem mit der sich vertiefenden Integration und der Herausbildung eines veränderten Selbstverständnisses der EU in Bezug auf ihre externe Rolle zusammen.⁴³

Später wurde das Konzept der Europäisierung ausgedehnt, um die Interaktion zwischen der EU und ihren Anrainern, vor allem in Osteuropa, zu erforschen.⁴⁴ Hier wurde die Europäisierung als ein Prozess verstanden, im Laufe dessen die Staaten ihr kommunistisches Erbe überwinden sowie demokratische und wirtschaftspolitische Regeln übernehmen sollten, um ein fester Bestandteil der politischen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Strukturen (West)Europas zu werden.⁴⁵ Dieser Prozess kann entweder von der EU oder von den Partnerstaaten initiiert und durchgeführt werden. Im ersten Fall versucht die Union, durch Anreize (oft finanzieller Natur) und positive Konditionalität die Staaten zur Demokratisierung und Transformation zu

bewegen. In diesem Zusammenhang adaptieren die Partnerstaaten die EU-Regeln und Normen, wenn der erwartete Gewinn die nationalen Adaptationskosten übersteigt und Vorteile gegenüber alternativen Optionen aufweist. Dieser Annahme zufolge kann die Europäisierung um so schneller stattfinden, je größer, aber auch realistischer, der Anreiz ist. Auch die Drittstaaten können sich für den Weg der Europäisierung entscheiden, wenn sie annehmen, dass die damit verbundenen systemischen Veränderungen für den Staat und die Gesellschaft besser und angemessener sind als bisherige Regelungen und sie diese dann als eigene übernehmen (Sozialisation). Die EU bleibt in diesem Fall nicht passiv, spielt aber eine untergeordnete Rolle als Best-Practice-Beispiel und Partner für Know-how-Transfer.⁴⁶

Im Prozess der Erweiterung erwies sich die Europäische Union als starker Europäisierungsmagnet, da die Kandidatenländer über den Anreiz einer realistischen Mitgliedschaftsperspektive verfügten. In historisch gesehen großer Geschwindigkeit wurden sie auch zu Mitgliedern. Frank Schimmelfennig weist in seiner Studie darauf hin, dass die EU-Konditionalität verbunden mit dem Beitrittsversprechen von überragender Bedeutung für die Demokratieförderung in Europa war.⁴⁷ Dabei darf allerdings nicht überssehen werden, dass es in den Beitrittsländern einen starken politischen und gesellschaftlichen Impuls gab, der EU beizutreten. „Rückkehr nach Europa“ nannte Václav Havel das.

Diese Bedingungen sind für die Staaten der Östlichen Partnerschaft nicht in gleicher Weise gegeben. Weder besteht ein klarer gesellschaftlicher Wille, die Transformationsopfer zugunsten einer Mitgliedschaft in der EU auf sich zu nehmen,⁴⁸ noch gibt es die entsprechende Einladung von Seiten der EU.

Eine Normenübernahme durch die Partnerstaaten als Ergebnis einer Kombination aus Anreizen und Einsichten setzt den Willen und die Bereitschaft des Lernenden voraus. Michael Emerson untersucht bereits in einer frühen Analyse der Europäischen Nachbarschaftspolitik zwischen vier Kategorien von Partnern: den Willigen, den Passiven, den Zögerlichen und den Ausgeschlossenen.⁴⁹ Vier der Staaten der Östlichen Partnerschaft hatte Emerson damals als willig bezeichnet: die Ukraine, Georgien und Moldova, zu denen er anmerkte: „Europäische Identität, sie akzeptieren kein Nein, wollen mehr“, während er Armenien mit den Worten: „will mehr, hat aber andere Sicherheitsinteressen“ kennzeichnete. Aserbaidschan wurde von Emerson als passiv und Belarus als ausgeschlossen kategorisiert.⁵⁰

Vier Jahre später sieht das Bild schlechter aus. Die Ukraine müsste in Emersons Schema als passiv bezeichnet werden. Das Land bewegt sich politisch nicht auf die Europäische

⁴¹ Weronika Priesmeyer-Tkocz: Polen und die Europäisierung der Ukraine. Die polnische Ukraine-Politik im Kontext europäischer Integration. Dissertation, Freie Universität Berlin 2010, S. 38f. – Frank Schimmelfennig, Ulrich Sedelmeier: Introduction: Conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe, in: Dies., The Europeanization [Fn. 42], S. 1–28.

⁴² Schimmelfennig, Scholtz: EU Democracy [Fn. 44], S. 3.

⁴³ Petr Kratochvíl, Barbara Lippert: Improving the Cost/Benefit Balance of the ENP for the EU's Eastern Partners. IEP Policy Brief Nr. 3, Berlin 2008, S. 8.

⁴⁴ Michael Emerson, Gergana Noutcheva, Nicu Popescu: European Neighbourhood Policy Two Years on: Time Indeed for an „ENP-Plus“, CEPS Policy Brief 126/2007, S. 9, <www.ceps.eu/book/european-neighbourhood-policy-two-years-time-indeed-enp-plus>.

⁴⁵ Ebd., S. 10.

⁴¹ Heinz-Jürgen Axt, Antonio Milosowski, Oliver Schwarz: Europäisierung – ein weites Feld. Literaturbericht und Forschungsfragen, in: Politische Vierteljahresschrift, 1/2007, S. 136–149. – Rainer Eising: Europäisierung und Integration. Konzepte in der EU-Forschung, in: Markus Jachtenfuchs, Beate Kohler-Koch (Hg.): Europäische Integration, Opladen 2003, S. 387–416.

⁴² Kevin Featherstone: Introduction: In the Name of 'Europe', in: Kevin Featherstone, Claudio M. Radaelli (Hg.): The Politics of Europeanisation. Oxford, New York 2003, S. 3–26.

⁴³ Heather Grabbe: The EU's transformative power: Europeanisation through conditionality in Central and Eastern Europe. New York 2006. – Frank Schimmelfennig, Ulrich Sedelmeier (Hg.): The Europeanization of Central and Eastern Europe. Ithaca, London 2005.

⁴⁴ Andrea Gawrich, Inna Melnykova, Rainer Schweickert: Neighbourhood Europeanization through ENP: The Case of Ukraine, KFG Working Paper 3/August 2009. – Frank Schimmelfennig, Hanno Scholtz: EU Democracy Promotion in the European Neighbourhood: Political Conditionality, Economic Development and Transnational Exchange, National Centre of Competence in Research, Zürich, Working Paper 9/2007. – Michael Emerson, Gergana Noutcheva: Europeanisation as a Gravity Model of Democratisation, CEPS-Working Document Nr. 214, November 2004. – Katarzyna Wolzak: Ukraine's Policy towards the European Union: A Case of „Declarative Europeanization“, European Research Institute, Birmingham 2003.

⁴⁵ Grabbe, The EU's transformative power [Fn. 43], S. 5.

Union zu, sondern von ihr weg.³¹ Dass dies den politisch Verantwortlichen selbst durchaus klar ist, zeigt sich in dem Vorschlag aus Kiew, das geplante Assoziierungsabkommen in zwei Teile zu zerlegen: einen wirtschaftlichen, der direkt von der EU in Kraft gesetzt wird, und den politischen, der in den Mitgliedstaaten der EU ratifiziert werden muss – und dort bei der derzeitigen politischen Praxis in der Ukraine durchaus scheitern könnte. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zitiert einen ungenannten ukrainischen Diplomat, dass dieses Verfahren den Vorteil habe, dass es dann nicht mehr darauf ankomme, was etwa der Bundestag von dem Abkommen halte.³²

Begrenzte Anreize

Das Anreizsystem geht von einem „Rational-Choice“-Modell aus: Wenn die Belohnung größer ist als der Aufwand, lohnt es sich, etwas zu tun. Wenn die Maßnahme aber zum eigenen politischen Tod führt, ist dieses Verfahren außer Kraft gesetzt. Das Anreizsystem will demokratische Verhältnisse schaffen, setzt diese hierfür allerdings voraus. Denn nur, wenn die Öffentlichkeit und die Opposition, beflügelt von den in Aussicht gestellten Belohnungen, die Kraft haben, Forderungen gegen die Regenten durchzusetzen, können die Anreize wirken und die Verhältnisse sich ändern.³³ Ansonsten bleibt es bei dem, was der Gipfel von Warschau als Erfolg verkündet hat: Abkommen über den Luftraum und geographische Herkunftsbezeichnungen sowie Einbeziehung in einige eher unpolitische EU-Programme.

Als großer Anreiz wird die Visaliberalisierung und langfristig die Visafreiheit gehandelt. In Wirklichkeit ist dies jedoch Gegenstand einer anderen Konditionalität. Die EU knüpft ihre Zugeständnisse in dieser Frage nicht an demokratische Standards, sondern daran, dass die Partnerstaaten alle Voraussetzungen erfüllen, dass es möglichst nicht zu einer irregulären Immigration in die EU kommt.³⁴

Ein Klassiker der politischen und wissenschaftlichen Diskussion zu diesem Thema ist die Annahme, dass die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten deshalb relativ erfolglos sei, weil die EU sich weigere, den Partnerländern die Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen,³⁵ woraus die Forderung resultiert, diese in den ENP-

³¹ Heiko Dörrenbächer: Die Ukraine 20 Jahre nach der Unabhängigkeit – politische Unzufriedenheit so groß wie nie zuvor. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Bericht aus aktuellem Anlass, 3/2011, 25.8.2011. – Otto Luchterhandt: Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine – eine unendliche Geschichte, in: Ukraine-Analysen, 80/2010, S. 2–6. – Nico Lange: Zwischen Re-Sowjetisierung und kooperativen Interessen, ebd., S. 13–15. – Martin Malek: Janukowitsch. Eine Zwischenbilanz, ebd., S. 15–17.

³² Kiew will EU-Abkommen retten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.9.2011, S. 7.

³³ Weronika Priesmeyer-Tkocz, Eckart D. Stratuschule: Immer im Kreis und kein Schritt zurück: Die EU zwischen externer Demokratisierung und interner Konsolidierung, in: Erhard Cziomer (Hg.): Wyzwania partnerstwa polsko-niemieckiego u schyłku pierwszego dekad XXI wieku. Kraków 2009, S. 57–70.

³⁴ Stefanie Harter: Ohne Visum zum Endspiel? Stand der Verhandlungen zur Visaliberalisierung zwischen der EU und der Ukraine. Analyse und Dokumentation, in: Ukraine-Analysen, 95/2011, S. 2–17. – Raphi K. Rechitsky: Gefangen in der Pufferzone: Migration, Flüchtlinge und die Auswirkungen der EU-Außenpolitik, in: Ukraine-Analysen, 92/2011, S. 13–16.

³⁵ Beata Wojna, Maciej Gniazdowski (Hg.): Eastern Partnership: The Opening Report. PISM Warszawa, April 2009. – Iris Kemppe: Eine neue Ostpolitik. Europas Antwort auf die Resen-

Instrumentenkasten zu packen. Abgesehen davon, dass bezweifelt werden darf, dass Regenten vom Schlage Lukašenkas oder auch Viktor Janukowyčs bereit wären, ihre Macht nach demokratischen Verfahren zur Disposition zu stellen, damit ihr Nach-Nachfolger eine Beitrittsurkunde der EU gegenzeichnen kann, wäre das der Totenschein für die ENP, die ja gerade als eigenständige Politik versucht, die Verhältnisse in Osteuropa und im südlichen Mittelmeerraum unterhalb der Schwelle des Beitritts zum Besseren zu wenden. Wenn dies nur mit einer Beitrittspolitik möglich ist, über welche die EU ja verfügt und die sie gegenüber den Staaten des Westlichen Balkan – und offiziell auch gegenüber der Türkei – anwendet, ist ein alternativer Politikansatz überflüssig. Die Forderung, die Beitrittsperspektive in die ENP aufzunehmen, bezeichnet also das Ende der Europäischen Nachbarschaftspolitik und deren Ablösung durch die klassische Vorbeirrittspolitik – der allerdings die Glaubwürdigkeit fehlen würde, da die Mitgliedsländer der EU in ihrer Mehrheit nicht bereit sind, den Partnerstaaten der Östlichen Partnerschaft eine solche Perspektive zu bieten. Genau dies führt ja zu vagen Formulierungen wie der „Anerkennung der europäischen Bestrebungen“ in der Gipfelerklärung von Warschau.

Tatsächlich ist die Mitgliederspektive kein Wundermittel der Europäisierung. Dies zeigt Albanien. Obwohl es eine Beitrittsperspektive hat und – anders als Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina – nicht durch Konflikte mit den Nachbarn oder ungelöste ethnopolitische Arrangements und verfassungsrechtliche Blockaden im eigenen Land behindert wird, sind die Fortschritte in Richtung EU-Standards gering.³⁶

Das bedeutet: Das Anreizsystem der EU ist in seiner Wirkung begrenzt. Zum einen dadurch, dass die Attraktion der Anreize bei den Regierenden in den Partnerländern spätestens dort nachlässt, wo deren eigene politische Machtposition in Frage gestellt ist. Zum anderen steht der ganz große Anreiz, die realistische und glaubwürdige Beitrittsperspektive, nicht zur Verfügung. Der kleinere, aber attraktive Anreiz der Visafreiheit folgt eigenen Gesetzen. Vor allem aber fehlt es in den Staaten der Östlichen Partnerschaft in unterschiedlichem Maße am gesellschaftlichen Schub in Richtung Demokratisierung und Europäisierung, der den Prozess von innen antreiben würde. Die Ukraine 2011 ist nicht Polen 1991. Insofern führt ein historischer Vergleich in die Irre, wenn er Ungleiches gleichsetzt.

Selbst wenn ein Land positiv auf die Anreize reagieren möchte, kann es durch Kapazitätsengpässe begrenzt sein. Hierfür ist Moldova ein gutes Beispiel.³⁷

bogenrevolutionen, in: OSTEREUROPA, 9/2005, S. 21–34. – Iris Kemppe, Wim van Meurs: Neues Denken für ein Größeres Europa, in: OSTEREUROPA, 8/2003, S. 1149–1157.

³⁶ European Commission: Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Enlargement Strategy and Main Challenges, 2011-2012, COM (2011) 666 final, besonders S. 15.

³⁷ Martin Renner: Krisensaat Republik Moldau: Anzeichen einer demokratischen Konsolidierung? In: Südosteuropa-Mitteilungen, 2/2011, S. 60–70. – Victor Chirila: New Opportunities for Moldova, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/2011, S. 109–119. – Hans Martin Sieg: Der Transnistrien-Konflikt: Voraussetzungen für eine Konfliktlösung, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 3/2011, S. 62–77.

Eine Neuorientierung der Partnerschaftspolitik

Die Neuorientierung der Partnerschaftspolitik kann also nicht darin bestehen, das Bisherige mit derselben Methode besser zu machen, sondern die Lage neu zu bewerten. Dies fällt insofern leichter, als mit dem Wegrutschen der Ukraine die gesamte Europäische Nachbarschaftspolitik in Richtung Osten in jedem Fall in Frage gestellt wurde. Auf Grund der Größe und Bedeutung der Ukraine wurde diese seit Jahren als der wichtigste Partner im Osten gesehen.⁵⁸ An mehr als selektiver Modernisierung sind die wichtigsten herrschenden Eliten jedoch nicht interessiert.⁵⁹ Das mag man bedauern, muss es aber zur Kenntnis nehmen. Belarus ist kein zuverlässiger Partner für eine gemeinsame Politik, so lange Präsident Lukašenka an der Macht ist. Aserbaidschan vertraut auf seine eigene Stärke durch Energieerichtum und seine gute geökonomische Lage. Die bisherige EU-Politik gibt Präsident İlham Aliyev Recht. Kritik an Menschenrechtsverletzungen wird in Brüssel lediglich leise geäußert, die Freundschaft dafür aber laut zelebriert.⁶⁰ So führte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, begleitet von seinem Kommissar für Energie, Günther Oettinger, im Januar 2011 in Baku nicht nur Gespräche, sondern ließ sich gleich noch zum Ehrendoktor kürten und bekundete damit öffentlich seine Verbundenheit mit dem Regime.⁶¹

Auch in der wissenschaftlichen Diskussion wird überlegt, wie es mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik weitergehen kann – soweit diese überhaupt noch als Thema von Bedeutung gilt. So behandelt der Sammelband „Europa und die Welt 2020“ verschiedene Aspekte der europäischen Integration, so auch das „geopolitische Umfeld der Europäischen Union“ – aber die Europäische Nachbarschaftspolitik oder die Östliche Partnerschaft kommen nicht vor.⁶²

Almut Möller fasst die Ergebnisse einer Studie zur Neuorientierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik – nach der Feststellung, die ENP habe sich „noch nicht in eine attraktive Politik“ entwickelt – so zusammen:

⁵⁸ Council of the European Union: Conclusions on Eastern Partnership, 3041st Foreign Affairs Council Meeting, Luxemburg, 25.10.2010, S. 3. – Factsheet: EU-Ukraine Summit, Brüssel 22.10.2010; Chris Patten, Javier Solana: Wider Europe. Joint letter by EU Commissioner Chris Patten and the EU High Representative for the CFSP Javier Solana, Brüssel, 7.8.2002.

⁵⁹ Heike Dörrenbächer: Die Donau: Verbindungslinie zwischen der Östlichen Partnerschaft und der EU? Die Sichtweise Chisinau und Kiew, in: Eckart D. Strätenschnitte, Florian Setzen (Hg.): Der europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum. Berlin 2011, S. 199–214.

⁶⁰ Eine Ausnahme macht das Europäische Parlament, das in einer Entschließung vom Dezember 2009 die Menschenrechtsslage in Aserbaidschan deutlich kritisiert hat. Vgl. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2009 zu Aserbaidschan: Freiheit der Meinungsäußerung, P7_TA(2009)0120.

⁶¹ Die Verleihung ist als Video auf Barrosos Internetseite dokumentiert und hat einen hohen Unterhaltungswert, zeigt aber gleichzeitig die Strategie des Einschmeichels. Das, was offiziellen Erklärungen zufolge den Kern der Östlichen Partnerschaft ausmacht, steht in einem Satz am Ende der Rede – lange nach einer hymnischen Lobpreisung von Präsident Aliyev: <http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2011/01/index_de.htm#top>.

⁶² Andreas Marchetti, Louis-Marie Clouet (Hg.): Europa und die Welt 2020. Entwicklungen und Tendenzen. Baden-Baden 2011.

Die vorliegende Publikation empfiehlt, dass die EU das Konzept der „drei C's der Erweiterung“ der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2005 zu einem neuen Rahmen für die gesamte Nachbarschaft weiterentwickelt. Dies sollte auf drei Pfeilern aufbauen: (1) Konzept: Die EU sollte ihren Nachbarn mit einem mutigeren Ansatz selektiver Felder funktionaler und regionaler Integration gegenübertreten; (2) Kommunikation: Es gibt viel Luft nach oben in der Art der Kommunikation der EU mit ihren Nachbarn; und (3) Kooperation: Die EU muss hinsichtlich ihrer Partner selektiv sein und mit diesen tatsächliche Partnerschaften eingehen.⁶³

Barbara Lippert sieht ebenfalls Nachhol- und Korrekturbedarf der EU bei der Gestaltung der Beziehungen zu den Staaten der Östlichen Partnerschaft:

Die Konzipierung der ENP als Erweiterung light und als umfassender Politikrahmen haben die Fragen in den Hintergrund gedrängt, welche strategischen Interessen die EU gegenüber einzelnen Ländern verfolgt und welche Ordnung sie für diesen Raum anstrebt. Dieser Mangel tritt unso klarer hervor, als die EU ihre ENP und ihre Russlandpolitik konzeptionell getrennt verfolgt, obwohl der Faktor Russland in allen Dimensionen in die „gemeinsame Nachbarschaft“ hineinwirkt.⁶⁴

Bei den Überlegungen zu einer Neukonzeption der östlichen ENP darf darüber hinaus nicht übersehen werden, dass diese in den nächsten Jahren innerhalb der Europäischen Union an Bedeutung verlieren dürfte. Zum einen wird die EU sich in der laufenden Dekade schwerpunktmäßig um die Rettung der gemeinsamen Währung und die damit zusammenhängenden Aufgaben Schuldenabbau und Steigerung der Produktivität kümmern müssen. Zum anderen ist das Nachbarschaftsinteresse auf absehbare Zeit auf den Raum des südlichen Mittelmeers fixiert, in dem es weitreichende Umbrüche gibt und wohl noch geben wird, deren Ausgang offen ist.⁶⁵ Wo aber Prioritäten gesetzt werden, gibt es auch Posterioritäten. Hierzu wird die Östliche Partnerschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit gehören.

⁶³ Almut Möller (Hg.): Crossing Borders: Rethinking the European Union's Neighbourhood Policies, in: DGAP Analyse, 2/2011, S. 2. – Die „drei C's“ beziehen sich auf den englischen Text, in dem die Begriffe jeweils mit diesem Buchstaben beginnen.

⁶⁴ Barbara Lippert: EU-Erweiterung: Vorschläge für die außenpolitische Flankierung einer Beitrittspause [SWP-Studie 7/2011], S. 27.

⁶⁵ Catherine Ashton: HRVP Address to the European Parliament on the United Nations General Assembly, the Middle East Peace Process and the Arab Spring. Speech 11/608, Straßburg, 27.9.2011, Europäische Kommission: Antwort der EU auf den arabischen Frühling: neues Unterstützungspaket für Nordafrika und den Nahen Osten. Pressemitteilung IP-11-1083, Brüssel, 27.9.2011; KOM(2011) 303, S. 16f.

Schlussfolgerungen

Dies macht es umso wichtiger, den neuen Ansatz sorgfältig zu erwägen. Ein Weitermachen wie bisher mit leichten Anpassungen wird keine Änderungen herbeiführen. Die EU sollte die Erfahrungen auswerten, die sie seit ihrem ersten „Wider Europe“-Konzept von 2003 mit der ENP gesammelt hat. Konsequenzen könnten sein: Die Europäische Union ersetzt ihren Erziehungsansatz durch ein echtes Partnerschaftsmodell. Sie kann die Demokratisierung eines Landes mit Geld, Institution-building und Know-how dort unterstützen, wo dies auch tatsächlich gewünscht und nachgefragt wird. Dadurch kann die EU ihre Mittel effektiver einsetzen, sich manche Peinlichkeit ersparen und ihre Glaubwürdigkeit erhöhen.

Dies bedeutet nicht, die Beziehungen zu anderen Staaten abzubrechen. Es wäre eine illusionäre Forderung, nur mit Ländern in Kontakt zu treten, welche die Werte der EU teilen. Genauso wenig ist es allerdings nötig, immer wieder mit Politikern die „gemeinsamen Werte“ zu beschwören, die diese mit Füßen treten.

Selbstverständlich muss die Demokratisierung aller europäischen Staaten weiterhin auf der Agenda stehen. Die EU kann hier durch die Unterstützung der Zivilgesellschaft in autoritären Staaten und die Forcierung des Studentenaustauschs konkrete Beiträge leisten, ohne sich wie bislang zu kompromittieren. Außerdem wäre die EU gut beraten, den Aktionsrahmen des Europarates stärker zu nutzen.⁴⁵ Von dieser Ressource, auf die die EU mit 27 von 47 Mitgliedern entscheidenden Einfluss nehmen kann, wird bislang nicht hinreichend Gebrauch gemacht. So wurde auch die Chance vertan, auf die Ukraine vor und während ihrer Präsidentschaft im Ministerkomitee des Europarates vom Mai bis November 2011 Einfluss zu nehmen, um der politischen Verfolgung der Opposition Einhalt zu gebieten.

Mit den Partnerstaaten sollten weniger, aber dafür konkrete Projekte umgesetzt werden, damit die Veränderungen für alle Beteiligten spürbar werden. Der Versuch, viele Prioritäten gleichzeitig zu bedienen, führt zu einer Blockade der gesamten Politik und verhindert damit auch die angestrebte Sichtbarkeit der positiven Folgen von Kooperation.

Die Östliche Partnerschaft mag weiterhin als Etikett dienen, als tatsächlicher Handlungsrahmen einer gemeinsamen Politik für und mit sechs Staaten sollte sie jedoch nicht weiter verfolgt werden. Die EU sollte sich vielmehr auf die Länder konzentrieren, bei denen sich im positiven Sinne etwas bewegt. Das ist im Augenblick in erster Linie Moldova und in zweiter Georgien. Beide mögen strategisch nicht besonders wichtig sein, sie aber zugunsten der bedeutenderen Ukraine, in der Reformen zunehmend blockiert werden, hintan zu stellen, führt zum Stillstand allenthalben. Mit einer Konzentration auf Moldova und Georgien könnten auch konkrete Erfolge erzielt werden, die eine Unterstützung innerhalb der EU erleichtern würden. Der Unwille gegen die Östliche Partnerschaft besteht ja nicht nur in den Partnerländern, sondern auch

⁴⁵ Diese Überlegung ist nicht neu. Der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker sprach sich bereits 2006 in einem Bericht, den er im Auftrag der Staats- und Regierungschefs des Europarats, aber ausdrücklich in eigenem Namen, cristatete, für eine Verstärkung der Beziehungen zwischen EU und Europarat aus: Council of Europe – European Union: „A sole ambition for the European continent“. Report by Jean-Claude Juncker, Prime Minister of the Grand Duchy of Luxembourg for the attention of the Heads of State or Government of the Member States of the Council of Europe. Strashourg, 11.4.2006, Doc. 10897.

innerhalb der EU – wie die Abwesenheit bedeutender Staats- und Regierungschefs in Warschau gezeigt hat.

Wie Barbara Lippert zu Recht festgestellt hat, ist eine Nachbarschaftspolitik ohne die Einbeziehung Russlands nicht möglich. Diese muss konzipiert werden. Das Meseberg-Memorandum von Angela Merkel und Dmitrij Medvedev war hier ein erster richtiger Schritt, der allerdings weitergeführt und auf EU-Ebene gehoben werden müsste.⁴⁷ Erstmals wurde in deutsch-russischen Verhandlungen der Transnistrien-Konflikt zu einem Schwerpunkt gemacht und eine Lösung angestrebt. Hinter den Kulissen wird dieser Prozess auch weitergeführt, wie aus dem Kanzleramt zu hören ist. Im Konflikt zwischen Georgien und Russland um den Status Südossetiens und Abchasiens ist eine Lösung, die im Transnistrien-Konflikt immerhin möglich scheint, allerdings schwer vorstellbar. Hier wird es darum gehen, einen langfristigen friedlichen *status quo* zu erarbeiten, aus dem dann Veränderungen auf demokratischer Basis erwachsen können.

Der Georgien-Krieg 2008 hat gelehrt, dass aus vermeintlich eingefrorenen Konflikten schnell heiße militärische Auseinandersetzungen werden können, die dann – ganz abgesehen von den Optern – längerfristig jede Lösung blockieren. Die Europäische Union sollte daher mit ihren Ankündigungen ernst machen, sich stärker um die Konfliktlösung zu bemühen.⁴⁸ Dabei wird man das Umfeld (Türkei, Iran, Russland, USA) einbeziehen müssen. Dies gilt vor allem für den Berg-Karabach-Konflikt, bei dem es gilt, einer von aserbaidschanischer Seite regelmäßig angekündigten militärischen „Lösung“ zuvorkommen.⁴⁹

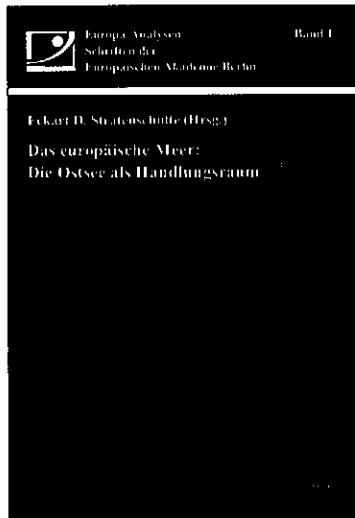
⁴⁷ Memorandum (Treffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Dmitri Medwedew am 4. und 5. Juni 2010 in Meseberg), <www.bundesregierung.de/nsc_true/publication/DE/_Anlagen/2010/2010-06-07-meseberg-memorandum-deutsch,property=publication File.pdf/2010-06-07-meseberg-memorandum-deutsch>.

⁴⁸ Eckart D. Straumann: Lösungsansätze für Berg-Karabach im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU, in: Vahram Soghomonyan (Hg.): Lösungsansätze für Berg-Karabach/Arzach: Selbstbestimmung und der Weg zur Anerkennung, Baden-Baden 2010, S. 93–119.

⁴⁹ Talks aimed at resolving the Karabakh conflict fail, in: CES-Eastweek, 22/2011, S. 8. – Azerbaijan arms itself, in: CES-Eastweek 36/2010, S. 8f. – Karabakh: „diplomacy“ by force, in: CES-Eastweek, 29/2010, S. 6.

Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.)

Das europäische Meer: Die Ostsee als Handlungsraum



Neun Anrainer zählt die Ostsee, und acht von ihnen gehören zur Europäischen Union. Das war der Anlass für die EU, im Jahr 2009 eine Ostseestrategie zu beschließen, durch die die Region insgesamt entwickelt werden soll. Die Strategie, der erste Ansatz dieser Art für eine Makroregion, ist über den Ostseeraum hinaus von Interesse, weil die Europäische Union sie zur Grundlage für weitere makroregionale Planungen erklärt hat, deren nächste Ende 2010 mit der Donaumaumstrategie vorgelegt wurde.

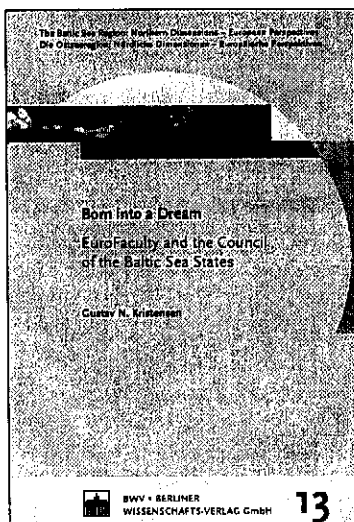
In dem vorliegenden Band analysieren Experten aus fünf Ostseeländern die vorgelegte Strategie sowie die durchaus unterschiedlichen Bedingungen in der Region. Geschichte, Interessen, Sicherheit und Wirtschaft sind die Stichworte, die diese Analyse strukturieren und so den Blick auf den heterogenen und dennoch durch Kooperation geprägten Ostseeraum ermöglichen.

2011, 180 S., kart., 29,- €, 978-3-8305-1873-0

Gustav N. Kristensen

Born into a Dream

EuroFaculty and the Council of the Baltic Sea States



Freedom for the Baltic states was a widespread dream for millions of people in Northern Europe and Northern America from the end of the Second World War. When freedom came to the Baltic states, it was like a miracle, and the willingness to help the Baltic states in their first difficult years was great. This book describes the difficult fight in the Baltic states for the double goal of democracy and market economy, and the progresses made.

A lot of help came from abroad, and the outcome was very successful. This book, however, also reveals the weaknesses in the ability among western democratic countries to cooperate multinationally on a voluntary basis, even when they wanted to cooperate.

The weaknesses were related to two organizational structures. The old, arid, in many ways outdated, European System of Ministries of Foreign Affairs and the immaturity of the emerging new European Union System.

2010, 517 S., kart., engl., 4 farb. Abb., 6 Tab., 59,- €, 978-3-8305-1769-6



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Markgrafenstraße 12-14 • 10969 Berlin • Tel. 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21

E-Mail: bwv@bwv-verlag.de

Internet: <http://www.bwv-verlag.de>

Osteuropa Recht, Ausgabe 4/2010

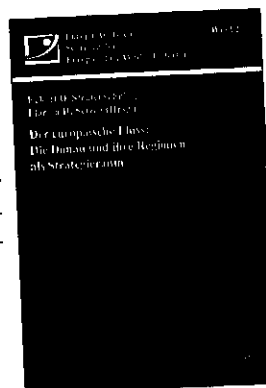
NEU IM BWV

Eckart D. Stratenschulte, Florian H. Setzen (Hrsg.)

Der europäische Fluss: Die Donau und ihre Regionen als Strategieraum

Der vorliegende Band analysiert die Donaumaumstrategie der Europäischen Union, ihre Voraussetzungen und Implikationen sowie die Bedeutung des Donaumaums und seiner Entwicklung aus verschiedenen Blickwinkeln.

2011, 250 S., 13 s/w Abb., 8 Tab., kart., 34,- €, 978-3-8305-1909-6



Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.)

Das europäische Meer: Die Ostsee als Handlungsraum

Neun Anrainer zählt die Ostsee, und acht von ihnen gehören zur Europäischen Union. Das war der Anlass für die EU, im Jahr 2009 eine Ostseestrategie zu beschließen, durch die die Region insgesamt entwickelt werden soll. Die Strategie, der erste Ansatz dieser Art für eine Makroregion, ist über den Ostseeraum hinaus von Interesse, weil die Europäische Union sie zur Grundlage für weitere makroregionale Planungen erklärt hat, deren nächste Ende 2010 mit der Donaumaumstrategie vorgelegt wurde.

In dem vorliegenden Band analysieren Experten aus fünf Ostseeländern die vorgelegte Strategie sowie die durchaus unterschiedlichen Bedingungen in der Region.

2010, 176 S., 3 s/w Abb., 1 Tab., kart., 29,- €, 978-3-8305-1873-0
Kombipaket Print & E-Book-PDF: 40,- €, 978-3-8305-2633-9

Alan N. Peachey

Great Financial Disasters of our Time

3. überarbeitete Auflage 2011

Great financial disasters are not a new phenomenon. Probably the first well documented financial disaster was the so-called Tulipmania in the Netherlands in the 1630s, some 300 years before the Wall Street crash. At the end of the twentieth century a similar phenomenon occurred. This time it has taken the form of shares in companies trading on the Internet (i.e. new technology), the so-called dotcom companies. These events had one thing in common; they were spawned by the new technology of the time and fed by that one great human failing – the triumph of hope over reality, which some people would call simple greed. They illustrate also those other two great human failings – the inability to learn from history and forgetting/ignoring things one already knows. This small book is intended to assist students of banking and finance. Its aim is to complement all those other textbooks that have been written on these subjects by illustrating how events can conspire to render all the wonderful theory quite worthless.

2011, 679 S., kart., engl., 59,- €, 978-3-8305-1869-3



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG
 Markgrafenstraße 12-14 • 10969 Berlin

Tel. 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21

E-Mail: bwv@bwv-verlag.de • Internet: <http://www.bwv-verlag.de>



Integrated Urban Governance

The way forward

Manual

2011

metropolis



Commission 3

Presidency: Berlin

Vice-Presidencies: Mexico State, Porto Alegre

Chair: Ingeborg Junge-Reyer, Mayor and Senator for Urban Development, Berlin

Vice-chair: José Fortunati, Mayor of Porto Alegre
Enrique Peña Nieto, Governor of the State of Mexico

Coordinator: Barbara Berninger, Senate Department for Urban Development, Berlin, Head of Division for EU and International Affairs

Participating cities: Abidjan, Addis Ababa, Ahwaz, Amman, Antananarivo, Bamako, Bangui, Barcelona, Belo Horizonte, Brasilia, Brazzaville, Brussels, Cairo, Colombo, Dakar, Diyarbakir, Douala, Gauteng Province, Guadalajara, Guangzhou, Guarulhos, Kampala, Kathmandu, Kinshasa, Madrid, Mashhad, Melbourne, Moscow, Niamey, Nouakchott, Paris (Ile-de-France), Rabat, Rio de Janeiro, Santiago de Chile, São Paulo, Seoul, Shiraz, Stockholm, Sydney, Tabriz, Taipei, Teheran, Utrecht, Yaoundé

Other cities/institutions: CISCO, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Institute for Regional Development and Structural Planning (IRS, Erkner), Heriot-Watt University (Edinburgh), Sustainable Cities Research Institute (Newcastle upon Tyne), UN-Habitat

Other cities/institutions: Cities contributing by questionnaire: Barcelona, Berlin, Brasilia, Dubai, Guarulhos, Kathmandu, Las Vegas, Lisboa, Los Angeles, Madrid, Mashhad, Melbourne, Mexico, Nairobi, New York, Portland, Porto Alegre, San Francisco, Stockholm, Teheran, Washington, Wien, Yangzhou

Berlin Metropolis Team: Barbara Berninger, Senate Department for Urban Development, Berlin, Head of Division for EU and International Affairs
Lutz Paproth, Senate Department for Urban Development, Berlin, Division for EU and International Affairs
Harald Ramm, Senate Department for Urban Development, Berlin, Division for EU and International Affairs
Joachim Huckle, Senate Department for Urban Development, Berlin, Head of Unit for Housing Policy
Kurt Nelius, Senate Department for Urban Development, Berlin, Head of Unit for Urban Development
Michael Abraham, Metropolis Project Officer, Berlin
Hanns-Uve Schwedler, European Academy of the Urban Environment (EA.UE), Berlin, Managing Director

Editorial board: Michael Abraham, Barbara Berninger, Daniel Förste, Joachim Huckle, Hilmar von Lojewski, Lutz Paproth, Harald Ramm, Hanns-Uve Schwedler

Author: Hanns-Uve Schwedler (EA.UE)

Translation: Jenny Johnson (EA.UE)

Acknowledgment: some desk research was conducted by Sebastian Mertin (EA.UE)

Traditional, sectoral approaches to meet many of the challenges cities are facing have often proved to be expensive and inefficient or even were a total failure. Therefore, new forms of governance have gained importance by involving civil society in decision making and in implementing these decisions. This integrated urban governance approach requires changes in administrative action and settings, too.

It is on this background that the Metropolis Commission "Integrated Urban Governance" aimed to analyse and systematise know-how and everyday practice on integrated projects and policies. The main outcome of the Commission's work is the Manual "Integrated Urban Governance - The way forward".

This brochure is based on the manual. It is intended primarily for political decision makers. Its aim is to give in a brief, concentrated form an overview of the contents of the manual.

Metropolis Commission "Integrated Urban Governance"

Presidency: City of Berlin

Vice-presidencies: Mexico State and City of Porto Alegre

Integrated Urban Governance

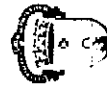
The way forward

metropolis •

berlin Berlin



GOBIERNO DEL
ESTADO DE MÉXICO



Prefeitura de
Porto Alegre



Metropolises world-wide are facing great challenges. For the future of major cities, it is crucial that we counteract societal fragmentation, promote quality of life and set the foundation for successful economic development that creates work and prosperity for people living in conurbations.

In the network of cities, Metropolis, for more than a quarter of a century, major cities around the world have been exchanging ideas to jointly generate new responses for the challenges facing metropolises in the 21st Century. The results have been encouraging. More and more governments are recognizing the value of global networking and, in dialogue with international partners, they are discovering new and promising forms of cooperation – also from within. "Integrated Urban Governance" is the keyword. Essentially, it is about a new management culture and new forms of cooperation between state and civil society actors.

In order to synergize the existing knowledge and know-how in the network of cities, Metropolis, the Metropolis Commission on Integrated Urban Governance was formed, for which Berlin has assumed the presidency. This manual for policy makers in the major cities of the world is based on a variety of examples of best practice in the member cities. It points to the decisive factors for successful urban development and makes local governments aware of their scope of action. At the same time, the manual promotes advocating the cities' best interests self-confidently and taking advantage of the opportunities offered by a modern, integrated urban policy.

My heartfelt thanks go to all participants, who have shared their wealth of experience in preparing this manual and thus showed again how valuable the exchange between major cities and their experts is within the Metropolis network. I wish all my colleagues a stimulating read and much success with

Berlin 2011

© Senate Department for Urban Development, Berlin

Coordinator: Barbara Berninger, Senate Department for Urban Development, Berlin

Editorial board: Michael Abraham, Barbara Berninger, Joachim Huckle, Lutz Paproth, Harald Ramm, Hanns-Uve Schwedler

Author: Hanns-Uve Schwedler (EAUE)

Translation: Jenny Johnson (EAUE)

Picture credits: Title: Peter Krautkrämer; page 1: City of Berlin; page 2: Lotta Schwedler; page 3: City of Porto Alegre; page 4: Hanns-Uve Schwedler; page 6: Cecilia Martínez Leal; page 11: Hans-Joachim Bürkner; all figures: Hanns-Uve Schwedler

This brochure is based on the Metropolis manual "Integrated Urban Governance - The way forward" (<http://metropolis.org/publications/commissions>). The manual is an outcome of the work of the Metropolis Commission on Integrated Urban Governance - presidency: City of Berlin, vice-presidencies: Mexico State and City of Porto Alegre.

Mechthild Baumann
Astrid Lorenz
Kerstin Rosenow (eds.)

Crossing and Controlling Borders

Immigration Policies and their Impact on
Migrants' Journeys

Budrich UniPress Ltd.
Opladen & Farmington Hills, MI 2011

Table of Contents

Linking Immigration Policies and Migrants' Journeys: An Interdisciplinary Endeavor Mechthild Baumann, Astrid Lorenz, Kerstin Rosenow	9
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---

Part One: Linkages between national and European migration policies and their impact on migrants' journeys

Reinventing Europe's Borders: Delocalization and Externalization of EU Migration Control through the Involvement of Third Countries Sandra Gil Araújo	21
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Success at Second Glance: Regularizations of Irregular Migrants in Spain Axel Kreienbrink	47
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

"It's Been the Best Journey of My Life": Governing Migration and Strategies of Migrants at Europe's Borders: Morocco Gerda Heck	75
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

The Senegalese Predicament: Migration from Senegal to Europe: Policies, Control, and Implementation Florence Tsagué Assogoum	91
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Dead End for Migrants? The Europeanization of Ukraine's Migration Marianne Haase	109
-------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Turkey at the Crossroads Between the Middle East and the EU: Changing Border Control and Security Policies Basak Bilecen-Süoglu	141
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Part Two: Experiences from the U.S. migration regime

Undocumented Immigration between the U.S. and Mexico: The Complex Development of Militarized Borders and Social Responses Avital Bloch and Ma. Alejandra Rocha Silva	165
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Evaluating Recent U.S. Immigration Control Policy: What Mexican Migrants Can Tell Us Wayne Cornelius	199
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Economic Policy Matters: Incentives that Drive Mexicans Northward Kathleen Staudt and Sergio Garcia-Rios.....	213
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

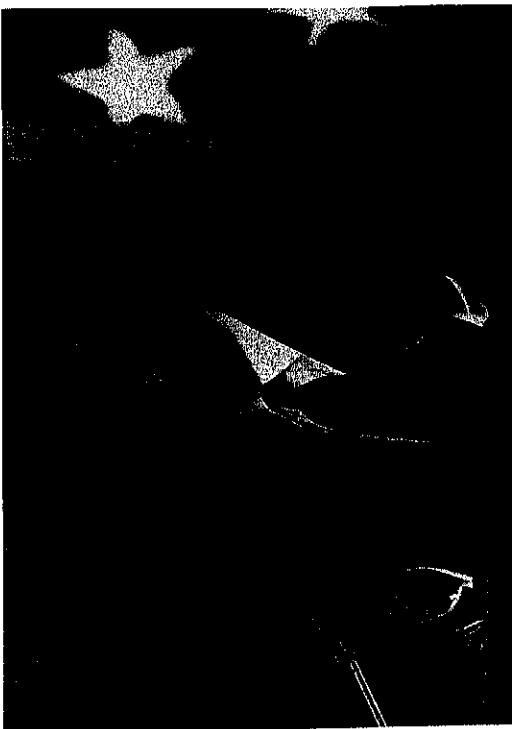
Part Three: “Illegality” Discourses and Spaces of the Political

Caught in Mobility: An Ethnographic Analysis of the Context of Knowledge Production on Migration in Southeast Europe Sabine Hess.....	237
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

The Limits of Hospitality. Undocumented Migration and the Local Arena: The Case of Lampedusa Heidrun Friese.....	257
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Unintended Effects of Immigration Policies for Governments and Migrants: Conclusions Mechthild Baumann, Astrid Lorenz, Kerstin Rosenow.....	283
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

List of Authors	299
-----------------------	-----



Then State Secretary Dr Wolf-Ruthart Born wishes the young colleagues a promising future

The issues of climate change and climate diplomacy made a particularly strong impression on Iván Gatón. Mr Gatón, from the Dominican Republic, found it rather astonishing that he had the opportunity to attend a course on these topics. "Each year the Dominican Republic has to grapple with ever more natural disasters as a result of climate change," he says. "It means a lot to me that Germany put this issue on the agenda of the United Nations Security Council. This means that somebody is doing something about the things that we as a small country can't handle on our own." Iván Gatón works in the education and training centre of his country's Foreign Ministry, where he particularly focuses on geopolitical issues.

Along with the main curriculum, the programme also offers a wide variety of enrichment and leisure activities as well as many opportunities for participants to get to know one another. "We get along very well as a group even though we come from such different regions of South America," Vanessa Henriques says. "We have a lot in common and I really hope we can keep up the friendships we've made here."

Artikel im Jahressheft des Auswärtigen Amtes, Internationale Diplomatenausbildung, 2011/2012

There's one thing Vanessa Henriques is especially enthusiastic about: "At every event, the organizers from the Federal Foreign Office manage to include all of the represented countries equally in conversations and discussions. At the same time, the different programme topics are arranged in such a way that you can gain from each one new and important impressions for your work back home."

Carlo Risso Domínguez adds that the seminar helps participants learn about Germany and German foreign policy. He says it is especially noteworthy, however, that participants also learn more about Latin America and especially the Caribbean countries. "For example, I had previously never known anyone from the Caribbean," Vanessa Henriques says. "My conversations with all these different people showed me that we're actually very similar to each other, regardless of how different our countries are." This is truly diplomacy by networking.



Latin American colleagues studying European politics at the European Academy in Berlin